A 20111 F

Klassenstruktur der BRD u. Westberlins
Kritik bürgerlicher Bildungsplanung
Theoretische Aspekte der Mitbestimmung
Pseudolinke Bildungsökonomie
Politische Ökonomie des Sozialismus

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

5. Jahrgang Nr. 27 Dez. 1973

		Seite
	Editorial	1
AUFSÄTZE UND ANALYSEN		
Hans Burbaum, Olaf Cless, Eberhard Dähne, Hannelore Fetthauer, Bernd Güther, Heinz Jung, Christof Kievenheim, Ursel Schmitz	Die Klassenstruktur der BRD und Westberlins 1950 - 1970	5
Werner van Treeck	Zur Kritik bürgerlicher Bildungsplanung — am Beispiel der Sozialwissenschaften	43
KURZANALYSEN UND BERICHTE		
Lothar Peter	Theoretische Aspekte der Mitbestimmungsproblematik	61
DISKUSSION UND BESPRECHUNG		
Gerd Schubring	Thesen zu einigen „linken" bildungsökonomischen Auffassungen	73
Wilgart Schuchardt	Wissenschaftlich-technische Intelligenz	83
Winfried Wotschack	Grundrisse der Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus	93
Michael Nerlich	Jetzt stinken sie wieder — oder wie man in Lübeck Heinrich Mann ehrt	105

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

ISSN 0005 - 9374

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Heila Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10 - 107
Anzeigenpreisliste 2/70

Satz, Druck:
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,—, der des Doppelheftes DM 8,— zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,—, der des Doppelheftes DM 6,—. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,— zuzüglich DM 2,— Porto, insgesamt also DM 20,—.

Diese Angaben gelten nur einschließlich Heft 27/1973, für die folgenden Hefte siehe Editorial.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Editorial

Das Editorial von SOPO 11, Juni 1971, legte programmatisch die Publikationsstrategie der SOPO fest, bestimmte damit perspektivisch Inhalte und Struktur der Arbeit der Zeitschrift SOZIALISTISCHE POLITIK. Seitdem wurden in vielen theoretischen Aufsätzen, aktuellen politischen Kurzanalysen, Berichten und Diskussionsbeiträgen die vorgegebenen und viele neue Fragestellungen präzisiert. Die Arbeit der Redaktion fand ihre Bestätigung in einem ständig breiter werdenden Leserstamm, wie auch durch die qualitativ und quantitativ zunehmende wissenschaftliche Mitarbeit aus Westberlin, der DDR und der BRD.

So gelang es, von SOPO 11 bis SOPO 26 die Arbeit der Zeitschrift auf zentrale Bereiche der marxistischen Diskussion zu konzentrieren:

- Theoretische Fragen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der entwickelten sozialistischen Gesellschaft
- Entwicklung der Klassenkämpfe in den entwickelten kapitalistischen Ländern und Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung
- Kritik bürgerlicher Theorien und Politik, Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Antikommunismus und des pseudolinken Sektierertums.

Die Redaktion der SOPO hielt sich dabei, wie in SOPO 11 formuliert, daran, "einerseits auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus jene theoretischen Probleme anzugehen, die sich aus der Frontstellung gegen das Kapital ergeben und andererseits den Prozeß der Hinwendung zur wirklichen Arbeiterbewegung und den in ihrer politischen Partei organisierten revolutionären Arbeitern sowohl theoretisch einsichtig zu machen, wie auch selbst durch die theoretische Arbeit einen Beitrag zur Stärkung der Arbeiterbewegung zu leisten" (SOPO 11, S. 5).

Konnte die Redaktion 1971 zwar politisch Grundsätzliches und Programmatisches langfristig festlegen, so galt dies nicht in gleichem Maße für die konkrete Aufgabenstellung. Die Redaktion bestimmte daher nur die *nächsten Aufgaben* der Zeitschrift, wie sie an der inhaltlichen Gestaltung der seitdem erschienenen Ausgaben abzulesen sind. Kann und muß eine sozialistische Zeitschrift von den vor unseren Augen vor sich gehenden wirklichen Klassenkämpfen ausgehend ihre theoretischen Aufgaben bestimmen, so gibt es für Fragen der Publikationsstrategie keine Pause im Infragestellen, kein Ausruhen, keine Zeit der politischen und ökonomischen Entwicklung analytisch hinterherzulaufen.

Im Juni 1971 wurden von der Redaktion der SOPO die nächsten Aufgaben bestimmt "als die der radikalen Kritik und der Destruktion dogmatischer Ansätze und Politik, als die eines entschiedenen Kampfes gegen Subjektivismus und Idealismus, gegen die Verflachung und Einengung des Marxismus durch jene Überreste der studentischen Revolte, die weiterhin eine angeblich initiierende Rolle der Studenten bei den Klassenkämpfen und daraus abgeleitet einen Führungsanspruch der Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse geltend machen wollen" (SOPO 11, S. 5).

Das Jahr 1973, bisheriger Höhepunkt der Veränderung des Kräfteverhältnisses, ist gekennzeichnet durch die Erfolge der Friedenspolitik der sozialistischen Länder, der internationalen Arbeiterklasse und aller anderen Friedenskräfte in aller Welt. Die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina, die erfolgreiche Durchführung der ersten Phase der euro-

päischen Sicherheitskonferenz, das System der Verträge in Europa, insbesondere das Vierseitige Abkommen über Westberlin sowie die Verträge zwischen der UdSSR und den USA sind deutlicher Ausdruck dieser Erfolge. Gleichzeitig haben sich die Klassenkämpfe in den imperialistischen Ländern weiter verschärft: Der maßlos gesteigerten Ausbeutung, der Verschlechterung der gesamten Lebensbedingungen und wachsender Arbeitslosigkeit setzt die Arbeiterklasse in immer stärkerem Maße ihre Kampfbereitschaft, einen höheren Grad ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisiertheit entgegen. Dies resultiert nicht zuletzt aus den Erfolgen der kommunistischen Parteien in der Durchsetzung der Politik der Aktionseinheit und der Schaffung einer breiten antiimperialistischen und antimonopolistischen Front, in der auch große Teile der Intelligenz den gemeinsamen Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus aufnehmen. Einen hervorragenden Platz in diesen Auseinandersetzungen nimmt die Jugend ein, die mehr und mehr erkennt, daß ihre Zukunftsinteressen mit den grundlegenden Zielen und Forderungen der Arbeiterbewegung übereinstimmen. Die vergangenen Monate demonstrieren in eindrucksvoller Weise diese Entwicklung, wie sie sich in den weltweiten Solidaritätsaktionen mit dem heldenhaften vietnamesischen Volk, in den kämpferischen und einheitlichen Mai-Demonstrationen sowie vor allem während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin zeigte. Diese neue Qualität des antiimperialistischen Kampfes manifestiert sich gegenwärtig in der internationalen Unterstützung des kämpfenden chilenischen Volkes, dessen brutale Unterdrückung erneut den Charakter des Imperialismus bloßlegt: Aggressivität bis hin zum offenen Terror.

Neben diesen ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen gewinnt der ideologische Klassenkampf immer mehr an Bedeutung. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung gilt es bei der Bestimmung der *nächsten Aufgaben* der SOPO, auch jene Tendenzen zu analysieren, wie sie für Teile der Intelligenz bezeichnend sind. Die bloß mechanistische Negation des bürgerlichen Universitätsbetriebes, der Wissenschaften, wie sie nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus in der BRD und Westberlin etabliert wurden, blieb im Ergebnis der Studentenbewegung der 60er Jahre in der Sackgasse elitärer Perspektivlosigkeit stecken. Wurden sich große Teile der wissenschaftlich-technischen und künstlerischen Intelligenz seitdem mehr und mehr ihrer sozialen Lage bewußt, d.h. vor allem der Perspektive, Lohnarbeit leisten und ihre Interessen Seite an Seite mit anderen Lohnabhängigen vertreten zu müssen, so entsprach dem – im sich zum Teil aus der Studentenbewegung rekrutierenden Wissenschaftsbetrieb – lange Zeit noch eine marxologisch verbrämte elitäre Distanz zur realen Arbeiterbewegung und deren gewerkschaftlichen Organisationen und politischen Partei. In Raubdrucken, Verlagen, Zeitschriften, studentischen Sektengründungen feierte ein blutloser Links- oder Rechtsopportunismus Auferstehung und verklärte sich zum idealistischen Trugbild, dem – wenn auch quantitativ abnehmend – immer wieder Teile der Intelligenz huldigten. War es Aufgabe der Marxisten und Zeitschriften wie der SOPO, hier das Seziermesser der Kritik anzusetzen, so führte die ökonomische Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Politik der westdeutschen und Westberliner Monopolbourgeoisie, wie sie sich im Berufsverbot für Kommunisten und andere Demokraten manifestierte, zu Klärungen, die für das Bewußtsein großer Teile der Intelligenz maßgeblich waren und nach wie vor sind. Die intensive Beschäftigung mit dem Marxismus-Leninismus führte, wo sie nicht im Seminarrevisionismus stecken blieb, einerseits zu Einsichten in die Entwicklungsgesetze und die ökonomischen und politischen Kämpfe im staatsmonopolistischen Kapitalismus und damit auch zur Auseinandersetzung mit der "nach wie vor" existierenden bürgerlichen Wissenschaft. Die Veränderungen der Qualifikationsstruktur – diktiert durch die der Verwertung des Kapitals im staatsmonopolistischen Kapitalismus gesetzten Schranken –, deren Auswirkungen auf die eigene Berufsperspektive, haben eine Orientierung auf bildungsökonomische und bildungspolitische

Fragen, auf Probleme der Ausbildungsmisere im Schul- und Hochschulbereich zur Folge, wie sie in anderer Form Jahre vorher mit auslösende Momente der westdeutschen und Westberliner Studentenbewegung gewesen waren. Doch sehen sowohl Fragen wie Antworten jetzt anders aus. Nicht der Kampf gegen einen zum fiktiven Gegner erhobenen Staat, nicht eine zum Scheitern verurteilte Gegenuniversität ergeben sich als Alternative. Durchsetzung fortschrittlicher Lehrinhalte an den Universitäten, in Schulen und anderen Bildungsinstitutionen bedeutet jetzt vor allem, Einsicht in die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und gleichzeitig eine berufliche Qualifikation zu erlangen, die den späteren Erfordernissen entspricht. Und diese Erfordernisse sind für Sozialisten nun einmal nicht allein den Erfordernissen kapitalistischer Verwertung unterworfen. Diese Tendenzen spiegeln sich in den Bedürfnissen nach fachlicher Literatur, Büchern, Zeitschriften und Broschüren wider, die von fortschrittlichen, von marxistischen Positionen aus Grundsätzliches zur fachlichen Ausbildung und Erziehungsarbeit beitragen können, wie auch im wachsenden Interesse für die Entwicklung des realen Sozialismus.

Aus der verstärkten gewerkschaftlichen und politischen Orientierung ergibt sich gleichzeitig das Bedürfnis nach Informationen und Analysen von denen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Zukunft der heranwachsenden Generation vertreten. Die Publikationen der kommunistischen Parteien geben Antworten, wie sie keine andere Weltanschauung zu geben vermag. Indiz dafür ist nicht zuletzt die zunehmende Nachfrage nach wissenschaftlichen Veröffentlichungen aus der UdSSR und der DDR. Dies wird bestätigt durch Erfahrungen in unserer Redaktionsarbeit. Letztlich erschöpfende und auf dem Marxismus-Leninismus basierende politische und ökonomische Analyse kann nur von Kommunisten gegeben werden. Und Kommunisten sind, so unbequem das auch für manche marxologische Seminaristen klingen mag, in kommunistischen Parteien organisiert. Freischwebende Theorien, die sich aus der sozialistischen und bürgerlichen Ideologie das jeweils Passende herauspicken, führen zum Eklektizismus und sind in Konsequenz nichts anderes als bürgerliche Ideologie – die sie doch gerade zu bekämpfen vorgeben.

Aus dieser Orientierung einerseits auf die akutell politischen und wissenschaftlichen Publikationen der kommunistischen Parteien, andererseits auf fortschrittliche fachlich qualifizierende Lektüre – was sich durchaus in vielem überschneidet –, ergibt sich auch die Frage nach der Bestimmung der nächsten Aufgaben der SOPO. Die oben aus dem Editorial von SOPO 11 zitierten *nächsten Aufgaben* haben für die SOPO mehr oder weniger an Bedeutung verloren. Dies gilt natürlich nicht für die Notwendigkeit und Aktualität des dort formulierten Anspruchs, den Prozeß der Hinwendung zur wirklichen Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Partei sowohl theoretisch einsichtig zu machen, wie auch selbst durch die theoretische Arbeit einen Beitrag zur Stärkung der Arbeiterbewegung zu leisten.

Die Form jedoch, in der dies zu geschehen hat, muß den beschriebenen Veränderungen Rechnung tragen. War es lange Zeit der Charakter der SOPO, marxistische Analysen in breitester Vielfalt bis hin zu tagespolitisch aktuellen Beiträgen zu liefern, so haben die genannten Veränderungen in den politischen Einstellungen zu einer zunehmenden Orientierung auf die Organe der kommunistischen Zeitschriften geführt. Nicht in Abgrenzung, sondern in Ergänzung zu den Veröffentlichungen kommunistischer Parteien sieht die SOPO in nächster Zukunft ihre Aufgabe in folgendem: Geleitet von der längerfristigen Orientierung und Schwerpunktsetzung der kommunistischen Parteien will sie versuchen, einzelne gesellschaftspolitisch und damit theoretisch relevante Bereiche, die sich jeweils für ein bis zwei Jahre konkret bestimmen lassen, in der Weise zu bearbeiten, daß sie grundlegende wissenschaftliche Materialien, theoretische Diskussionen, empirische Untersuchungen zu Schwerpunkten zusammenfaßt und die aus den Grundlagen kommuni-

stischer Politik abgeleiteten aktuellen Forschungen und damit den neuesten Wissensstand für die praktisch-politische und theoretische Arbeit nutzbar macht.

So gesehen, ist die Form, in der dies zu geschehen hat, notwendig unterschieden von der bisherigen Erscheinungsart. Anstelle von Ausgaben mit kürzeren Beiträgen zu den unterschiedlichsten Themen wird die SOPO ab dem 6. Jahrgang 1974 daher in veränderter Form erscheinen. Jede Ausgabe wird zu einem umfassenden inhaltlichen Komplex eine oder mehrere ausführliche Arbeiten veröffentlichen. Inhaltlich werden die Themenbereiche eingegrenzt werden zu Fragestellungen, die zentral für die theoretische, gewerkschaftliche und politische Arbeit sind. Stärker als bisher kann die SOPO somit in der politischen und erzieherischen Arbeit in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen als Arbeitsmittel dienen, von marxistischer Position aus eine vertiefende Lektüre und Information bieten. Damit ist die Möglichkeit gegeben, aktuelle Fragen des politischen und ökonomischen Kampfes umfassend zu behandeln.

Um eine gründliche Vorarbeit, systematische Zusammenfassung und Diskussion zu gewährleisten, wird die SOPO mit nur noch vier Ausgaben im Jahr erscheinen. Für den heute absehbaren Zeitraum lassen sich folgende Schwerpunkte benennen:

- Lage und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse
- Sozialpolitik
- Kultur- und Bildungspolitik
- Stadt- und Regionalpolitik
- Antiimperialistischer Kampf
- Ideologische Auseinandersetzung.

Im Zusammenhang mit der veränderten Erscheinungsfolge werden ebenfalls Maßnahmen notwendig, die die in letzter Zeit immens gestiegenen Kosten – von den Papierpreisen bis zu den Postgebühren – aufzufangen. Einerseits werden, wie schon in dieser Ausgabe, die Herstellungskosten reduziert. Ein erster Schritt ist der Verzicht auf Randausgleich der Beiträge und der Abdruck im Flattersatz. Andererseits ist die Erhöhung des Abonnements unumgänglich, von DM 3,– plus Versandkosten (bei 6 Ausgaben DM 20,–) auf DM 4,50 plus Versandkosten (bei vier Ausgaben DM 20,–). Der Einzelverkaufspreis der SOPO steigt dadurch von DM 4,– auf DM 6,–. Selbst diese Erhöhung trägt wahrscheinlich nicht der sich zuspitzenden inflationären Entwicklung Rechnung und der Tatsache, daß sich Fälle von Buchhandlungen häufen, die auf Kosten sozialistischer Verlage Konkurse inszenieren. Die SOPO wird daher ab sofort die Jahrgänge 1971 und 1972 (SOPO 11-21) zum ermäßigten Preis von DM 17,– (incl. DM 2,– Porto) statt DM 20,– für das Jahresabonnement und das Einzelheft zu DM 3,– (incl. Porto) an Direktbezieher abgeben.

Redaktion der SOPO

Aufsätze und Analysen

Hans Burbaum, Olaf Cless, Eberhard Dähne, Hannelore Fetthauer, Bernd Güther, Heinz Jung, Christof Kievenheim, Ursel Schmitz

Die Klassenstruktur der BRD und Westberlin 1950 - 1970 *

Das erste Jahr der Untersuchungsperiode markiert in etwa zugleich das Ende des Zeitabschnitts, in dem der deutsche Imperialismus auf einem geschlossenen Teil des ehemaligen Territoriums des früheren Deutschland sowie im Gebiet des von der Deutschen Demokratischen Republik umschlossenen Westberlin die monopolkapitalistische Ausbeuteordnung rekonstruiert und die Verfügungsgewalt über einen zentralen Staatsapparat erlangt hatte. Dieser Restauration der für das monopolistische System kennzeichnenden sozialökonomischen Strukturen und der ihnen gemäßen Aneignungsverhältnisse entsprach, daß die für das monopolistische Stadium des Kapitalismus charakteristischen sozialen Klassen und Schichten qualitativ voll herausgebildet waren.

Bei dieser Aussage darf aber nicht übersehen werden, daß sowohl das System der Produktionsverhältnisse als auch das in sie eingebettete Produktivkraftsystem noch durch eine Reihe von Ungleichgewichten gekennzeichnet waren, die teils aus den Folgen des faschistischen Krieges, teils als Konsequenz der von der deutschen Bourgeoisie im Verein mit den ausländischen Imperialisten vollzogenen Spaltung Deutschlands resultierten. Das galt auch im Hinblick auf die quantitativen Proportionen der sozialen Klassen und Schichten. Dieser Hinweis ist deshalb wichtig, weil Unzulänglichkeiten der sozialstatistischen Analyse nicht nur aus dem ungenügenden Datenstand für das Jahr 1950 und dem im Vergleich zu 1961 und 1970 andersartigen Erhebungsmodus resultieren. Sie haben zum Teil auch inhaltliche Ursachen. Zumindest in der ersten Hälfte der 50er Jahre sind viele sozialökonomische Veränderungen nicht nur als Voraussetzung und Konsequenz der Haupttriebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen. Häufig werden Disproportionalitäten abgebaut und quantitative Relationen wiederhergestellt, die bereits vor dem 2. Weltkrieg bestanden haben. (1)

---

* Der folgende Auszug aus BEITRÄGE DES IMSF NR. 3 "Klassen- und Sozialstruktur 1950-1970", Theorie. Diskussion. Sozialstatistische Analyse. Teil II: Sozialstatistische Analyse, Institutsausgabe des IMSF, Frankfurt/M., Dezember 1973, kommt hier mit freundlicher Genehmigung der Herausgaber zum Vorabdruck. Die Buchausgabe in zwei Halbbänden zu je DM 15,50 erscheint im 1. Quartal 1974 im Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.

1 Zur Illustration sei auf die rasche Dezimierung der Arbeiterklasse in der Landwirtschaft zwischen 1950 und 1957 verwiesen, die nicht nur eine Konsequenz der Steigerung der Arbeitsproduktivität in dieser Periode, sondern zugleich Abbau eines im Vergleich zur Vorkriegszeit deutlichen Überbesatzes mit Lohnarbeitskräften war. Solche Verzerrungen lassen sich auch für die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, für den Bereich des öffentlichen Dienstes und andere Teile des gesellschaftlichen Produktionsapparates aufweisen.

Die Rekonstruktion der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit in quantitativer und qualitativer, in horizontaler und vertikaler Dimension tritt also neben die Prozesse, die die Entwicklung der Klassen- und Schichtstruktur in der Untersuchungsperiode vorrangig bestimmten.

Die Arbeiterklasse

Das wichtigste Ergebnis der sozialstrukturellen Prozesse der Nachkriegsjahrzehnte in der BRD und Westberlin ist das absolute und relative Wachstum der Arbeiterklasse. Ihr Anteil an der aktiven Bevölkerung wuchs 1950 - 1970 von 64,5 % auf 71,9 % und ihr Anteil an der Wohnbevölkerung von 65,4 % auf 70,0 %. Die Arbeiterklasse stellt damit nicht nur die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, sondern sie leistet auch den überwiegenden Teil der Produktionsarbeit und der Arbeit in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Sie ist die wichtigste Produktivkraft der modernen Gesellschaft; ihr Wachstum ist Bestandteil der Entwicklung der Produktivkräfte und die Veränderung ihrer inneren Struktur in die Veränderung der modernen Produktivkräfte eingeschlossen.

In der kapitalistischen Gesellschaft nehmen die Elemente des Produktions- und Reproduktionsprozesses Kapitalform an. Ihre Bewegung und Entwicklung vollzieht sich im Rahmen der Gesetze der kapitalistischen Akkumulation. Das betrifft auch die Arbeitskraft bzw. das Arbeitspotential der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse als wichtigste Produktivkraft ist damit in die Verhältnisse und Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise eingezwängt, deren Widersprüche und zunehmende sozialen Gebrechen ihre Lebens-, Entwicklungs- und Verwirklichungsbedingungen einengen. Deshalb stoßen die Bedürfnisse und Interessen der Arbeiterklasse immer wieder an die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft und führen sie zur aktuellen Konfrontation mit der Herrschaft des Kapitals und der Kapitalistenklasse. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die in der Mitte der 50er Jahre einsetzt und sich in den 60er Jahren verstärkt, erreicht dieser objektive Widerspruch eine neue Phase. Gegen Ende der 60er Jahre verschärfen sich in allen entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas die Klassenkämpfe (2).

Jetzt aktualisiert sich, daß auch unter den Bedingungen der umfassenden Herausbildung des SMK – trotz verschiedener entgegenwirkender Tendenzen – die kapitalistische Akkumulation die Polarisierung der Sozialstruktur vorangetrieben hat und ihre Pole in zunehmende Entgegensetzung geraten sind. Das Wachstum der Arbeiterklasse bedeutet zuerst einmal, daß das absolute und relative Gewicht jener Klasse zugenommen hat, die von ihrer objektiven Stellung im System der Produktionsverhältnisse, in der Wirtschaft her nicht an der Aufrechterhaltung des Systems der kapitalistischen Lohnarbeit und der Ausbeutung des Menschen interessiert ist. Die Arbeiterklasse kann ihre Lage als im Lohnverhältnis ausgebeutete, kommandierte, zum Verwertungsmaterial des Kapitals degradierte und durch das staatsmonopolistische System unterdrückte Klasse nur durch die Überwindung des kapitalistischen Systems selbst grundlegend ändern. Ihr „geschichtlicher Beruf" ist deshalb „die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und die schließliche Abschaffung der Klassen". (3)

Diesen Beruf kann sie nur erfüllen, wenn sich in ihren Reihen das Bewußtsein dieser Aufgabe entwickelt, wenn sie sich organisiert und jene Instrumente schafft, insbesondere die von dieser Zielsetzung getragene Kampfpartei, ohne die sie zur Ohnmacht verdammt ist. Deshalb ist die Erfüllung des „geschichtlichen Berufs" von der Entwicklung dieser Momente, der Entwicklung der Klasse „an sich" zur Klasse „für sich" abhängig und deshalb auch die entscheidende Aufgabe aller auf dem Boden der Interessen der Arbeiterklasse wirkenden Kräfte. Seine Begründung erhält er jedoch aus der objektiven Stellung der Arbeiterklasse.

Mit der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses durch die wachsende Stärke des sozialistischen Systems und des internationalen Charakters der Arbeiterklasse sind die äußeren Entwicklungsbedingungen dafür günstiger als in jeder vorhergehenden Entwicklungsphase des Kapitalismus.

Sozialökonomischer Umfang

Die sozialökonomische Stellung der Arbeiterklasse als Klasse, die keine Produktionsmittel und keine Privilegien besitzt, kommt darin zum Ausdruck, daß die Arbeitskraft ihrer Angehörigen in diesem System eine Ware ist, deren Produktions-, Reproduktions- und Austauschbedingungen den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion unterworfen sind. Diese Arbeitskraft ist Lieferant von Mehrarbeit, die sich in der Produktion in Mehrwert fixiert. Jedoch ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht auf die Ausbeutung ihrer in der materiellen Produktion tätigen Gruppen beschränkt; darüber hinaus ist die Ausbeutung der Arbeiterklassengruppen außerhalb der materiellen Produktion ein notwendiges Moment der Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalistenklasse. Das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse muß deshalb als gesamtgesellschaftliches Klassenverhältnis begriffen werden.

Ist der Kauf der Arbeitskraft durch den Kapitalisten die Vorbedingung der Ausbeutung, so findet die Ausbeutung selbst erst im Arbeits- und Produktionsprozeß statt. Damit wird der jeweilige sozialökonomische Umfang der Arbeiterklasse am Niveau der Reproduktionsbedingungen jenes Kerns der Arbeiterklasse auch empirisch bestimmbar, der im Bereich der materiellen Produktion auf großer Stufenleiter ausgebeutet wird – und damit auch unmittelbar mit den modernen Produktivkräften verbunden ist – und für dessen Arbeitskraft sich der Warencharakter voll entfaltet hat.

Die historische Entwicklung des modernen Proletariats vollzieht sich deshalb noch nicht mit der Entstehung eigentumsloser Lohnarbeiter, sondern erst mit ihrer Unterwerfung durch die kapitalistische Industrie. Erst in diesem Prozeß kommt es zur Differenzierung von der Gegenklasse, wird der Rückzug zu alten Arbeitsbedingungen endgültig abgeschnitten und entfaltet sich der Warencharakter ihrer Arbeitskraft. Ist das Industrieproletariat jedoch einmal entstanden, so fallen auch alle anderen Lohnarbeitergruppen, die qualitativ gleiche Reproduktionsbedingungen besitzen, deshalb auch immer Rekrutierungsreservoir des Industrieproletariats sind oder umgekehrt, in den sozialökonomischen Umfang der Arbeiterklasse. Die Proportionen, in denen die Arbeiterklasse auf die materielle Produktion, den Handel, die Dienstleistungen oder den Staatsbereich verteilt

2 Wir verweisen hier auf einige im Rahmen der Arbeit des IMSF entstandene Veröffentlichungen: L. Peter: KLASSENKÄMPFE IN FRANKREICH HEUTE, Ffm 1972; H. Koppel: KLASSENKÄMPFE IN ITALIEN HEUTE, Ffm 1973; K. Pickshaus, D. Raulf: KLASSENKÄMPFEN IN GROSSBRITANNIEN HEUTE, Ffm 1973; ARBEITSMATERIALIEN DES IMSF 2, "Internationale Konzerne und Arbeiterklasse", Ffm 1972; ARBEITSMATERIALIEN DES IMSF 3, "Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien", Ffm 1972; ARBEITSMATERIALIEN DES IMSF 5, "Probleme des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie in Frankreich", Ffm 1973; ferner auf: D. Albers, W. Goldschmidt, P. Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, Hamburg 1971.

3 Karl Marx: Nachwort zur 2. Auflage von DAS KAPITAL (1873), MEW, Bd. 23, S. 22.

und angewandt wird, die Proportionen, in die sich die Arbeiterklasse nach dem konkreten Typ der Arbeitsverausgabung gliedert usw. wird durch die Entwicklung der Produktivkräfte, des gesamten Reproduktionsprozesses und des kapitalistischen Gesamtsystems bestimmt.

Für die theoretische und empirische Bestimmung des sozialökonomischen Umfangs der Arbeiterklasse müssen heute die Veränderungen im Bereich der materiellen Produktion auf großer Stufenleiter berücksichtigt werden. Es zeigt sich hier eine Ausweitung des Reproduktionsniveaus des sozialökonomischen Kerns der Arbeiterklasse, in den nun auch zunehmend Gruppen von technischen Angestellten einbezogen sind. Diese Entwicklung hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Klassensituation vergleichbarer Lohnarbeitergruppen in anderen Bereichen, d.h. konkret vergleichbarer Angestellten- und Beamtengruppen. Deshalb müssen heute nicht mehr nur die Gruppen der Arbeiterschaft – unabhängig von ihren Anwendungsbereichen und Funktionen im Reproduktionsprozeß – als Gruppen der Arbeiterklasse angesehen werden, sondern auch absolut und relativ wachsende Gruppen der Angestellten und Beamten.

Ist unter den Bedingungen des SMK in die kapitalistische Akkumulation auch die Polarisierung der Sozialstruktur eingeschlossen, so bringt die umfassende Herausbildung des SMK in der BRD auch entgegenwirkende Tendenzen hervor. Sie bestehen vor allem darin, daß ein zunehmender Teil der Erwerbstätigen vor allem aus der Arbeiterklasse im unmittelbaren Macht- und Gewaltapparat angewendet wird. Diese Gruppen befinden sich in einer der Arbeiterklasse vergleichbaren ökonomischen Situation, sie fallen jedoch infolge ihrer Funktionen, die sie gegen die Arbeiterklasse stellen, aus der Arbeiterklasse heraus. Diese Gruppen sind vor allem in den 60er Jahren schnell gewachsen.

Tabelle 1: Die Arbeiterklasse: sozialökonomischer Umfang und arbeitsrechtliche Gruppen

Soziale Gruppen	Arbeiterklasse 1950	1961	1970	Entwicklung 1970 zu 1950 (= 100)	1961 (= 100)
	1	2	3	4	5
			in Tsd		
1. Aktive Arbeiterklasse (Akl)	15.151	18.326	19.412	128,1	105,9
2. Gruppen im Machtapparat in der Lage der Akl	194	370	543	279,9	146,8
3. 1. u. 2.	15.345	18.696	19.955	130,0	106,7
4. Gruppen im Militärapparat in der Lage der Akl	–	319	455	–	142,6
5. 3. u. 4.	15.345	19.015	20.410	133,0	107,3
6. Aktive Akl (einschl. Gruppen im Machtapp.)	15.345	18.696	19.955	130,0	106,7
7. davon: – Arbeiter	11.967	12.878	12.608	105,4	97,9
8. – Angestellte	2.730	5.025	6.493	237,8	129,2
9. – Beamte	648	793	854	131,8	107,7
			in v.H.		
1.a Aktive Arbeiterklasse (Akl)	100,0	100,0	100,0		
2.a Gruppen im Machtapp. in der Lage der Arbeiterklasse	1,3	2,0	2,8		
3.a 1.a u. 2.a	101,3	102,0	102,8		
4.a Gruppen im Militärapparat in der Lage der Akl	–	1,7	2,3		
5.a 3.a u. 4.a	101,3	103,7	105,1		
6.a Aktive Akl (einschl. Gruppen im Machtapparat)	100,0	100,0	100,0		
7.a davon: – Arbeiter	78,0	68,9	63,2		
8.a – Angestellte	17,8	26,9	32,5		
9.a – Beamte	4,2	4,2	4,3		

Quelle: Berechnung des IMSF

Zwischen 1950 und 1970 hat der aktive Teil der Arbeiterklasse – wir rechnen hierzu auch die Arbeitslosen – um 4,3 Mio. Personen zugenommen, davon in den 50er Jahren um 3,2 Mio. In dieser Phase der vorwiegend extensiven Ausweitung der Produktion und Wirtschaftstätigkeit wurden vor allem die Frauen der Arbeiterklasse zunehmend in den Ausbeutungsprozeß einbezogen. In den 60er Jahren nimmt der aktive Teil der Arbeiterklasse weiter um 1,1 Mio. Personen zu. In dieser Periode wachsen jedoch die Gruppen der ausländischen Arbeiter und Angestellten (+ 1,3 Mio.) – der Zuwachs der Frauen der Arbeiterklasse (+ 0,55 Mio.) geht nahezu ausschließlich auf das Konto weiblicher Ausländerinnen – schneller. Ihr zunehmender Umfang war also eine Voraussetzung der Erweiterung der Gruppen im Macht- und Militärapparat um 0,2 Mio. Gleichzeitig geht hieraus hervor, daß der Umfang der aktiven Arbeiterklasse mit BRD-Staatsangehörigkeit in den 60er Jahren stagniert. Für die 60er Jahre steht also weniger das absolute Wachstum der aktiven Arbeiterklasse im Vordergrund, als die Intensivierung der Ausbeutung auch der neuen Gruppen der Arbeiterklasse. Die Proletarisierung geht stärker in die Tiefe.

Umgruppierung der arbeitsrechtlichen Gruppen

Für den gesamten Zeitraum geht der Zuwachs der aktiven Arbeiterklasse (einschließlich der Gruppen in der Lage der Arbeiterklasse im staatlichen Machtapparat – ohne Militär) um 4,6 Mio. mit 0,6 Mio. auf das Konto der Arbeiter, mit 3,8 Mio. auf das der Angestellten und mit 0,2 Mio. auf das der Beamten. In den 60er Jahren wirkten auf das Gesamtwachstum von knapp 1,3 Mio. folgende Komponenten: Abnahme der Arbeiter um o,3 Mio., Zunahme der Angestellten und Beamten um 1,5 bzw. 0,1 Mio. Die Arbeiterschaft nimmt also ab. Berücksichtigt man die Entwicklung bis zu Beginn der 70er Jahre, so kommt es per-Saldo zur Umschichtung von etwa 2,5 Mio. Arbeitern mit BRD- Staatsangehörigkeit vor allem in Angestelltentätigkeiten. Diese Verlagerung vollzieht sich zu einem großen Teil in der Generationenfolge: Söhne und Töchter aus Arbeiterfamilien werden Angestellte. Außerdem führt die zusätzliche Mobilisierung der Frauen aus Arbeiterfamilien vor allem in den Angestelltenbereich. Diese Strukturverlagerungen sind für die Formierungsbedingungen der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin von großer Tragweite. Sie beruhen sowohl auf Veränderungen innerhalb der Sphäre der materiellen Produktion als auch auf einer relativ schnelleren Ausweitung jener Wirtschaftsabteilungen, wie Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Gebietskörperschaften, in denen traditionell der Beschäftigtenstatus des Angestellten und Beamten auch für die Gruppen der Arbeiterklasse vorherrscht. In diesen Bereichen überwiegt außerdem – abgesehen von den Beamtenbereichen – die Frauenbeschäftigung: Diese Entwicklung hat innerhalb der Arbeiterklasse zu einer starken Anteilerhöhung der Gruppen im arbeitsrechtlichen Status der Angestellten und Beamten geführt. Der Anteil der Arbeiter ist von 1950 = 78 % auf 1970 = 63 % zurückgegangen. Daran zeigt sich auch ein Rückgang des traditionellen Typs manueller Arbeitsverausgabung in der Arbeiterklasse.

Bereichsstruktur

Die Umschichtungstendenzen werden aus den Angaben der Tabelle 2 noch deutlicher, mit denen Umfang und Anteil wichtiger Gruppen der Arbeiterklasse widergegeben sind.

Wir hatten an anderer Stelle ausführlicher erörtert, weshalb die *Industriearbeiterschaft* – vor allem in den Großbetrieben – auch heute den Kern der Arbeiterklasse darstellt (4). Diese Rolle ergibt sich nicht nur daraus, daß hier unter den jeweils modernsten Bedingungen kapitalistische Ausbeutung und kapitalistische Mehrwertproduktion stattfindet, daß diese Gruppe der Arbeiterklasse am härtesten von den Widersprüchen des kapitalistischen

4 Vgl. H. Jung: "Zu den klassentheoretischen Grundlagen einer sozialistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD", in: KLASSEN- UND SOZIALSTRUKTUR DER BRD 1950-1970, Teil I, Frankfurt 1972, Absch. 5.1.2.

Reproduktionsprozesses, insbesondere der zyklischen Entwicklung betroffen wird, die soziale Polarisierung zur Gegenklasse am ausgeprägtesten ist, sich Arbeiterklasse und Kapitalisten in den einzelnen Industriezweigen und -branchen ohne die Pufferzone der selbständigen Mittelschichten gegenüberstehen und der in die Produktionsverhältnisse eingeschlossene Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital also zur scharfen objektiven Entgegensetzung führt, sondern auch daraus, daß die Konzentration der Arbeiterklasse und die Disziplinierung durch die industriemäßige Arbeitsteilung zu einem hohen Grad an Organisiertheit und Aktionsfähigkeit führen. Hinzu kommt, daß in industriellen Schlüsselbereichen die Industriearbeiterschaft (besonders die Facharbeiter) städtische und erbliche Arbeiterschaft ist, die Bindung an die selbständigen Mittelschichten also eine geringe Rolle spielt. Unter diesen Bedingungen weist die Industriearbeiterschaft nicht nur einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf, sondern verfügt auch über feste betriebliche Kommunikations- und Vertretungssysteme. Diese Charakteristika treffen auch für die Arbeiter in den Großbetrieben der Bau- und Verkehrswirtschaft zu.

Tabelle 2: Wichtige Bereichsgruppen u.a. Gruppen der Arbeiterklasse

Bereichsgruppen u.a. Gruppen	Arbeiterklassengruppen 1950	1961	1970	Entwicklung 1970 zu 1950 (= 100)	1961 (= 100)
	1	2	3	4	5
			in Tsd		
1. Landarbeiter	1.152	490	251	21,8	51,2
2. Industriearbeiter (Beschäftigte)	4.158	6.674	6.471	155,6	97,0
darunter: Bergarbeiter[a]	956	651	380	39,7	58,4
Arbeiter in Großbetrieben[b]		2.700	2.600		96,3
3. Bauarbeiter	1.542	1.675	1.608	104,3	96,0
4. Arbeiterklassengruppen bei Bundesbahn u. Bundespost	743	809	767	103,2	94,8
5. Arbeiter u. Angestellte im Handel[c]	1.330	2.140	2.361	177,5	110,3
6. Ungelernte Arbeiter[d]	2.885	2.726	2.556	88,6	93,8
7. Arbeiterklassengruppen der kaufm. Angestellten[e]	2.338	4.122	4.780	204,4	116,0
8. Arbeiterklassengruppen der technischen Angestellten[e]	269	592	808	300,4	136,5
9. Arbeiter in Städten über 20.000 Einwohner	4.835	5.816	5.905	122,1	101,5
			in v.H. der Arbeiterklasse[f]		
1.a Landarbeiter	7,6	2,7	1,3		
2.a Industriearbeiter (Beschäftigte)	27,4	36,4	33,3		
darunter: Bergarbeiter[a]	6,3	3,6	2,0		
Arbeiter in Großbetrieben[b]		14,7	13,4		
3.a Bauarbeiter	10,2	9,1	8,3		
4.a Arbeiterklassengruppen bei Bundesbahn und Bundespost	4,9	4,4	4,0		
5.a Arbeiter und Angestellte im Handel[c]	8,8	11,7	12,2		
6.a Ungelernte Arbeiter[d]	19,0	14,9	13,2		
7.a Arbeiterklassengruppen der kaufm. Angestellten[e]	15,4	22,5	24,6		
8.a Arbeiterklassengruppen der technischen Angestellten[e]	1,7	3,2	4,2		
9.a Arbeiter in Städten über 20.000 Einwohner	31,9	31,7	30,4		

Quelle: Berechnung des IMSF: a) einschl. Arbeiter in der Energiewirtschaft; b) Betriebe mit über 1000 Beschäftigten; c) in den Angestelltenzahlen sind hier noch lohnabhängige Mittelschichten, angestellte Intelligenz und Managergruppen enthalten; d) Arbeiter der Leistungsgruppe 3; e) absolute Zahlen 1950=1951; 1961=1962; 1970=1966; f) aktive Arbeiterklasse ohne

Der Umfang der Industriearbeiterschaft hat sich in den 50er Jahren schnell erweitert. In den 60er Jahren bewirkt die Einschränkung des Bergbaus, der eine starke Konzentration auf Großbetriebe aufweist, insgesamt einen Rückgang des Umfangs und Anteils der Industriearbeiterschaft. Betrachtet man nur die verarbeitende Industrie, so wächst dagegen sowohl die Industriearbeiterschaft als Ganzes wie auch ihr Kern in den Großbetrieben leicht weiter. Hatten in den 50er Jahren mit der extensiven Ausweitung der industriellen kapitalistischen Produktion bei schon zunehmenden Angestelltenanteilen die Industriearbeiter schnell zugenommen, so kommt es in den 60er Jahren unter dem Einfluß von Strukturkrisen und der kapitalistischen Rationalisierung zu Stagnationstendenzen der Arbeiterbeschäftigung bei weiterer Zunahme des Umfangs und Anteils der Industrieangestellten (die Industrieangestellten wuchsen von 1950 = 0,78 Mio. über 1961 = 1,64 Mio. auf 1970 = 2,13 Mio.). Diese Zahlen deuten an, daß die Arbeiterklasse in der Industrie als Ganzes auch in den 60er Jahren gewachsen ist.
Von Bedeutung ist auch die Tatsache, daß sich vor allem in den 50er Jahren eine schnelle Konzentration der Arbeiterbeschäftigung auf die Industrie vollzogen hat: Waren 1950 erst 35 % aller Arbeiter der BRD und Westberlin in der Industrie beschäftigt, so wuchs dieser Anteil über 1961 = 52 % auf 1970 = 54 %. Dem entspricht auch die Zunahme der Arbeiter in Städten über 20.000 Einwohnern, in denen die Industrie vor allem konzentriert ist, von 1950 bis 1970 um 1,1 Mio. Personen.

Für die Gesamtentwicklung der Arbeiterschaft fällt vor allem die Verlagerung aus der *Landwirtschaft* und dem *Bergbau* in andere Bereiche ins Gewicht. Der Anteil dieser früher auch quantitativ wichtigen Gruppen der Arbeiterklasse an der gesamten Arbeiterklasse machte 1970 nur noch 1,3 % bzw. 2,0 % aus.

Die Industriearbeiterschaft umfaßt 1970 1/3 der westdeutschen Arbeiterklasse und ist nach wie vor auch ihre quantitativ größte Abteilung. Die *Arbeiterklassengruppen bei Bundesbahn und Bundespost*, zweifellos Kerngruppen der westdeutschen Arbeiterklasse mit hohem objektiven und gewerkschaftlichen Organisationsgrad, stellen 1970 = 4 % und die *Bauarbeiter* 8,3 % der westdeutschen Arbeiterklasse.

Eine auch in den 60er Jahren wachsende Gruppe der Arbeiterklasse ist das *Handelsproletariat*. 1970 entspricht ihr Umfang dem der Gruppen bei Bundesbahn, Bundespost und der Bauwirtschaft. Es muß bei der Einschätzung der Klassenkampfpotenzen dieser Gruppe der Arbeiterklasse jedoch berücksichtigt werden, daß der Konzentrationsgrad hier relativ gering ist, die Mehrzahl Frauen, darunter viele Teilzeitbeschäftigte, sind und ein großer Teil bei den Mittelschichten beschäftigt ist. Immerhin wurden aber auch hier 1970 0,8 - 0,9 Mio. Angehörige der Arbeiterklasse in Unternehmen des mittleren und des Groß- und Monopolkapitals ausgebeutet.

Wir betrachten jetzt einige wichtige Gruppen der Arbeiterklasse, die aus der Bereichsgliederung herausfallen, jedoch hinsichtlich ihrer Ausbildung, ihrer Arbeitssituation u.a. gemeinsame Merkmale aufweisen und die Spannweite der inneren Differenzierung der Arbeiterklasse deutlich machen: die Arbeiterklassengruppen der technischen Angestellten, der kaufmännischen Angestellten und der ungelernten Arbeiter.

Wenn die *technischen Angestellten* (in der Tabelle ohne Meister) innerhalb der Arbeiterklasse quantitativ auch nach wie vor erst von geringer Bedeutung sind, so weisen sie jedoch

das schnellste Wachstum aller in der Tabelle aufgeführten Gruppen der Arbeiterklasse auf. Ihr Umfang verdreifacht sich zwischen 1950 und 1970. Sie sind zum großen Teil unmittelbar in die Produktion und die vor- und nachgelagerten Bereiche integriert und verfügen über ein Qualifikationsniveau, in das wesentliche Elemente einer mehr theoretischen Ausbildung eingegangen sind. Gemeinsam mit den qualifizierten Facharbeitern in technologischen Spitzenindustrien verkörpern sie einen Produzententyp mit vorwiegend nichtmanueller Arbeitsverausgabung, dessen Umfang unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zweifellos weiter wachsen wird. Der Männeranteil ist 1950 und 1970 mit 85 % sehr hoch.

Demgegenüber vermindert sich die Schicht auf dem unteren Ende der Qualifikationsskala der in der materiellen Produktion eingesetzten Arbeiterklasse: die *ungelernten Arbeiter.* In absoluten Zahlen ist diese Gruppe allerdings 1970 noch dreimal größer als die Arbeiterklassengruppe der technischen Angestellten; ihr zahlenmäßiger Umfang verringert sich jedoch, und zwar auch in den 60er Jahren wesentlich schneller als der der gesamten Arbeiterschaft und ihr Anteil an der gesamten Arbeiterklasse geht von 1950 = 19 % auf 1970 = 13 % zurück.

Von wachsendem Umfang sind auch die Arbeiterklassengruppen der *kaufmännischen Angestellten,* die 1970 zu 67 % (1950 = 61 %) aus Frauen bestehen. Diese Gruppen sind in der staatlichen und privatkapitalistischen Verwaltung, im Handel, den Banken, Versicherungen und den öffentlichen und privaten Dienstleistungen beschäftigt. In diesen Bereichen stellen sie die Masse der Kommandierten und Ausgebeuteten. Sie nehmen hier eine ähnliche Stellung ein wie die Arbeiterschaft in der materiellen Produktion. Sie stellen heute 1/4 (1950 = 15 %) der westdeutschen Arbeiterklasse. Diese Gruppen sind überdurchschnittlich in den großen Städten konzentriert, den nationalen und regionalen Verwaltungs-, Handels- und Dienstleistungszentren. In ihren Beschäftigungsbereichen ist die Interaktion mit der Arbeiterschaft in der Regel gering, sie stehen noch in starkem Maße unter dem sozialen Einfluß der lohnabhängigen Mittelschichten, der Intelligenz und des kapitalistischen Managements. Ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad ist erst gering. Die Abschwächung der Wachstumstendenz in den 60er Jahren wird nicht zuletzt durch die im time-lag zur materiellen Produktion nun auch in diesen Bereichen einsetzende kapitalistische Rationalisierung verursacht. Damit setzt sich in ihren Bereichen die Tendenz zur industriemäßigen Arbeitsteilung – die reelle Subsumtion unter das Kapital – durch und technologische „Freisetzungen" und Beschäftigungsprobleme treten für sie stärker auf die Tagesordnung. Es kann angenommen werden, daß sich die Rekrutierungsbasis dieser Gruppen – auch der Arbeiterklassengruppen der technischen Angestellten – stärker in die Arbeiterschaft verlagert hat, daß nicht nur die Annäherung von Arbeitssituation und sozialer Lage, sondern auch die soziologische Verschmelzung dieser Gruppen mit der Arbeiterschaft zu genommen hat.

Diese hier vorgelegten Strukturdaten der Arbeiterklasse machen darauf aufmerksam, daß ihre innere Differenzierung unter verschiedenen wichtigen Gesichtspunkten zugenommen hat. Für die Formierung der Arbeiterklasse ist die Einbeziehung vor allem der Angestelltengruppen in den Klassenkampf ein zentrales, in der Zukunft noch zunehmendes Problem geworden.

Gliederung der Arbeiterklasse nach sozialökonomischen Sektoren

Diese Gliederung zeigt, welchen Ausbeutergruppen die Arbeiterklasse im einzelnen gegenübersteht. Sie macht auch deutlich, wie sich im Rahmen der gesamten Gesellschaft die kapitalistische Akkumulation als Konzentration der Verteilung der Arbeiterklasse auf das

Privatkapital und den Staat durchgesetzt und ausgewirkt hat. Vor allem aber wird der Umfang jenes sozialökonomischen Kerns der Arbeiterklasse sichtbar, der mit der Wirtschaftstätigkeit auf großer Stufenleiter unmittelbar verbunden ist und dem Groß- und Monopolkapital direkt gegenübersteht.

Tabelle 3: Gliederung der beschäftigten Arbeiterklasse nach sozialökonomischen Sektoren und Bereichen in der BRD und in Westberlin

Gruppe der Arbeiterklasse im Sektor	Beschäftigte Gruppen der Arbeiterklasse 1950	1961	1970	Entwicklung 1970 zu 1950 (= 100)	1961 (= 100)
	1	2	3	4	5
			in Tsd		
1. Landwirtschaft	1.152	490	251	21,8	51,2
2. Heimarbeiter, Hausangestellte	–	544	547	–	100,6
3. Gewerbliche Mittelschichten	1.996	2.438	2.406	120,5	98,7
4. privatkapitalistischer Sektor[a]	8.133	12.792	13.813	169,8	108,0
davon: – kleines u. mittleres Kapital	–	(8.173)	(8.631)	–	(105,6)
– Groß- und Monopolkapital	–	(4.619)	(5.182)	–	(112,2)
5. Staat[b]	2.153	3.533	4.226	196,3	119,6
1.-5. Zusammen	13.434	19.797	21.243	158,1	107,3
			in v.H.		
1.a Landwirtschaft	8,6	2,5	1,2		
2.a Heimarbeiter, Hausangestellte		2,8	2,6		
3.a Gewerbliche Mittelschichten	14,9	12,3	11,3		
4.a privatkapitalistischer Sektor[a]	60,5	64,6	65,0		
davon: – kleines u. mittleres Kapital	–	(41,3)	(40,6)		
– Groß- und Monopolkapital	–	(23,3)	(24,4)		
5.a Staat[b]	16,0	17,8	19,9		
1.a-5.a Zusammen	100,0	100,0	100,0		

Quelle: Berechnung des IMSF; a) privatkapitalistischer Sektor im gewerblichen Bereich; b) einschließlich Militärpersonal und deutschem Personal bei den Dienststellen ausländischer Nato-Truppen.

Während die *Arbeiterklassengruppen in der Landwirtschaft,* die 1950 immerhin noch fast 9 % der Arbeiterklasse ausmachen, und in den *Privathaushalten,* deren Tätigkeiten vor allem von Bourgeoisfamilien konsumiert werden, sowie die *Heimarbeiter* im Rahmen der Gesamtklasse nur noch von peripherer Bedeutung sind, besitzen die Gruppen, die durch die *gewerblichen Mittelschichten* ausgebeutet werden, noch quantitativ beträchtliches Gewicht. Ihr absoluter Umfang stagniert allerdings in den 60er Jahren. Sie stellen 1970 11 % der Arbeiterklasse der BRD und Westberlins (2,4 Mio. Personen). Es handelt sich um Lehrlinge, Gesellen, Arbeiter, Verkaufspersonal, Köche, Kellner usw. in kleinen Handwerks-, Handels-, Dienstleistungs-, Bau-, Verkehrsbetrieben. Diese Gruppe der Arbeiterklasse ist stark zersplittert; die Ausbeutung ist noch patriarchalisch verbrämt; vielfach handelt es sich um Verwandte und Familienmitglieder der Betriebsinhaber, die im Lohnverhältnis beschäftigt werden. Diese Gruppe der Arbeiterklasse steht stark unter dem sozialen Einfluß der selbständigen Mittelschichten. Schon die gewerkschaftliche Organisierung stößt hier auf beträchtliche Schwierigkeiten. Diese Gruppen konnten in der Vergangenheit nur bei scharfen Zuspitzungen im gesamtgesellschaftlichen Rahmen in den Klassenkampf einbezogen werden.

Das höchste Zuwachstempo verzeichnet nicht der privatkapitalistische, sondern der *staatliche Sektor.* Es ist dies ein Ausdruck der umfassenden Herausbildung des SMK. Dieser Zuwachs beruht jedoch nicht auf der Ausweitung der unmittelbaren Wirtschaftstätigkeit, hier ist vielmehr die Beschäftigung rückläufig, sondern ist durch den Ausbau des Macht- und Gewaltapparates und der übrigen Staatsbereiche bedingt. Jeder fünfte Angehörige der Arbeiterklasse ist heute in diesem Sektor tätig und unterliegt hier der Anwendung und Ausbeutung durch das staatsmonopolistische System. Dieser Anteil erhöht sich noch beträchtlich, wenn die Unternehmen mit wesentlicher Staatsbeteiligung in privater Rechtsform in die Betrachtung einbezogen werden. Die einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse unterliegen vielfältigen Reglementierungen und Beschneidungen ihrer Rechte, die den Warencharakter ihrer Arbeitskraft einschränken. Dies gilt besonders für die Arbeiterklassengruppen der Beamten und für jene Gruppen im Repressionsapparat, die funktionell aus der Arbeiterklasse herausfallen. Die erkennbaren Tendenzen verweisen darauf, daß der Umfang und Anteil der Arbeiterklassengruppen im Staatssektor weiter wachsen wird. Gruppen wie die Arbeiterklasse bei Bundesbahn, Bundespost, bei Flughäfen, Seehäfen usw. halten zweifellos Knotenpunkte des Wirtschaftslebens besetzt. Sie spielen auch in den aktuellen Kämpfen eine aktive Rolle und müssen dem Kern der Arbeiterklasse zugeordnet werden.

Der dominierende Anteil *des privatkapitalistischen Sektors* verweist auf den hohen sozialökonomischen Entwicklungsstand des Kapitalismus in der BRD und Westberlin; das Anwachsen des hier ausgebeuteten Teils der Arbeiterklasse von 1950 = 60,5 % auf 1970 = 65 % zeigt die auch noch in die Breite gehende unmittelbare Unterwerfung der Wirtschaft unter das Kapital; die Verlagerung auf den groß- und monopolkapitalistischen Sektor schließlich ist ein Ausdruck der zunehmenden Konzentration und Monopolisierung.

In diesem Sektor steht die Arbeiterklasse unmittelbar der Kapitalistenklasse gegenüber. Die patriarchalische Dämpfung des Ausbeutungsverhältnisses und der personelle unmittelbare Druck der Kapitalisten und damit auch der unmittelbare soziale Einfluß der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse nimmt i.d.R. mit der Größe der kapitalistischen Unternehmen ab. Freilich muß berücksichtigt werden, daß gerade in groß- und monopolkapitalistischen Betrieben auf der Grundlage der Monopolprofite das sozialpolitische System zur Integration wichtiger Gruppen der Arbeiterklasse und die Statusdifferenzierung zur Spaltung der Belegschaften weit fortgeschritten sind. Jedoch haben die Kämpfe der letzten Jahre gezeigt, daß damit zwar der Formierung der Arbeiterklasse entgegenwirkende Tendenzen wirksam geworden sind, bei einer Zuspitzung der Interessengegensätze jedoch gerade hier die Arbeiterklasse in der Lage ist, zur Aktion zu gelangen.

1970 wird etwa 1/4 der Arbeiterklasse unmittelbar in den Unternehmen des Groß- und Monopolkapitals ausgebeutet. Diesem Kern der Arbeiterklasse kommt als unmittelbarem Antipoden des Groß- und Monopolkapitals in den Klassenauseinandersetzungen entscheidende Bedeutung zu. Deshalb liegt auch in der Orientierung auf diesen Kern unter den Bedingungen der BRD der zentrale Ansatzpunkt aller auf dem Boden der Interessen der Arbeiterklasse wirkenden politischen Kräfte. Dieser Kern der Arbeiterklasse ist in den 60er Jahren, trotz der rückläufigen Entwicklung im Bergbau, um 0,6 Mio. Personen gewachsen. Sein Schwerpunkt liegt, wie schon in früheren Abschnitten dargelegt wurde, eindeutig in der Industrie. Hier ist der groß- und monopolkapitalistische Sektor auch relativ wesentlich umfangreicher. 1970 waren 40,2 % aller Industriebeschäftigten in Großbetrieben tätig und bezieht man die größeren Mittelbetriebe (500 - 999 Beschäftigte) ein, 53,4 % (1950 = 34,1 % bzw. 45,8 %).
Die nachfolgenden Angaben machen nochmals an der Verteilung der *Großunternehmen* nach Wirtschaftsabteilungen die Schwerpunkte der Wirtschaftstätigkeit auf großer Stufenleiter deutlich. Als Staatsunternehmen sind hier die Unternehmen von Anstalten, Stiftungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgewiesen, nicht jedoch die unmittelbaren Einrichtungen von Gebietskörperschaften.

Anzahl der Großunternehmen und ihre Verteilung auf Wirtschaftsbereiche 1970 (5):

Wirtschaftsbereich	Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten	darunter: mit 1000-4999 Beschäftigten	mit über 5000 Beschäftigten	darunter: Staatsunternehmen
Gewerbliche Landwirtschaft	1		1	–
Bergbau/Energiewirtschaft	79	62	17	(15)
Verarbeitendes Gewerbe	1098	952	146	
Baugewerbe	73	61	12	
Verkehr/Nachrichten	40	34	6	(4)
Handel	120	106	14	
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	95	83	12	(26)
Dienstleistungen	53	52	1	(6)
zusammen 1970	1559	1350	209	(51)
(1961)	(1440)	(1235)	(205)	(39)

Wird aus den dargelegten Zahlenangaben auch die große potentielle Kraft sichtbar, die von der einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse in den Zentren der Wirtschaftstätigkeit auf großer Stufenleiter ausgehen kann, so deutet auf der anderen Seite der Umfang der Arbeiterklassengruppen in den Sektoren der Mittelschichten, des kleinen und mittleren Kapitals und des Staates, die die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse ausmachen, die Probleme der Formierung der gesamten Klasse an, die nur in dem Maße fortschreiten kann, wie der Klassenkampf den betrieblichen und großbetrieblichen Rahmen überschreitet und politische Züge annimmt.

Wir fassen in Tabelle 4 Angaben über einige weitere Gruppen der Arbeiterklasse zusammen, die die innere Struktur der Arbeiterklasse weiter erhellen.

Während beim männlichen Teil der aktiven Arbeiterklasse die Arbeiter die Mehrheit stellen, sind es beim weiblichen Teil die weiblichen Angestellten und die Beamtinnen. Wird am wachsenden Anteil der *Frauen* an *der aktiven Arbeiterklasse* (1950 = 32 %, 1970 = 36 %) sichtbar, daß die Frauen der Arbeiterklassenfamilien zunehmend in den Ausbeutungsprozeß einbezogen wurden, eine den Wert der Arbeiterschaft senkende Tendenz, so macht ihre Aufgliederung nach dem arbeitsrechtlichen Status deutlich, daß sie zunehmend in Angestelltenbereichen eingesetzt werden. Machte der Anteil der Arbeiterinnen an allen aktiven weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse 1950 noch 69 % aus, so sank er bis 1970 auf 48 %. Im entsprechenden Maße wuchs der Anteil der weiblichen Angestellten und Beamtinnen, wobei der Anteil der Beamtinnen allerdings sehr gering ist (1950 = 1,4 %, 1970 = 1,8 %). Es ist nachzuweisen, daß die Industriearbeiterinnen eine im Rahmen ihrer Klasse besonders benachteiligte und diskriminierte Gruppe der Arbeiterklasse sind, deren Ausbeutung und Unterbezahlung die Quelle von Extraprofiten für das Kapital ist.

5 Stat. BA, FS C, AZ vom 27.5.1970, H. 6; FS C, AZ vom 6.6.1961, H. 4.

Tabelle 4: Einzelne Gruppen und Schichten der Arbeiterklasse

Soziale Gruppen/Schichten	Gruppen der Arbeiterklasse 1950	1961	1970	Entwicklung 1970 zu 1950 (= 100)	1961 (= 100)
	1	2	3	4	5
			in Tsd		
1. Erwerbstätige Frauen der Arbeiterklasse	4.939	6.682	7.243	146,6	108,4
2. Lehrlinge in gewerblichen und Angestelltenberufen	975	1.424	1.188	121,8	83,4
3. Ausländische Beschäftigte	–	476	1.839	–	386,3
4. Registrierte Arbeitslose	1.869	181	149	8,0	82,3
5. Obere Randgruppen der Arbeiterklasse	895	1.523	1.802	201,3	118,3
			in v.H. der aktiven Arbeiterklasse[1])		
1.a Erwerbstätige Frauen der Arbeiterklasse	32,2	35,7	36,3		
2.a Lehrlinge in gewerblichen und Angestelltenberufen	6,4	7,6	6,0		
3.a Ausländische Beschäftigte	–	2,5	9,2		
4.a Registrierte Arbeitslose	12,2	1,0	0,7		
5.a Obere Randgruppen der Arbeiterklasse	5,8	8,1	9,0		

Quelle: Berechnung des IMSF; 1) Aktive Arbeiterklasse einschließlich der Gruppen in der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse im staatlichen Macht- und Gewaltapparat (ohne Militärpersonal)

Auch die Ausbeutung der *Lehrlinge oder Auszubildenden,* die überproportional im Bereich der selbständigen Mittelschichten und des kleinen Kapitals angewendet werden, ist in hohem Maße eine Quelle von Extraprofiten. Diese Gruppe ist jedoch noch nicht in vollem Umfang dem Ausbeutungsprozeß unterworfen. Die „Produktion" ihrer Arbeitskraft ist noch die bestimmende Seite ihrer Existenz. Diese Seite gerät jedoch nicht nur in Widerspruch zu überholten und unzureichenden Ausbildungsmethoden, sondern auch mit ihrer Funktion als billige Arbeitskräfte. Infolge der Verlängerung der Schulzeit für die Ausbildung des Nachwuchses der Arbeiterklasse ist in den 60er Jahren der Anteil der Lehrlinge an der Arbeiterklasse gesunken.

Von zunehmender Bedeutung innerhalb der Arbeiterklasse der BRD sind die *ausländischen Arbeiter und Angestellten.* Schon 1970 betrug ihr Anteil an der Arbeiterklasse der BRD und Westberlins 9,2 %. Ihr Umfang und Anteil hat sich in den folgenden Jahren noch beträchtlich erhöht. 1972 betrug ihr Umfang schon 2,2 Mio. Personen und der Anteil der ausländischen Arbeiter an der Arbeiterschaft schon 1971 = 16 %. Die ausländischen Arbeiter und Angestellten sind eine in ihrem Rechtsstatus und ihren Arbeits- und Lebensbedingungen besonders diskriminierte Gruppe. Das staatsmonopolistische System hat sie in eine Ghettosituation gedrängt und sie zum Spielball arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Manipulation gemacht. Die Auswirkungen der zyklischen Entwicklung haben in der Vergangenheit besonders diese Gruppe der Arbeiterklasse getroffen. Mit dem zunehmenden „Import" ausländischer Arbeitskräfte versucht das staatsmonopolistische System das für industrielle Expansion erforderliche Arbeitskräftepotential bereitzustellen und den von der industriellen Reservearmee ausgehenden Druck auf die Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten. Diese Strategie des SMK kann nur dann durchkreuzt werden, wenn die Arbeiterklasse die völlige Gleichstellung der ausländischen Arbeiter und Angestellten auf allen Gebieten durchsetzt.

Wir hatten in vorhergehenden Abschnitten gezeigt, daß die offiziellen *Arbeitslosenzahlen* den jeweiligen Umfang der industriellen Reservearmee, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und die Rolle, die sie für die Arbeiterklasse nach wie vor spielt, nur völlig verzerrt zum Ausdruck bringen. Darüber hinaus kann die Proportion zwischen brachliegender und fungierender Arbeiterklasse nicht allein mit der Zahl der registrierten Arbeitslosen erfaßt werden. Die Tabellenangaben verweisen deshalb nur auf die 1961 und 1970 gegenüber 1950 beträchtlich veränderte Situation.

Von wesentlicher Bedeutung für die Struktur der Arbeiterklasse ist schließlich die Existenz *oberer Randgruppen der Arbeiterklasse,* die unter verschiedenen Merkmalen (Einkommen, Aufsichtsfunktionen u.a.) aus der Arbeiterklasse herauswachsen und unter den heutigen Bedingungen in der Arbeiterklasse eine ähnliche Rolle spielen, wie früher die Arbeiteraristokratie, als sich die Arbeiterklasse noch zu 80 - 90 % aus Arbeitern zusammensetzte. Sie sind die sozialen Verbindungsgruppen vor allem zu den lohnabhängigen Mittelschichten. Diese Gruppe umfaßt 1970 schätzungsweise 1,8 Mio. Personen, davon 0,25 Mio. im arbeitsrechtlichen Status von Arbeitern, 1,45 Mio. von Angestellten und 0,1 Mio. von Beamten. Diese Gruppen stellen innerhalb der Arbeiterklasse ein besonders agiles Element dar. Individuelle Aufstiegsillusionen sind hier stark ausgeprägt. Unter den Bedingungen des SMK haben sich Umfang und Anteil dieser Obergruppen der Arbeiterklasse stark vergrößert.

Fließende Übergänge bestehen jedoch nicht nur zu den lohnabhängigen Mittelschichten, sondern auch zwischen *selbständigen Mittelschichten* in Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft und der *Arbeiterklasse* existiert eine beachtliche Fluktuationszone. Ihr Umfang wird aus folgenden Angaben sichtbar:

- In der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurden jährlich um 75.000 Arbeiter Selbständige. Vielfach handelt es sich um Erben von Kleinbetrieben, die vorher als Arbeiter erwerbstätig waren.
- Der Bereich der *halbproletarischen Zone* bindet in der gewerblichen Wirtschaft 1970 etwa 0,6 Mio. Personen und in der Landwirtschaft 0,5 Mio., die in der Statistik als Selbständige und Mithelfende fungieren.
- Die Nebenerwerbsbauern, die im Hauptberuf überwiegend Arbeiter und Angestellte sind, machen Ende der 60er Jahre 0,5 Mio. Personen aus.

Der Umfang dieser Zone ist im Verlauf der Nachkriegsentwicklung geschrumpft. Er hatte seinen größten Umfang in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Damit wurde auch der Einflußbereich der selbständigen Mittelschichten in die Arbeiterklasse eingeengt. Jedoch muß auch heute berücksichtigt werden, daß nach wie vor große Gruppen der Arbeiterklasse über familiäre Beziehungen, kleinen Grundbesitz u.ä. mit den Mittelschichten und Kleinbesitzerinteressen verbunden sind.

Mittelschichten und Intelligenz

Die Existenzbasis aller Gruppen der Mittelschichten ist in erster Linie die eigene Arbeit, die entweder wie bei den selbständigen Mittelschichten auf der Grundlage des Kleinbesitzes oder wie bei den lohnabhängigen Mittelschichten und den Hauptgruppen der Intelligenz in Ausübung spezifischer Funktionen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit des staatsmonopolistischen Systems geleistet wird.

Im Kampf der gesellschaftlichen Grundklassen nehmen die Mittelschichten eine zwiespältige Position ein. Sie stellen heute weder als Gesamtheit noch in einzelnen Gruppen eine

Hauptkraft der gesellschaftlichen Entwicklung dar, spielen aber in den sozialen Beziehungen eine wichtige Rolle und können als Bündnispartner des einen oder anderen antagonistischen Pols im Verlauf der Klassenkämpfe von großer Bedeutung sein. Das gilt auch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, mit dessen umfassender Herausbildung ihr sozialökonomischer und sozialer Bereich weiter geschrumpft ist.

Die Einengung des Mittelschichtenbereichs als Ganzem von 1950 = 31,4 % auf 1970 = 22,3 % der Erwerbsbevölkerung ist ein wichtiges Ergebnis der Entwicklung der Nachkriegsjahrzehnte. Dabei kommt es zwischen den Hauptbereichen der Mittelschichten zu Verlagerungen, die die Grundkonstellation der sozialen Kräfte beeinflußt haben und beeinflussen. Machte der Bereich der lohnabhängigen Mittelschichten und der lohnabhängigen Intelligenz 1950 erst etwa 18 % an den Mittelschichten als Ganzes aus, so 1970 31 % – und bezieht man die Gruppen im staatlichen Machtapparat in der Lage der Arbeiterklasse mit ein, deren Situation in wichtigen Gesichtspunkten derjenigen der lohnabhängigen Mittelschichten vergleichbar ist, so wuchs der Anteil von 20 % auf 41 %.

Diese Verlagerung kann für die Akzentuierung der antimonopolistischen Bündnispolitik, wie sie von der kämpferischen Arbeiterbewegung vertreten wird, nicht ohne Einfluß bleiben. Neben den quantitativen Verhältnissen sind dabei auch die Wachstumstendenzen der Intelligenz und wichtiger Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten zu berücksichtigen sowie die Tatsachen, daß ihr Wachstum zum großen Teil mit der Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden ist und sie einen beträchtlichen sozialen Einfluß auf große Gruppen der Arbeiterklasse ausüben.

Die soziale Schicht der Intelligenz

Auf der Grundlage des vorhandenen statistischen Materials war es nur möglich, die Kerngruppen der Intelligenz zu erfassen, also jene Personen, deren Existenzgrundlage die Verwertung ihrer durch ein Hochschulstudium erworbenen Spezialistenqualifikation ist, die also spezifische Funktionen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, die einen höher qualifizierten Typ geistiger Arbeit erfordern, ausüben. Es fallen hier jene Hochschulabsolventen heraus, die als Eigentümerkapitalisten fungieren oder die innerhalb des staatsmonopolistischen Systems primäre Aneignungs- und Herrschaftsfunktionen ausüben. (6)

Zweifellos sind unter den heutigen Bedingungen darüber hinaus noch Teile der Ingenieurschulabsolventen und der Absolventen Höherer Fachschulen, für die die Verwertung ihrer Spezialistenqualifikation ebenfalls Grundlage ihrer Existenz ist, dem unteren Bereich der sozialen Schicht der Intelligenz zuzuordnen. Sie sind in unseren Tabellen vor allem im Bereich der lohnabhängigen Mittelschichten mit erfaßt. Die soziale Überlappung und Verflechtung von Intelligenz und lohnabhängigen Mittelschichten ist jedoch nicht nur ein statistisches Erfassungsproblem, sondern sie existiert auch in der sozialen Realität. Für die Massen der Fachschulabsolventen ist dies jedoch nicht der Fall. Sie fallen unter den heutigen Bedingungen in den Reproduktions- und Rekrutierungsbereich der Arbeiterklasse (z.B. angestellte Techniker), der selbständigen Mittelschichten, also vorwiegend des mittleren Aufsichts- und Leitungspersonals (z.B. Absolventen von Verwaltungsfachschulen).

6 Diese Gruppe machte 1969/70 etwa 150.000 Personen oder 15 % aller erwerbstätigen Hochschulabsolventen aus. Diese 15 % verteilen sich mit 1,5 % auf kapitalistische Unternehmer im Bereich der freien Berufe, mit 3,5 % auf die Spitzengruppe im Staatsbereich und mit 10 % auf fungierende Eigentümerkapitalisten und kapitalistische Manager.

Tabelle 5: Die Kerngruppen der Intelligenz der BRD und Westberlins

Soziale Gruppen	Erwerbspersonen 1950	1961	1969/70
	1	2	3
		in Tsd	
1. Kerngruppen der Intelligenz – im Staatssektor	–	359	448
2. – im privatkapitalistischen Sektor	–	201	251
3. – im Bereich der freien Berufe	–	96	120
4. – insgesamt	–	656	819
5. Hochschulabsolventen	584[1])	772	964
6. Ingenieurschulabsolventen	183[1])	–	398
7. Fachschulabsolventen	–	1.584[2])	2.244
		in v.H. aller Erwerbspersonen (mit Militär)	
1.a Kerngruppen der Intelligenz – im Staatssektor	–	1,3	1,7
2.a – im privatkapitalistischen Sektor	–	0,7	0,9
3.a – im Bereich der freien Berufe	–	0,4	0,4
4.a – insgesamt	–	2,4	3,0
5.a Hochschulabsolventen	2,5[1])	2,9	3,6
6.a Ingenieurschulabsolventen	0,8[1])	–	1,5
7.a Fachschulabsolventen	–	5,9[2])	8,3

Quelle: Berechnung des IMSF; 1) Zahlen für 1957; Bezugsbasis = 1950; 2) einschließlich Ingenieurschulabsolventen.

Die soziale Stellung der Intelligenz ist durch eine Mittelschichtlage charakterisiert, wobei sie im Spektrum der Mittelschichten spezifische Strukturen ausprägt, die vor allem aus den Reproduktionsbedingungen ihrer Arbeitskraft und ihren Funktionen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit resultieren. Die Entwicklung der modernen Produktivkräfte führt nicht nur in der Sphäre der materiellen Produktion zu einem erhöhten Bedarf nach Spezialisten mit Intelligenzqualifikation, sondern bewirkt auch die Zunahme der Bedeutung und des Umfangs der Bereiche der Entwicklung der Wissenschaft und der Bereiche zur Reproduktion der Arbeitskraft (Bildungs-, Gesundheits-, Sozialwesen) und damit eine aufsteigende Wachstumstendenz der sozialen Schicht der Intelligenz. So wuchs der Umfang der Kerngruppen der Intelligenz zwischen 1961 und 1969/70 um + 25 %, der erwerbstätigen Hochschulabsolventen zwischen 1957 und 1969/70 um 65 % und der Ingenieurschulabsolventen sogar um 113 %. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Erhöhung der Anteile an der Erwerbsbevölkerung wider. Auf eine anhaltende und aufsteigende Wachstumstendenz verweisen die Anteile der Studienanfänger an Hochschulen an den entsprechenden Geburtsjahrgängen: 1952 = 4,5 %, 1961 = 6,1 %, 1970 = 10,9 %. Wenn der Anteil der Intelligenz an der Gesamtbevölkerung heute auch noch relativ gering ist, so ist er in der jüngeren Generation auch quantitativ schon bedeutsam. Diese Entwicklung kommt auch darin zum Ausdruck, daß den 964.000 erwerbstätigen Hochschulabsolventen von 1969/70 432.000 Studenten an Hochschulen (1970/71) gegenüberstanden (1957 = 584.000 erwerbstätige Hochschulabsolventen und 155.000 Studenten – 1955/56).

In diesem Prozeß hat sich das Rekrutierungsfeld der Intelligenz stärker in die Arbeiterklasse verlagert: stammten 1950/51 erst 19,4 % aller Studenten aus der Arbeiterklasse – aus der Arbeiterschaft 3,6 % –, so 1966/67 28,7 % – 5,7 % aus der Arbeiterschaft. Mit dem Anwachsen des Umfangs hat sich aber auch die „Aufstiegsperspektive" der jüngeren Intelligenz beträchtlich eingeengt. Bei einer Realisierung der Zielsetzungen der staatsmonopolistischen Hochschul- und Studienreform muß damit gerechnet werden, daß sich in der Zukunft die soziale Qualität eines Hochschulabschlusses ändert, daß es zu relativen und abso-

luten Dequalifizierungen kommt, eine stärkere soziale Differenzierung schon in den Hochschulbereich einprogrammiert wird und der heutige Bereich der lohnabhängigen Mittelschichten stärker mit Hochschulabsolventen besetzt wird und in diesem Prozeß auch Übergänge in die Arbeiterklasse entstehen.

Für die Beschäftigung der Kerngruppen der Intelligenz spielt heute der *Staatssektor* die entscheidende Rolle: gegen Ende der 60er Jahre waren hier etwa 55 % der Angehörigen der Kerngruppen der Intelligenz beschäftigt, davon etwa 3/4 im Bildungs- und Erziehungswesen. Gerade für letztere Gruppen besitzt der Staat heute ein nahezu geschlossenes Beschäftigungsmonopol. Ihre Arbeits- und Reproduktionsbedingungen werden unmittelbar durch den Staat diktiert. Konsequente Demokraten und Sozialisten werden durch Berufsverbote diskriminiert. Es zeigt sich, daß die Entwicklung der Intelligenz nicht als unmittelbare Resultante eines naturwüchsigen ökonomischen Prozesses begriffen werden kann, vielmehr wirken Produktivkraftentfaltung und Widersprüche des Systems der Kapitalverwertung in politisch vermittelter Form, wesentlich beeinflußt durch den Klassenkampf. Die ökonomischen und sozialen Widersprüche des SMK werden für Existenz und Entwicklung der Intelligenz also auf spezifische Weise wirksam. So schlägt sich die sozialrestriktive Ausgabenpolitik des staatsmonopolistischen Systems nicht nur im Hochschulbereich, also der „Produktionsstätte" der Intelligenz nieder, sondern schränkt auch unmittelbar ihre Beschäftigungsmöglichkeiten ein. Bei Fortsetzung der gegenwärtigen Tendenzen werden ab Mitte der 70er Jahre Beschäftigungsprobleme die soziale Existenz größerer Gruppen der Intelligenz einschneidend beeinflussen.

Das relative Gewicht der *selbständigen Intelligenzgruppen im Bereich der freien Berufe* hat sich in den 60er Jahren (7) vermindert, während ihr absoluter Umfang nahezu unverändert blieb. 1969/70 waren knapp 15 % der Kerngruppen der Intelligenz hier tätig, davon etwa 55 % als Ärzte. Bei dieser Berufsgruppe der Intelligenz, die im Abhängigen- und Selbständigensektor verankert ist, findet zwischen beiden Sektoren ein intensiver Austausch statt. Beide Bereiche sind eng miteinander verflochten. Hieran zeigt sich nicht zuletzt, daß das spezifische Beschäftigungsverhältnis nicht als konstitutiv für die Intelligenz als soziale Schicht angesehen werden kann. Gleichwohl bestimmen die Proportionen beider Sektoren wesentlich das soziale Antlitz und die Herausbildung antimonopolistischer Interessen der Intelligenz. Die relative Bedeutung der freien Berufe für die Beschäftigung der Intelligenz wird in Zukunft weiter abnehmen, aber für einzelne Berufsgruppen nach wie vor eine Rolle spielen.

Der *privatkapitalistische Sektor* absorbiert gegen Ende der 60er Jahre etwa 36 % aller Hochschulabsolventen und knapp 31 % der Kerngruppen der Intelligenz. Für die hier beschäftigte Intelligenz ist ihre Spezialistentätigkeit stärker mit unmittelbarer Leitungstätigkeit, also dem Kommando über Lohnarbeit, verknüpft als für die Hauptgruppen im Staatssektor. Bei letzteren (z.B. in den Erziehungsberufen) dominiert eindeutig die ausführende Spezialistentätigkeit. Deshalb ist die Verflechtung mit den lohnabhängigen Mittelschichten und der Übergang in das kapitalistische Management auch stärker ausgeprägt. Während sich in Zukunft die „Aufstiegsmöglichkeiten" einengen werden, wird die bereits heute latent vorhandene Konkurrenzsituation zu den Gruppen der lohnabhängigen Mittelschich-

7 Diese Tendenz kommt in Tabelle 5 nicht zum Ausdruck, da wir dort wegen fehlender Gesamtangaben für 1961 die Aufgliederungsrelationen von 1969 auf 1961 umgelegt haben. Tatsächlich betrug die Anzahl der Selbständigen mit Hochschulabschluß im Bereich der freien Berufe 1961 und 1969 etwa 130.000 – darunter etwa 10.000 mit kapitalistischen Einkommen. Bezogen auf alle erwerbstätigen Hochschulabsolventen machten die Absolventen in den freien Berufen also tatsächlich 1961 = 18,1 % und 1969 = 14,3 % aus.

ten mit zunehmendem Absolventen-„out-put" zunehmen, woraus sich für das Monopolkapital die Möglichkeit ergibt, diese beiden Gruppen gegeneinander auszuspielen und den antimonopolistischen Kampf zu schwächen.

In den Bereichen der Wirtschaftstätigkeit auf großer Stufenleiter konzentrieren sich die Intelligenzgruppen auf Stabs-, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, wobei wiederum die Konzerne i.d.R. überdurchschnittliche Spezialistenquoten mit Intelligenzqualifikation aufweisen. Hier haben Hauptbereiche der Intelligenzbeschäftigung an der Spitze schon eine industriemäßige Arbeitsteilung. Das hat jedoch nicht zu einem der Entwicklung des Umfangs dieser Bereiche proportionalen Wachsen der Intelligenzbeschäftigung geführt, sondern vor allem die Beschäftigtenkategorien mit abgespaltenen Intelligenzfunktionen erweitert. Innerhalb dieser Bereiche vorwiegend geistiger Arbeit reproduziert sich also eine Hierarchie, die den Gruppen der Intelligenz die oberen und mittleren Ränge vorbehält.

Die *Berufsgruppenstruktur* der Hochschulabsolventen und ihre Veränderung macht das Gewicht der einzelnen Gruppen der Intelligenz und ihre Entwicklungstendenz deutlich:

Berufsgruppen	Anteil an allen erwerbstätigen Hochschulabsolventen in %		Entwicklung 1969 zu 1961 (in %)
	1961	1969	
1. Erziehungs- und Lehrberufe	35,3	35,6	+ 26
2. Gesundheitsdienstberufe	17,0	19,0	+ 40
3. Ingenieure, Techniker u.ä.	12,7	12,9	+ 26
4. Kaufm., Organis.-, Verwaltungsberufe	12,8	12,3	+ 21
5. Rechtsberufe	6,4	5,2	+ 12
6. Wissenschaft u. Kultur	2,5	5,0	+ 149
7. Kirchliche Berufe	4,6	3,2	- 12
8. Handelsberufe	3,4	2,9	+ 8
(Alle Hochschulabsolventen)	(100,0)	(100,0)	(+ 25)

Innerhalb der Intelligenz kommt den Lehrern, Ärzten und Ingenieuren das größte Gewicht zu. Jedoch kann die soziale Rolle der Intelligenz und ihrer einzelnen Gruppen nicht unmittelbar aus ihrem zahlenmäßigen Umfang abgeleitet werden. Es handelt sich um eine Schicht, die über ihre Vermittlungs- und Dienstleistungstätigkeiten und die damit verbundenen Interaktionen sozialen Einfluß auf große Gruppen der Bevölkerung ausübt, deren Gewicht innerhalb der öffentlichen Meinung überproportional ist und aus der sich ein großer Teil der Führungs- und Leitungskräfte der bürgerlichen Parteien, Verbände und auch von demokratischen Bewegungen rekrutiert. Vielfältige Anknüpfungspunkte für die antimonopolistische Bewegung ergeben sich nicht zuletzt im Bereich der Reproduktion der Arbeitskraft, wo diese Gruppen häufig wegen ihrer Artikulationsfähigkeit, ihren Verwaltungskenntnissen usw. Auslöser und Träger von Initiativen sind. Ihre Forderungen und Vorstellungen können sie jedoch meistens nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse durchsetzen.

Die aus der kapitalistischen Akkumulation unter den Bedingungen des SMK hervorgehenden Tendenzen und Widersprüche wirken direkt *und* vermittelt auf die Existenzbedingungen der Intelligenz ein und forcieren soziale Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse in ihren Bereichen. Eine Politik der Einbeziehung der Intelligenz in antimonopolistische Bündnisbeziehungen und demokratische Bewegungen muß nicht nur die innere Differenzierung der jeweiligen Gruppen sondern auch ihre spezifische Rolle und Funktion in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit des SMK berücksichtigen. Hieraus ergibt sich,

daß vor allem Gruppen, bei denen ausführende Spezialistenarbeit dominiert, wie bei Lehrern, selbst dann, wenn ihre Arbeitsbereiche relativ abgeschlossen sind und der Grad der Arbeitsteilung niedrig ist und bleiben wird, eine starke antimonopolistische Potenz darstellen. Die gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterklasse resultieren hier nicht zuletzt aus Berufsgruppeninteressen, die sich z.B. im Falle der Lehrer nur dann realisieren können, wenn die soziale Öffnung und der Ausbau des Bildungswesens im Kampf gegen das staatsmonopolistische System erzwungen wird.

Gleichzeitig wirken jedoch in allen Gruppen der Intelligenz die charakteristischen Mittelschichteninteressen, die sich der Entprivilegierung entgegenstemmen. Gerade dann, wenn die Arbeiterklasse und ihre Bewegung den spezifischen Existenz- und Reproduktionsbedingungen dieser Schicht nicht oder nur ungenügend Rechnung trägt, resultieren hieraus die Anknüpfungspunkte der „Bündnispolitik" der Monopolbourgeoisie und der ihr aggregierten Gruppen.

Die lohnabhängigen Mittelschichten

Die lohnabhängigen Mittelschichten der BRD und Westberlins rekrutieren sich aus den oberen und mittleren Rängen der Angestellten und Beamten. Es handelt sich um das Aufsichts-, Leitungs- und Spezialistenpersonal ohne Intelligenzqualifikation und -funktion unterhalb der Ebene des kapitalistischen Managements bzw. der bourgeoisen Spitzengruppe des Staatsapparates im privatkapitalistischen und staatlichen Sektor. Diese Gruppen besitzen keine Produktionsmittel und stehen in einem Lohnverhältnis. Ihre Existenzgrundlage ist die lohnabhängige Arbeit. Gleichzeitig sind diese Gruppen jedoch durch spezifische Funktionen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, die sich auch im Wert bzw. Preis ihrer Arbeitskraft niederschlagen, von der Arbeiterklasse abgehoben und ihr teilweise entgegengesetzt. Sie befinden sich in einer Mittelschichtenlage.

In unserer Erfassung enthalten die lohnabhängigen Mittelschichten auch die unteren Gruppen der lohnabhängigen Intelligenz (z.B. Ingenieurschulabsolventen). Die Entwicklung dieser Schicht muß deshalb hier auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der lohnabhängigen Intelligenz gesehen werden. Darüber hinaus kommt es in der sozialen Wirklichkeit sowohl hinsichtlich der Stellung in den jeweiligen Hierarchien als auch der konkreten Arbeits- und Aufgabenbereiche zu vielfältigen Überschneidungen, Überlappungen und Verflechtungen auch mit den Kerngruppen der Intelligenz. Diese heben jedoch die Unterschiede der Reproduktionsbedingungen, hier vor allem die Unterschiede in der Ausbildung der Arbeitskraft, und damit des spezifischen Rekrutierungsmodus nicht auf.

In die Qualifikation der lohnabhängigen Mittelschichten gehen in höherem Maß die sogenannten Sozialqualifikationen ein, also die spezifischen Einstellungen und Verhaltensnormen, die das Kapital und der Staat von seinen ausführenden Leitungs- und Aufsichtskräften aber auch von privilegierten Spezialistengruppen verlangt und die für das Funktionieren des Ausbeutungsprozesses und die Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems unabdingbar sind. Diese „Qualifikations"komponente – Firmenverbundenheit und positive Einstellung und Haltung zum kapitalistischen System – muß berücksichtigt werden, wenn von einer im Vergleich zur Arbeiterklasse höheren Qualifikation die Rede ist. Die Qualifikationsskala des kapitalistischen Systems orientiert sich am Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses. Ihr Klassencharakter besteht gerade darin, daß die Qualifikation zur vorwiegend manuellen und zur Produktionsarbeit auf die untere Hälfte der Skala verwiesen wird, obwohl die Tätigkeit eines Facharbeiters ein ungleich höheres Maß

an Geschicklichkeit und Kenntnissen verlangt, die nur durch frühzeitige Einübung und lebenslange Erfahrung zu erwerben ist, als es z.B. für die Tätigkeit eines Verwaltungsinspektors erforderlich ist. Die durch theoretische Ausbildung vermittelte Fertigkeit zur geistigen Arbeit ist in der kapitalistischen Klassengesellschaft nach wie vor privilegiert. Die starren Grenzen werden unter den Bedingungen des SMK erst in dem Maße aufgelöst, wie der wissenschaftlich-technische Fortschritt die geistigen Komponenten der industriellen Produktionsarbeit erhöht, damit die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft des Industrieproletariats ausdehnt und die sozialökonomischen Grenzen der Arbeiterklasse erweitert.

Damit setzen für den traditionellen Angestellten- und Beamtensektor folgende z.T. gegenläufige Tendenzen ein, die sich auf den Umfang der lohnabhängigen Mittelschichten auswirken:

- Mit der Erweiterung des Reproduktionsniveaus der Arbeiterklasse, d.h. hier ihres Kerns, des Industrieproletariats, verschiebt sich die Differenzierungslinie innerhalb des Angestelltenbereichs nach oben.
- Das Eindringen der Mechanisierung und kapitalistischen Rationalisierung in den Angestelltenbereich schafft einfache Detailarbeit, führt zur Dequalifizierung, befördert die Differenzierung der Mittelgruppen und zieht Umschichtungen in den hierarchischen Strukturen nach sich.
- Mit dem verstärkten Einsetzen der wissenschaftlich-technischen Revolution wächst der Bedarf nach neuen höheren Spezialistengruppen, das traditionelle „middle-management" gliedert sich um und reproduziert sich auf einer höheren Ebene.
- Das rasche Fortschreiten der Zentralisierungsprozesse verwandelt Teile der früher selbständigen Betriebs- und Unternehmensinhaber und -leiter in angestellte Geschäftsführer, Filialleiter, Werkstattleiter usw. Es finden Umschichtungen von den selbständigen in die lohnabhängigen Mittelschichten statt.

Unter dem Einfluß dieser Faktoren bleibt trotz zunehmender Proletarisierung des gesamten Angestelltensektors, im Zuge des gewaltigen Anwachsens der Angestelltenbeschäftigung insgesamt, der absolute Umfang der lohnabhängigen Mittelschichten in den letzten 20 Jahren relativ stabil.

In vermittelter Form wirken diese Tendenzen auch im Staatsbereich, darunter auch für die Beamtenbeschäftigung. Hier verlaufen die Differenzierungsprozesse infolge des spezifischen Rechtsstatus, aus dem sich Barrieren gegen die Abstufung ergeben, noch auf niedrigerem Niveau. Dies bewirkte in den vergangenen Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Ausweitung der Staatsbereiche, insbesondere des Macht- und Gewaltapparates, ein absolutes Anwachsen der Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten im Staatsbereich und auch die Bedeutungszunahme des Staatsbereichs für diese Schichten (1961 waren 15 % aller aktiven Angehörigen der lohnabhängigen Mittelschichten im Staatsbereich beschäftigt, 1970 schon 20 %).

SOPO 24

Klassenstruktur und Klassenbewußtsein

Tabelle 6: Die lohnabhängigen Mittelschichten der BRD u. Westberlins

Soziale Gruppen	Erwerbspersonen 1950	1961	1970	Entwicklung 1970 zu 1961 (= 100)
	1	2	3	4
		in Tsd		
1. Lohnabhängige Mittelschichten (Lo.Ms.) im privatkapitalistischen Sektor	–	997	836	83,9
2. Lo.Ms. im Staatssektor1)	–	183	212	115,8
3. Lo.Ms. – insgesamt (1. u. 2.)	1.3052)	1.180	1.048	88,8
4. Obere Randgruppen der Arbeiterklasse	895	1.523	1.802	118,3
5. Lo.Ms. u. obere Randgr. der Akl (3. u. 4.)	2.2002)	2.703	2.850	105,4
	in v.H. aller Erwerbspersonen (ohne Militär)			
1.a Lo.Ms. – im privatkap. Sektor	–	3,7	3,1	
2.a Lo.Ms. – im Staatssektor1)	–	0,7	0,8	
3.a Lo.Ms. – insgesamt	5,62)	4,4	3,9	
4.a Obere Randgruppen der Akl	3,8	5,7	6,7	
5.a Lo.Ms. u. obere Randgruppen der Akl	9,42)	10,1	10,6	
	Lohnabhängige Mittelschichten nach Sektoren in v. H.			
1.b Lo.Ms. im privatkapitalistischen Sektor	–	84,5	79,8	
2.b Lo.Ms. im Staatssektor1)	–	15,5	20,2	
3.b Lo.Ms. insgesamt	–	100,0	100,0	

Quelle: Berechnung des IMSF; 1)einschließlich Militärpersonal; 2) 1950 einschließlich Kerngruppen der Intelligenz

Von besonderer Bedeutung für die Klassenbeziehungen im Angestellten- und Beamtensektor sind die fließenden Übergänge zwischen Arbeiterklasse und Mittelschichten. Die Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse sind dabei bei weitem noch nicht abgeschlossen. Die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten führte vor allem in diesen Bereichen zu einem Anwachsen der oberen Randgruppen der Arbeiterklasse, die zwar unter den sozialökonomischen Hauptkriterien in den Umkreis der Arbeiterklasse fallen, jedoch unter verschiedenen Gesichtspunkten (Einkommen, untere Aufsichtsfunktionen u.a.) aus ihr herauswachsen und das eigentliche soziale Scharnier zwischen Arbeiterklasse und lohnabhängigen Mittelschichten darstellen. Vor allem über diese Gruppen ergeben sich breite soziale Einbruchs- und Einflußzonen der Mittelschichten in die Arbeiterklassengruppen der Angestellten und Beamten. Der soziale Einfluß der Mittelschichten auf die Arbeiterklassengruppen der Angestellten und Beamten ist vor allem dort besonders intensiv, wo, wie im Büro- und Verwaltungsbereich, Angestellte und Beamte die Basis darstellen und die Interaktion mit der Arbeiterschaft im Arbeitsbereich schwach ist. Der soziale Einfluß der Mittelschichten auf die Arbeiterklassengruppen der Angestellten war in der Vergangenheit *ein* Faktor, der der gewerkschaftlichen Organisierung dieser Arbeiterklassengruppen und ihrer Einbeziehung in Aktionen des Klassenkampfes entgegenwirkte. Von zunehmender Bedeutung für die Mobilisierung dieser Gruppen ist neben der Einbeziehung der lohnabhängigen Mittelschichten in antimonopolistische Bündnisse auch die Haltung der Kerngruppen der Intelligenz.

Faßt man die oberen Gruppen der Arbeiterklasse, die lohnabhängigen Mittelschichten und die lohnabhängige Intelligenz zusammen, so hat sich ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung von 1950 = 9,4 % über 1961 = 12,1 % auf 1970 = 13,2 % erhöht. Dabei fällt zusätzlich ins

Gewicht, daß diese Gruppen überwiegend aus Männern bestehen. 1966/70 betrug der Frauenanteil an den Angestelltengruppen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz nur etwa 12 %.

Nicht zuletzt machen diese Zahlen die Bedeutung der lohnabhängigen Mittelschichten in den Klassenverhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und den Stellenwert, der einer antimonopolistischen Bündnispolitik gegenüber diesen Schichten zukommt, deutlich. Ihre Gewinnung für demokratische Umgestaltungen würde das staatsmonopolistische System einer seiner vitalsten und einflußreichsten sozialen Stützen berauben und gleichzeitig eine wesentliche Bedingung der Mobilisierung der Angestellten- und Beamtengruppen der Arbeiterklasse darstellen.

In den kommenden Jahren wird sich infolge der schnellen Zunahme der ins Erwerbsleben eintretenden Hochschulabsolventen die Konkurrenz der traditionellen lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz um die Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze verstärken. Dabei zeichnet sich schon jetzt ab, daß für die Konzerne die zusätzliche „Vermittlung" der „Sozialqualifikationen" im Vordergrund steht. (8) Die verschiedenen antigewerkschaftlichen Mitbestimmungskonzeptionen, die eine institutionelle Verankerung der „leitenden Angestellten" zu erreichen suchen, finden in der Existenz und den schichtspezifischen Interessen der lohnabhängigen Mittelschichten eine reale soziologische Grundlage. Sie zielen auf die Entfremdung dieser Schichten von der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften und auf die Spaltung der Belegschaften.

Die Gewinnung der lohnabhängigen Mittelschichten für grundlegende antimonopolistische Veränderungen und tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltungen besitzt auch für die sozialistische Perspektive der Entwicklung große Bedeutung. Denn ihre Existenz ist unmittelbar auch mit der Wirtschaftstätigkeit auf großer Stufenleiter verbunden. Erst unter den Bedingungen gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln können sie von ihrer zwiespältigen Lage befreit werden und ihre spezifischen Qualifikationen in den Dienst der Gesellschaft stellen.

Die selbständigen Mittelschichten

Die Existenz dieser sozialen Schicht beruht in erster Linie auf der Verwertung eigenen Besitzes und eigener Arbeitsmittel durch die Teilnahme am Arbeitsprozeß, was in unterschiedlichem Ausmaß auch die Anwendung und Ausbeutung von Lohnarbeit zuläßt. Dieser auf Kleinbesitz und im Kern auf der kleinen Warenproduktion beruhende Sektor ist also an eine Eigentumsform gebunden, in der der Eigentümer in der Regel noch nicht aus dem unmittelbaren Arbeitsprozeß ausgeschieden ist. Die im Bereich dieser sozialen Schicht eingesetzten Produktionsmittel, das umlaufende Geld und die Warenvorräte sind unter heutigen Bedingungen erst in geringem Maße im sozialökonomischen Sinne Kapital, das erweitert reproduziert werden kann und eine Revenue abwirft, die eine Lebenshaltung gestattet, die deutlich über dem Niveau der Arbeiterklasse liegt.

Diese Merkmale grenzen die selbständigen Mittelschichten gegenüber den selbständigen Kleinkapitalisten ab. Selbstverständlich ist diese Scheidelinie ebenso wie die Grenze dieser Schicht gegenüber der Arbeiterklasse nicht in allen Merkmalen eindeutig. Sowohl nach „oben" als auch nach „unten" ist die Existenz von Zwischen- und Übergangsgruppen zu berücksichtigen .

8 Vgl. hierzu M. Boni, F. Deppe, M. Maase, G. Wilbert: "Kaderschule für das Kapital". Theorie und Praxis der Harzburger Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft, INFORMATIONSBERICHTE DES IMSF, Bd. 10, Frankfurt/Main 1971.

Wir hatten bereits ausgeführt, daß im Zuge der Entwicklung des Kapitalismus diese Schichten insgesamt ständig an Bedeutung verlieren, was aber nicht ausschließt, daß sich einzelne ihrer Gruppen über kürzere oder längere Perioden zahlenmäßig ausweiten können. Diese generelle Entwicklung – insgesamt rückläufige Bedeutung bei relativem oder absolutem Wachstum einzelner Gruppen – spiegelt sich auch in der Periode 1950 – 1970 deutlich wider.

Tabelle 7: Die selbständigen Mittelschichten der BRD und Westberlins

Soziale Gruppen	Erwerbspersonen 1950	1961	1970	Entwicklung 1970 zu 1950 (= 100)	1961 (= 100)
	1	2	3	4	5
			in Tsd		
1. Selbständige Mittelschichten i.d. Landwirtsch.	3.703	2.802	2.004	54,1	71,5
2. Selbst.Mittelschichten i.d. gewerbl. Wirtsch.	2.378a)	2.521	2.151	90,5	85,3
3. Insgesamt (1. u. 2.)	6.081a)	5.323	4.155	68,3	78,1
4. darunter: Halbproletarier	–	1.591	1.055	–	66,3
			in v.H. aller selbständigen Mittelschichten b)		
1.a Selbst. Ms. in der Landwirtschaft	60,9	52,6	48,2		
2.a Selbst. Ms. im Verarbeitenden Gewerbe	12,1	11,4	12,2		
3.a Selbst. Ms. in der gewerbl.Landwirtschaft u. im Bau- u. Verkehrswesen	4,7	4,5	5,5		
4.a Selbst. Ms. in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen	22,3	31,4	34,1		
5.a insgesamt (1.a-4.a)	100,0	100,0	100,0		
6.a darunter: Halbproletarier	–	29,9	25,4		

Quelle: Berechnung des IMSF; a) 1950 = einschließlich selbständige Intelligenz; b) Die Prozentangaben für die Gliederung der Mittelschichten im gewerblichen Bereich sind Schätzwerte, die auf einer Kombination von Erwerbstätigen- und Beschäftigtenangaben beruhen.

Zwischen 1950 und 1970 hat die Zahl der Erwerbspersonen dieses Bereichs der Mittelschichten um nahezu ein Drittel abgenommen. Ihr Anteil an Erwerbspersonen insgesamt verminderte sich von rd. 26% (1950) über knapp 20% (1961) auf gut 15% im Jahre 1970. Die agrarischen Mittelschichten haben sich fast halbiert, während die zusammengefaßte Gruppe der selbständigen gewerblichen Mittelschichten lediglich um 10% abgenommen hat. Innerhalb dieser letzten Gruppierung haben die Mittelschichten des verarbeitenden Gewerbes deutlich abgenommen, während die der Mittelschicht zugehörigen Selbständigen und Mithelfenden im Bereich der Waren- und Geldzirkulation sowie im Sektor der Dienstleistungen entweder zeitweilig oder über die gesamte Periode sogar noch zahlenmässig angewachsen sind.

Im Rahmen der sozialökonomischen Umschichtungsprozesse hatte lediglich in den 50er Jahren der Aufstieg in den Bereich der kleinen Kapitalisten eine gewisse Bedeutung, während in den 60er Jahren – besonders in ihrer zweiten Hälfte – der massenhafte Ruin nahezu die alleinige Richtung der Entwicklung markierte: Entweder in der Form des Erlöschens selbständiger Existenzen über den Generationswechsel, oder in Form des Hinüberwechselns in abhängige Tätigkeiten. Darauf ist auch der absolute Rückgang der Einmannbetriebe („Halbproletarier") (9) zurückzuführen. Diese Gruppe machte aber auch 1970 noch mehr als ein Viertel der gesamten Schicht aus.

Der Rückgang der *agrarischen Mittelschichten* vollzog sich über den gesamten hier untersuchten Zeitraum. Auch hier erfolgte der Abbau und die Einschränkung der im Arbeitsprozeß fungierenden Teile dieser Schicht in den 50er Jahren mit einem etwas geringeren Tempo als in der daruaffolgenden Periode, obwohl sich der Anteil dieser Gruppe an den selbständigen Mittelschichten zwischen 1950 und 1961 bereits von 61% auf 53% vermindert hatte. Die Abnahme betrug: 1950 – 1961 900 000 Personen (= 24%); 1961 – 1970 800 000 Personen (= 28%). Dieser Rückgang spiegelt zugleich die staatsmonopolistische Durchdringung des Agrarbereichs. In der Phase der extensiv und intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals war der direkte ökonomische und soziale Druck, den das Kapital auf die vor- und nachgelagerten Bereich ausübte, erst relativ gering. Das Monopolkapital und sein Staat konnten ihren mehr indirekten Druck auf die agrarischen Produzenten noch weitgehend unter dem Schleier der „Familienbetriebsideologie" ausüben. Diese Ideologie verkündete der werktätigen Bauernschaft, daß die Landwirtschaft „ein typischer Bereich der Kleinunternehmungen" bleiben würde, „ in dem unternehmerische Eigenschaften auch zukünftig gedeihen und nachwachsen könnten, das breite Fundament der selbständigen Unternehmerschicht und ein Bereich, in dem Freiheit und Eigenverantwortung in besonderer Weise wirksam und lebendig bleiben." (10)

Sie konnte z.B. zu ihrer Rechtfertigung darauf verweisen, daß bis weit in die 50er Jahre hinein die Zahl der Betriebe ab der Betriebsgrößenklasse 7,5 bis unter 10 ha noch zunahm. Der Rückgang der Zahl der Betriebe mit weniger als 7,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) ließ sich lange Zeit als eine „Entzerrung" der im Gefolge von Wirtschaftskrise und Krieg stark angewachsenen Betriebszahlen in der Größenklasse unter 10 ha und als Wiederherstellung einer „gesunden" Betriebsgrößenstruktur darstellen. In dieser ersten Poriode der Nachkriegszeit waren zudem die Möglichkeiten zur Intensivierung der Produktion – zur Steigerung der Flächenproduktivität – noch mit relativ geringem Aufwand (Düngung, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, verbessertes Saatgut usw.) zu nutzen. Im Kern liegt der Entwicklung in dieser Phase aber zugrunde, daß das Arbeitspotential der bäuerlichen Familie, die zu dieser Zeit in der Regel noch aus drei Generationen bestand, unter den Bedingungen der erst angelaufenen Mechanisierung noch produktiv im agrarischen Arbeitsprozeß eingesetzt werden konnte.

Es handelte sich um eine große Zahl von billigen und willigen produktiven Arbeitskräften, die entweder wegen ihres Alters (Alte und Kinder) oder wegen ihrer engen häuslichen Bindungen (Ehefrauen mit vielen Kindern) in der Industrie nicht ausgebeutet werden konnten.

Neben dem starken Abbau der Lohnarbeitskräfte ist für die Landwirtschaft in der ersten Phase der Nachkriegsentwicklung vor allem der Rückgang der Mithelfenden unter den selbständigen Mittelschichten charakteristisch. Dabei handelt es sich vor allem um Töchter, die traditionell auf den Höfen ohne Berufsausbildung arbeiteten und um unverheiratete Verwandte der Inhaberfamilie, die entweder im Generationswechsel aus dem Produktionsprozeß ausschieden oder in gewerbliche Tätigkeiten überwechselten. Die Abnahme von Personen mit dem sozialstatistischen Status der „Selbständigen" setzt zunächst erst langsam ein.

Auf der skizzierten sozialökonomischen Grundlage vollzog sich ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre, mit einer erheblichen Temposteigerung in den 60er Jahren der Übergang zunächst zur teilweisen und dann immer mehr zur vollen Mechanisierung der agrarischen Produktion. Dabei ist nicht nur die Tatsache bemerkenswert, daß die dafür notwendigen

9 Für die Landwirtschaft Zuerwerbslandwirte.

10 H. Priebe: "Der bäuerliche Betrieb", in: AGRARPOLITIK IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT. Wortlaut der Vorträge und Diskussionen auf der fünften Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 13. März 1956 in Bad Godesberg, Ludwigsburg 1956, S. 35.

gewaltigen Investitionen fast ausschließlich aus dem Arbeitsprodukt der bäuerlichen Familie bestritten wurden. Genauso wichtig ist der Umstand, daß hier eine ganze soziale Schicht innerhalb kürzester Zeit den Arbeitsprozeß von tierischer auf motorische Zugkraft, von überwiegender Hand- auf Maschinenarbeit umstellte. Die Qualifizierung für diese technische Umwälzung der Produktion ist gewissermaßen „naturwüchsig" auf „eigene Rechnung und Risiko" und auf dem Rücken der Bauern und ihrer Familien erfolgt.

Mit der fortschreitenden Verwissenschaftlichung, Mechanisierung und Chemisierung sowie der damit einhergehenden Intensivierung der Agrarproduktion verstärkte sich die Wirkung des klassischen Ausbeutungsmittels der einfachen Warenproduktion in der Landwirtschaft, die Preisschere. Besonders in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums traten die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte einerseits, die Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel andererseits besonders deutlich auseinander. Der über diesen Mechanismus abgepreßte Teil des Neuprodukts stieg wegen des erhöhten inputs an Betriebsmitteln und der beträchtlichen Erhöhung der Produktmengen sowohl nach Rate als auch nach Umfang stark an. Diese Entwicklung hatte für die Profite des Konzernkapitals also ein ähnliches Resultat wie eine Erhöhung der Mehrwertrate über die Steigerung der Arbeitsproduktivität und -intensität, aber mit dem Unterschied, daß die dafür notwendigen Investitionen dem Monopolkapital keinen Pfennig gekostet hatten. Im Zusammenhang mit der Mechanisierung der Agrarproduktion, den damit einhergehenden baulichen Maßnahmen usw. stieg auch die Verschuldung der Landwirtschaft stark an, so daß zusätzlich über Zinsen und Bearbeitungsgebühren ein wachsender Teil des Wertprodukts der agrarischen Produktion in die Verfügungsgewalt des Finanzkapitals fiel. Die staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen waren zum einen darauf gerichtet, die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen für diesen Prozeß der erhöhten Exploitation zu schaffen, zum anderen darauf, ihn nach Kräften zu fördern. Besonders ab der zweiten Hälfte der 60er Jahre wurde ein Konzept der horizontalen und vertikalen Integration der Landwirtschaft verfolgt. Dabei hatten die horizontalen Zusammenschlüsse die Funktion, Einkaufs- und Absatzmengen zu bündeln, um die Marktbeziehungen mit den Konzernen der vor- und nachgelagerten Stufen zu rationalisieren, während die vertikale Integration die volle Einbeziehung der agrarischen Produzenten in den Verwertungsprozeß der Kapitale auf der vor- und nachgelagerten Stufe zum Ziele hatte.

Anders als in den übrigen Wirtschaftsbereichen war die Polarisierung – Wachstum des sozialökonomischen Sektors der Bourgeoisie, schwindende Bedeutung der Mittelschichten und Übergang ihrer Untergruppen ins Proletariat hier nicht voll ausgeprägt. Die Masse des kapitalistischen Elements in der Landwirtschaft, die Großbauern „sank" in den Bereich der selbständigen Mittelschichten ab. Diese selbst gaben die selbständige agrarische Existenz als Haupteinkommensquelle zu großen Teilen auf und wurden zu einem Teil des Proletariats. Manchmal wird dabei die Zwischenstufe des „Zuerwerb landwirts" durchlaufen.

Die Kluft zwischen der Familienbetriebsideologie und der sozialen Wirklichkeit des Proletarisierungsprozesses in der Landwirtschaft wurde so groß, daß die Propagandisten des SMK zu einer „sowohl-als auch-Ideologie" übergehen mußten: Auf der einen Seite „gesunde, große, leistungsfähige Betriebe", auf der anderen Seite Nebenerwerbswirtschaften als „Ausgleich für die einseitige Belastung durch die Industriearbeit", als „sichere Heimstätte der Familie" und eine „Quelle von Nebeneinkommen". Die soziale, politische Zielsetzung dieser Ideologie besteht darin, diese halbproletarischen und neuen Schichten des Proletariats sozial von den Kerngruppen der Arbeiterklasse abzuheben und den Prozeß ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisierung zu bremsen, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu senken und der Verödung des „flachen Landes", die langfristig auch die Verwertungsbedingungen des Kapitals verschlechtern würde, entgegenzuwirken.

Gerade im Bereich der selbständigen agrarischen Mittelschichten und den Teilen der Arbeiterklasse, die aus ihnen stammen, wird die Tatsache, daß Klasseneinheitspolitik mit antimonopolistischer Bündnispolitik verbunden ist, besonders deutlich. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß in der Industrie und in der Bauwirtschaft viele Arbeiter arbeiten, die weder objektiv noch nach ihrem Bewußtsein die Trennung vom Milieu der einfachen Warenproduktion völlig vollzogen haben. Diese Tatsache wird von der Monopolbourgeoisie dazu benutzt, die Arbeiterklasse zu desorientieren und „mittelständisches Eigentümerbewußtsein" in sie hineinzutragen. Andererseits wohnen in der BRD heute viele Angehörige der Arbeiterklasse in agrarischen Regionen, auf dem „flachen Land". Sie müssen auch im Bereich der Reproduktion ihrer Arbeitskraft angesprochen werden. Zugleich könnten sie tendenziell zu sozialen Vermittlungsgliedern der Politik des antimonopolistischen Bündnisses werden. Die angedeuteten Verhältnisse und Entwicklungen müssen selbstverständlich auch bei der inhaltlichen Gestaltung von gewerkschaftlichem und politischem Aufklärungsmaterial berücksichtigt werden. Politisch kommt es darauf an, solche Forderungen und Aktionen der werktätigen Bauernschaft und der Arbeiterklasse zu fördern, die das antimonopolistische Bündnis vorantreiben und zugleich auch die Einheit der Arbeiterklasse fördern. Das gilt z.B. für den Kampf um die demokratische Mitbestimmung.

Der Anteil der *gewerblichen Mittelschichten* an den selbständigen Mittelschichten insgesamt ist zwischen 1950 und 1970 auf Kosten der agrarischen Mittelschichten von 39 % auf 52 % angestiegen. Dabei blieb der relative Anteil des verarbeitenden Gewerbes bis 1970 etwa auf dem Stand von 1950, während der Anteil der Gruppen im Bereich der übrigen materiellen Produktion sowie im sog. „tertiären Sektor" anstieg.

Innerhalb des *verarbeitenden Gewerbes* ist die Zahl der zur selbständigen Mittelschicht zählenden Selbständigen und Mithelfenden über den gesamten Untersuchungszeitraum laufend zurückgegangen: Die Zahl der Schichtzugehörigen in diesem Sektor der materiellen Produktion – nach den Erwerbstätigenangaben – sank von 826 000 im Jahre 1950 über 1961 = 632 000 (- 23 %) auf 525 000 im Jahre 1970 (- 17 %). Zweigen des verarbeitenden Gewerbes, in denen die selbständige Kleinproduktion deutlich zugenommen hat, stehen andere gegenüber, die über den gesamten Zeitraum hinweg einem Auszehrungsprozeß unterworfen waren. Daß die rückläufige Quote in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums niedriger als in den 50er Jahren war, hat folgende Ursachen:

- das „Abnahmepotential" hat sich abgeschwächt, weil die Verdrängung der kleinen Warenproduktion z.B. in solchen Zweigen wie dem Bekleidungs- und Holzgewerbe ihren Höhepunkt bereits in den 50er Jahren erreichte.
- die für die zweite Untersuchungsphase charakteristische Intensivierung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses hat für eine Reihe von Zweigen des „mittelständischen" Kleingewerbes verstärkt „Marktnischen" entstehen lassen, die für die kapitalistische Warenproduktion nicht rentabel auszufüllen waren, weil der geringe Umfang des Marktes den Übergang zur Großserienfertigung oder anderen Formen der kapital-intensiven Produktion nicht zuließ.

Die zuletzt bezeichnete Tendenz schwächt sich aber in ihrer Wirkung tendenziell ab, weil entweder die groß- oder monopolkapitalistisch organisierte Handelsstufe vordringt (z.B. beim Reparaturhandwerk), oder neue technische Verfahren es möglich machen, bisher vom Handwerk geleistete Arbeit in die industrielle, kapitalistische Produktion einzubeziehen (z.B. die Heizungsmonteure und Klempner im Zusammenhang mit dem Übergang zur Fertigbauweise).

Im Baugewerbe sind die selbständigen Mittelschichten zwischen 1950 und 1961 – nach den Erwerbstätigenangaben – deutlich zurückgegangen und haben sich dann bis 1970 (152 000 Personen) etwa auf dem Niveau von 1961 (149 000 Personen) gehalten. Diese

zunächst rückläufige, dann stagnierende Bewegung ihrer Zahl trat ein, obwohl über die gesamte Periode hinweg das Bauvolumen ein in der Geschichte des deutschen Kapitalismus bis dahin unerreichtes Ausmaß hatte. Das verweist darauf, daß vor allem die Bourgeoisie den Vorteil von dieser Entwicklung hatte. Das Niveau der maschinellen Ausstattung, die 1950 noch auf einem sehr niedrigen Niveau lag, ist gerade im Baugewerbe außerordentlich angestiegen.

Die Wirkungen der staatsmonopolistischen Regulierung 1972/73 – bei der die von den Konzernen und ihrem Staat verschuldete Inflation durch außerordentlich scharfe Restriktionsmaßnahmen im Baugewerbe gemildert werden soll – wird bereits kurz- und mittelfristig zu einer weiteren Dezimierung der selbständigen Mittelschichten in diesem Bereich führen. Von diesen sich z.Zt. abzeichnenden Regulierungsmaßnahmen wird auch der noch starke klein- und mittelkapitalistische Sektor im Baugewerbe betroffen.

Innerhalb des Verkehrssektors hat sich der Umfang der selbständigen Mittelschichten – nach den Erwerbstätigenangaben – zwischen 1950 (88 000 Personen) und 1970 (85 000 Personen) nur wenig verändert. Dem liegen gegenläufige Prozesse in den Bereichen, in denen diese Schicht traditionell stark verankert war, zugrunde: Im Bereich der Binnenschifffahrt wurden die selbständigen Mittelschichten faktisch liquidiert, im Bereich des Gütertransports mit Lastkraftwagen und im Speditionsgewerbe ist ihre Zahl beträchtlich angestiegen. Letzteres hängt mit der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung der Produktion und der damit vermittelten Kooperation zusammen, die Kommunikations- und Transportprozesse anschwellen ließ. Schließlich spielte eine Rolle, daß dem Transportwesen eine wichtige Funktion bei der Beschleunigung des Kapitalumschlags zufällt. Die selbständigen Mittelschichten dieses Bereichs, von denen ein Teil in die Kapitalistenklasse aufgestiegen ist (11), haben aber ihren Höhepunkt auch hier erreicht, weil – neue Lösungen im Bereich des Gütertransports (Stichwort: Containerverkehr) nur von den kapitalistischen Unternehmen verwirklicht werden können; sich die Tendenz abzeichnet, daß das Industriekapital und im Bereich der Zirkulation der Handel diese Stufe des Warenumschlags unter eigene Regie nehmen.

Daß dieser Prozeß nur zögernd abläuft, ist darauf zurückzuführen, daß die Rate des Neuwerts, den das Finanz- und Monopolkapital sich vom produzierten Wertprodukt dieser Gruppe der selbständigen Mittelschicht einverleibt, außerordentlich hoch ist. Beim gegebenen Grad der gewerkschaftlichen Organisation und den bestehenden Minimalsicherungen der Arbeitsgesetzgebung, ließe sich beim gegebenen Stand der Technik aus lohnabhängigen Arbeitskräften häufig nicht soviel Mehrwert abpressen, wie an Neuwert aus diesen Gruppen der selbständigen Mittelschichten abgepreßt wird.

Im Bereich des *Handels* war sowohl 1950 als auch 1970 die Masse der selbständigen Mittelschichten des gewerblichen Bereichs konzentriert. Die 833 000 Selbständigen und Mithelfenden, die den Mittelschichten im Jahre 1950 zuzuzählen waren, stiegen – nach den Erwerbstätigenangaben – bis 1961 auf 946 000 Personen an (+ 14 %) und haben sich bis 1970 noch unter das Ausgangsniveau von 1950 auf 782 000 vermindert. Der prozentuale Rückgang zwischen 1961 und 1970 betrug - 17 %.

In der gegenläufigen Entwicklung der beiden Teilperioden des Untersuchungszeitraums spiegelt sich die kapitalistische Durchdringung dieses Sektors in den 60er Jahren. In der ersten Periode führte der steile Anstieg der produzierten Warenmassen und die Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu einer Zunahme der Warenzirkulation, die über den Handel vermittelt wird. Das fand seinen Niederschlag nicht nur im Anstieg der Beschäftigtenzahlen, sondern auch im Wachstum der selbständigen Mittelschichten, während der Aufstieg aus dieser Schicht in die Kapitalistenklasse eine geringe Rolle spielte.

Seit der Mitte der 50er Jahre, verstärkt in den 60er Jahren, geriet der Handel in allen seinen Bereichen unter den Druck des Industrie- und Finanzkapitals. Unter dem Gesichtspunkt des Umschlags von Gebrauchswerten mußte seine Leistungsfähigkeit erhöht werden, unter dem der Wertrealisation hatte er einen Beitrag zur Beschleunigung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals zu leisten, um dessen Verwertungsbedingungen zu verbessern. Voraussetzung dafür war die Intensivierung der Handelsleistung, das Vordringen kapitalintensiverer Umschlagsformen auf allen Stufen der Warenzirkulation. Außerdem verlangten die kapitalintensiveren Vertriebsformen auch größere Warenströme, damit sich das im Handel angelegte Kapital profitabel verwerten konnte. Auch dies ließ sich nur durch eine Bündelung der bisher von den selbständigen Mittelschichten umgesetzten Warenmengen erreichen.

Die gleichen Ursachen liegen auch der Erscheinung zugrunde, daß viele Unternehmen dazu übergingen, die Handelsleistung in den Funktionsbereich des industriellen Kapitals einzubeziehen, um keinen Abzug von Handelsprofit zu erleiden. Voraussetzung dafür war die in der abgelaufenen Periode erfolgte Konzentration der Produktion und des Kapitals.

Die Verdrängung der selbständigen Mittelschichten erfaßte zunächst diejenigen Bereiche, in denen ein Massenumschlag möglich war. Das trifft zunächst für die Nahrungsmittel, aber auch für Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs zu. Unter dem Druck der Ökonomie handelskapitalistischer Verwertung gehen aber vor allem die großen Warenhäuser dazu über, auch ein differenziertes Warenangebot umzuschlagen und sich zunehmend Dienstleistungsbetriebe einzuverleiben. Unter diesem Gesichtspunkt und angesichts der Tatsache, daß durch eine forcierte Werbung die „Wünsche" der Verbraucher normiert und ihre Nachfrage gebündelt werden können, ergibt sich für die Zukunft, daß nahezu alle Bereiche des „einfachen Warenhandels" unter den Druck der großen Handelskapitale geraten werden und daß die Rückgangstendenz der selbständigen Mittelschichten sich noch beschleunigen wird.
Neben der zahlenmäßigen Verringerung dieser Schicht spielt im Handel die Unterwerfung der selbständigen Mittelschichten unter das Diktat der Handels- und Finanzmonopole bei formellem Fortbestand der selbständigen Existenz zunehmend eine Rolle.

Dem Wachstum der selbständigen Mittelschichten im Bereich des *Geld- und Versicherungswesens* (1950 rd. 12 000, 1970 ca. 37 000) liegt zum einen die parasitäre Ausweitung von selbständigen Bank- und Börsenjobbern zugrunde. Zugenommen haben auch die Versicherungsvertreter, deren Masse mit dem Losschlagen sog. konsumtiver Versicherungen (Hausrats-, Lebensversicherungen usw.) beschäftigt ist. Ihre Aufgabe ist es, kleinste und allerkleinste Geldbeträge aus der Sicht des Finanzkapitals einzusammeln, die über die zentralen Versicherungsfonds dann in die Akkumulationsfonds der großen Konzerne geleitet werden können. Hier besteht die Tendenz, daß die großen Versicherungskonzerne, nachdem der Umfang des Marktes im großen und ganzen abgesteckt ist, dieses Geschäft in eigener Regie übernehmen.
Ähnliche Tendenzen wie für den Handel waren auch im *Dienstleistungsbereich* zu beobachten. Nach einem Anstieg der selbständigen Mittelschichten – nach den Beschäftigtenangaben – von 638 000 (1950) auf 839 000 (1961) oder um + 32 % ging ihre Zahl bis 1970 um - 8 % auf 769 000 zurück. Wegen der großen Differenziertheit dieser Branche lassen sich hier kaum für den gesamten Sektor gültige Entwicklungstrends ableiten. Sicher ist nur, daß die selbständigen Mittelschichten dieses Bereichs – in die Zahlen ist auch die selbständige Intelligenz einbezogen – insgesamt auch in Zukunft abnehmen werden. Dabei werden die Mitglieder dieser Schicht, vor allem im Bereich einer Reihe von Wirtschafts-

11 Die Zahl der fungierenden Eigentümerkapitalisten ist in dieser Wirtschaftsabteilung zwischen 1950 und 1970 von 4000 auf 10 000 angestiegen.

diensten und parasitären Diensten des Konsumbereichs (wie Hundesalons und dgl.) auch in Zukunft wachsen. Dadurch wird aber die Gesamttendenz der weiteren Auszehrung der selbständigen Mittelschichten nicht aufgehalten.

Die Beschäftigten im unmittelbaren Macht- und Gewaltapparat des staatsmonopolistischen Systems

Der Ausbau des unmittelbaren Macht- und Gewaltapparats des staatsmonopolistischen Systems ist ein charakteristischer und wesentlicher Zug der westdeutschen Nachkriegsentwicklung. Existenz und Entwicklung dieses Apparates sind Ausdruck des Klassencharakters der westdeutschen Gesellschaft und der expansiven außenpolitischen Zielsetzungen des westdeutschen Monopolkapitals in dieser Periode. Dieser Apparat ist das unmittelbare Macht- und Gewaltinstrument des kapitalistischen Systems, das im Kern gegen die Arbeiterklasse und ihre Bestrebungen gerichtet ist.

Diese Apparate sind parasitär; sie üben keine notwendigen Funktionen des Reproduktionsprozesses aus, sondern in erster Linie unmittelbaren Herrschafts- und potentielle Aggressionsfunktionen. Für diese Zwecke wird nicht nur ein zunehmender Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung eingespannt, sondern auch ein wachsender Teil der Arbeiterklasse. Die Beschäftigten in den entsprechenden staatlichen und privaten Apparaten machten 1970 etwa 1,3 Mio. Personen oder knapp 5 % der westdeutschen Erwerbsbevölkerung aus. Der extensive Ausbau dieser Apparate und die entsprechende Zunahme der Beschäftigung fällt vor allem in die 50er Jahre, setzt sich aber auch in den 60er Jahren fort. Berücksichtigt werden muß, daß die Beschäftigten in diesen Apparaten überwiegend Männer sind und aus diesem Grund der Anteil an allen männlichen Erwerbspersonen über 7 % liegt.

In den vorliegenden Angaben wird der unmittelbare staatliche Machtapparat nahezu vollständig – Apparate außerhalb des unmittelbaren staatlichen Sektors nur teilweise – erfaßt. Berücksichtigt sind nur jene Personen, für die die Tätigkeit in diesen Apparaten statistisch sichtbare Erwerbs- und Existenzgrundlage ist, nicht jedoch Reservistenverbände und dgl. Hierunter fallen im Staatsbereich die Beschäftigten der obersten Staatsorgane, der Justiz, der Zivilverwaltung der Bundeswehr, der inneren Verwaltung, der Polizei, der Sicherheits- und Ordnungsbehörden, das Personal des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr. In diesen Zahlen sind auch die Wehrpflichtigen enthalten. Es liegt auf der Hand, daß ihre funktionelle Eingliederung in diese Apparate nur zeitweilig ist und ihre soziale Stellung auch nur für diese Perioden bestimmt. Für diese Gruppe besitzt die soziale Herkunft ein weit größeres Gewicht als für die Dauerbeschäftigten und Berufssoldaten. Sie fallen also nur zeitweise funktionell aus ihrem „normalen" Klassenzusammenhang heraus. Daraus erwächst für die demokratischen Kräfte die Aufgabe, ihnen auch in dieser Periode die Probleme der antimonopolistischen Bewegung und der Arbeiterklasse nahe zu bringen.

Tätige Solidarität mit dem Volk Chiles

Spenden an die Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle 1, Berlin 41, Schloßstraße, Konto-Nr. 1 110 216 900 oder Postscheckkonto Nr. 82 800 für Konto-Nr. 1 110 216 900 der Bank für Gemeinwirtschaft. Kennwort: Solidarität mit Chile.

Tabelle 8: Beschäftigte im unmittelbaren Macht- und Gewaltapparat des staatsmonopolistischen System der BRD und Westberlins

Soziale Gruppen	Erwerbstätige/Beschäftigte 1950	1961	1970	Entwicklung 1970 zu 1950 (= 100)	1961 (= 100)
	1	2	3	4	5
	in Tsd (ohne Militär)				
1. Beschäftigte i. staatl. Machtapparat (o. Militärpersonal)	247	453	658	266	145
davon: – Gruppen i.d.ökonom. Lage der Arbeiterklasse	194	370	543	280	147
– Mittelschichtengruppen	51	78	108	–	–
– bourgeoise Gruppen	2	5	7	–	–
	in v.H. aller Erwerbstätigen (ohne Militär)				
1.a Beschäftigte im staatl. Machtapp. (o. Militärpersonal)	1,1	1,7	2,5	–	–
davon: – Gruppen i.d.ökon. Lage der Arbeiterklasse	0,8	1,4	2,0	–	–
– Mittelschichtengruppen	0,3	0,3	0,5	–	–
– bourgeoise Gruppen					
	in Tsd (mit Militär)				
2. Beschäftigte i. staatl. Machtapp. (mit Militärpersonal)	247	798	1.159	469	145
davon: – Gruppen i.d.ökon. Lage d. Arbeiterklasse	194	689	998	–	145
– Mittelschichtengruppen	51	102	150	–	–
– bourgeoise Gruppen	2	7	11	–	–
	in v.H. aller Erwerbspersonen (mit Militär)				
2.a Beschäftigte i. staatl. Machtapp. (mit Militärpersonal)	1,1	3,0	4,3	–	–
davon: – Gruppen i.d.ökon. Lage d. Arbeiterklasse	0,8	2,6	3,7	–	–
– Mittelschichtengruppen	0,3	0,4	0,6	–	–
– bourgeoise Gruppen					
	in Tsd (mit Militär)				
4. Personal i. Dienststellen d. ausl. Nato-Truppen	–	159	94	–	–
5. Werkschutz u.ä.1)	52	75	80	–	–
6. Beschäftigte i.staatl.Machtapp. u. 4. u. 5.	299	1.032	1.333	–	129
	in v.H. aller Erwerbspersonen (mit Militär)				
4.a Personal i. Dienststellen d. ausl. Nato-Truppen	–	0,6	0,3	–	–
5.a Werkschutz u.ä.1)	0,3	0,3	0,3	–	–
6.a Beschäftigte i.staatl.Machtapp. u. 4.a u. 5.a	1,3	3,9	4,9	–	–

Quelle: Berechnung des IMSF; 1) 5 %o der Beschäftigten im sozialökonomischen Sektor des Privatkapitals.

Bei den entsprechenden Apparaten außerhalb des Staatssektors sind die deutschen Beschäftigten bei den Dienststellen der ausländischen Nato-Truppen, die Beschäftigten des Werkschutzes, der Sicherheitsorgane von Konzernen und kapitalistischen Verbänden, paramilitärische Verbände wie das „Technische Hilfswerk", privatwissenschaftliche „Sicherheits"firmen wie Wachorganisationen, Detekteien, Spitzelorganisationen u.ä. zu berücksichtigen. Zu Beginn der 50er Jahre waren die paramilitärischen Apparate der Besatzungstruppen noch umfangreich. Sie sind in den Tabellenangaben jedoch nicht erfaßt.

Die Macht- und Sicherheitsapparate sind keine sozial homogenen Organisationen; in ihnen schlägt sich die Klassenstruktur der Gesamtgesellschaft nieder und findet unter spezifischen Bedingungen eine Reproduktionsbasis. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftig-

ten in diesen Institutionen übt kommandierte Tätigkeiten aus und rekrutiert sich aus der Arbeiterklasse; ihre Bezahlung orientiert sich am Preis der Arbeitskraft der aktiven Angehörigen der Arbeiterklasse. Deshalb sind sie grundsätzlich gewerkschaftlich organisierbar. Gleichzeitig unterliegen sie jedoch verschärften Loyalitätsbindungen. Funktion und Zielsetzung der unmittelbaren Macht- und Gewaltapparate durchdringen und bestimmen ihre konkrete Tätigkeit. In der Ausübung ihrer Tätigkeiten werden sie – allerdings abgestuft nach den konkreten Funktionsbereichen – gegen die Arbeiterklasse gestellt. Sie sind deshalb als besondere Gruppe anzusehen, die funktionell aus der Arbeiterklasse herausfallen. Im Staatssektor umfassen diese Gruppen 1970 1 Mio. Personen. Das waren bezogen auf den aktiven Teil der Arbeiterklasse 5,1 % (1950 = 1,2 %; 1961 = 3,7 %) oder 3,7 % aller westdeutschen und Westberliner Erwerbspersonen (1950 = 0,8 %, 1961 = 2,6 %). Der Ausbau des unmittelbaren Macht- und Gewaltapparates wirkte also in gewisser Weise dem Wachstum der Arbeiterklasse in dieser Periode entgegen und schwächte es ab.

Neben den Gruppen in der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse reproduzieren sich auf den mittleren und oberen Rängen dieser Apparate Gruppen der Mittelschichten und Bourgeoisie, die innerhalb ihrer Klassen und Schichten eine besondere Stellung einnehmen, jedoch aus ihrem Klassenzusammenhang nicht herausfallen. Die entsprechenden Gruppen wurden deshalb von uns nicht besonders ausgegliedert.

Die Kapitalistenklasse

Die Kapitalisten sind Repräsentanten und Nutznießer des Kapitals, das ein Aneignungsverhältnis ist. Den Kern der Kapitalistenklasse stellen die kapitalistischen Eigentümer, die fungierenden Eigentümerkapitalisten und die nicht mehr mit der eigentlichen Kapitalanwendung befaßten Eigentümerkapitalisten.

Gegenüber den selbständigen Mittelschichten grenzen sich die fungierenden Eigentümerkapitalisten durch das Heraustreten aus dem Arbeitsprozeß und die Realisierung von Profiten ab, die einen solchen Umfang erreicht haben, der nicht nur die persönliche Konsumtion der Kapitalistenfamilie auf dem Niveau ihrer Klasse, sondern auch die erweiterte Reproduktion des Kapitals in der Regel sicherstellt. Die Ausbeutung ist die Existenzgrundlage der Kapitalistenklasse.

Wir hatten bereits darauf verwiesen, daß der Zusammenhang der Bourgeoisie als Klasse breiter ist als die Gruppe der fungierenden Kapitalisten und als die Gruppe der kapitalistischen Eigentümer. In der nachfolgenden Tabelle und den entsprechenden Zahlenangaben ist nur der aktive Teil der Kapitalistenklasse erfaßt, der in irgendeiner Form noch als „Erwerbsperson" in der Statistik auftaucht. Das trifft jedoch nur für die fungierenden Eigentümerkapitalisten, die kapitalistischen Manager und die bourgeoisen Gruppen im Staatsapparat zu. Ein großer Teil der kapitalistischen Eigentümer ist schon auf der Ebene des mittleren Kapitals, mehr noch aber auf der Ebene des Groß- und Monopolkapitals aus dem „Geschäft" und damit auch aus der Erwerbsstatistik herausgetreten. Sie sind ausschließlich parasitäre Gruppen.

Die traditionelle Differenzierung der Kapitalistenklasse ergibt sich aus der unterschiedlichen Funktion der Einzelkapitale und Kapitalgruppen im Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und dem unterschiedlichen Kapitalumfang, also dem Maß seiner Beteiligung an der produzierten Mehrwert- und Profitmasse. Schon mit der wachsenden Bedeutung von Gesellschaftskapital, der beginnenden Monopolisierung – Tendenzen, die sich mit dem Übergang zum und der Entwicklung des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus verstärken, verbreitern und vertiefen – gewinnen die Trennung von Kapital-

eigentum und Kapitalanwendung innerhalb der kapitalistischen Unternehmen und die Herausbildung entsprechender neuer sozialer Gruppen der Kapitalistenklasse an Bedeutung. Es entwickelt und vergrößert sich die Fraktion der kapitalistischen Manager. Diese Fraktion ist jedoch nicht nur eine der Bourgeoisie funktionell aggregierte Gruppe, sondern sie ist auch soziologisch mit dem Kern der Bourgeoisie, den kapitalistischen Eigentümern, verschmolzen. Freilich trifft dies auch heute für ihre einzelnen Angehörigen in unterschiedlichem Maße zu und ein dauerhafter, sicherer Platz in der Bourgeoisie ergibt sich für sie erst mit der Beteiligung am Profit auf der Grundlage von Eigentumstiteln, also nicht mehr nur aus der Profitbeteiligung auf der Grundlage ihrer Tätigkeit als Funktionäre und Repräsentanten des Kapitals.

Mit dem Übergang zum Imperialismus wird in der gesellschaftlichen Hierarchie des Kapitals die Trennung zwischen Monopolkapital und Finanzoligarchie auf der einen Seite und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie auf der anderen Seite mehr und mehr zur entscheidenden Differenzierungslinie. Bei der heutigen Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses auf der Ebene des SMK gewinnt ferner die Fraktion der Repräsentanten des Ausbeutungsprozesses auf staatlicher Ebene wachsende Bedeutung. Wie die Manager des individuellen und des Gesellschaftskapitals sowie ihrer Verbände und Zusammenschlüsse, ist auch diese Fraktion der herrschenden Klasse funktionell und soziologisch aggregiert. Auch unter den heutigen Bedingungen kommt den kapitalistischen Eigentümern innerhalb der Bourgeoisie das qualitativ entscheidende Gewicht zu. Ihr Platz innerhalb der Bourgeoisie und ihre Beteiligung am Profit ist durch Eigentumstitel gesichert. Auf der Ebene des Groß- und Monopolkapitals bleibt in ihren Händen die strategische finanzpolitische Kontrollfunktion, die jetzt im Rahmen des SMK realisiert wird.

Die wesentlichen Trends der quantitativen Entwicklung der verschiedenen Fraktionen und Gruppen des aktiven Teils der Bourgeoisie sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Der Anteil des „erwerbstätigen" Teils der Klasse an allen Erwerbspersonen der BRD und Westberlins ist zwischen 1950 und 1970 von 3,2 % auf 2,1 % zurückgegangen. Diese Abnahme ist aber nahezu ausschließlich auf den Rückgang der fungierenden Eigentümerkapitalisten in der Landwirtschaft – überwiegend Großbauern – zurückzuführen. Sie machten 1970 nur noch 16 % des Standes von 1950 aus, was darauf zurückzuführen ist, daß sie in ihrer Masse zu einem Teil der werktätigen Bauernschaft geworden sind. Die Eigentümerkapitalisten in der gewerblichen Wirtschaft nahmen zwischen 1950 und 1961 per Saldo um 48 000 (= 20 %) zu, während das Wachstum in der folgenden Periode mit + 7 000 (= + 2 %) nahezu stagnierte. Dies wurde dadurch verursacht, daß in der letzten Phase des Untersuchungszeitraumes auch die Klein- und Mittelbourgeoisie zunehmend in den Sog der Konzentration und Zentralisation des Kapitals geriet. Das deckt sich mit den bereits dargestellten Tendenzen in der Verteilung der Beschäftigung nach sozial-ökonomischen Sektoren. Am deutlichsten haben die der Kapitalistenklasse aggregierten Gruppen mit dem sozial-statistischen Status von „Angestellten" und „Beamten" zugenommen:

- Die kapitalistischen Manager und die ihnen eng verbundenen Gruppen wuchsen im Untersuchungszeitraum mit nahezu 50 000 Personen um fast ein Drittel ihres Ausgangsbestandes von 1950;
- die bourgeoisen Gruppen im Staatsapparat nahmen um 12 000 oder 54 % zu.

Innerhalb der fungierenden Eigentümerkapitalisten, die 1950 und 1961 zu etwa 95 % und 1970 zu etwa 93 % kleine Kapitalisten sind, kommt es infolge des Absinkens der kapitalistischen Elemente der Bauernschaft zum einen zu einer deutlichen Verlagerung des quantitativen Schwerpunkts in die gewerbliche Wirtschaft, zum anderen aber auch innerhalb der gewerblichen Wirtschaft zu einer Verschiebung zugunsten der fungierenden (kleinen) Kapitalisten in der Zirkulations- und Dienstleistungssphäre. Letztere stellten 1950 erst 31 %

aller fungierenden Eigentümerkapitalisten im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, 1961 jedoch schon 37 % und 1970 39 %.

Auf der untersten Stufe der *Hierarchie der Bourgeoisie* fungieren die *Kleinkapitalisten*, die je nach dem Umfang des angewandten Kapitals und der ausgebeuteten Lohnarbeit eine Reihe von sozialen Merkmalen mit den selbständigen Mittelschichten gemeinsam haben. Diese Gruppe umfaßte 1950 noch fast 3/4 der gesamten Kapitalistenklasse und ist bis 1970 auf einen Anteil von gut 55 % zurückgefallen. Dies ist aber allein auf das Absinken der Großbauern in den Bereich der werktätigen Bauernschaft, der selbständigen agrarischen Mittelschichten zurückzuführen.

KONSEQUENT

"Es versteht sich, daß keine abstrakte akademische Theorie betrieben werden soll, sondern diese Zeitschrift vielmehr als politisches Kampfblatt fungieren will ..."
(Aus dem Vorwort von KONSEQUENT Nr. 1)

KONSEQUENT 14, Dezember 1973 enthält:

Der Offene Brief der SEW – Plattform im Kampf um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt
Klassenkämpfe in Westberlin
Weltkongreß der Friedenskräfte
Kultur und friedliche Koexistenz
Chile – revolutionärer Prozeß und Imperialismus
Ursachen des Nahost-Konfliktes
Jugend für antiimperialistische Solidarität
Der Leninsche Komsomol
Jugendgesetz der DDR
Die Marxistische Abendschule
Kritik des Maoismus
Die Bedeutung von „Was tun?"
Dialektik von Reform und Revolution

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Bln/W. 26 03 19.

Tabelle 9: Die Bourgeoisie (Kapitalisten und eng verbundene Gruppen) der BRD und Westberlins

Soziale Gruppen	Erwerbspersonen/Beschäftigte in Tsd			Entwicklung 1970 zu 1950 (= 100)	Erwerbspersonen/Beschäftigte in v.H.		
	1950	1961	1970		1950	1961	1970
	1	2	3	4	5	6	7
				a. Hauptfraktionen			
1. Fungierende Eigentümerkapitalisten i.d. Landwirt.	349	199	54	15,5	46,1	28,5	9,3
2. Fungierende Eigentümerkapitalisten i.d. gewerbl. Wirt.	236	284	291	123,3	31,1	40,7	50,3
3. 1. u. 2. Fungierende Eigentümerkapitalisten insgesamt	585	483	345	59,0	77,2	69,2	59,6
4. Kapitalistische Manager u. eng verbundene Gruppen	151	187	200	132,5	19,9	26,8	34,5
5. Bourgeoise Gruppen im Staatsapparat (einschl. Militär)	22	28	34	154,5	2,9	4,0	5,9
6. 3.-5. Kapitalisten u. eng verbundene Gruppen insgesamt	758	698	579	76,4	100	100	100
7. Z. 6 in v.H. der Erwerbsbevölkerung (mit Militär)	(3,2 %)	(2,6 %)	(2,1 %)				
				b. Bereichsstruktur der fungierenden Eigentümerkapitalisten			
8. Landwirtschaft	349	199	54	15,5	59,6	41,2	15,7
9. Sphäre d.materiellen Produktion d.gewerbl.Wirt.	163	178	178	109,2	27,9	36,9	51,6
10. Andere gewerbliche Bereiche	73	106	113	154,8	12,5	21,9	32,7
11. insgesamt	585	483	345	59,0	100	100	100
				c. Hierarchie der Bourgeoisie			
12. Groß- und Monopolbourgeoisie	18	22	25	138,9	2,4	3,1	4,3
davon: – Fungierende Eigentümerkapitalisten	1	1	1	100,0	0,1	0,1	0,2
– Manager des Groß- u.Monopolkapitals	15	18	20	133,3	2,0	2,6	3,4
– Oberste Spitzengruppe des Staatsapparates	2	3	4	200,0	0,3	0,4	0,7
13. Mittlere Bourgeoisie	180	217	234	130,0	23,7	31,1	40,4
davon: – Fungierende Eigentümerkapitalisten	24	23	24	100,0	3,2	3,3	4,1
– Managergruppen u. eng verbundene Gruppen a)	136	169	180	132,4	17,9	24,2	31,1
– Bourgeoise Gruppen im Staatsapparat a)	20	25	30	150,0	2,6	3,6	5,2
14. Kleine Kapitalisten	560	459	320	57,1	73,9	65,8	55,3
davon: – in der Landwirt. b)	342	196	51	14,9	45,1	28,1	8,8
– in der gewerbl. Wirt.	218	263	269	123,4	28,8	37,7	46,5
15. 12.-14. Insgesamt	758	698	579	76,4	100	100	100

Quelle: Berechnung des IMSF; a) Diese Gruppen sind nicht nur der mittleren Bourgeoisie zuzuordnen, sondern sie fallen zum großen Teil in die Untergruppen der Bourgeoisie; b) Großbauern.

In der Landwirtschaft hat sich im Zusammenhang mit den veränderten Produktionsbedingungen und der wachsenden Einbeziehung der Bauernschaft in den staatsmonopolistischen Ausbeutungszusammenhang eine spezifische Variante der Polarisierung durchgesetzt. Sie fand anders als etwa im Verarbeitenden Gewerbe oder anderen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft nur zum kleinen Teil innerhalb des agrarischen Sektors selbst statt. Sie vollzieht sich vielmehr gegenüber den vor- und nachgelagerten Bereichen und mit progressiv wachsender Verschuldung gegenüber dem Finanzkapital. Beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung in der Landwirtschaft gruppieren sich auf dem einen Pol die Masse der Bauern, auf dem anderen die Großbanken, die vor- und nachgeschalteten Industriestufen sowie die großen Handelskonzerne.

Die in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums deutlich abgeschwächte Zunahme der fungierenden Eigentümerkapitalisten im Bereich der kleinen Kapitalisten zeigt an, daß die Voraussetzungen für ihre Expansion in den 60er Jahren zunehmend eingeschränkt werden: Die von ihnen ausgefüllten Nischen im Bereich der Produktion, Warenzirkulation und Dienstleistungen werden funktionell entweder als Unternehmensabteilung in die großen Konzerne eingegliedert oder sie sind zu Anlagesphären des großen Kapitals geworden. In der Regel sind damit grundlegende Veränderungen der Produktions- und Zirkulationsweisen in solchen Bereichen verbunden, die die kleinen Kapitale nur ausnahmsweise mit vollziehen können. Sie werden in mittelbare Abhängigkeit versetzt, aufgesogen oder vernichtet.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß sich sowohl der Prozeß des Abstiegs der Großbauern in die werktätige Bauernschaft als auch der Prozeß der zunehmenden Verdrängung der kleinen Kapitale in Zukunft weiter fortsetzen wird. Damit entstehen objektiv günstigere Bedingungen für punktuelle Bündnisse der Arbeiterklasse mit diesem Teil der nichtmonopolistischen Bourgeoisie. Ob allerdings diese besseren Bedingungen zur Neutralisierung von Teilen der kleinen Kapitalisten genutzt werden können oder ob sie zu aktiven Propagandisten reaktionärer und faschistischer Gesellschaftspolitik und Bewegungen werden, hängt in erster Linie von der Stärke und Kampfkraft der Arbeiterklasse ab.

Anders als die kleinen Kapitalisten hat die Bedeutung der *Mittelbourgeoisie* im Untersuchungszeitraum zugenommen. Innerhalb dieser Schicht der Bourgeoisie spielen die fungierenden Eigentümerkapitalisten zahlenmäßig nur eine relativ geringe Rolle, obwohl ihr Anteil an der gesamten Kapitalistenklasse von 1950 = 3,2 % auf 1970 = 4,1 % gestiegen ist. Im Unterschied zum Kleinkapitalisten nimmt der Eigentümer in diesem Bereich in der Regel lediglich noch die Kapitalfunktion wahr.

Die Verwertungsbedingungen der eingesetzten Kapitale differieren nach Kapitalgröße und Branche. Insgesamt läßt sich aber sagen, daß die Kapitale dieses Bereichs zunehmend ein Objekt der Zentralisation durch das Groß- und Monopolkapital geworden sind. Die in diesem Bereich fungierenden Kapitale sind häufig nicht große genug, um entscheidende Sprünge der technisch-ökonomischen Entwicklung, die für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit notwendig sind, zu vollziehen.

Im Sektor der mittleren Bourgeoisie ist die Masse der Kapitalmanager und der diesen eng verbundenen Gruppen sowie der bourgeoisen Gruppen im Staatsapparat konzentriert. Die Managergruppen auf dieser Ebene haben zwischen 1950 und 1970 um 32 % zugenommen und machten 1970 fast 1/3 der gesamten aktiven Bourgeoisie aus. In der Regel repräsentieren sie im Bereich des mittleren Kapitals die Spitzenfunktionen der Kapitalanwendung oder sie sind unterhalb der Top-Ebene des Managements in den großen Konzernen bis zum Rande des „middle management" angesiedelt. Zu Teilen dürfte es sich am unteren Rande um eine Übergangsgruppe zu den lohnabhängigen Mittelschichten und zur lohnabhängigen Intelligenz handeln. Diese Gruppe auf der Ebene der mittleren Bourgeoisie sind in ihrer

Klassenzugehörigkeit jedoch durch die kommandierende Wahrnehmung von Kapitalfunktionen definiert.

Ihre deutliche Zunahme im hier untersuchten Zeitraum ist Ausdruck der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion und Reproduktion, unter den heutigen Bedingungen damit gleichzeitig Ausdruck der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der fortschreitenden Monopolisierungsprozesse. Im Zuge dieser Entwicklung konzentrieren sich hier auch die Funktionen der Kapitalverwertung, die vorher im Bereich des kleinen Kapitals von Eigentümerkapitalisten oder lohnabhängigen Mittelschichten ausgeübt worden waren.

Ebenso wie das personelle Wachstum des Staatsapparats Ausdruck der Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses und der zunehmenden gesellschaftlichen Widersprüche ist, spiegelt sich u.a. auch in der Zunahme seiner bourgeoisen Gruppen – von 22 000 im Jahre 1950 auf 34 000 im Jahre 1970 – die spezifische staatsmonopolistische Qualität dieses Prozesses. Der Zuwachs dieser Gruppen ist zugleich Indiz der zunehmenden Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates.

Groß- und Monopolbourgeoisie

Die Verschmelzungstendenz erscheint auf der obersten Ebene der Bourgeoisie als personelle Austauschbarkeit zwischen Spitzenmanagern des Monopolkapitals und der Spitzengruppe des Staatsbereichs.

Besonders ausgeprägt ist diese Tendenz an der Sozialstruktur des militärisch-industriellen Komplexes sichtbar. Dieses Geflecht von Generalität, Spitzenbürokraten und bürgerlichen Spitzenpolitikern. Managern und Eigentümern der mit der Rüstungsproduktion verbundenen oder daran interessierten Konzerne und Finanzgruppen ist nicht nur ein spezifischer Ausdruck des SMK, sondern hier konzentrieren sich die dieser Phase eigenen reaktionären Grundzüge in potenzierter Form.

Nach einer Untersuchung von Max Kruk, der 381 der größten Unternehmen der BRD und Westberlins im Hinblick auf ihre Führungskader untersucht hat, stammte von den Vorstandsmitgliedern, die von außerhalb des Unternehmens in diese Position wechselten (209 von 1331), die Mehrzahl aus dem Staatsapparat. (12) Der Anteil von ehemaligen Beamten war naturgemäß in den öffentlich-rechtlichen Unternehmen am höchsten; hier waren früher 31 % (!) aller Vorstandsmitglieder im öffentlichen Dienst als Beamte tätig. Im Bereich der übrigen Unternehmensformen, waren es 67 von 1 186 Vorstandsmitgliedern, also fast 6 %. (13) Diese ehemaligen Beamten hatten nach Kruks Ermittlungen „bisher schon Kontakte zu dieser Firma und ihren leitenden Männern und kennen die Verhältnisse". (14) Dieser Umstand kann nur voll gewürdigt werden, wenn man berücksichtigt, daß es sich bei den 381 Unternehmen um die größten Monopole der BRD handelt und daß die adäquate Herkunftsgruppe – nämlich die Beamten im Bereich der Groß- und Monopolbourgeoisie – auch 1970 maximal 4 000 Personen ausmachte. Die personelle Verquickung von Monopolen und Staat ist also auch in dieser Hinsicht außerordentlich groß.

Nach den Ergebnissen der sozialstatistischen Analyse umfaßt die Schicht der Groß- und Monopolbourgeoisie 1970 etwa 25 000 Personen. Sie waren 4,3 % der gesamten Kapitalistenklasse und 0,09 % aller hier erfaßten Erwerbspersonen. Der Umfang dieser sozialen

12 Max Kruk: DIE GROSSEN UNTERNEHMER, Woher sie kommen, wer sie sind, wie sie aufstiegen, Frankfurt 1972, S. 158.
13 Ebenda, Tabelle 39 im Anhang.
14 Ebenda, S. 158.

Spitzengruppe des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, die zwischen 1950 und 1970 um 7 000 Personen angewachsen ist, deckt sich für 1970 in etwa mit den von Kruk in einer weiteren Untersuchung ermittelten Zahlen von 31 427 Personen. (15) Auch mit einer vom „Spiegel" in Auftrag gegebenen Befragung – „Das top- und middle-management" – decken sich die Größenordnungen ungefähr: Hier werden 32 000 Personen ermittelt, die ein monatliches Netto-Einkommen von 8 000,– DM und mehr haben. (16)

In der in Tabelle 9 aufgeführten Spitzengruppen des staatsmonopolistischen Systems sind die Repräsentanten des Kapitaleigentums – soweit sie überhaupt noch eine aktive Rolle im Prozeß der staatsmonopolistischen Herrschaftsausübung erfüllen – nicht erfaßt. Diese Großaktionäre und Mitglieder „der großen Familien" dürften zwischen 5 % - 10 % der gesamten Gruppe ausmachen, so daß sich die Annäherung an die auf dem Wege von Befragungen ermittelten Werte noch erhöht.

Der hier erfaßte Personenkreis besteht in der Hauptsache aus Managern des Groß- und Monopolkapitals, in geringerem Maße aus der Spitzengruppe des Staatsapparates und einer sehr geringen Anzahl von fungierenden Eigentümerkapitalisten. In diesem Bereich fungiert überwiegend Gesellschaftskapital, so daß Kapitaleigentum und Kapitalanwendung in nahezu allen Fällen auseinanderfallen.

Innerhalb dieser Gruppe der Groß- und Monopolbourgeoisie der BRD und Westberlins sind heute vor allem auch jene Gruppe zu berücksichtigen, die das Auslandskapital und die internationalen Konzerne ausländischer Herkunft repräsentieren und einen zunehmenden Einfluß ausüben. Hier kommt die internationale Verflechtung des Kapitals auf der heutigen Ebene personell zum Ausdruck. Gleiches gilt auch für die Spitzenbürokraten internationaler kapitalistischer Gremien und der Behörden der kapitalistischen Integrationsgebilde.

Die in Tabelle 9 erfaßte Gruppe der Groß- und Monopolbourgeoisie bildet das unmittelbare Reservoir, aus dem sich die Spitzengruppe der Monopolbourgeoisie – hier sind natürlich vor allem auch die in unseren Angaben nicht erfaßten monopolistischen Eigentümer, die nicht mehr im Erwerbsleben fungieren, zu berücksichtigen – und die staatsmonopolistische Oligarchie rekrutiert, die in diesem System die strategischen Entscheidungen trifft. Der eigentliche Machtkern ist also zahlenmäßig wesentlich kleiner als die von uns erfaßte Gruppe.

Selbst die 2 053 Unternehmer der Kruk'schen Befragung, „die als Vorstände, Aufsichtsräte, Inhaber oder Mitinhaber an der Spitze der 381 größten Unternehmen der BRD standen" (17), dürften für den Monopolbereich der Wirtschaft noch zu weit gefaßt sein. Gleichwohl – zusammen mit den durch die sozialstatistische Analyse ermittelten Spitzen des Staatsapparates – ergeben sich ganze 6 000 Personen. Das sind weniger als ein Zehntausendstel Prozent der Bevölkerung der BRD und Westberlins, die die zahlenmäßig noch geringere „staatsmonopolistische Oligarchie" einrahmen. Folgt man der Erhebung von Kruk, die allerdings durch die Einbeziehung der Beamten modifiziert würde, dann handelt es sich hierbei um eine Gruppe, die sich nach ihrer Herkunft schwerpunktmäßig aus den

15 M. Kruk, Die oberen 30 000. Industrielle, Bankiers, Adlige, Wiesbaden 1967.
16 Spiegel-Verlag, (Hg.): DAS TOP- UND MIDDLE-MANAGEMENT. Eine Untersuchung über das Informationsverhalten, über Position und Funktion im Unternehmen und über das private Konsumverhalten der Manager, Hamburg, o.J. (1972), Tabelle 88.
17 M. Kruk: DIE GROSSEN UNTERNEHMER, S. 10.

verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie und den Mittelschichten und nur in die Regel bestätigenden Ausnahmefällen aus der Arbeiterklasse rekrutiert. (18)

Diese „staatsmonopolistische Oligarchie", die über Kapitalverflechtungen und die Verbände des Monopolstaates weit über den nationalen Rahmen hinausgreift, ist institutioneller und personeller Ausdruck der Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates, des erreichten Grades der Monopolisierung und staatsmonopolistischen Durchdringung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Es ist dieser Machtkern, gegen den die antimonopolistische Politik unmittelbar gerichtet ist. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die herrschende Schicht der Groß- und Monopolbourgeoisie, die der soziale Nutznießer des staatsmonopolistischen Ausbeutungssystems ist, wesentlich breiter ist, daß sich auch unter den heutigen Bedingungen die Massen der Bourgeoisie und der ihr aggregierten Gruppen an dieser Schicht orientieren und in ihr die Stütze des Systems der Ausbeutung sehen. Dabei kann jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß sich mit dem Übergang zum monopolistischen Stadium des Kapitalismus innerhalb der Kapitalistenklasse die Differenzierung zwischen monopolistischer und nichtmonopolistischer Bourgeoisie auf der Grundlage objektiver Interessengegensätze entwickelt und mit dem Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus noch verstärkt hat.

Wird diese Tatsache berücksichtigt, dann schließt die gegen die Monopolbourgeoisie gerichtete antimonopolistische Politik den Kampf um ihre gesellschaftspolitische Isolierung und um die Neutralität und das punktuelle Bündnis mit Teilen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie ein.

Friedrich Engels hatte im Vorwort zur 3. deutschen Ausgabe des „Manifest der Kommunistischen Partei" als Grundgedanken dieser Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus und der auf ihrer Grundlage organisierten modernen Arbeiterbewegung bezeichnet, „daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche" (19), daß demgemäß seit der Auflösung des Gemeinschaftsbesitzes an Grund und Boden die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, sich die Geschichte der ganzen bisherigen Gesellschaft „in Klassengegensätzen" bewegt (20), daß aber erst mit dem Kapitalismus die Klassengegensätze und der Klassenkampf eine Stufe erreicht haben, wo sich die ausgebeutete Klasse nur dadurch selbst befreien kann, daß sie die ganze Gesellschaft von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen befreit.

Dies bestimmt seither den Inhalt des weltgeschichtlichen Prozesses und charakterisiert im Weltmaßstab insbesondere unsere Epoche als Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus.

18 Kruk faßt in seiner Untersuchung "Arbeitersöhne und Männer, die aus bedrückten sozialen Verhältnissen stammen", zusammen, was seine Zahlenangaben nahezu wertlos macht. Ohnehin macht auch diese Gruppe nur 5,8 % der Befragten aus. Außerdem läßt er unberücksichtigt, daß sich in seinem Sample 39 Mitbestimmungsgesellschaften (39 Arbeitsdirektoren!) und die drei großen Gewerkschaftsunternehmen GEG, Volkswohl, Bank für Gemeinwirtschaft und eine Reihe von kommunalen Versorgungsunternehmen befinden. Zwar kann die monopolistische Qualität dieser Unternehmen angenommen werden. Mit einiger Sicherheit herrschten hier aber zumindest andersartige Karrieremuster als in der übrigen gewerblichen Wirtschaft.
19 Friedrich Engels: Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1883, MEW, Bd. 4, S. 577.
20 Karl Marx, Friedrich Engels: "Manifest der Kommunistischen Partei", MEW, Bd. 4, S. 480.

Bücher zum Thema Chile

Acquaviva Foumiel Giloudes Marcelin
Das Chile der Volkseinheit
Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt M.,
Reihe Marxismus aktuell 47
164 Seiten, Br., DM 6,50

Breuer Hartmann Lederer
Revolution in Lateinamerika
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln,
167 Seiten, Br., DM 9,80

Arc-Martinez
Lateinamerika — Hinterhof des US-Imperialismus
Stimme-Verlag, Frankfurt M.,
86 Seiten, Br., DM 8,80

H.-J. Harrer
Die Revolution in Mexico 1910—1917
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln,
Sammlung Junge Wissenschaft,
272 Seiten, Br., DM 14,80

Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern
Bd. 3 Die Wahl des Weges
Herausg. Institut f. Weltwirtschaft, UdSSR, Staatsverlag der DDR, Berlin,
360 Seiten, Ln., DM 18,50

M. Uschnar
Entwicklungspolitik
Expansion — Globalstrategie — Lateinamerika als Schauplat des westdeutschen Neokolonialismus
Staatsverlag der DDR, Berlin,
204 Seiten, Brosch., DM 9,80

Asien — Afrika — Lateinamerika
Bilanz — Berichte — Chronik 1972
Deutscher Verlag der Wissenschaften VEB, Berlin,
388 Seiten, Ln., DM 28,80

Asien — Afrika — Lateinamerika
Bilanz — Berichte — Chronik 1970
392 Seiten, Ln., DM 27,—

Asien — Afrika — Lateinamerika
Bilanz — Berichte — Chronik 1969
391 Seiten, Ln., DM 25,—

Der antiimperialistische Kampf in Lateinamerika
Kleines Nachschlagewerk
Dietz-Verlag, Berlin, 480 Seiten, Graphiken und Karten, Br. DM 7,50
Das Buch enthält u. a. das Programm der Sozialistischen Partei Chiles, sowie antiimperialistisch-demokratische Einheitsfrontprogramme. Die Einführung gibt einen Überblick über die Hauptprobleme des revolutionären Prozesses.

Roja Rodriguez Calderon
Tanja — La Guerrillera
Militärverlag der DDR, Berlin,
220 Seiten, Ln., DM 7,—

E. Panitz
Christobal und die Insel
Novellen
Militärverlag der DDR, Berlin,
240 Seiten, Ln., DM 6,80

J. de Castro
Der Krebskreis
Erzählung
Verlag Neues Leben, Berlin,
206 Seiten, Ln., DM 5,80

Th. Billhardt Hackethal Klein
Santiago de Chile, Hoffnung eines Kontinents
Bild-Text-Band
Verlag Volk und Welt, Berlin,
164 Text- und 144 z. T. farb. Bildseiten, DM 19,80

Cortázar
Der andere Himmel
Erzählungen
Aufbau-Verlag, Berlin,
195 Seiten, Kart. DM 5,40

L. Otero
Wehe dir, große Stadt
Aus dem Spanischen,
Roman aus dem Kuba am Vorabend der Revolution
Verlag Volk und Welt, Berlin,
400 Seiten, Ln., DM 8,60

BRÜCKEN-VERLAG GMBH

Literaturvertrieb Import Export
4 Düsseldorf, Postfach 1928, Tel. 0211 / 35 38 83 / 84

Einzelbezieher bestellen bitte bei der nächsten collectiv-Buchhandlung

Werner van Treeck

Zur Kritik bürgerlicher Bildungsplanung - am Beispiel der Sozialwissenschaften *

I. Studium und Beruf der Sozialwissenschaften — Entwicklungslinien in der BRD

1. Als die Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie im Sommer 1934 ihr Erscheinen einstellten, schrieb ihr Herausgeber, Leopold von Wiese, in der letzten Nummer: „... je mehr ich diese Zeitenwende auf mich wirken lasse, desto mehr ist mir das klar: jetzt wäre gerade auch in Deutschland die Zeit für eine kraftvoll wirkende realistische Gesellschaftslehre gekommen." (1) Er beklagte den Liberalismus-Verdacht der Faschisten gegenüber der Soziologie als Mißverständnis, das es der Wissenschaft unmöglich mache, „der Praxis gerade die Hilfe zu gewähren, deren sie so dringend bedarf." Zwölf Jahre später, auf dem 8. Deutschen Soziologentag im September 1946 konnte von Wiese ungebrochen fortfahren: er wolle „nur wiederholen", was er schon 1936 in der Tönnies-Festschrift gesagt habe (2). Indem er den Faschisten als „das hauptsächliche Motiv" ihres Soziologieverständnisses „das Mißtrauen" bescheinigte, „man könnte mit den bisherigen Denkweisen und Arbeitszielen dem neuen Gemeinwesen und Volkstume nicht so dienen, wie es verlangt werden müßte", hielt er ihnen zugleich vor, beim „Aufbau des deutschen nationalen Volks- und Staatslebens" der sozialwissenschaftlichen Dienste sich nicht in genügendem Maße versichert zu haben. Es ging — 1933 wie 1945, doch 1945 vor dem Erfahrungshorizont amerikanischer Sozialforschung, mit Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht — um die gesellschaftlichen Funktionen der Sozialwissenschaften im Imperialismus. Mit der Restauration monopolkapitalistischer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg, auf hoher Stufenleiter gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion, konfrontiert mit der Herausbildung und Konsolidierung des sozialistischen Weltsystems, wuchsen die Aufgaben der Leitung und Regulierung teil- und gesamtgesellschaftlicher Prozesse, und der ideologischen Lenkung und Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung, beides im Interesse der Monopole und ihres Staates. Die bürgerlichen Sozialwissenschaften erhielten eine qualitativ neue Bedeutung. Ihren gewachsenen Aufga-

---

* Die marxistische Kritik bürgerlicher Bildungsplanung hat sich bislang vorwiegend auf der Ebene globaler Planungsansätze, zentraler Entscheidungsprozesse und allgemeiner Ableitungszusammenhänge entwickelt. Die Analyse regionaler, sektoraler oder fachbereichsspezifischer Probleme der Bildungspolitik blieb demgegenüber zurück. Der folgende Aufsatz versteht sich als Beitrag hierzu.
„Sozialwissenschaften" werden hier im engeren Sinne (von Soziologie und Politikwissenschaft) gefaßt.

1 Leopold von Wiese: KVHfS, 1933/34, S. 228.

2 Leopold von Wiese: „Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologentages vom 19.-21. September 1946 in Frankfurt/M.", Tübingen 1948, S. 3.

ben entsprechend bedurften sie zu ihrer Entwicklung und Nutzung der Institutionalisierung an den Hochschulen zu selbständigen Studiengängen und -abschlüssen, ausreichender Lehr- und Forschungskapazitäten, gesicherter Berufsbereiche und Tätigkeitsfelder, eines ständig vergrößerten Personals mit entsprechender Ausbildung.

Eine der ersten Analysen dieses Problemkomplexes nach dem zweiten Weltkrieg stammt von Otto Neuloh und erschien unter dem Titel „Berufsmöglichkeiten für Studierende der Sozialwissenschaften" in der „Sozialen Welt" (3). Neuloh geht von dem neuen Funktionszusammenhang der Gesellschaftswissenschaften aus, mit dem Ziel, die Institutionalisierung gesellschaftswissenschaftlicher Studiengänge und Berufsorientierungen zu begründen: „Wenn wir deshalb von den Berufsmöglichkeiten für Studierende der Sozialwissenschaften sprechen, so müssen wir uns vor Augen halten, daß trotz mancher Gelegenheit, in verschiedenen Fakultäten sozialwissenschaftliche Vorlesungen zu hören, und trotz vieler Tätigkeitsbereiche sozialwissenschaftlicher Art es Studierende der Sozialwissenschaften in dem hier gemeinten engeren Sinne der Soziologie und angewandten Sozialwissenschaften nicht gibt, daß es vielmehr jetzt an der Zeit ist, eine Generation nach der Ordnung des wirtschaftswissenschaftlichen auch die Voraussetzungen für die Ordnung eines sozialwissenschaftlichen Studiums zu schaffen." Wohl ist das Bewußtsein von der Bedeutung der Sozialwissenschaften gewachsen, aber es bleibt noch sehr diffus; die Begründung der gesellschaftlichen Relevanz gerät einigermaßen hilflos, bekommt Krieg und Nachkrieg nicht in den Begriff; die wissenschaftliche Orientierung geht auf die Lösung zwar augenfälliger doch isolierter Teilprobleme, „wie der Vertriebenenfrage, der heimatlosen Jugend, der Arbeitslosigkeit, ... der Sozialrentner usw."

Entsprechend der Unsicherheit und Unklarheit, die die bürgerlichen Sozialwissenschaften in dieser Phase nicht bloß in ihrer theoretischen Rekonsolidierung, sondern gerade auch in ihrer gesellschaftlichen Anwendung bestimmen, fällt auch die Analyse sozialwissenschaftlicher Arbeitsplätze aus. Neulohs Versuche einer Systematisierung der Tätigkeitsfelder stehen unter oberflächlichen Kriterien. Sie funktionieren etwa nach der Unterscheidung von Berufen, die „ausschließlich auf sozialwissenschaftlicher Grund nd Fachausbildung aufbauen", von solchen, „in denen im Anschluß an einen anderen Ausbildungsweg eine sozialwissenschaftliche Fortbildung ... notwendig ist." Es kommen dann als mögliche Berufe hintereinander zu stehen: „Leiter und Abteilungsleiter der sozialen Verwaltung auf den verschiedenen Stufen, vor allem der Arbeitsverwaltung, der Fürsorgeverwaltung, der Sozialversicherung, Inhaber von Schlüsselstellungen in der sozialen Selbstverwaltung, Berufsberater, Jugendpfleger, Leiter der Werksfürsorge in großen Betrieben, Werksfürsorgerinnen, Betriebssoziologen usw." Quantitative und qualitative Planungsunterlagen, etwa in Form von Bedarfsziffern oder Qualifikationsprofilen, fehlen zu dieser Zeit verständlicher Weise vollständig. Indessen wird positiv als interessanter und abenteuerlicher Berufsweg ausgegeben,was nichts anderes als Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der Reproduktion der Arbeitskraft ist. Sozialwissenschaftliche Berufe seien „Kampfberufe". „Wer eine ruhige wissenschaftliche Arbeit in ausgefahrenem Gleise, in fest geregelten Arbeitsverhältnissen anstrebt, wird sich fast immer enttäuscht sehen." Entsprechend phantastisch sind die Vorstellungen über die Anzahl der Sozialwissenschaftlern verfügbaren Stellen: „Wenn man berücksichtigt, daß z.B. dem Bundesarbeitsministerium und den Länderministerien allein etwa 200 Arbeitsämter mit Abteilungsleiterstellen für Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Arbeitslosenversicherung und etwa ein Dutzend Landesarbeitsämter mit Referaten und Abteilungen, ferner das gesamte Gebiet der Sozialversicherung mit den Landesversicherungsanstalten, den Krankenkassen, Rentenversicherungen usw., die gesamte Gewerbeaufsicht mit den zahlreichen Gewerbeaufsichtsämtern, die vielen Berufsgenossenschaften usw.

3 1. Jg., 1949/50, S. 92-101.

unterstehen, so läßt sich der Nachwuchsbedarf auf jährlich mehrere hundert wissenschaftlich vorgebildete Kräfte veranschlagen, die allein in diesem Verwaltungsbereich benötigt werden."

2. Auf die Phase der Studien- und Berufskonstitution folgt die der Studien- und Berufsdefinition. In ihr bildet die gesellschaftliche Anwendung sozialwissenschaftlich qualifizierter Arbeitskräfte, wie naturwüchsig und eingeschränkt durchs Juristenmonopol sie auch immer verläuft, noch kein unlösbares Problem. Die Zahl der sozialwissenschaftlich Qualifizierten ist begrenzt und wird – mit allen Einschränkungen – in den verfügbaren Tätigkeitsfeldern – vor allem sind das die Hochschulen selbst – in der Regel absorbiert. Das gilt z.B. sowohl für die rund 800 Hauptfach-Soziologen, die von 1958 bis 1966/67 in der BRD ihr Studium absolvierten, wie für die etwa 700 Hauptfach-Politologen, die von 1951 bis 1967 an der „Deutschen Hochschule für Politik" bzw. am „Otto-Suhr-Institut" in Westberlin examinierten (4). Immerhin zeigen sich bei der Berufseinmündung der Politologen bereits Auswirkungen des naturwüchsigen Verhältnisses ihrer Ausbildung zum Berufssystem, die indessen als Konfliktstoff sich noch nicht entzünden. So lagen von den zur Zeit der Befragung rund 400 beschäftigten Politologie-Absolventen 600 Informationen (Mehrfachnennungen) über die wesentlichen Rekrutierungsformen für ihre Berufe vor: danach hatten informell fachliche Kontakte (z.B. Vermittlung durch Professoren) mit 23 % und familiäre Beziehungen oder andere persönliche Kontakte mit 34 % eine wesentlich größere Bedeutung als die formellen Arbeitsmarktprozesse mit 22 %. Rund 20 % der berufstätigen Politologen gaben an, daß ihre jetzige Tätigkeit keinen Bezug zu ihrer Ausbildung hat. Damit verbunden ist eine starke Arbeitsplatz-Unsicherheit: „Immerhin weist das auf das bereits vorhin erwähnte Berufsrisiko des Politologen hin. Wir kennen Einzelfälle wo ein Politologe als Gastwirt oder Zahnarzt tätig ist. Auch kommt es vor, daß Politologen, vor allem in der öffentlichen Verwaltung, dort völlig untergebuttert und völlig ausbildungsfremd verwendet werden, z.B. als bloße Stenotypisten." (5)

Bei gleichwohl weitgehend gesicherter Beschäftigungslage wächst ein ständisch motiviertes Interesse an gesellschaftlicher Anerkennung und Verankerung. So gibt die „Deutsche Gesellschaft für Soziologie" die „Beschaffung von berufspolitischen Vergleichsmaterialien in eigener Sache" (6) in Auftrag. So wird im Gesamtbereich wie in Teilsektoren sozialwissenschaftlicher Ausbildung und Berufstätigkeit, etwa der Sozialarbeiter, eine intensive „Professionalisierungs"-Debatte geführt. (7) „Professionalisierung" bezeichnet den Prozeß der Anerkennung bestimmter Tätigkeiten als „profession", verbunden mit spezifischen Vorrechten und Privilegien, geknüpft an bestimmte Voraussetzungen und Merkmale wie: Entwicklung einer Spezialausbildung, Monopolisierung bestimmter Aufgabenbereiche für die so Ausgebildeten, Gründung einer Standesorganisation, Pflege eines einheitlichen Berufsbildes, Entwicklung eines Berufskodex und Kontrolle seiner Einhaltung. Rene König: „Mit der Integration in den allgemeinen Wirtschaftsprozeß ist die sozialwissenschaftliche Intelligenz in manchen auch den sogenannten „freien Berufen" näher gekommen als jemals früher, wobei nicht die Frage von Abhängigkeit oder Unabhängigkeit so sehr im Vordergrund steht als vielmehr die nach der Entstehung eines eigenen Berufsbildes mit entsprechenden

4 Uwe Schlottmann: „Soziologen im Beruf", in: KZfSS, Jg. 20, 1968, S. 575 ff.; Dirk Hartung u.a.: POLITOLOGEN IM BERUF, Stuttgart 1970, S. 56 ff. (Rücklauf bei Schlottmann: 717, bei Hartung u.a.: 497).

5 Zit. nach: DER SPIEGEL, Nr. 34, 18.8.69, S. 107.

6 Horst Reimann, Klaus Kiefer: SOZIOLOGIE ALS BERUF, Tübingen^2 1969, S. 3.

7 Hans Uwe Otto, Kurt Utermann (Hg.): SOZIALARBEIT ALS BERUF. Auf dem Weg zur Professionalisierung?, München 1971.

Voraussetzungen der Ausbildung, bestimmten Karriereerwartungen usf." (8) König verbindet das Interesse an Professionalisierung mit dem an der ideologischen Funktion der Soziologie in der BRD-Gesellschaft: „Die Professionalisierung der soziologischen Berufe wird erst dann zu einem inneren Abschluß gelangen können, wenn sie durch ein solches Bildungsideal mitgetragen wird, das dem fachlichen Wissen auch die weltanschauliche Note hinzugesellt, nachdem es offensichtlich in Deutschland noch immer nicht ohne Weltanschauung geht. Auf diese Weise wird letzten Endes auch die allgemein-kulturelle Funktion der Soziologie sichtbar." (9) Ihre berufsständischen Interessen haben die Sozialwissenschaftler nicht durchgesetzt; es ist weitgehend beim Wunsch nach Professionalisierung geblieben. Weder haben sich feste Karrieremuster etabliert, noch gibt es Berufsbild und Berufskodex. Eine einheitliche und formalisierte Spezialausbildung wurde nicht entwickelt, geschweige denn realisiert.

3. Die beschauliche Debatte berufsständischer Interessen wird um die Mitte der sechziger Jahre durch reale Entwicklungen unterbrochen: „Etwa seit Ende des Jahres 1966 häuften sich die Berichte, Studienabgängern mit dem Fach Soziologie falle es zur Zeit sehr viel schwerer als früher, geeignete Arbeitsstellen zu finden. Und wenn es gelinge, seien die Stellen sowohl in bezug auf ihren Status (Positionshöhe) als auch auf ihre Bezahlung häufig schlechter als nur einige Monate früher." (10) Die Arbeitsmarktlage der folgenden Jahre bestätigt diese Berichte. In einem von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit heißt es: „Die Vermittlungsmöglichkeiten für Soziologen waren begrenzt. In der Wirtschaft liegen die Chancen in erster Linie im Personalwesen, der Organisationsplanung sowie dem Marketingbereich. Im öffentlichen Dienst bestehen gewisse Aussichten in der Bildungsplanung und an Universitätsinstituten. Die Zahl der gemeldeten Stellenangebote ist jedoch nach wie vor gering. Der Markt für Politologen ist noch enger. Mehr als 80 % der Positionen werden alternat. für Politologen oder Soziologen angeboten." (11) Letzteres bringt einen Trend zum Ausdruck, der durch Substitutionsanalysen erhärtet wird: nicht bloß konkurrieren Politologen und Soziologen bei der Besetzung von Arbeitsplätzen: „Eine hochsignifikant überdurchschnittliche Substitutivität ist für Soziologen/Sozialwissenschaftler und für Volkswirte bei einer Gruppenindeterminiertheit von jeweils über 90 % kennzeichnend. Vorrangig haben die Soziologen und Sozialwissenschaftler

8 Rene König: „Wandlungen in der Stellung der sozialwissenschaftlichen Intelligenz", in: ders., STUDIEN ZUR SOZIOLOGIE, Frankfurt/M. 1971, S. 97. Die Arbeit, ein Vortrag vor dem 14. Soziologentag, datiert von 1959.

9 Rene König: „Die Berufsmöglichkeiten des Soziologen", in: KZfSS, Jg. 14, 1962, S. 295.

10 Uwe Schlottmann, a.a.O., S. 572.

11 Josef Heptner: „Der Arbeitsmarkt für Akademiker" (II). Januar bis Juni 1971, in: ANALYSEN, Nr. 8, Okt. 1971, S. 19; vgl. auch Arbeitsmarkt 1. Halbjahr 1972, „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler ...", in: ANALYSEN, Nr. 1, Jan. 1973, S. 22 ff., S. 25: „Die Vermittlungsmöglichkeiten für Soziologen haben sich ... weiter reduziert. Die Diskrepanz zwischen Bewerbungen und Stellenangeboten war ganz erheblich. Als Wirkungsbereiche bieten sich das betriebliche Personal- und Ausbildungswesen, die Lehre und Forschung an Hochschulen, die Erwachsenenbildung,der Bereich der Sozialarbeit, die Stadt- und Regionalplanung, sowie das Unterrichtswesen an ... Für Politologen blieben die Berufschancen vorerst ebenfalls wenig verheißungsvoll ... Ansonsten sah sich mancher Bewerber gezwungen, eine Beschäftigung anzunehmen, die seiner Vorstellung nicht entsprach." Bei den Berichten der Fachvermittlungsstellen der Bundesanstalt für Arbeit ist zu berücksichtigen, daß die Vermittlung der Sozialwissenschaftler über formelle Marktprozesse zwar zunimmt, aber nicht die einzige Vermittlungsform ist.

mit den Diplomkaufleuten und sonstigen kaufmännischen Ausbildungen (Feldindeterminiertheit 25,8 %), mit den Volkswirten (24,2 %) sowie mit den Psychologen (12,6 %) zu konkurrieren." (12)

Die prekäre Arbeitsmarktlage wird verschärft durch zunehmend sichtbar werdende Diskrepanzen zwischen Ausbildung und Berufstätigkeit. Dem Überangebot von Sozialwissenschaftlern auf dem Arbeitsmarkt entspricht ein Mangel an bestimmten sozialwissenschaftlichen Qualifikationen. Hinter den wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Sozialwissenschaften kommt ihre Ausbildung nicht nach: weder fachlich, noch institutionell. Auf die widersprüchliche Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die damit verbundenen gesellschaftlichen Regulierungsprobleme ist sie nicht vorbereitet. Die naturwüchsige Entwicklung der Lehrstuhltraditionen, die Heterogenität des Lehrbetriebs und der Prüfungsordnungen stehen einer raschen Modernisierung im Wege. Und während, angesichts verschärfter gesellschaftlicher Widersprüche und Klassenkämpfe, die Aufgabenstellung der politischen und ideologischen Herrschaftssicherung für die Sozialwissenschaften neu formuliert wird (13), wächst gerade die Unsicherheit über ihre politischen Implikationen und deren Kontrolle. Sozialwissenschaftler gelten, spätestens seit der Studentenbewegung, für nicht geheuer. Der SPD-Minister Helmut Schmidt: „Wir haben viel zuviel Soziologen und Politologen. Wir brauchen viel mehr Studenten, die sich für anständige Berufe entscheiden, die der Gesellschaft auch nützen." Dem Mißtrauen „vieler Wirtschaftler" gibt Winfried Schlaffke vom Deutschen Industrieinstitut Ausdruck: „Den Soziologen fällt es zunächst schwer, die Wissenschaft überhaupt zu verlassen und in die Niederungen praktischer Arbeit hinabzusteigen. Zudem zielen ihre Intentionen oft auf eine Änderung der Unternehmensstrukturen. Die Soziologen wollen sich – aufgrund ihres Verständnisses von einer zukünftigen besseren Gesellschaft – nicht den vorgefundenen Berufsmöglichkeiten anpassen, sondern verstehen sich als Innovationspotential. Von den Unternehmen werden Konflikte zwar nicht gescheut, denn sie können sich fruchtbar auswirken, doch ein Konsens in Grundfragen, eine Basis der Zusammenarbeit muß gegeben sein." Verbürgt ist der Bericht eines Kommunalbeamten, mehrere große Firmen suchten mit Hilfe von Fragebogen zu erfahren, ob akademische Nachwuchskräfte Soziologie studiert hätten; bekenne sich jemand dazu, werde er aus der Liste der Bewerber gestrichen. (14)

12 Annelore Chaberny u.a.: „Substitutionshinweise in Stellenangeboten", in: MITTEILUNGEN AUS DER ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG, 1. 1971, S. 116. Gruppenindeterminiertheit ist ein Maß zur Bestimmung des Grades der Substituierbarkeit einer Ausbildung gegen alle anderen Ausbildungen. Feldindeterminiertheit ist ein Maß zur Bestimmung des Grades der Substituierbarkeit einer Ausbildung gegen eine andere in bezug auf alle sonstigen Ausbildungsfachrichtungen.

13 Vgl. die Rede des Mannheimer Soziologen M. Rainer Lepsius auf der Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1973: „Auf die Sozialwissenschaften richtet sich zunehmend öffentliches Interesse. Selbst in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 ist von ihnen die Rede. Dort versichert die Bundesregierung, sie werde darauf achten, daß die sozialen und gesellschaftlichen Folgen der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung in die Forschung einbezogen werden und daß darüber hinaus auch der gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenforschung größere Aufmerksamkeit zuteil werde. Schon im Forschungsbericht IV der Bundesregierung vom April 1972 wird die Förderung der Sozialwissenschaften hervorgehoben." DFG, mitteilungen 3/73, S. 31.

14 Die politische Unsicherheit hat zuweilen sektiererische Ausdrucksformen: etwa wenn der BASF-Manager Gunther von Lepel einen „Hochschulschrumpfungsplan" vorlegt, der Fächer wie Soziologie oder Politologie verkümmern lassen und sich auf die „klassischen Disziplinen" konzentrieren will; oder wenn der Personalberater L. Kroeber-Keneth gar die „Schließung aller Universitäten für eine geraume Zeit" emp-

Vor diesem Hintergrund ergeben sich verstärkte Anstrengungen der Modernisierung und Ökonomisierung von Ausbildung und Berufsarbeit im Bereich der Sozialwissenschaften. Sie richten sich zunächst auf die Ausarbeitung von Instrumenten der Planung und Prognostik, im Rahmen der allgemeinen Bildungsreform. Der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, deren nachgeordnete Stellen noch vor wenigen Jahren ohne genaue Daten und Unterlagen überall dort zum sozialwissenschaftlichen Studium rieten, wo kein spezifisches Studieninteresse vorlag, (15) kommt eine wac.sende Bedeutung beim Versuch der Regulierung auch des Arbeitsmarktes sozialwissenschaftlich qualifizierter Intelligenz zu. Institutionell mit ihr verbunden ist das 1967 gegründete Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Erlangen, das die notwendigen Forschungen über Beschäftigungsverhältnisse und Qualifikationsverteilungen steuert, um sie der Berufsberatung und Arbeitsmarktbeeinflussung dienstbar zu machen. Eine Reihe von öffentlichen und privaten Forschungsinstituten leistet Zuarbeit. Die Sozialwissenschaften richten sich nun auch verstärkt auf die Analyse der eigenen Tätigkeitsfelder und Qualifikationsprofile. Schwerpunkte der bisherigen Arbeit bilden zum einen Untersuchungen, die den Prozessen realer Berufseinmündung und Berufstätigkeit nachgehen, deren wichtigste ist die des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung über „Politologen im Beruf"; zum zweiten Untersuchungen, die das Spektrum potentieller Berufe erschließen und erweitern, dafür mag eine in Konstanz angefertigte und von der VW-Stiftung finanzierte „Studie über Berufsvorstellungen und Berufsmöglichkeiten graduierter Soziologen" stehen. Zum dritten ist mit den von Renate Mayntz herausgegebenen Arbeiten über „Soziologen im Studium" die Analyse der politischen Implikationen sozialwissenschaftlicher Ausbildung eingeleitet. Die Forschungsdokumentation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weist weitere Arbeiten aus, zumal auf einzelne Beschäftigungssektoren und Tätigkeitsfelder hin konkretisierte (Personalabteilungen privater Betriebe, öffentliche Verwaltung etc.), die gegenwärtig schwerpunktmäßig an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Konstanz durchgeführt werden. Eine erste Prognose der quantitativen Entwicklung sozialwissenschaftlicher Studenten bis 1980 liegt, im Auftrag der VW-Stiftung angefertigt, aus dem Seminar für Wirtschaftspolitik der Universität Kiel vor. (16)

---

fiehlt: „Bei den wirtschaftswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten können wir bei der gegenwärtigen Bedarfslage getrost vier Semester auf weiteren Akademikerausstoß verzichten, bei den übrigen Fakultäten – nun, sagen wir – zwei Semester. Die Wirtschaft wird sie nicht groß vermissen."
Belege: Schmidt nach: DER SPIEGEL, Nr. 34, 18.8.1969, S. 88; Winfried Schlaffke: „Akademisches Proletariat?" Die Diskussion über Angebot und Nachfrage hochqualifizierter Arbeitskräfte, BERICHTE DES DEUTSCHEN INDUSTRIEINSTITUTS ZU BILDUNGS- UND GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN FRAGEN, Jg. 2, Nr. 1, 1970, S. 29 f.; der Kommunalbeamte nach: DER SPIEGEL, a.a.O., S. 89; v. Lepel nach: LINKS, Nr. 21, April 1971, S. 22; Kroeber-Keneth nach: Werner Hofmann: „Zur Soziologie der Studentenrevolte", in: ders.: ABSCHIED VOM BÜRGERTUM. Essays und Reden, Frankfurt/M. 1970, S. 79.

15 Uwe Schlottmann, a.a.O., S. 573.

16 Zur MPI-Untersuchung vgl. Anm. 4; die weiteren zitierten Untersuchungen sind ebenfalls in Buchform erschienen: Konstanzer Soziologenkollektiv: BERUFE FÜR SOZIOLOGEN, München 1971; Renate Mayntz (Hg.): SOZIOLOGEN IM STUDIUM, Stuttgart 1970; zu den laufenden Untersuchungen vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hg.): FORSCHUNGSDOKUMENTATIONEN ZUR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG, Aufl. 2, 1971; Helmut Knobel, Volker Schmidt: VORAUSSCHÄTZUNG DER STUDENTENZAHLEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN 1968 - 1980, Kiel 1968, Masch.Mskt.

Die bisherigen Forschungen begründen keine zureichenden Planungsinstrumente. Von unterschiedlicher Fundierung, Reichweite und Aussagekraft, sind sie in die Arbeit der zentralen Bildungsplanungsinstitutionen bislang nicht bestimmend eingegangen (17). Deren Plandaten wiederum bleiben, auch für den Sektor sozialwissenschaftlicher Ausbildung, grobschlächtig, widersprüchlich und restriktiv. So mußte die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung feststellen, daß die „Instrumente zur vollen Ausnutzung der vorhandenen Studienplätze und zur Lenkung der Studentenströme ... noch nicht im wünschenswerten Umfang zur Verfügung" stehen. (18) Widersprüche zwischen den einzelnen Planungsinstitutionen werden eingeräumt: „Der Planungsausschuß (für den Hochschulbau) hat weder für 1975 noch für 1976 detaillierte Festlegungen zur fächermäßigen Verteilung der Studienplätze getroffen. Abweichungen von den Zahlen des Zwischenberichts (zum Bildungsgesamtplan) zeigen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Vorstellungen der Kultusministerkonferenz, so daß über die fächermäßige Verteilung der Studienplätze für das Jahr 1976 keine Übereinstimmung besteht." (19) Die Planungsdaten zum „Ausbau der Studienplätze nach fächermäßiger Verteilung" sind nur grob nach zentralen Wissenschaftsbereichen aufgeschlüsselt und fassen rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studienplätze in einer Kategorie zusammen. Eine „genaue Aufteilung der ... Studenten auf einzelne Fächer und innerhalb dieser auf unterschiedliche Studiengänge" sei, so der Wissenschaftsrat, gegenwärtig undurchführbar. „Zur Zeit stehen keine Methoden zur Verfügung, die eine solche differenzierte Untergliederung ermöglichen." (20) Die Ausbaudaten im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für 1975, nach dem Ersten Rahmenplan für den Hochschulbau von 1971, waren schon im WS 1972/73 erreicht, bzw. überschritten. Und noch der am 15.6.1973 verabschiedete Bildungsgesamtplan präsentiert für 1975 Daten, die im vorangegangenen Wintersemester bereits übertroffen worden waren (21). Während die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum ersten Rahmenplan noch eine relative Festschreibung des jeweiligen Anteils der rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studenten an der Gesamtstudentenzahl im Zeitraum 1969/70 bis 1975 bei

---

17 Wie wenig etwa der Wissenschaftsrat mit den bisher vorliegenden Analysen zum Gesamtbedarf an Hochschulabsolventen anfangen kann, zeigen seine EMPFEHLUNGEN ZUM DRITTEN RAHMENPLAN NACH DEM HOCHSCHULBAUFÖRDERUNGSGESETZ vom 11. Mai 1973, S. 43 ff., S. 99 ff. Im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften schwanken die für erforderlich gehaltenen Zuwachsraten 1980/81 gegenüber 1961 zwischen 49,3 % (H. Riese u.a.: DIE ENTWICKLUNG DES BEDARFS AN HOCHSCHULABSOLVENTEN IN DER BRD, 1967) und 175 % (A. Krafft u.a.: HOCHQUALIFIZIERTE ARBEITSKRÄFTE IN DER BRD BIS 1980, 1971). Der WR: Diese Untersuchungen „können daher keine sichere Basis für die Abschätzung des erforderlichen Gesamtumfangs und der erforderlichen fachlichen Struktur für den Ausbau des Hochschulbereichs geben." (S. 105).

18 BESCHLÜSSE DER BUND-LÄNDER-KOMMISSION FÜR BILDUNGSPLANUNG FÜR DIE DURCHFÜHRUNG VORDRINGLICHER MASSNAHMEN, 6.7.1972, S. 171.

19 Ebd., S. 175.

20 Wissenschaftsrat: EMPFEHLUNGEN ZUM ERSTEN RAHMENPLAN NACH DEM HOCHSCHULBAUFÖRDERUNGSGESETZ, 30.1.1971, S. 10.

21 Planungsausschuß für den Hochschulbau: ERSTER RAHMENPLAN FÜR DEN HOCHSCHULBAU NACH DEM HOCHSCHULBAUFÖRDERUNGSGESETZ, 19.7.1971, Anlage 1, S. 2, Tab.; Wissenschaftsrat: EMPFEHLUNGEN ZUM DRITTEN RAHMENPLAN NACH DEM HOCHSCHULBAUFÖRDERUNGSGESETZ, 11.5.1973, S. 69, Tab. 18; Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung: BILDUNGSGESAMTPLAN (Fassung 15.6.1973), Band II, Stuttgart 1973, S. 72.

18 % vorsahen (gegenüber einem starken Anstieg des Anteils der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studenten von 39 % auf 45 %), gehen die Empfehlungen zum dritten Rahmenplan eher von umgekehrten Zuwachsrelationen aus (22). Der Zuwachs des Anteils der rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studienplätze im Zeitraum 1972/73 bis 1977 von 20 % auf 22-24 % (gegenüber der relativen Festschreibung des Anteils der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studienplätze bei 38-40 %) verdankt sich zu einem wesentlichen Teil finanziellen Erwägungen: „Mit gleichen Mitteln können in den weniger raum- und personalintensiven Fächern im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften wesentlich mehr Studienplätze geschaffen werden, als in den aufwendigeren natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern." (23) Dabei wird der Ausbau vor allem „im Bereich der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften empfohlen." Die Absolventen dieser Fächer seien für die Ausübung „zahlreicher Berufe im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich, wie z.B. für Tätigkeiten der Planung, Durchführung und Kontrolle, vielfältig vorgebildet." Von den „übrigen Sozialwissenschaften" heißt es lapidar, es „sollten die beruflichen Chancen noch genauer überprüft werden." In jedem Falle müsse das „Schwergewicht des Ausbaus ... auf der Einführung dreijähriger Studiengänge liegen." (24) Als Modell für dreijährige sozialwissenschaftliche Studiengänge kann der Entwurf des Wissenschaftsrates zur „Gestaltung der Ausbildung für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und angrenzende Tätigkeitsbereiche" gelten, der auf die Eingliederung des bisherigen Fachhochschulstudiums für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in „ein abgestuftes und durchlässiges Ausbildungssystem" zukünftiger Gesamthochschulen zugeschnitten ist (25). Insgesamt soll im rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich von 1972/73 bis 1977 die Zahl der Plätze für das vier- bis sechsjährige, das Lehramts- und Aufbaustudium von 104.000 auf 110.000 ansteigen und die der Plätze für das dreijährige Studium sich mehr als verdoppeln, von 30.000 auf 58.000 bis 78.000 (26).

Daß es mit der inhaltlichen „Studienreform" wie überall so im Bereich der Sozialwissenschaften nicht recht vorangeht, wird allenthalben eingestanden. Daß etwa „das Konstanzer Modell eines integrierten sozialwissenschaftlichen Grundstudiums" nach Meinung des Wissenschaftsrates gegenwärtig nicht durchführbar sei, wird vor allem den überbordenden Studentenzahlen zugeschoben (27). „Studienreform" selbst wird mehr und mehr bloß unter

22 Wissenschaftsrat: EMPFEHLUNGEN ZUM ERSTEN RAHMENPLAN, a.a.O., S. 33, Tab. 1; EMPFEHLUNGEN ZUM DRITTEN RAHMENPLAN, a.a.O., S. 69, Tab. 18.
23 EMPFEHLUNGEN ZUM DRITTEN RAHMENPLAN, a.a.O., S. 63.
24 Ebd., S. 65.
25 Wissenschaftsrat: EMPFEHLUNGEN ZUR STRUKTUR UND ZUM AUSBAU DES BILDUNGSWESENS IM HOCHSCHULBEREICH NACH 1970, Bd. 2, S. 215 ff. Als Modell eines zweijährigen Studiengangs wäre der für „Berufsberatungskräfte" an der Universität Mannheim heranzuziehen. Er wurde im WS 1972/73 auf Initiative der Bundesanstalt für Arbeit, die auch die Abschlußprüfung besorgt und als Hauptabnehmerin fungiert, eingerichtet. Das Studium ist ein Konglomerat aus Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre, Arbeits- und Sozialrecht, Verwaltungs- und öffentlichem Recht, Soziologie, Psychologie und Pädagogik. Der Stoff wird unter ungeheurem Druck eingepumpt; der Mannheimer Ökonom Gerhard Zeitel: der neue Studiengang habe gezeigt, daß man Studenten durchaus bis zu dreißig Wochenstunden Vorlesungs-, Übungs- und Seminarbetrieb abverlangen könne. Vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU, Nr. 195, 23.8.1973.
26 EMPFEHLUNGEN ZUM DRITTEN RAHMENPLAN, a.a.O., S. 69, Tab. 18.
27 EMPFEHLUNGEN ZUR STRUKTUR UND ZUM AUSBAU DES BILDUNGSWESENS, a.a.O., Bd. 2, S. 61; zur Kritik des Konstanzer Modells vgl. Joachim Hirsch, Stephan Leibfried: MATERIALIEN ZUR WISSENSCHAFTS- UND BILDUNGSPOLITIK, Frankfurt/M. 1971, S. 200 f.

dem Aspekt der „Verkürzung der Studienzeit", im Zusammenhang mit „Regelstudienzeiten", „Einrichtung praxisnaher kürzerer Studiengänge" und „Erlöschen der Immatrikulation" (d.h. Zwangsexmatrikulation) gefaßt. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum dritten Rahmenplan sehen bis 1975 die „Erarbeitung zeitlich konsistenter, Überschneidungen bei Lehrveranstaltungen ausschließender, quantifizierter Studienordnungen" vor, von denen explizit zugegeben wird: „Der Reformgehalt solcher Maßnahmen ist relativ gering. Dennoch ist ihre Wirkung für die Kapazität von großer Bedeutung." (28) Da zudem die mangelnde „Koordinierung zwischen den Hochschulen" in der Reformarbeit beklagt wird, sollen die Kultusminister der Länder „den Hochschulen unter Berücksichtigung der Besonderheiten des einzelnen Faches Rahmenbedingungen vorgeben" und bei Nichteinhaltung der Fristen selbst Studienordnungen erlassen. (29) Wie, analog zu dieser Empfehlung, vor jeder „Studienreform" „kapazitätswirksame" Studien- und Prüfungsordnungen in kürzester Zeit durchgesetzt werden können, hat das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium an den fünf neuen Gesamthochschulen des Landes jüngst erprobt: Per Erlaß vom 21.12.1972 wurde die „Einführung neuer Studiengänge" den Gesamthochschulen verbindlich vorgeschrieben. Der Erlaß regelte die Rahmenbedingungen und den Zeitplan. Danach mußten bis zum 10.5.1973 Studien- und Prüfungsordnungen ausgearbeitet werden, die jeweils Abschlüsse nach drei Jahren („praxisbezogen") und nach vier Jahren („theoriebezogen") vorsehen, ein fixes „Studienvolumen" festschreiben und die Lehrveranstaltungen vermittels „einheitlicher Vorlesungszeiten" aufeinander abstimmen, um so „die Einhaltung der vorgesehenen Studiendauer" zu sichern. Im Bereich der Sozialwissenschaften wurden auf dieser Grundlage ein Diplomstudiengang und ein Studiengang für das Lehrfach an allgemeinbildenden Schulen entworfen und verabschiedet. War schon aus terminlichen Gründen kaum mehr als die Bezeichnung von Schwerpunkten und die Verteilung von Stoffkomplexen möglich, so sind doch Leitlinien der Orientierung erkennbar: zum einen die Orientierung auf die Entwicklung sozialer und motivationaler Fertigkeiten („Abarbeitung von Primärerfahrungen", „Einübung in interdisziplinäre Zusammenarbeit" etc.), zum anderen – und dies mit besonderem Schwergewicht – die Orientierung auf die Ausbildung methodisch-technischer Fertigkeiten. Auffällig ist die Tendenz, von einer (begründeten) Bestimmung spezifischer gesellschaftlicher und politischer Inhalte abzusehen (30).

Der Beitrag der Sozialwissenschaften zur Planung des eigenen Fachbereichs stellt sich nicht minder widersprüchlich dar: So gab der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 11.4.1969 die Empfehlung heraus, den Grad des Diplomsoziologen an keiner Hochschule mehr neu einzuführen, die Studiengänge, die mit dem Soziologie-Diplom abschließen, in sozialwissenschaftliche umzuwandeln und zu diesem Zweck „zwei oder mehr Fachgebiete im Hinblick auf theoretische Problemstellungen oder praktische Bedürfnisse" zu kombinieren. Dies alles vor dem Hintergrund, daß das soziologische Hauptfachstudium mit eigenem Diplomabschluß „auf die Dauer unzulänglich" sei (31). Im Oktober 1972 heißt es in einem Papier des Ständigen Ausschusses der DGS für Fragen der Lehre im Gegenteil, es müsse die „Ausbildung der Hauptfachsoziologen ... vorrangig gesichert werden." Hauptproblem der Soziologie an den Hochschulen sei „eine sprunghaft gestiegene Nach-

28 EMPFEHLUNGEN ZUM DRITTEN RAHMENPLAN, a.a.O., S. 70.
29 Ebd., S. 75, 77.
30 Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW: „Schreiben an die Gesamthochschulen vom 21.12.1972", Betr.: Einführung neuer Studiengänge an den Gesamthochschulen; Bruno W. Nickles: „Sozialwissenschaft: Diplomstudiengang in Duisburg", in: INFORMATIONEN, 6. Juli 1973, S. 5 ff.; Günther Neumann: "Studiengang für Lehrfach 'Sozialwissenschaften' ", ebd., S. 7 ff.
31 KZfSS, Jg. 21, 1969, S. 444 f.

frage nach Nebenfachausbildung seitens zahlreicher Fachdisziplinen." (32) Diesen gegensätzlichen Positionen entsprechend orientieren die Ansätze einer Reform des soziologischen Studiums auf ein Konzept integrierter Sozialwissenschaften einerseits, auf einen eigenständigen soziologischen Hauptfachstudiengang andererseits. Für letzteres versteht sich die Bielefelder Soziologie-Ausbildung als Modell (33). Mit ihrer Ausrichtung des Hauptfachstudiengangs auf „Praxisschwerpunkte" pointiert sie das zentrale, bislang ungelöste Problem: das des Zuschnitts der sozialwissenschaftlichen Ausbildung auf bestimmte Tätigkeitsfelder. Während in Bielefeld „Lehrpläne für die praxisorientierten Schwerpunktgebiete": Sozialarbeit, Entwicklungsplanung und Entwicklungspolitik, Öffentliche Verwaltung, Organisations- und Personalwesen, Regional- und Raumplanung, Wissenschafts- und Bildungsplanung ausgearbeitet und institutionalisiert wurden, hat man gegen dieses Verfahren eingewandt, es gäbe nicht die Garantie, die es suggeriere, „daß Absolventen solcher Studiengänge später wirklich im Bereich ihrer Spezialisierung arbeiten können". (34) Und in der Tat resultieren die Bielefelder „Praxisschwerpunkte" eher aus einer Daumenpeilung als aus einer Arbeitsmarktanalyse; sie verdanken sich dem etwas vagen Versprechen einer „aktiven Professionalisierung", vermittels der das Spektrum der Anforderungen aus den möglichen Berufsbereichen im Studium antizipiert und umgekehrt auf die potentielle Berufspraxis durch „einen langfristigen Prozeß der Diffusion sozialwissenschaftlichen Wissens" Einfluß genommen werden soll (35).

Die Bestimmung des Verhältnisses von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, zentrales Problem auch einer reflexiv orientierten sozialwissenschaftlichen Bildungsforschung, soll anhand zweier, auf dieses Problem zugeschnittener Arbeiten genauer untersucht werden.

II. Zum Verhältnis von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem — Kritik zweier Studien

1. In der schon mehrfach zitierten Arbeit aus dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Westberlin über „Politologen im Beruf" (36) geht es um die Prozesse der Aufnahme und Verwendung von Politologen im Beschäftigungssystem. Dabei dienen die empirischen Erhebungen über die Berufseinmündungen der Politologen zugleich dazu, allgemei-

32 Zit. in: Joachim Matthes: EINFÜHRUNG IN DAS STUDIUM DER SOZIOLOGIE, Reinbek bei Hamburg 1973, Anhang, S. 275 ff.

33 Vgl. Universität Bielefeld: „Studienreform an der Fakultät für Soziologie", SCHRIFTEN ZUM AUFBAU EINER UNIVERSITÄT 5, Bielefeld 1973.

34 Konstanzer Soziologenkollektiv: BERUFE FÜR SOZIOLOGEN, München 1971, S. 218.

35 Franz X. Kaufmann: ÜBERLEGUNGEN ZUM PROGRAMM EINER AKTIVEN PROFESSIONALISIERUNG AN DER FAKULTÄT FÜR SOZIOLOGIE DER UNIVERSITÄT BIELEFELD, Masch.Mskt., S. 10.

36 Dirk Hartung, Reinhard Nuthmann, Wolfgang Dietrich Winterhager: POLITOLOGEN IM BERUF. Zur Aufnahme und Durchsetzung neuer Qualifikationen im Beschäftigungssystem, Stuttgart 1970; die folgenden Zitate stammen aus dieser Untersuchung, Ziffern in Querbalken beziehen sich auf die Seitenzahlen. Die Untersuchung ist ein Teil eines Forschungsprogramms über „arbeitswirtschaftliche Probleme einer aktiven Bildungspolitik" einer Gruppe von Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Manpower-Projekt). Auf die zahlreichen weiteren Arbeiten dieser Gruppe wird hier nicht eingegangen; auf die wichtigste sei indessen hingewiesen: Wolfgang Armbruster, Hans-Joachim Bodenhöfer u.a.: EXPANSION UND INNOVATION. Bedingungen und Konsequenzen der Aufnahme und Verwendung expandierender Bildungsangebote, Westberlin 1971.

ne bildungspolitische Hypothesen und Prämissen zu gewinnen und zu testen. Die Arbeit geht aus von einer Kritik an einem der zentralen Bildungsplanungsansätze der 60er Jahre, dem manpower approach. Dieser ist im wesentlichen dadurch charakterisiert, daß er aus gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Wachstumsraten und Produktivitätssteigerungen den Bedarf an Arbeitskräften verschiedener Wirtschaftssektoren und Berufsklassen ableiten und bestimmten Fachrichtungen des Bildungssystems zuzuordnen versucht. Ziel ist, die „Produktion" von Qualifikationen am ökonomischen Bedarf auszurichten und so einen Beitrag zur Sicherung eines stetigen und störungsfreien Wirtschaftswachstums zu leisten. Die Autoren des MPI für Bildungsforschung haben im wesentlichen zwei Einwände; zum einen: es gebe keine enge, fixierte Beziehung zwischen Tätigkeitsinhalten und Art und Umfang der Qualifikation, Arbeitskräfte reagierten elastisch auf wechselnde Anforderungen; zum zweiten: auf dem Arbeitsmarkt hänge die Nachfrage nach Arbeitskräften weitgehend vom Angebot ab. Durchaus richtig wird festgestellt, daß der manpower approach den Zusammenhang der Bewegungsformen ökonomischer Prozesse, der politischen Bestimmungsfaktoren und des Qualifikationssystems nicht erfaßt. Aber warum er ihn nicht erfaßt, wird nicht untersucht. Daß ökonomisch und politisch bestimmte Restriktionen im Bereich der Bildungspolitik den Planungsspielraum entscheidend einschränken, daß mit der Kapitalakkumulation und der Zyklizität ihrer Entwicklung Schwankungen im Bedarf an Arbeitskräften wie in der Nachfrage nach Arbeitsplätzen auftreten, daß mithin der manpower approach an der Realität der ökonomischen und politischen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften, die er doch befördern will, selbst scheitern muß, kommt nicht in den Blick. Infolgedessen erfaßt der eigene Ansatz einer prinzipiellen Elastizität im Verhältnis von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem nur die Oberfläche eines in der Tat sich disproportional und ungleichzeitig entwickelnden Zusammenhangs, ohne ihn auf die zu Grunde liegenden ökonomischen und politischen Widersprüche beziehen zu können: daß „Elastizität" immer auch die Anarchie kapitalistischer Produktionsweise ausdrückt, fällt so unter den Tisch. Ein solcher, bloß formal gefaßter Elastizitäts-Begriff aber ermöglicht es zugleich, der Bildungspolitik gegenüber dem Beschäftigungssystem eine Autonomie zuzusprechen, die sie real nicht hat.

Gegen eine Orientierung der Bildungsplanung am aktuellen ökonomischen Bedarf entwickeln die Autoren ihren eigenen bildungspolitischen Ansatz: Sie fassen Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik und messen ihr um so größere Bedeutung, gesellschaftliche Veränderungen zu initiieren, zu, „je mehr gesellschaftliches Handeln auf die Verwendung systematisierten Wissens angewiesen ist." /164/ Die „durch Bildungsprozesse ausgelösten Veränderungen sollen beitragen zur „Verbesserung der individuellen Lebenschancen" und zur „Demokratisierung" „gesellschaftlicher und politischer Strukturen" /164/. Dies kann nach Meinung der Autoren nur dann in wachsendem Umfang geleistet werden, wenn das Bildungssystem quantitativ wie qualitativ expandiert. Unter „qualitativer Expansion" wird „Verbesserung der Bildungsinhalte" verstanden, insbesondere die Vermittlung solcher Bildungsinhalte, „die hohe Transfer-Qualität für spätere Entwicklungen haben und Veränderungen von Verhaltensweisen, Tätigkeiten und Arbeitsformen fördern können." /164/ Das sind nicht auf bestimmte Tätigkeiten spezialisierte Inhalte, sondern prozeßunabhängige und extrafunktionale Fertigkeiten, die Lernvermögen, Kreativität, kommunikative Kompetenzen u.a.m. begründen. In dem Vordringen solcher Qualifikationen sehen die Autoren einen langfristig wirkenden Trend; sie verweisen auf die zunehmende Auflösung „von Kongruenzen zwischen bestimmten Bildungsgängen und spezifischen beruflichen Funktionen" /167/, auf das Wachstum solcher Aufgaben, „zu deren Wahrnehmung viele bisher als extrafunktional bewertete Qualifikationen unmittelbar notwendig werden. Hierbei ist vor allem an beratende, koordinierende und kommunikative Funktionen zu denken, ohne die die zunehmend komplexen und interdependenten sozialen, wirtschaftlichen und technischen Aufgaben nicht mehr gelöst werden können". /168/ Inhalte dieser Art seien mithin nicht

aus kurzfristigen von aktuellen Arbeitsmarktsituationen abgeleiteten Qualifikationsanforderungen zu bestimmen. Zu diesen ständen sie quer. Selbst wenn man die gesellschaftlichen Veränderungen, die durch Bildungspolitik hier bewirkt werden sollen, langfristig veranschlagt, bleibt das Konzept in doppelter Weise illusionär: zum einen in der Überschätzung der gesellschaftlichen Veränderungspotenz einer isolierten Bildungspolitik, zum andern in der Verabsolutierung der gesellschaftlichen Bedeutung eines bestimmten Typs von Qualifikationen. Hinsichtlich der kurzfristigen Auswirkungen rechnen auch die Autoren mit Schwierigkeiten: konzentriere sich die Bildungsplanung zunehmend auf die Förderung solcher Bildungsinhalte, die langfristigen politischen Zielsetzungen entsprächen, so bleibe es nicht aus, daß „Diskrepanzen zwischen der aktuellen Nachfrage nach unmittelbar verwendbaren Qualifikationen und einem davon abweichenden Angebot auftreten." /19/ Es wird nun nicht mehr versucht, diese „Diskrepanzen" zu beseitigen, sondern sie zu verwalten. Um sie zu verwalten, um also auch das mit ihnen verbundene politische Konfliktpotential abschätzen zu können, bedarf es genauer Kenntnis der Folgewirkungen: „Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob das Beschäftigungssystem quantitativ und qualitativ überschüssige, das heißt quantitativ und qualitativ von der aktuellen Nachfrage abweichende Bildungsangebote aufnimmt, unter welchen Bedingungen es sie verwendet und welche Konsequenzen sich daraus für die Absolventen, das Beschäftigungssystem und das Bildungssystem ergeben." /19/

Von hier aus begründet sich das Interesse der Untersuchung, die Prozesse der Aufnahme und Verwendung überschüssiger Bildungsangebote am Exempel der Politologen zu studieren, eine, wie es heißt, „unter verschiedenen Aspekten extreme Fachrichtung" /21/: „Die Politologie ist auf Grund von gesellschafts- und bildungspolitischen Zielsetzungen nach 1945 in der BRD und Berlin als eigenständige Fachrichtung entstanden und gefördert worden, ohne daß für die Absolventen und ihre Qualifikation in den Beschäftigungsbereichen eine unmittelbare Nachfrage bestand. Mit der Förderung dieser Fachrichtung hoffte man aber Einfluß auf gesellschaftliche Entwicklungen nehmen zu können." /19 f./

Die empirische Erhebung unter den von 1951 bis 1967/68 am Otto-Suhr-Institut, vormals „Deutsche Hochschule für Politik", in Westberlin diplomierten Hauptfach-Politologen fördert nun zweifelsfrei eine Reihe wichtiger Informationen zutage. Sie seien hier unter zwei Aspekten zusammengefaßt:

1.1. Formen der Erwerbstätigkeit: Von den 497 Politologen, die den Fragebogen zurücksandten, waren 402 Personen oder 81 % berufstätig. Die nichtberufstätigen Absolventen schlüsseln sich auf nach solchen, die noch promovieren oder ein Zweitstudium absolvieren, nach Hausfrauen und offen Arbeitslosen. Die letzte Kategorie betrug 20 Personen oder 4 % der Befragten; dabei muß berücksichtigt werden, daß auch die Fortsetzung des Studiums nach dem Diplom zu einem Teil als Alternative zur Arbeitslosigkeit fungiert. Von den Berufstätigen sind 49 Personen teilzeitbeschäftigt; dabei handelt es sich überwiegend um Hilfsassistenten und Tutoren, die meist noch an ihrer Dissertation arbeiten. Ein Teil der Teilzeitbeschäftigten sowie verschiedene Personen in offensichtlich unterwertigen Tätigkeiten werden unter der Kategorie „verdeckte Arbeitslosigkeit" zusammengefaßt: insgesamt sind das 22 Personen, also noch einmal 4 % der Befragten. Zur gegenwärtigen – offenen wie verdeckten – Arbeitslosigkeit kommen noch 64 Angaben über arbeitslose Phasen im Laufe der Erwerbstätigkeit hinzu. Die Befragten haben innerhalb von durchschnittlich sieben Jahren Berufstätigkeit im Mittel zwei bis drei verschiedene Tätigkeiten ausgeübt. Die Autoren des Max-Planck-Instituts ziehen daraus den Schluß der Instabilität in der Verwendung von Politologen. Bestätigt sehen sie dieses Ergebnis in der Einkommensverteilung: Das Durchschnittseinkommen der erwerbstätigen Befragten liegt mit monatlich rund 2000 DM recht hoch. Die Abweichungen um den Mittelwert sind allerdings erheblich; sowohl die untersten als auch die obersten Einkommensklassen sind stark besetzt. „Das kann

als Ergebnis der Tatsache gewertet werden, daß es generell festgelegte Laufbahnen und typische ausgeprägte Karrierewege für Politologen kaum gibt." /67/ Die wesentlichen Institutionen,in denen die berufstätigen Politologen beschäftigt sind, sind der öffentliche Dienst (20,6 %), die Hochschulen (19,7 %), Erwachsenenbildung und Massenmedien (mit je 11,4 %) und die „Wirtschaft" (10 %). Die Beschäftigung in Schulen ist mit 4,7 % und in Parteien mit 3,2 % demgegenüber gering.

1.2. Tätigkeitsinhalte: „Die Frage nach den wichtigsten Tätigkeitsinhalten in den einzelnen Bereichen sollte genauere Informationen über den Tätigkeitscharakter und erste Hinweise über den möglichen Ausbildungsbezug liefern. Die Angaben über Tätigkeitsinhalte wurden nur für die Personen ausgewertet, die als im weitesten Sinn studienadäquat eingesetzt bezeichnet werden können." /87/ Hier ergibt sich für die Autoren eine prinzipielle Schwierigkeit in der Bestimmung dessen, was eine studienadäquate Beschäftigung ist. Gerade die Analyse der Tätigkeitsinhalte der vorweg als studienadäquat eingesetzt Bezeichneten ergibt, „daß ... von einer direkten Beziehung des Studiums zu bestimmten Problem- und Funktionsbereichen nach den vorliegenden Informationen über den bisherigen beruflichen Einsatz nicht zu sprechen ist. Eine Monopolisierung von Arbeitsbereichen zeichnet sich nicht ab; es gibt daher auch kaum einen Maßstab und ein Selbstverständnis zur Bestimmung studienadäquater Beschäftigungen." /90 f./ Während im Hochschul- und Bildungswesen Studienadäquatheit noch leicht ausgemacht werden kann, fehlen klare Tätigkeitsschwerpunkte in Parteien, Verbänden und in der sog. „Wirtschaft" völlig. In der letzteren z.B. reichen die Aufgaben von Dolmetscherfunktionen über den Einsatz in der Datenverarbeitung, Lohn- und Tarifpolitik, Arbeitsbewertung, Dokumentation, bis hin zur Vermögensverwaltung,Marketing und Betriebsleitung.

Belegen die erhobenen Daten und Ergebnisse die relative Naturwüchsigkeit der Absorption politologisch qualifizierter Intelligenz und die Anarchie der Beziehungsverhältnisse von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, so kommen die Autoren der Untersuchung zu anderen Schlußfolgerungen: Aus den auch von ihnen festgestellten „Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage" am Arbeitsmarkt ergibt sich für sie, daß die angebotenen Qualifikationen „zwar von der aktuellen Nachfrage des Beschäftigungssystems abweichen, aber geeignet erscheinen, langfristige Effekte im Sinne wünschbarer gesellschaftspolitischer und mit ihnen verbundener ökonomischer Ziele hervorzurufen." /19/ Da die Autoren offensichtlich der Meinung sind, daß die Politologie-Ausbildung in Westberlin und in der BRD eben dies leistet, muß genauer nach den Funktionen gefragt werden, die dieser Ausbildung hier zugemessen werden. Es sind dies im wesentlichen deren zwei: die ideologische Verpflichtung auf die bestehende Gesellschaft in der BRD und in Westberlin und die Ausprägung sozialer und motivationaler Fertigkeiten. Die Entwicklung der Politologie nach dem 2. Weltkrieg sei, so heißt es, mit dem „re-education-Konzept der Alliierten" verbunden gewesen, ihrem Selbstverständnis nach habe als ihre Hauptaufgabe gegolten, „die Gründe des Versagens der Demokratie aufzudecken und ein erneutes Abgleiten in totalitäre Formen zu verhindern", also „die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus (zu befördern), der als totalitärer Nachfolger des Nationalsozialismus angesehen wurde ..." /40/ Die zweite Funktion wird als unmittelbares Ergebnis der Arbeit präsentiert: „Die Untersuchung der Berufssituation der Politologen belegt, daß zu einem guten Teil im Arbeitsprozeß nicht spezifisches Wissen oder fachliches Können und spezialisierte Fertigkeiten, sondern soziale Fertigkeiten sowie Lern- und Anpassungspotential verlangt, eingesetzt und auch beurteilt werden. Die fachlichen Lernprozesse in der Hochschule dienen in gewisser Weise nur als Transfer-Vehikel ..." /168/ Daß nun vermittels solcher Funktionen „langfristige Effekte im Sinne wünschbarer gesellschaftspolitischer Ziele" bewirkt werden, ist füglich zu bezweifeln. Die Empfehlung, die Art der Wissensvermittlung sei wichtiger, „als die konkreten Gegenstände selbst" /168/, entspricht doch wohl kaum den politischen Zielen individueller

Entfaltung und gesellschaftlicher Demokratisierung, die sich – auch im Ausbildungssystem – nicht anders als im Rahmen konkreter Gegenständlichkeit verfolgen lassen. Zugleich stellt sich hier noch ein weiteres Problem: wenn „soziale Fertigkeiten, Lern- und Anpassungsbereitschaft" /168/ im Beschäftigungssystem an Bedeutung gewinnen, dann werden Kriterien wichtig, mittels derer diese Fertigkeiten beurteilt werden können, da die traditionellen Leistungsmaßstäbe sie offensichtlich nicht zu erfassen gestatten. Als Kriterien für die Kontrolle im beruflichen Rekrutierungsprozeß und am Arbeitsplatz verbleiben nur extrafunktionale: „Zu diesen extrafunktionalen Kriterien gehören zum Beispiel allgemeine Loyalität, Schichtzugehörigkeit, Zugehörigkeit zu Parteien und Verbänden, persönliche Verbindungen (Beziehungen), ideologische Orientierung und allgemeines Bildungswissen." /34/ Damit aber geraten die Autoren in ein Dilemma, dessen sie zwar selbst inne werden, das sie aber nicht aufzulösen vermögen: Nicht bloß sind solche Kriterien von hoffnungsloser Unschärfe und Beliebigkeit. Mehr noch: Was zur „Verbesserung der individuellen Lebenschancen" und zur „Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen im Sinne wachsender Demokratisierung" /164/ beitragen soll: allgemeine fachunspezifische Qualifikation mit hoher Transfer-Qualität – das wird an Kriterien gemessen, die der Befestigung klassenspezifischer Privilegiensysteme dienen. Abstrakt und hilflos die abschließende Empfehlung: „Solange nicht der Strukturzusammenhang, der Diskriminierung stets erneut bedingt und sich dazu nunmehr bestimmter extrafunktionaler Kriterien bedient, aufgebrochen wird, kann die Expansion des Bildungssystems nur immer wieder diesen Strukturzusammenhang perpetuieren, damit aber die ihr gesetzten Ziele nicht erreichen." /170/

Die objektiven Funktionen der Politologen-Untersuchung sind zum einen die Effektivierung der Verwaltung aktueller Widersprüche im Verhältnis von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem und zum anderen die Orientierung der Bildungspolitik auf die Expansion allgemeiner fachunspezifischer Qualifikationen. Als Konsequenz für den Ausbildungsprozeß ergibt sich: Die Hochschulausbildung wird entspezialisiert, auf die Vermittlung „polyvalenter Sockelqualifikationen" beschränkt, die „das Lernvermögen in der Arbeitssituation" /168/ begründen, zu denen auch die „bislang als extrafunktional bezeichneten Qualifikationen" /169/ gehören sollen. Die spezialisierte, tätigkeitsbezogene Ausbildung wird in das System der Berufstätigkeit selbst verlagert, in die Referendariate der Verwaltungen, in die Traineeprogramme der Konzerne. Während den Absolventen versprochen wird, für eine solche Ausbildung sei „die Absorptionsfähigkeit des Systems der Berufstätigkeit nahezu unbegrenzt" (37), hofft man zugleich, die unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht bewältigbare Anarchie der Ausbildungs- und Beschäftigungsprozesse dergestalt steuern und der ökonomisch und politisch bestimmten Nachfrage der Abnehmer in Konzern und Staat noch am besten gerecht werden zu können.

2. Während die Politologen-Studie ihren Stellenwert im Rahmen eines allgemeinen bildungspolitischen Ansatzes zur Bestimmung des Verhältnisses von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem hat, ist die zweite Untersuchung, die hier diskutiert werden soll, mehr pragmatisch an der Entwicklung der „Studienreform" im Bereich der Sozialwissenschaften orientiert. Ihr Titel „Wirtschaft und Verbände" (38) verweist auf einen an der Ruhr-Universität Bochum in der sozialwissenschaftlichen Abteilung beheimateten Studiengang

37 So die Leiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Friedrich Edding und Dietrich Goldschmidt, in ihrem Geleitwort zur Politologen-Untersuchung, S. 6.

38 Philipp Herder-Dornreich, Klaus W. Lippold u.a.: WIRTSCHAFT UND VERBÄNDE. Berufsanforderungen und Berufsaussichten von Sozialwissenschaftlern in Unternehmungen, Verwaltungen, Verbänden, Köln 1972; Zitate aus dieser Arbeit sind im folgenden mit ihren Seitenzahlen (in Querbalken) bezeichnet.

gleichen Namens, dessen empirische Fundierung bzw. Überprüfung ihr unmittelbarer Zweck ist. Im Unterschied zur Politologen-Studie, die auf einer Absolventenerhebung basiert, werden hier die Abnehmer: Industrieunternehmungen, Verbände (die Gewerkschaften eingeschlossen), Kammern und öffentliche Verwaltungen befragt. Die Erforschung ihrer Qualifikationsbedürfnisse dient der Unterwerfung der Ausbildung unter eben diese Bedürfnisse. Während die Politologen-Studie, wenn auch abstrakt, an den politischen Zielsetzungen individueller Entfaltung und gesellschaftlicher Demokratisierung festhält, unterstellt „Wirtschaft und Verbände" das sozialwissenschaftliche Studium unverhüllt und bedingungslos den Wünschen der „Praxis" /93, 95 u.ö./. Daß das Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW) ein „Geleitwort" beigesteuert hat, verrät einschlägiges Interesse. Und der Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts berichtete am 4.3.1971, im Vorgriff aufs Hochschulrahmengesetz, das die Einrichtung zentraler Studienreformkommissionen, unter Beteiligung sog. „Sachverständiger aus der Berufswelt", vorsieht, habe „die Universität Bochum, gestützt auf empirische Untersuchungen und in Zusammenarbeit mit erfahrenen Praktikern, die neue Studienrichtung „Wirtschaft und Verbände" entwickelt. Dabei wurde das zu vermittelnde Wissen auf seine beruflichen Anwendungsmöglichkeiten sowie die späteren Berufschancen der Absolventen hin überprüft. Die Gefahr, einseitig festgelegte und eng spezialisierte Kräfte auszubilden, soll vermieden werden." (39) Der achtsemestrige Studiengang ist dem eigenen Anspruch nach im Rahmen integrierter Sozialwissenschaften aufgebaut; er kombiniert vier „Kernfächer" (Theoretische Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialökonomik, Sozialwissenschaftliche Methodenlehre und Sozialstatistik, Soziologie) und ein weiteres Wahlfach (Politische Wissenschaft oder Jura, vor allem öffentliches, Sozial- und Arbeitsrecht, oder Betriebswirtschaftslehre oder Sozialpsychologie etc.). Der Unternehmerbrief bescheinigte: „Im Gegensatz zu eingeschworenen Gesellschaftskritikern will Bochum vornehmlich Sozialwissenschaftler hervorbringen, deren Wissen in Wirtschaft und Verwaltung nachgefragt wird." (40)

Dieser Studiengang, der von den fortschrittlichen Hochschulangehörigen in Bochum scharf bekämpft wird, reflektiert veränderte Anforderungen an die Leitungssysteme in den privaten Betrieben ebenso wie in den staatlichen Verwaltungen. Ohne diesen komplexen Zusammenhang entfalten zu können: die Verwissenschaftlichung und Vergesellschaftung der Produktion auf der Grundlage staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse, die Intensivierung der Ausbeutung durch perfektionierte Methoden der Arbeitsbewertung und Arbeitsorganisation, die Sicherung der betrieblichen Integration der Arbeiter und Angestellten – all das erfordert solche Leitungsstrukturen und -instrumente, die anstelle starrer Führungsschemata eine differenzierte Delegation von Leitungsfunktionen an Gruppen der Lohnabhängigen gestatten, die zugleich die zentrale Entscheidungsgewalt der „Unternehmensführung" abdichten und ihre Umsetzung bis auf die unteren Ebenen der Entscheidungshierarchie vermittels Planungskompetenz und Sozialtechnik effektivieren. Analoge Probleme stellen sich auf der Ebene der staatlichen Verwaltung: mit dem Wachstum ihrer Funktionen im Bereich ökonomischer Profitregulierung und politischer Herrschaftssicherung steigen die organisatorischen, technischen und personellen Anforderungen an die administrativen Prozesse. Sie gleichen sich in ihren Leitungsstrukturen und -instrumenten

39 UNTERNEHMERBRIEF DES DEUTSCHEN INDUSTRIEINSTITUTS, Nr. 10, 4.3. 1971, S. 7; der Artikel ist im umfangreichen Presse-Anhang des Herder-Dorneichschen Buches dokumentiert, vgl. dort S. 114 ff.

40 Ebd.; hierfür soll, neben reaktionären Lehrinhalten, eine weitgehende Verschulung des Studiums sorgen: der achtsemestrige Studiengang sieht bis zu 165 Wochenstunden vor, im Durchschnitt also pro Semester über 20 Wochenstunden.

den großen Monopolapparaten an. Staatsmonopolistisch verschmelzen Monopolkapital und Staat auch in den mehr und mehr gleichgerichteten Qualifikationsansprüchen an ihre Leitungskader.

Dem sucht der Studiengang „Wirtschaft und Verbände" Rechnung zu tragen. Er ist auf ein Spektrum von Tätigkeitsfeldern zugeschnitten, „die von den Sozialverwaltungen der Großbetriebe und den Ministerien bis hin zu den eigentlichen Verbänden, Kammern, Berufsverbänden, Tarifpartnern, Verwaltungen in Kirche, Presse und – ganz allgemein – Massenmedien reichen." (41) Die Verknüpfung der Ausbildung des Verwaltungsbeamten mit der des Konzernmanagers wird hier greifbar. Die Ausrichtung des Studiengangs auf seine gleichförmige Tauglichkeit fürs Monopolkapital und seine Verbände, für staatliche Verwaltungen, öffentlich-rechtliche Institutionen und Gewerkschaften, hat überdies die Funktion, daß die Ausgebildeten später vor allem die Gelenkstellen zwischen diesen Organisationsbereichen intakt halten, daß sie in den verschiedenen Organisationen gesellschaftliche Gegensätze verkleistern und etwa in den Gewerkschaften die Politik der Sozialpartnerschaft betreiben. Der Tendenz entsprechend, die Universitäten auf die Qualifikation des betrieblichen und administrativen Middle-Managements zu beschränken und die Schulung des Top-Managements in außeruniversitäre Führungsakademien, Stiftungsinstitute oder Privatuniversitäten auszulagern (42), soll der Studiengang „Wirtschaft und Verbände" mittlere Leitungskader ausbilden, generalistisch orientiert, mit vorwiegend koordinierenden und beratenden, kommunikativen und publizistischen Funktionen. Der so qualifizierte Sozialwissenschaftler wird als „dritter Mann" bezeichnet: „Mehr und mehr ... zeigt sich, daß neben Juristen und Volkswirten noch ein „Dritter Mann" verlangt wird: Der typische Verbands- und Verwaltungsmanager. Er weiß mit Personal umzugehen, zu verhandeln, sich im intermediären Bereich zwischen Wirtschaft und Politik zu bewegen." (43) Der Beruf des „Dritten Mannes" sei noch nicht „fest fixiert, im Gegenteil noch weithin offen." Vorgeschlagen werden u.a.: Personalleiter, Verhandlungsleiter, Delegierter, Public-Relations-Man, Ghost-Writer, Institutsleiter, Geschäftsführer, Dezernent, Referent; eine ziemlich willkürliche und, hinsichtlich des konkreten Bedarfs, ungesicherte Zusammenstellung: die Arbeitsplatzunsicherheit wird hier gleichsam zum integrierenden Bestandteil der Ausbildungsplanung.

Als eine Art Evaluation des Studiengangs wurde 1971 die empirische Erhebung von Herder-Dorneich und seinen Mitarbeitern durchgeführt. Befragt wurden, nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren, beschränkt auf den nordrhein-westfälischen Raum, die „vier Zielbereiche Industrieunternehmung, Verband, öffentliche Verwaltung, Kammer" /25/, vor allem zu zwei thematischen Komplexen: zur „Situation" der in den angesprochenen Organisationen beschäftigten Sozialwissenschaftler und zu den von diesen Organisationen nachgefragten Qualifikationen. Ergebnisse sind u.a., daß weit über 60 % der Organisationen keine Sozialwissenschaftler beschäftigen und daß in den meisten Fällen dort, wo Sozialwissenschaftler tätig sind, höchstens 1 - 2 verwendet werden. Der Bereich der Kammern fällt für den Studiengang „Wirtschaft und Verbände" fast vollständig aus: „Damit läßt sich die bei der Einrichtung des Studiengangs vertretene These, die Absolventen ... seien potentielle Anwärter für Positionen in Kammern, ... nicht mehr aufrechterhalten. Die Kammern beabsichtigen nicht, Sozialwissenschaftler einzustellen." /43/ Vor diesem Hintergrund bekommt die Untersuchung unter der Hand auch Public-Relations-Funktionen für den Studiengang; sie dient ihn den potentiellen Kunden an. Insgesamt zeichnet sie sich dadurch aus, daß sie ihren Interessenstandpunkt mit kruder Unbekümmertheit in Informationswert umzusetzen sucht. Exemplarisch seien zwei Aspekte diskutiert:

2.1. Bedarf an Sozialwissenschaftlern: Der Bedarf soll für den Zeitraum 1972 bis 1975 laut Angaben der befragten Organisationen errechnet werden. Dabei ergibt sich: 47 % der Organisationen wollen keinen, 24 % einen, und der Rest 2 und mehr Sozialwissenschaftler einstellen. Um die Zuverlässigkeit dieser Angaben zu überprüfen, wurde gegen Ende des Fragebogens eine Kontrollfrage eingebaut: sie bezieht sich darauf, ob die befragte Organisation Personalplanung betreibt, weil nur bei mittelfristiger Personalplanung Bedarfsangaben einigermaßen begründet seien. Wie berechtigt diese Annahme ist, zeigt ein Hinweis der Zeitschrift „analysen": „Nur 4 % der Industrieunternehmen betreiben eine mittelfristige Personalplanung. Eine längerfristige Personalplanung ist nahezu unbekannt. Die Wirtschaft ist also gar nicht in der Lage, ihren „Bedarf" an Akademikern für die nächsten Jahre zu nennen." (44) Das Ergebnis der Kontrollfrage geht nun aber in die Berechnung gar nicht ein; stattdessen wird ohne Hinweis von den unkontrollierten Daten ausgegangen: so kommen die Autoren auf einen Mittelwert von 70 Neueinstellungen pro Jahr, der sie zu dem großzügigen Kommentar veranlaßt, „daß in der näheren Zukunft im Vergleich zu 1971 keine Nachfrageexpansion erfolgen wird." /40/ Kontrolliert aber lautet das Ergebnis: 40 Neueinstellungen pro Jahr, was eine Verschlechterung gegen 1971 (mit 60 Neueinstellungen) beinhaltet.

2.2. Nachgefragte Qualifikationen: Um die Qualifikationserwartungen der „Praxis" /93, 95 u.ö./ zu bestimmen, wurden 47 wissenschaftliche Fachgebiete (von Arbeitsrecht bis zur Verwaltungsgeschichte) vorgegeben, aus denen die Befragten maximal 20 auswählen konnten, die sie für besonders wesentlich hielten. Die Ergebnisse sind zunächst in Form einer Rangfolge präsentiert. Hier schon sind Zweifel anzumelden, ob Qualifikationserwartungen durch eine Addition traditioneller Wissenschaftssegmente überhaupt sinnvoll beschreibbar sind. Die Auswahl und Anzahl wird nirgendwo gerechtfertigt. Die einzelnen Fachgebiete sind in Umfang, Inhalt und Bedeutung heterogen. Und heterogen ist schließlich auch das Nachfrageergebnis: die Rangfolge ergibt kein Qualifikationsprofil. Im nächsten Schritt sollen dann die 47 Fachgebiete zu 10 Fachgruppen (von Jura bis Wirtschafts- und Sozialgeschichte) zusammengefaßt und in ihrer Bedeutung gewichtet werden. Dabei ergibt sich entgegen dem Konzept des Studiengangs /vgl. 16 f./, daß Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre unterdurchschnittlich nachgefragt werden, dagegen Publizistik, Psychologie und Pädagogik dem Nachfragedurchschnitt entsprechen. Da Herder-Dorneich und seinen Mitarbeitern dieses Ergebnis nicht paßt, verfallen sie auf die Idee, Volks- und Betriebswirtschaftslehre wieder in einzelne Fachgebiete zu segmentieren und die meist nachgefragten aus beiden Fachgruppen zum neuen Fach „Wirtschaftswissenschaften für Sozialwissenschaftler" zusammenzufassen. Dieses neue Fach mit seinen Kerngebieten Organisation, Personalwesen, Konjunktur- und Wachstumstheorie, Rechnungswesen und regionale Wirtschaftspolitik, ist zwar wissenschaftstheoretisch ein Unding, hat aber nunmehr die Ehre einer überdurchschnittlichen Nachfrage. In einem dritten Schritt schließlich wird untersucht, inwieweit die fachlichen Präferenzen der einzelnen Organisationen Unterschiede aufweisen. Es zeigt sich, daß z.T. erhebliche Differenzen zwischen den fachlichen Erwartungen der Organisationen bestehen. Die Konzeption eines einheitlichen Studiengangs „Wirtschaft und Verbände" wird von hieraus in Frage gestellt; und dies umso mehr, als die Differenzen bei überdurchschnittlich nachgefragten Fachgebieten besonders stark sind (z.B. öffentliches Recht und Verwaltungsrecht, betriebliche Sozialpoli-

41 Philipp Herder-Dorneich: "Der dritte Mann", in: ANALYSEN, 1. März 1971, S. 35.
42 Hans-Joachim Arndt, Siegfried Fassbender, Hans Hellwig: WEITERBILDUNG WIRTSCHAFTLICHER FÜHRUNGSKRÄFTE AN DER UNIVERSITÄT, Düsseldorf, Wien 1968; kritisch: Joachim Hirsch, Stephan Leibfried: a.a.O., vor allem S. 95 ff., S. 179 ff.
43 Philipp Herder-Dorneich: „Der dritte Mann", a.a.O., S. 35.
44 ANALYSEN, 2. Jg., 12. Dez. 1972, S. 13.

tik, Personalwesen), während umgekehrt bei unterdurchschnittlich nachgefragten Fachgebieten Einheitlichkeit sich einstellt (z.B. politische Ideengeschichte, verglei ende Regierungslehre, Preistheorie und -politik, Sozialgeschichte der Neuzeit).

Die Untersuchung spiegelt einen durchaus dürftigen Entwicklungsstand bürgerlicher Bildungsplanung, der ihre beiden Ziele: Überprüfung des Studiengangs und Reklame für ihn, nur beschränkt sich einlösen läßt. Daß die Beschäftigungsmöglichkeiten für Sozialwissenschaftler in den hier angesprochenen Tätigkeitsbereichen, trotz objektiv vorhandener Funktionsbestände, sich als begrenzt erweisen, wird immer wieder auf das „schlechte Image der Sozialwissenschaftler" /43 u.ö./ zurückgeführt. Es gehe in Zukunft darum, „emotionale und ideologische Widerstände bei den Anbietern von Stellen – nicht zuletzt durch die Studentenunruhen gefördert" /94/, abzubauen. Für sich selbst verbucht man erste Erfolge „gezielte(r) Public-Relations-Arbeit" /92/: man verweist darauf, „daß nur knapp 20 % der Befragten 1971 Sozialwissenschaftler einzustellen bereit sind, jedoch die Frage, ob sie bereit seien, Sozialwissenschaftler der Studienrichtung „Wirtschaft und Verbände" einzustellen, mehr als 50 % positiv beantworteten." /99/ Hier ist freilich wiederum Vorsicht geboten: die Prozentangaben beziehen sich auf unterschiedliche Basisdaten; überdies ist die Frage nach der Einstellungsabsicht von Sozialwissenschaftlern des eigenen Studiengangs auf keinen bestimmten Zeitraum eingegrenzt, und die Antworten auf ihre Verbindlichkeit zu prüfen, ist hier gar nicht erst in Betracht gezogen worden. Methodische Schludrigkeit ist mit inhaltlicher Formierung verbunden: Die Chancen des Studiengangs aufzubessern, so heißt es, „setzt eine weitere konsequente Ausgestaltung des Studienangebots im Hinblick ... auf die Qualifikationen voraus, die in der Praxis primär erwünscht sind." /93/

Mit vermehrtem Bedarf an Planungs-, Beratungs- und Ausbildungsleistungen zur Sicherung relevanter Kapitalverwertungs- und Herrschaftsbedingungen, der i ein entsprechend spezialistisch oder generalistisch qualifiziertes und hierarchisiert angewandtes Personal umgesetzt werden muß, wachsen die Anforderungen an rational und planvoll eingesetzte Sozialwissenschaften. Für diese selbst aber bleibt es in höchstem Grade unklar, wie der Bedarf zu bestimmen und in konkrete Berufsfunktionen zu übersetzen ist, widersprüchlich, wie die Ausbildung zu organisieren und in konkrete Studienplanung umzuformulieren ist, unsicher, wie die politischen Implikationen in Studium und Beruf unter Kontrolle zu halten und in systemkonforme Orientierungen zu kanalisieren sind. Bürgerliche Soziologen stehen mitunter ein wenig hilflos vor der Frage, wieso eine Wissenschaft mit dem Anspruch zur Regulierung und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse beizutragen, bislang die Regulierung und Steuerung ihrer selbst „als akademische(r) Lehrdisziplin offensichtlich nicht unter reflektierende Kontrolle zu bringen vermochte?" (45) Sie verfallen dann auf Erklärungen wie die der gebrochenen Tradition, der mangelnden Kapazität, der fehlenden scientific community u.a.m. Solche Erklärungen sind zwar nicht bloß falsch, doch erfassen sie selbst nur die Folgewirkungen gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse, die ihre Planung im Zusammenhang langfristiger Zielorientierungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse nicht gestatten, die infolgedessen auch die Planung der Bildungsprozesse nur unzureichend und widersprüchlich zulassen. Das hat Rückwirkungen auf die Bemühungen der Sozialwissenschaften um Planung ihrer selbst: Diese vermag zwar perfektioniert zu werden, aber ihrer umfassenden Rationalisierung bleiben solange prinzipielle Schranken gesetzt, als sie nicht an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung sich orientiert. Hier hätte eine demokratische Studienreform im Bereich der Sozialwissenschaften anzusetzen. (46)

45 Joachim Matthes: a.a.O., S. 24 f.

46 Für eine demokratische Alternative im Bereich sozialwissenschaftlicher Studienreform vgl. ansatzweise meinen Beitrag: „Für eine fortschrittliche Anfängerausbildung der Sozialwissenschaftler", in: FACIT, 28., Nov. 1972.

Kurzanalysen, Berichte

Theoretische Aspekte der Mitbestimmungsproblematik *

Mit der Entwicklung der Klassenkämpfe im kapitalistischen Westeuropa seit Ende der sechziger Jahre hat sich auch die theoretische Diskussion darüber belebt, welche Alternativen die Arbeiterbewegung dem Ausbeutungs- und Herrschaftssystem des Kapitalismus in seinen gegenwärtigen Formen entgegensetzen könne und müsse.

Alle in diesem Zusammenhang erarbeiteten theoretischen, strategischen und programmatischen Konzeptionen, die trotz unterschiedlicher und manchmal gegensätzlicher Auffassung über den Charakter der bestehenden Produktionsverhältnisse und ihre innere Gesetzmäßigkeit den Anspruch erheben, die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten zu vertreten, haben ihre materielle Basis im Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Natur der Produktion und ihrer aus der sozialökonomischen Trennung der subjektiven von den objektiven Produktionsbedingungen erwachsenen kapitalistischen Hülle. Heute konkretisieren sich materielle Basis und Triebkräfte von Mitbestimmungs- und Kontrollforderungen im wachsenden Grad der Vergesellschaftung der Produktion und der Produktivkräfte, deren Entfaltung unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in immer schärferen Widerspruch zu den immanenten Tendenzen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und den bestehenden Eigentumsverhältnissen tritt. Das Kapital als Schranke der Produktivkraftentwicklung und damit als Schranke seiner selbst manifestiert sich gegenwärtig allgemein in der fortschreitenden Herauslösung von Produktionsprozessen aus der Verwertungssphäre des privaten Kapitals, in der Funktion des Staates als „ideeller Gesamtkapitals", in den durch das Einzelkapital nicht mehr zu erstellenden Voraussetzungen der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, in den verschiedenen Formen der Produktivkraftvergeudung und Kapitalvernichtung, um nur einige Merkmale zu nennen. (1) Der Antagonismus von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der ein rasches Anwachsen der Zahl der Lohnarbeiter und die relative Verschlechterung ihrer individuellen und gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen hervorbringt, durchdringt alle Bereiche des sozialen und politischen Lebens. Er akzeleriert, wenn auch keineswegs mechanisch, das Bewußtsein von der „objektiven geschichtlichen Notwendigkeit zur Leitung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse, d.h. zur Ausschaltung der Macht des Kapitals und zur

* Das hier veröffentlichte Referat – vorgetragen auf der diesjährigen Tagung der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft" in Hamburg – kommt mit freundlicher Genehmigung des Veranstalters zum Vorabdruck.

1 Aus der Vielzahl von marxistischen Analysen der Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus sei hier nur auf die Darstellung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate bei Robert Katzenstein verwiesen. Vgl. Robert Katzenstein: „Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus". Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate, in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 7/1973, S. 715-727.

Schaffung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen Fortschritte der Technik und Produktion mit der Emanzipation der Produzenten einhergehen ..." (2)

Entsprechend dem spezifischen Bedingungszusammenhang von Kapitalzyklus, Lage der Arbeiterklasse, Stand der Klassenauseinandersetzung und Reifegrad des subjektiven Faktors nehmen die Auffassungen über die Teilnahme und Einwirkung der Werktätigen an und auf Entscheidungen über Voraussetzungen, Inhalte und Ziele des Produktionsprozesses in den kapitalistischen Ländern verschiedene Formen an. Diese verschiedenen Formen gehen einerseits aus unterschiedlichen theoretischen Analysen oder Einschätzungen hervor, die ihre Ursache selbst wiederum in den Bedingungen vor allem der nationalen Klassenkämpfe haben; sie beeinflussen andererseits als Moment des politischen Überbaus der Arbeiterklasse den konkreten Verlauf der Klassenauseinandersetzung, das Bewußtsein des Proletariats, die innere Struktur seiner Organisationen und deren Kampfziele. (3)

So leitet sich die in der Forderung nach Nationalisierung eingeschlossenen Mitbestimmungskonzeption, die in Frankreich von der FKP, der CGT und der Mehrheit der Sozialistischen Partei erhoben wird, aus der Analyse der gegenwärtigen Form der kapitalistischen Produktionsweise als System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ab. (4) Die Forderung nach Nationalisierung einer Gruppe der größten industriellen Monopole und des privatmonopolistischen Bank- und Kreditsystems konkretisiert ökonomisch Resultate der Theorie und Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus und vermittelt sie zur politischen Strategie, der Strategie des antimonopolistischen Kampfes. Wir können hier nicht näher auf Probleme dieser Strategie eingehen; denn uns interessiert im Zusammenhang vor allem die Frage, in welchem Verhältnis die – von einer Verstaatlichung zugunsten des privatkapitalistischen Verwertungsprozesses unterschiedene – demokratische Nationalisierung zu dem Erfordernis der Teilnahme der Werktätigen an der Entscheidung über den Produktionsprozeß auf allen Ebenen des nationalisierten Sektors steht. (5)

Da die nationalisierten Unternehmen nicht nur nicht als bloß der direkten Einwirkung der Monopole entzogene ökonomische Einheiten, sondern als deren antagonistische Form innerhalb der Grenzen zunächst noch dominierender kapitalistischer Produktionsverhältnisse verstanden werden, da sie des weiteren nicht als Kompensationsfaktor privatkapitalistischer Wirtschaftsmacht fungieren sollen, ist die Organisation der Entscheidungs-, Kontroll- und Vertretungsrechte der Arbeiter und Angestellten in den nationalisierten Unternehmen nicht zu trennen von den Funktionen dieser Unternehmen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, die durch die demokratische Planung im einzelnen festgelegt werden. (6) Die Entwicklung der Produktivkräfte in der antimonopolistischen Demokratie, vor allem im nationalisierten Sektor, erweist sich nicht allein als ökonomisches, technologisches und technisches Problem, sie schließt vielmehr die Entfaltung der Hauptproduktivkraft Mensch und seiner wichtigsten sozialökonomischen Kategorie, der Arbeiterklasse, notwendig ein. Hatten selbst die unter dem Druck der Arbeiterklasse durchgeführten, aber bald im Interesse des Großkapitals umfunktionierten verstaatlichten Unternehmen wie die "Regie-

2 MITBESTIMMUNG ALS KAMPFAUFGABE (Hrsg. vom IMSF), Köln 1971, S. 35.

3 Vgl. dazu Lothar Peter: „Klassenkämpfe in Westeuropa", in: SOZIALISTISCHE POLITIK, 18/1972. Dieser Beitrag erschien anläßlich der Veröffentlichung des Buches von Albers, Goldschmidt, Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, Reinbek bei Hamburg 1971.

4 Vgl. dazu beispielsweise Philippe Herzog: „La mise en oeuvre de la planification", in: ECONOMIE ET POLITIQUE, 213, 214/1972.

5 Vgl. Autorenkollektiv der Französischen Kommunistischen Partei und der Zeitschrift „economie et politique": DER STAATSMONOPOLISTISCHE KAPITALISMUS, Frankfurt 1972, insbesondere die S. 586-612.

6 Ebd., S. 615.

nationales des usines Renault" und die EDF/GDF (staatlicher Energiekonzern) partiell bewiesen, daß eine nicht *unmittelbar* dem Verwertungsprozeß des Einzelkapitals unterworfene Entwicklung der materiellen Produktivkräfte ein höheres materiell-technisches Niveau, verglichen mit dem privatkapitalistischen Sektor, ermöglicht, so soll die demokratische Nationalisierung mit der komplexen Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zugleich die produktiven Potenzen der lebendigen Arbeit entfalten. Ist das nationalisierte Unternehmen nach der Seite des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses hin an die demokratische Planung, d.h. an die in der nationalisierten Produktions- und Zirkulationssphäre erfolgende Verteilung der Arbeit und der stofflichen Elemente des Reproduktionsprozesses gebunden, so findet sie als Entfaltung der Hauptproduktivkraft Mensch ihre Entsprechung in der demokratischen Planung, Leitung und Kontrolle der Produktion auf betrieblicher und Unternehmensebene. (7) Wie aber sieht nun das Modell der demokratischen Planung und Leitung des nationalisierten Unternehmens konkret aus? (8) An der Produktionsbasis erfolgt die Legitimation der Produktionsaufgaben und -ziele sowie die Kontrolle ihrer Durchführung und Realisierung durch Vertreter der Belegschaften, gewählt nach gewerkschaftlichen Listenvorschlägen und im Verhältniswahlrecht. Gemeinsam mit außerbetrieblichen Gewerkschaftsdelegierten und Repräsentanten territorialer und beruflicher Verbände (Verbraucherverbände, Berufsvereinigungen) bilden die Vertreter der Belegschaft in paritätischer Besetzung die mittlere Leitungsebene des nationalisierten Unternehmens, die sogenannten Leitungsausschüsse der technischen, kaufmännischen und Verwaltungsabteilung. Gleichzeitig wählen Belegschaften, Gewerkschaften und außerbetriebliche Interessenverbände Vertreter für den Verwaltungsrat (conseil d'administration) das höchste, der Nationalversammlung verantwortliche Unternehmensorgan. Der Verwaltungsrat setzt sich drittel-paritätisch aus diesen gewählten Vertretern und ernannten Repräsentanten des aus der politischen Grundentscheidung der arbeitenden Massen entstandenen und von den Parteien der union populaire geführten Staats zusammen. Der Verwaltungsrat wählt einen Vorsitzenden, der durch die Regierung bestätigt wird. Außerdem wählt er sowohl den Generaldirektor des nationalisierten Unternehmens als auch die Direktoren der technischen, kaufmännischen und verwaltenden Leitungsausschüsse.

Die Organisationsstruktur der Leitung der nationalisierten Unternehmen, welche die wichtigsten ökonomischen Einheiten der antimonopolistischen Demokratie, der „démocratie avancée", umfassen und ein konstitutives Vermittlungsglied zwischen Masseninitiative in den Produktionsstätten und demokratischer Wirtschaftsplanung auf nationaler Ebene bilden, lösen die überkommenen autoritären, den Verwertungsinteressen des Monopolkapitals angepaßten Leitungssysteme ab. Diese Leitungssysteme sind im privaten Bereich durch die Ohnmacht des Verwaltungsrats gegenüber dem Vorstand der Kapitalgesellschaften und völlige Einflußlosigkeit der Belegschaftsvertreter gekennzeichnet, die nur mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Verwaltungsrates zugelassen sind, ohne ihm als ordentliche Mitglieder anzugehören. Im bereits existierenden öffentlichen und staatlichen Bereich sind die ehemaligen Ansätze für demokratische Leitungsstrukturen seit 1945/46 Schritt für Schritt untergraben worden, so daß die beispielsweise bei der SNCF (staatliche Eisenbahnen) oder EDF/GDF formell noch bestehenden Kontrollausschüsse heute ihre

7 Vgl. im folgenden Jacques Briere: „Nationalisierung und demokratische Unternehmensführung als Basis einer wirklichen Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus", in: MARXISMUS DIGEST, (hrsg. vom IMSF), 2/1973 (Nationalisierung und demokratische Programmierung).

8 Eine grobe Übersicht über die Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern gibt Joachim Lieser: DER MENSCH IM MITTELPUNKT? Thesen und Dokumente zur Mitbestimmung. Köln 1971, S. 86 ff.

Funktion gänzlich verloren haben, die Verwaltungsräte von Repräsentanten des Finanzkapitals majorisiert worden sind und die staatlichen Kommissare de facto über ein Veto-Recht verfügen, das die Abhängigkeit der öffentlichen und staatlichen Unternehmen von der Wirtschaftspolitik der Regierung besiegelt hat. (9)

Die Leitungsstruktur im nationalisierten Unternehmen, wie es im gemeinsamen Regierungsprogramm der FKP, des Parti Socialiste und der Linksliberalen (Radicaux de gauche) gefordert wird, (10) verändert nicht nur die der Doppelnatur des kapitalistischen Produktionsprozesses entspringende despotische Leitungshierarchie, um das nationalisierte Unternehmen aus der Herrschaftssphäre des Monopolkapitals zu lösen, sondern erweitert gleichzeitig entscheidend die Rechte der Gewerkschaften und Betriebsräte. Die Erweiterung dieser Rechte soll auch Anwendung auf den kapitalistischen Wirtschaftssektor finden. (Nur am Rande kann hier bemerkt werden, daß die demokratische Mitbestimmung in den nationalisierten Unternehmen durch eine Demokratisierung aller kommunalen und regionalen Versammlungen ergänzt werden soll, deren Struktur sich bisher an den ökonomischen Interessen des Großkapitals und am Herrschaftskalkül der restaurativen Kräfte ausrichtet). Allein die hier skizzierten Merkmale der Leitung des nationalisierten Unternehmens, wie es die französische Linke im gemeinsamen Regierungsprogramm fordert, markieren klare Unterschiede zur Mitbestimmungskonzeption des DGB. Die FKP, der Parti socialiste und die beiden größten Gewerkschaftsverbände, die CGT und CFDT haben bisher jede Form paritätischer Mitbestimmung ebenso abgelehnt wie die unter de Gaulle eingeführte „participation", eine französische Variante der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand". (11)

Allerdings trifft auch die Konzeption der demokratischen Nationalisierung innerhalb der gesamten französischen Linken nicht auf ungeteilte Billigung. Insbesondere die CFDT, die das Regierungsprogramm der FKP, der Parti socialiste und der Linksliberalen nicht aktiv unterstützte, stellt der demokratischen Nationalisierung noch immer die Auffassung der „autogestion", der Selbstverwaltung der Betriebe entgegen. (12) Sie impliziert eine Verbindung von nichtinstitutionalisierter Mitbestimmung und ständiger Infragestellung (contestation) der kapitalistischen Leitungshierarchie. Von ihren Verfechtern wird sie als transitorische Form des Übergangs vom Kapitalismus zur Gesellschaft eines nichtbürokratischen, dezentral gegliederten „demokratischen Sozialismus" verstanden. Der Ausbau von Selbstverwaltungspositionen wird bereits unter gegebenen kapitalistischen Verhältnissen als möglich und notwendig erachtet. Insofern kommt die Konzeption der „autogestion" trotz zahlreicher modifizierender Unterschiede sowohl den Vorschlägen zur antikapitalistischen Strukturreform (13) in Frankreich (Gorz, Mallet) und Italien (Basso, Trentin) (14)

9 Vgl. Jacques Briere, a.a.O., S. 10-14; vgl. auch: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 631.

10 Vgl. das PROGRAMME COMMUN DE GOUVERNEMENT DU PARTICOMMUNISTE ET DU PARTISOCIALISTE, Paris 1972; vgl. auch Werner Goldschmidt: „Das gemeinsame Programm der französischen Linken", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 8/1972.

11 Zur Problematik einer integrationistischen Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung der Arbeiterklasse in Frankreich vgl. Francois Marotin: „La Nouvelle Societe", in: ECONOMIE ET POLITIQUE, 213/1972, S. 79-105. Siehe auch Jacques Kahn: „Zur Frage der ‚Participation' ", in: PROBLEME DES KAMPFES UM EINE ANTIMONOPOLISTISCHE DEMOKRATIE IN FRANKREICH, Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt a.M. 1973, S. 90-94.

12 Die Vorstellungen der CFDT, des zweitgrößten Gewerkschaftsbundes in Frankreich, über die sogenannte Selbstverwaltung („autogestion") sind zusammengefaßt bei A. Detraz, F. Krumnow und E. Maire: LA CFDT ET L'AUTOGESTION, Paris 1973.

13 Zur Kritik an der Konzeption der antikapitalistischen Strukturreform, wie sie von Vertretern der französischen nichtkommunistischen Linken Mitte der sechziger Jahre propagiert wurde, vgl. Joseph Schleifstein: „Neoreformistische Theorien und einige Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung", in: ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN, Frankfurt a.M. 1971, S. 56-75. Vgl. dort auch die Beiträge von Helmuth Schütte und Lothar Peter. Ausführlich auf die Theorie der „neuen Arbeiterklasse" von Serge Mallet geht Hellmuth Lange ein: WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE INTELLIGENZ, Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse, Köln 1972, insbesondere die S. 80 ff.

14 Eine kritische Darstellung der antikapitalistischen Strukturreform-Konzeption in Frankreich und Italien findet sich in Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter (Hrsg.): DIE NEUE ARBEITERKLASSE, Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, Frankfurt a.M. 1970, insbesondere die Seiten 32 ff.

als auch der Forderung Ernest Mandels nach „Arbeiterproduktionskontrolle" (15) und bestimmten Positionen des linken Flügels im DGB, vor allem bei der IG Metall, relativ nahe. (16)

Gegen die Selbstverwaltungskonzeption der CFDT werden auch von marxistischen Kritikern grundlegend Einwände erhoben. Die Vorstellungen über „autogestion" abstrahiere von der Dominanz des Monopols als gesellschaftliches Verhältnis und von der Funktion des Staats, der nicht nur politisch die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise sichere, sondern selbst als spezifisches Monopol ökonomisch die von den Einzelkapitalen nicht mehr zu gewährleistenden Voraussetzungen der erweiterten Reproduktion des monopolistischen Privatkapitals schaffe. Die Propagierung der „autogestion" zerreiße deshalb den konkreten Bedingungszusammenhang von Ökonomie und Politik, reduziere den ökonomischen Aspekt auf den einzelnen kapitalistischen Produktionsprozeß und verkürze das Problem der politischen Macht auf die Aufhebung der aus dem Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses hervorgehenden despotischen Form des Leitungssystems, ohne die sozialökonomischen Grundbeziehungen der kapitalistischen Produktionsweise tiefgreifend zu verändern. Aus diesen theoretischen Fehlern folge dann notwendig der Verzicht auf die politische Mobilisierung der Arbeiterklasse und anderer ausgebeuteter werktätiger Schichten zur Erlangung der politischen Macht im Staat als wesentlicher Voraussetzung dafür, die Teilnahme der Werktätigen an den Entscheidungen über Produktionsbedingungen und Produktionsresultate auf veränderte sozialökonomische Beziehungen zu basieren.

In gewisser Hinsicht weist das in Großbritannien von Shop stewards, Teilen des linken Flügels der Labour Party und Gewerkschaften des TUC vertretene Konzept der „industriellen

15 Seine Auffassung über „Arbeiterproduktionskontrolle" charakterisiert Ernest Mandel folgendermaßen: „Arbeiterproduktionskontrolle erfordert aber weitgehende Initiative auf der Ebene des Konzerns und des Betriebs, ja sogar auf der Ebene der Werkstatt und jedes Fließbandes. Der Kampf um Arbeiterproduktionskontrolle schafft Keimformen der Selbstorganisation aller Lohnabhängigen am Arbeitsplatz... Es handelt sich vielmehr um eine Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der Werktätigen im Betrieb, die sich nicht mehr auf Tarifverhandlungen einschränken lassen wollen. Diese Selbstorganisation der Werktätigen am Arbeitsplatz muß völlige Autonomie bewahren, um zum Zuge zu kommen; sie ist Keimform eines Systems von Doppelherrschaft auf Betriebsebene, die ihrerseits nur Keimform einer Räteordnung sein kann." (Ernest Mandel: „Systemkonforme Gewerkschaften?", in: GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE, hrsg. vom Bundesvorstand des DGB, 6/1970, S. 368).

16 Diese Positionen werden beispielsweise von Dieter Schneider und Rudolf Kuda vertreten. Vgl. dazu Schneider, Kuda: ARBEITERRÄTE IN DER NOVEMBERREVOLUTION, Ideen, Wirkungen, Dokumente. Frankfurt a.M. 1968, insbesondere die Seiten 42 ff.

Demokratie" und der „Arbeiterkontrolle" ähnliche Momente auf wie die Überlegungen der CFDT über die Selbstverwaltung der Betriebe durch die Produzenten. Ausgangspunkt für die Vorschläge zur Arbeiterkontrolle ist die Auffassung, daß bereits innerhalb der Grenzen kapitalistischer Produktionsverhältnisse der Ausbau von Gegenmachtpositionen auf allen Ebenen des Produktionsprozesses möglich sei.

An dieser Stelle muß eingefügt werden, daß es ebenso wie in den meisten kapitalistischen Ländern Westeuropas in Großbritannien keine Mitbestimmung im Sinne des DGB-Modells gibt. Zu berücksichtigen sind allerdings Unterschiede zwischen dem privaten und staatlichen Sektor: während sich die Belegschaftsvertretung in Privatunternehmen auf paritätisch besetzte Betriebsausschüsse beschränkt, die (sofern sie überhaupt existieren) von jeder wirksamen Mitbestimmung ausgeschlossen sind, entsenden die Gewerkschaften Vertreter in die „boards of direction", die Leitungen der verstaatlichten Unternehmen, ohne dort jedoch relevanten Einfluß auf die zentralen Entscheidungen nehmen zu können, statt dessen aber ihr gewerkschaftliches Mandat verlieren. Die unmittelbare Frontlinie zwischen Lohnarbeit und Kapital in den Betrieben verläuft hauptsächlich zwischen den Shop stewards auf der einen und den Kapitaleigentümern oder -managern (bzw. staatlichen Wirtschaftsfunktionären) auf der anderen Seite. (17) Die Shop stewards, die in der Phase vor und während des Ersten Weltkrieges entstanden, sind gewerkschaftliche Vertrauensleute. Gewählt von betrieblichen Arbeitsgruppen oder Abteilungen, führen sie die entscheidenden Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen der Produzenten und die Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft, sind sie der Motor und Organisator der Kämpfe der Arbeiter und Angestellten an der Basis. Sie bilden keine Institution der Betriebsverfassung. Sie repräsentieren zwar die Gewerkschaften im Betrieb, unterliegen aber aufgrund des britischen Tarifvertragssystems nicht der Bindung an außerbetriebliche Leitungs- oder Vertretungsorgane der Gewerkschaften. Da die Shop stewards, falls überhaupt, nur infolge der Kampfkraft der Belegschaften freigestellt werden, ihre Freistellung also direktes Erfolgsresultat des Klassenkampfes ist, sie im übrigen aber der Basis unausgesetzt verantwortlich bleiben, wird ihre zentrale Bedeutung als Kader der britischen Arbeiterbewegung plausibel. Auch wird erklärbar, warum den Shop stewards die Funktion des tragenden Elements einer antikapitalistischen industriellen Demokratie und der sogenannten Arbeiterkontrolle zukommen soll. Worin besteht nun das Charakteristische der Arbeiterkontrolle? Aus der Fülle von Positionen, Vorschlägen und konkreten Modellen zur Arbeiterkontrolle, mit der sich insbesondere das 1968 aus der „Kampagne für Arbeiterkontrolle" hervorgegangene, von militanten Shop stewards, Gewerkschaftsfunktionären, Mitgliedern der Labour-Party, der Communist Party und sozialistischen Intellektuellen organisierte Institut für Arbeiterkontrolle (IWC) beschäftigt, (18) sei hier nur eine Stellungnahme zitiert, die Perspektiven und Probleme der „Arbeiterkontrolle" vergegenwärtigt: „Mit Arbeiterkontrolle ist der Kampf der Arbeiter und ihrer Organisationen gegen die Privilegien des Managements gemeint, gegen die unternehmerische Autorität im Betrieb und gegen die kapitalistische Macht in der Wirtschaft. Sie beginnt mit einfachen gewerkschaftlichen Forderungen, etwa der Forderung nach Kontrolle von Einstellungen und Entlassungen, von Teepausen und Arbeitszeit, von Arbeitstempo und innerbetrieblichen Umbesetzungen. Über eine ganze Serie weiterer Forderungen (wie „open the books!" zum Beispiel) steuert sie den Punkt an, von dem an kapitalistische Autorität in der ganzen Gesellschaft auf Widerstand stößt. An diesem Punkt, der in seiner allgemeinen politischen Bedeutung am besten mit dem Be-

17 Die Bedeutung der Shop stewards beschreiben u.a. Albers, Goldschmidt, Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, a.a.O. und Pickshaus, Raulf: KLASSENKÄMPFE IN GROSSBRITANNIEN HEUTE, Frankfurt a.M. 1973, S. 25 ff.

18 Vgl. dazu Albers, Goldschmidt, Oehlke: KLASSENKÄMPFE ..., a.a.O., S. 271 ff. Auch Rudolf Kuda: ARBEITERKONTROLLE IN GROSSBRITANNIEN, Theorie und Praxis, Frankfurt a.M. 1970.

griff der „Doppelherrschaft" charakterisiert ist, entsteht eine revolutionäre Situation. Entweder gehen die Arbeiter dazu über, die Macht des Kapitals wirklich auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene zu beseitigen, oder das alte Establishment übernimmt wieder die Befehlsgewalt." (19)

An diesen Formulierungen werden einige schon im Zusammenhang mit der Selbstverwaltungskonzeption der CFDT konstatierte Probleme erneut transparent. Die programmatischen Erklärungen zur Arbeiterkontrolle basieren nicht auf einer umfassenden Analyse des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und seinen sozialökonomischen und politischen Erscheinungsformen. Sie beschränken sich auf eine Kritik einzelner kapitalistischer Produktionsprozesse, allgemeiner Merkmale des bürgerlichen Staates und vor allem der Befehls- und Leitungsfunktionen des Kapitals. Darüber hinaus entwickeln sie, da die Klassenverhältnisse der gesamten Gesellschaft, die Doppelfunktion des Staates unter hochentwickelten monopolkapitalistischen Bedingungen und schließlich die Frage nach der politischen Seite des Klassenkampfes weitgehend ausgeklammert bleiben, keine Strategie für die Erlangung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihr verbündete Schichten, welche als Grundbedingung einer funktionsfähigen Arbeiterdemokratie gesetzt ist. In diesem Mangel spiegelt sich zweifellos bis zu einem gewissen Grade der allgemeine Stand der Klassenauseinandersetzungen in Großbritannien wider, die politisch durch das Fehlen einer revolutionären marxistischen *Massenpartei,* durch starke integrationistische Tendenzen in der Führung der Labour Party und des TUC (20) sowie ideologisch durch den relevanten Einfluß reformistischer, syndikalistischer und gildensozialistischer Strömungen auch auf den linken Flügel der Arbeiterbewegung geprägt sind.

Gleichwohl erlauben kritische Einwände, in Großbritannien auch von marxistischen Kräften erhoben, die zum aktiven Kern der Bewegung für industrielle Demokratie und Arbeiterkontrolle zählen, keineswegs die Verwechslung mit pauschaler Ablehnung der Arbeiterkontrollforderungen. (21) Vielmehr bieten die im Betrieb und Unternehmen zutage tretenden Konflikte des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital Ansatzpunkte der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten, sich gegen die unmittelbaren Folgen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zur Wehr zu setzen, aber sie bieten auch Ansätze dafür, die durch das Kapital der Produktivkraftentwicklung konkret gesetzten Hemmnisse zu erkennen und Fähigkeiten der kollektiven Organisation der Produktion zu entfalten. Einhellig geht aus allen Erklärungen der Befürworter der Arbeiterkontrolle hervor, daß solche Ansätze nur herausgebildet werden können, wenn eine weitgehende politische Autonomie der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen gewährleistet ist, wenn die Institutionalisierung von Kontrollrechten – auf welcher gesellschaftlichen Ebene auch immer – keine Unterwerfung unter die Interessen und Herrschaftsmechanismen der monopolkapitalistischen Produktionsmittelbesitzer und des Staates impliziert und wenn die ständige Überprüfbarkeit aller Aktivitäten von Arbeiterdelegierten durch die Basis nicht gefährdet wird. Insofern ist Rudolf Kuda von der IG Metall durchaus zuzustimmen, wenn er den Stellenwert der Kampagne für Arbeiterkontrolle auch für die Diskussion über Mitbestimmung in der BRD betont: „Immerhin begreift die Kampagne für Arbeiterkontrolle den Mitbestim-

19 Tony Topham, Ken Coates: ARBEITERKONTROLLE – EINE ANTWORT AUF BERT RAMELSON, zit. n. Kuda: ARBEITERKONTROLLE ..., a.a.O., S. 204/205.

20 Vgl. Pickshaus, Raulf: KLASSENKÄMPFE IN GROSSBRITANNIEN HEUTE, a.a.O., S. 123 ff.

21 Vgl. Bert Ramelson: ARBEITERKONTROLLE – MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN, in: Rudolf Kuda: ARBEITERKONTROLLE IN GROSSBRITANNIEN, a.a.O., S. 200-202.

mungsgedanken nicht a priori als wirtschaftsfriedliche Alternative zum eigenen militanten Angriff auf die kapitalistische Verfügungsgewalt. Einerseits betont sie zwar ausdrückliche Anpassungs- und Integrationsgefahren des Mitbestimmungsansatzes ... Andererseits übersieht die Kampagne für Arbeiterkontrolle keineswegs, daß Mitbestimmungsforderungen die Frage nach zusätzlichen gewerkschaftlichen Rechten gegenüber den Privilegien des Managements aufwerfen, daß Mitbestimmungspolitik organisatorische Alternativen zum organisierten Kapitalismus andeuten und begünstigen kann. Über die – gewiß nicht bedeutungslose – kurzfristige Vertretung sozialer Interessen der Beschäftigten hinaus sind solche mittelfristigen Politisierungseffekte durch Mitbestimmung erreichbar, wenn zwei Nebenbedingungen realisiert werden: die zunehmende Effizienz des gewerkschaftlichen Einflusses durch den Aufbau eines umfassenden Mitbestimmungssystems auf allen Stufen der wirtschaftlichen Willensbildung und die zunehmende Demokratisierung des gewerkschaftlichen Einflusses durch informatorische und kommunikative Rückkoppelung zwischen den vor- und nachgelagerten Mitbestimmungsebenen." (22)

In letzter Zeit ist die Diskussion über Nationalisierung, Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle in Großbritannien um einige bemerkenswerte Aspekte ergänzt worden. So hat beispielsweise eine Arbeitsgruppe des TUC die Möglichkeit paritätischer Mitbestimmung erwogen, (23) während der Parteivorstand der Labour Party in seinem neuen Programm ebenfalls die Frage der paritätischen Mitbestimmung aufgeworfen, gleichzeitig aber – und das scheint uns noch wichtiger zu sein – wieder die Forderung nach Nationalisierung in den Mittelpunkt gerückt hat. (24) In diesem Zusammenhang vertreten vor allem die Young Socialists in der Labour Party insofern eine interessante Position, als sie die Forderung nach Nationalisierung der Monopole mit der Forderung nach Arbeiterkontrolle und ihren populären Losungen wie „Offenlegung der Bücher" zu verbinden trachten. (25) Die Stellungnahme der Young Socialists berührt einerseits theoretisch den Akkumulationsprozeß des Monopolkapitals und seine gesamtgesellschaftlichen Folgen (und geht damit über die bisherigen branchenspezifischen, auf einzelne Kapitalanlagesphären bezogenen Modelle der Arbeiterkontrolle hinaus), sie vermittelt andererseits die Forderung nach Nationalisierung mit der nach aktiver Teilnahme und Kontrolle der Produzenten an und über die Produktion, ohne indes der Illusion zu erliegen, daß Arbeiterkontrolle in einer Art naturgesetzlicher Eigendynamik den monopolkapitalistischen Charakter der Produktionsverhältnisse und ihres Überbaus sprengen könne. (26)

Der Stand der demokratischen Mitbestimmungsrechte der Arbeiterklasse in Italien weist

22 Rudolf Kuda: ARBEITERKONTROLLE IN GROSSBRITANNIEN, a.a.O., S. 156/157.

23 Vgl. Das Mitbestimmungsgespräch 8/1973.

24 Vgl. Paul Oehlke: „Programmatische Wende der britischen Labour Party", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 7/1973, S. 689-693.

25 Vgl. „Nationalisierung und Arbeiterkontrolle", Vorlage für die 11. Tagung der Young Socialists in der britischen Labour Party in Scarborough 1.-3. April 1972, in: MARXISMUS DIGEST 14, Heft 2/1973, S. 78-90.

26 In der oben genannten Vorlage heißt es zu diesem Problem S. 83: „Die Arbeiterkontrolle kann sich nur in einer Periode scharfer Klassenkämpfe voll entwickeln. Obwohl in den gegenwärtigen Shop steward-Komitees, die oftmals die Aktionen des Managements überprüfen, Elemente der Arbeiterkontrolle enthalten sind, kann die Gesamtindustrie doch nur dann unter Arbeiterkontrolle gestellt werden, wenn die Arbeiterklasse unmittelbar vor der Übernahme der Macht steht. Aus diesen Gründen kann die Arbeiterkontrolle für sich allein nicht lange bestehen, weil die Bewegung entweder die vollständige Kontrolle über die Gesellschaft übernehmen muß, indem sie die kapitalistischen Industrieanlagen verstaatlicht, oder aber die Unternehmer die Kontrolle über ihre Fabriken wieder zurückerobern".

verglichen mit Frankreich und England deutlich unterschiedene Merkmale auf. Obwohl auf den ersten Blick hin die politischen Strukturen und vor allem die der Arbeiterbewegung in den beiden kontinentalen Ländern Parallelen aufzuzeigen scheinen, hat der Kampf der italienischen Arbeiter und Angestellten um Mitbestimmungs- und Kontrollrechte im Produktionsprozeß faktisch eine andere Entwicklung als in Frankreich genommen. Versucht man die objektiven Ursachen der Verlaufsformen und Ziele dieser Kämpfe auszumachen, abgesehen von allgemeineren Charakteristika des italienischen Kapitalismus (wie etwa dem im nationalen Maßstab zwischen dem Norden und Süden sich verschärfenden Stadt-Land-Gegensatz), so ergeben sich vor allem drei Momente, die hier Berücksichtigung verdienen: (27)

1. Die spezifische Tendenz des kapitalistischen Akkumulationsprozesses in Italien in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, die Produktion einer größeren Mehrwertmasse (bei sinkender Kapitalinvestitionsrate und sinkender Beschäftigungszahl) durch Intensifikation der Arbeit, also durch erhöhte Produktion des relativen Mehrwerts zu ermöglichen, weil die absolute Länge der Arbeitszeit ohnehin schon so groß war, daß sie nicht mehr ausgedehnt werden konnte. Dieser Prozeß drückte sich in den Betrieben unmittelbar in einer immensen Beschleunigung des Arbeitstempos, Erhöhung der physischen und sensumotorischen Belastung am Arbeitsplatz sowie der steigenden Zahl von Betriebsunfällen aus.

2. Die mangelnde Elastizität des italienischen Tarifvertragssystems verhinderte eine auch nur minimale Angleichung der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft an die Auswirkungen des Akkumulationsprozesses in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen.

3. Auf der politischen Ebene hat die Entwicklung der Klassenkämpfe in Italien bisher noch nicht zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse, zu einer gemeinsamen Strategie und Programmatik ihrer fortgeschrittensten Teile geführt, wohingegen sich gleichzeitig eine Annäherung zwischen den großen Gewerkschaftsverbänden CGIL, CISL und UIL abzuzeichnen begann.

Aus den genannten Gründen konzentrierten sich deshalb die Klassenkämpfe seit dem „Heißen Herbst" 1969 in erster Linie auf die Abwehr intensivierter Ausbeutung, auf die Veränderung des Tarifsystems und Strukturreformen in der Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft, also besonders im Bereich der gesellschaftlichen Konsumtion. Die Aktionen gegen die Ausbeutung in der Produktion wiederum fielen zusammen mit Veränderungen der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte in den wichtigsten Industriezweigen und Wandlungen in der Organisationsstruktur der betrieblichen Arbeitervertretungen. Trotz der in den Kämpfen sich ausdrückenden Spontaneität erwies sich die Möglichkeit, die betrieblichen Kampfinitiativen und Aktionen adäquat zu den Zielen der gesamten Arbeiterklasse zu vermitteln, nur dann als gegeben, wenn die Gewerkschaften in den Betrieben fest verankert und rechtlich anerkannt sind. Die „commissioni interni", deren Kompetenzen hinter denen westdeutscher Betriebsräte weit zurückbleiben, und die 1954/55 entstandenen Betriebsgewerkschaftsgruppen, boten für die Vereinheitlichung der Kämpfe keine ausreichende Gewähr. Deshalb kommt sowohl den im Verlauf des „heißen Herbstes" gebildeten „Delegiertenräten" oder „Fabrikräten" als auch den von diesen Organen wahrzunehmenden Kontrollrechten eine zentrale Funktion für die Abwehr der Arbeiterklasse gegen die Übergriffe des Kapitals zu: „Die von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz unterschiedlichen Arbeitsbedingungen waren mit entscheidend bei den Überlegungen, die Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft direkt von den Arbeitern am Arbeitsplatz zu wählen, und zwar jeweils von homogenen Gruppen, wie sie die Belegschaft einer Abteilung eines Fließbandes, einer Akkordgruppe usw. darstellen. Die Funktion der Delegierten

27 Vgl. Albers, Goldschmidt, Oehlke: KLASSENKÄMPFE ..., a.a.O., S. 125 ff.

wird zunächst ausschließlich von der Notwendigkeit getragen, für eine Lösung der am Arbeitsplatz entstandenen Probleme im Interesse der davon betroffenen Arbeiter zu sorgen." (28)

Die jederzeit abberufbaren, nicht obligatorisch gewerkschaftlich organisierten Delegierten, aus denen sich der „Delegierten"- oder „Fabrikrat" zusammensetzt, vertreten die betrieblichen Interessen der Belegschaften an der Akkordregelung, den Produktionsprämien, den Arbeitsplatzbedingungen, den sozialen Einrichtungen usw. gegenüber der Unternehmerleitung. Wo die „Fabrikräte" in der Belegschaft den für ihre Aktivitäten erforderlichen Rückhalt finden, sollen sie zukünftig die bisherigen betrieblichen Arbeiterorgane schrittweise ablösen. (29) Gingen von den Delegiertenräten zum einen Impulse für die gewerkschaftliche Mobilisierung und Demokratisierung aus, so manifestiert sich zum anderen in ihren, wenn auch beschränkten Kontrollrechten die wachsende Einsicht klassenbewußter Arbeiter und Angestellten in die Struktur des Produktionsprozesses als Verwertungsprozeß, in die Zusammenhänge der gegenständlichen Momente des Produktionsprozesses und in die aus dem Vergesellschaftungsgrad und der Segmentierung der Arbeit resultierenden Kampfmöglichkeiten der Lohnarbeiter gegenüber dem Kapital. Allerdings hängt die langfristige Wirksamkeit der Fabrikräte wiederum davon ab, ob sie die Forderungen der einzelnen Belegschafts-, Qualifikations- und Berufsgruppen zu gemeinsamen Forderungen vermitteln können, ob sie eng mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden sind, und ob sie sich in der Lage zeigen werden, die spezifischen Interessen und Ziele des betrieblichen Kampfes in die Zusammenhänge des nationalen Klassenkampfes zu stellen.

Die Erfahrungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung in ihrem Kampf um Mitbestimmung und Kontrolle sowohl über einzelne kapitalistische Produktionsprozesse als auch über Inhalt und Bewegungsrichtung des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses lassen sich gewiß nicht schematisch auf die Kampfbedingungen der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften übertragen. Nichtsdestoweniger dürfen wir aus diesen Erfahrungen einige allgemeine Schlüsse ziehen, die auch für die Entwicklung der Mitbestimmung zu Gegenmachtpositionen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik von entscheidender Wichtigkeit sind.

1. Autoritäts-, Verteilungs- und Produktionskonflikte sind konkrete Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise. Sie können Ansatzpunkte für die Mobilisierung der Arbeiterklasse für Mitbestimmungs- und Kontrollrechte sein. Eine Lösung dieser Konflikte ist jedoch perspektivisch nur möglich, wenn sich die Forderungen in dieser Konfliktsphäre einerseits mit dem ökonomischen Kampf um Eingriffe in das Profitsystem des Monopolkapitals und andererseits mit dem politischen Kampf um Demokratisierung des Staates nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern aller Lohnarbeiter und aller vom Großkapital abhängigen sozialen Schichten verbinden.

2. Der Ausbau von Gegenmachtpositionen durch Mitbestimmung setzt die Auflösung aller Bindungen der Gewerkschaften an das ideologisch, strategisch und institutionell vermittelte Interesse des Monopolkapitals voraus. Solange einflußreiche Kräfte vor allem in der Spitze des DGB in den Herrschaftsmechanismus des Großkapitals integriert bleiben, sind

28 Helga Koppel: KLASSENKÄMPFE IN ITALIEN HEUTE, Frankfurt a.M. 1972, S. 32.

29 Zur Haltung des größten italienischen Gewerkschaftsbundes, der CGIL, zu den neu entstandenen Delegierten- und Fabrikräten vgl. z.B. Luciano Lama in seinem Bericht an den Vorstand der CGIL, Dez. 1970, in: PROBLEME DES KLASSENKAMPFES UND DES KAMPFES UM GEWERKSCHAFTLICHE EINHEIT IN ITALIEN, Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt a.M. 1972, S. 156-171.

Forderungen nach Mitbestimmung sowohl in ihrer materiellen Wirkung eingeschränkt als auch durch syndikalistische und reformistische Tendenzen gefährdet. (30)

3. Der formal-juristische Aspekt ist für die politische Qualität von Mitbestimmung nicht ausschlaggebend. Wesentlich ist vielmehr, ob eine gesetzlich fixierte und institutionalisierte Mitbestimmung durch Repräsentanten der Belegschaften und Gewerkschaften inhaltlich in ständiger Kontrolle und Legitimation durch die „Basis" begründet ist und ob durch demokratischen Informationsfluß die Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten, für ihre Interessen konsequent einzutreten, gesteigert wird. Die Entwicklung von Mitbestimmung zur Gegenmachtposition gegen das Großkapital koinzidiert deshalb notwendig mit der Entfaltung gewerkschaftlicher Demokratie. Sie wiederum setzt die Stärkung der Vertrauensleute als satzungsmäßigen Grundorganisationen der Gewerkschaften, die freie Betätigung der Gewerkschaften in Betrieb und Unternehmen und den Abbau der Bindungen der Betriebsräte an die kapitalistische Betriebsverfassung voraus.

4. Schematische Gegenüberstellungen oder Alternativsetzungen von Mitbestimmung am Arbeitsplatz zum einen und überbetrieblicher Mitbestimmung zum anderen gehen ökonomisch am unlösbaren Zusammenhang zwischen einzelnen kapitalistischen Arbeitsprozessen, sozialökonomischer Bestimmtheit der Produktivkraftanwendung, den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und dem Kapital als gesellschaftlichem Verhältnis in seinen monopolistischen Erscheinungsformen vorbei. Indem solche Auffassungen einzelne Momente hypostasieren, die der Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital konkret zum Ausdruck bringt, verdecken oder verzerren sie damit aber auch politisch die Möglichkeiten bzw. Grenzen von Mitbestimmungsforderungen, den politischen Charakter von Reformen im Interesse der Arbeiterklasse und die im Verhältnis von betrieblichen Mitbestimmungsinitiativen und überbetrieblichen Mitbestimmungspositionen objektiv angelegten Perspektiven des Kampfes gegen das Monopolkapital auf allen gesellschaftlichen Ebenen. In der Abgrenzung gegen alle Versuche, Mitbestimmung auf die betriebliche Ebene zu reduzieren, sie von den Gewerkschaften als einheitlichen Massenorganisationen der Lohnabhängigen auf einzelne ihrer Abteilungen und Gruppen zu verlagern und die gesamtgesellschaftliche Tragweite von demokratischer Mitbestimmung einzuschränken, aber auch in klarer Ablehnung aller wirtschaftsharmonistischer, sozialpartnerschaftlicher und dem Kooperationszwang zwischen Lohnarbeit und Kapital unterworfener Mitbestimmungsinterpretationen schreiben die Autoren der Studie „Mitbestimmung als Kampfaufgabe" zutreffend: „Deshalb muß die *Masseninitiative* im Kampf um Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte der Arbeiter und Angestellten, ihrer Organe und Organisationen in der Wirtschaft als *entscheidendes* Moment hervorgehoben werden. Reale Kräfteverschiebungen können nur im Ergebnis und als Resultat des Massenkampfes um demokratische Rechte auf der einen und der Kontrolle des Großkapitals auf der anderen Seite hervorwachsen." (31)

Lothar Peter

30 Vgl. MITBESTIMMUNG ALS KAMPFAUFGABE, a.a.O., S. 51 ff.

31 MITBESTIMMUNG ALS KAMPFAUFGABE, a.a.O., S. 48.

24 (Juni 73)

Dieter Klein: **Die Jagd auf die "heilige Kuh" oder das Manöver "Lebensqualität"** / Kurt Zieschang: **Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus** / Michael Weber: **X. Weltfestspiele in Berlin** / Autorenkollektiv: **Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus** / Autorenkollektiv: **Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD.**

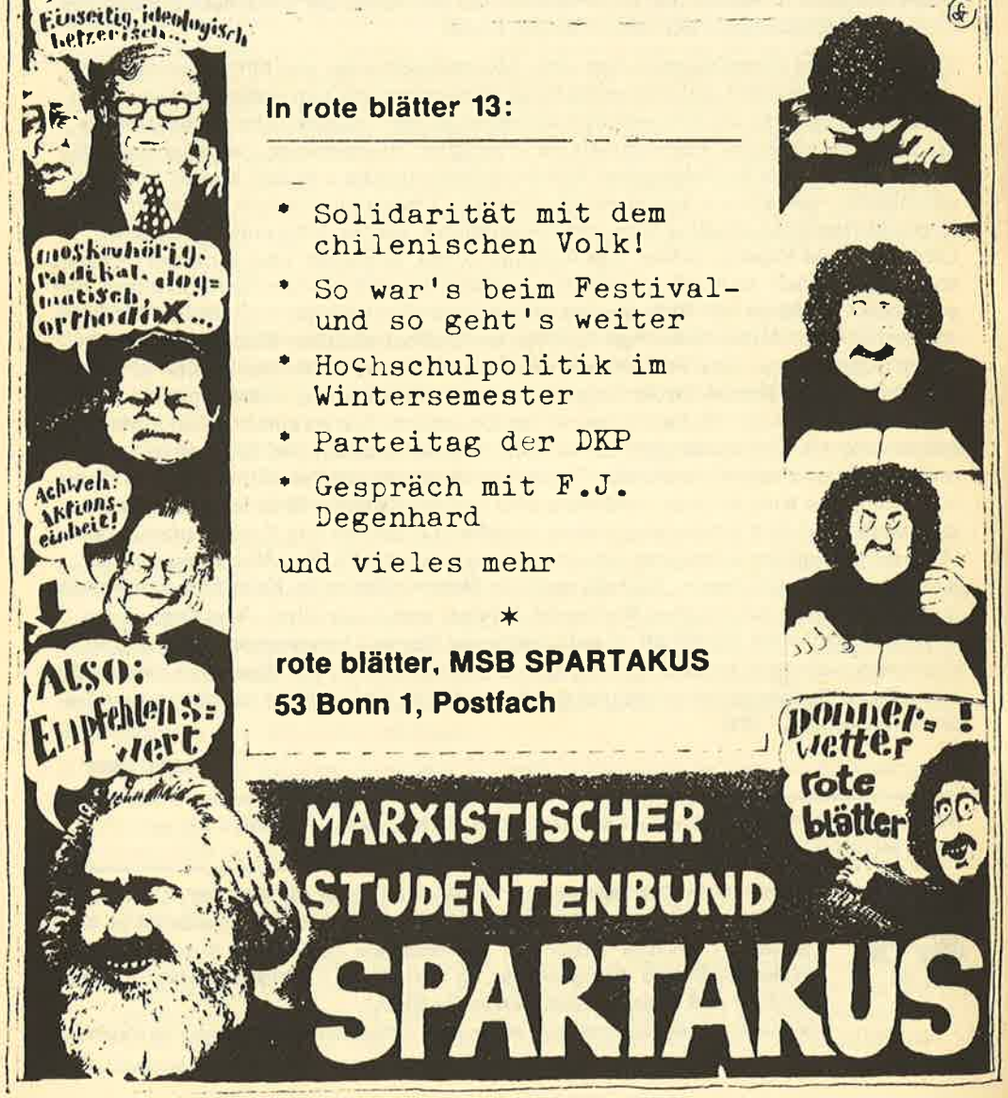
Volker Klohr: Antifaschistische Tarnschriften / Wilma Albrecht: Literatur im Widerstand.

nur 1 Mark

rote blätter

Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1. Hand!

JNFormation + DOKUmentation + ARGUment + DISKUSSION



In rote blätter 13:

- Solidarität mit dem chilenischen Volk!
- So war's beim Festival- und so geht's weiter
- Hochschulpolitik im Wintersemester
- Parteitag der DKP
- Gespräch mit F.J. Degenhard

und vieles mehr

*

rote blätter, MSB SPARTAKUS
53 Bonn 1, Postfach

MARXISTISCHER STUDENTENBUND SPARTAKUS

Diskussion, Besprechung

Thesen zu einigen "linken" bildungsökonomischen Auffassungen

1.
Im Laufe der 60er Jahre verschärften sich die Klassenkämpfe in den entwickelten kapitalistischen Ländern, so auch in der BRD. Die Zunahme der Klassenkämpfe in der BRD führte auch zu einer Stärkung der demokratischen Bewegung im Bildungssektor. Sowohl diese Stärkung wie die Komplexität der Entwicklungen zwang die demokratische Bewegung zu einer genaueren Analyse des Bildungssektors unter den kapitalistischen Bedingungen der BRD und Westberlins, um die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung aufzudecken. (1) Das führte zu Bestrebungen zur Entwicklung einer Theorie, die aus der Untersuchung dieses Teilbereiches der Gesellschaft auch schon strategische Folgerungen schließen wollte. Es wurde versucht, eine „Politische Ökonomie des Ausbildungssektors" zu entwickeln.

2.
Dieser Versuch mußte schon deswegen scheitern, weil das komplexe Gebiet der Bildungsökonomie nicht auf Politische Ökonomie reduziert werden kann. So kann etwa die Erklärung der Bewegungsweise von Didaktik als Bezugswissenschaft von Bildungsökonomie nicht, wie es Huisken in „Kritik der bürgerlichen Didaktik und Bildungsökonomie" (2) versucht, auf Politische Ökonomie reduziert werden – zumindest muß als weitere Wissenschaft die Psychologie eingehen: mit dem Untersuchungsgegenstand: die Tätigkeit des Menschen. (3) Es ist interessant, daß neuere Schriften aus der hier angesprochenen Richtung den Mangel dieser Reduktion offenbar spüren und mit der Rezeption der Schriften Sohn-Rethels über körperliche und geistige Arbeit gerade die Tätigkeit des Menschen wieder in die Theorie einführen wollen (s. dazu die Bemerkungen in These 4 zur „Kapitalistischen Hochschulreform").

Was den reduzierten Teil selbst betrifft, so haben wesentlich zur Erarbeitung polit-ökonomischer Grundlagen für eine solche Theorie in der BRD und Westberlin Altvater, Huisken und K.H. Roth beigetragen. Ihre Theorien haben viele Linke beeinflußt, auch unorganisierte – wie etwa Martin Baethge. Politisch folgenschwer ist, daß viele Linke mit diesen Grundlagen auch die von den genannten Autoren vorgenommenen Revisionen der marxistischen Politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus übernommen haben. Diese Übernahme liefert die Grundlage für Gemeinsamkeiten von Links- und Rechtsopportunisten (siehe These 17, 18).

Die Revisionen sollen in den Bereichen Verhältnis Politik-Ökonomie, Finanzierung und Qualifikation beleuchtet werden.

---

1 Siehe in diesem Zusammenhang: H. Lange: WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE INTELLIGENZ, Köln 1972; Deppe, Herkommer u.a.: INTELLIGENZ IM SPÄTKAPITALISMUS, Köln 1973.

2 F. Huisken: ZUR KRITIK BÜRGERLICHER DIDAKTIK UND BILDUNGSÖKONOMIE, München 1972.

3 Siehe dazu: A.N. Leontjew in: SOWJETWISSENSCHAFT 4 und 5/73.

3.
Wesentliche theoretische Ursache dieser Revisionen ist, – allgemein gesagt – daß die angestrebte „Politische Ökonomie des Ausbildungssektors" nicht als Teil der Politischen Ökonomie des Kapitalismus entwickelt, nicht ihr Verhältnis zu dieser entwickelt, sondern isoliert untersucht wird, daß der Anspruch erhoben wird, aus dieser Teil-Theorie bereits strategische Schlußfolgerungen ziehen zu können. Konkreter gesagt, liegt die Ursache darin, daß zwar die Kategorien: Wert der Ware Arbeitskraft, Verwertung, produktive und unproduktive Arbeit (4) herausgearbeitet werden, daß diese Kategorien aber angewandt werden auf einen im wesentlichen überzeitlich, sich nicht entwickelnden Kapitalismus, daß nicht die Entwicklung der Widersprüche im Kapitalismus untersucht wurde und ebenso nicht deren gegenwärtige Form. (5)

4.
Die Entwicklung des Kapitalismus vom Konkurrenz- über den Monopol- zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ist nicht analysiert worden oder wird geleugnet: Das Kapital stellt sich dar als schlichte Anhäufung von Einzelkapitalien, der Staat als ideeller Gesamtkapitalist verfolgt die langfristigen Interessen der Einzelkapitalien, die Einzelkapitalien selbst nur ihre kurzfristigen. (6)

Dringt die Analyse über solch platten Mechanismus hinaus etwas tiefer, so werden im Kapital (feste) Kapitalfraktionen ausgemacht: kleine, mittlere und große, aus deren Interessengegensätzen die Widersprüche kapitalistischer Bildungspolitik zu erklären versucht werden (7) nach der Art: (technologisch) fortgeschrittene, große Kapitalien versus rückständige mittlere Kapitalien.

Diese angesichts des erreichten Monopolisierungsgrades völlig ungenügende Analyse der gegenwärtigen Kapitalstruktur und des Verhältnisses der Kapitalien zum Staat führt zum einen zu so absurden Behauptungen wie der Ableitung des gegenwärtigen dreigliedrigen Schulsystems aus der Kapitalstruktur: „Der Hauptschule kommt ... die Aufgabe zu, die Arbeitskräfte für das Handwerk und in geringerem Umfang für die mittleren Kapitale heranzuziehen." Und: „Gegenwärtig befriedigen die Großkonzerne ihre Ausbildungsbedürfnisse primär ... durch die bevorzugte Einstellung von Realschulabhängern und Gymnasiasten mit Mittlerer Reife." (8) Frage: Für welche Kapitalfraktion werden die Abiturienten produziert? Die einzige konkrete Analyse zur Bestimmung der Rolle des Staates im Bildungswesen findet sich in dem Buch „Kapitalistische Hochschulreform" einer Erlanger Gruppe (9): Ihm wird die Funktion zugeschrieben, die Bereitstellung *allgemeinen* Wissens als Produktionsvoraussetzung zu organisieren und somit auch von der Qualifikationsseite her *flüssige* Arbeitskräfte (im Marxschen Sinne) den Kapitalisten zur Verfügung zu stellen. Hierzu wird auch viel interessantes Material dargelegt. Die Grundthese wird aber nur ab-

4 Siehe etwa: E. Altvater, F. Huisken u.a.: „Produktive und unproduktive Arbeit als Kampfbegriffe, als Kategorien zur Analyse der Klassenverhältnisse und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals", in: SOPO 8/70.
5 Huisken, a.a.O., S. 256; „Der Staat (hat) keine oder nur äußerst geringe Möglichkeiten, in den Produktionsprozeß der privaten Wirtschaft einzugreifen."
6 Ebenda, S. 294.
7 So etwa: J. Hirsch, St. Leibfried: MATERIALIEN ZUR WISSENSCHAFTS- UND BILDUNGSPOLITIK, Frankfurt/M. 1971, S. 20; M. Baethge: „Abschied von Reformillusionen, in: BETRIFFT:ERZIEHUNG 11/72, S. 24 f.
8 M. Schmidt: „Der ‚mündige' Gesamtschüler – Mündel des Kapitals?", in: BETRIFFT :ERZIEHUNG 8/72.
9 Marxistische Gruppe Erlangen: KAPITALISTISCHE HOCHSCHULREFORM. Analysen und Dokumente, Erlangen 1972.
Die folgenden Seitenangaben in Querbalken beziehen sich auf diesen Text.

strakt abgeleitet – ohne irgendeine konkrete Angabe über die Durchsetzung dieser Funktionszuweisung – von der Auffassung vom Staat als ideellen Gesamtkapitalisten, der die Gattungsgeschäfte des gesamten Kapitals besorge. Daher meinen die Autoren, die Abtrennung der Ausbildung von der Produktion bedeute gerade ihre Subsumption unter das Kapital (obwohl die Ausbildung innerhalb der Produktion nicht subsumiert war?), konsequent meinen sie: „Wissenschaft und Ausbildung sind von vornherein als *kapitalistische* Wissenschaft, *kapitalistische* Ausbildung zu begreifen." /S. 170/ Den richtig konstatierten Widerspruch zwischen Allgemeinbildung und Spezialbildung sehen die Autoren daher nur bedingt durch den Widerspruch zwischen Gesamtkapital (mit Staat gleichgesetzt) und Einzelkapital. Schließlich haben die Autoren keine lerntheoretischen Begriffe über die Ausbildung allgemeiner Begriffe: Meinen sie doch, daß die – von bürgerlicher Seite gewünschte – Verstärkung allgemeiner Fähigkeiten nur in längerer Studienzeit erreichbar sei, also durch mehr Wissensanhäufung /S. 34, 72/. Sie halten daher die gleichzeitig angestrebte Studienzeitverkürzung für eine Tendenz der „Zurücknahme" der Ausbildung allgemeiner Fähigkeiten, ohne zu berücksichtigen, daß nur *formale,* nicht *inhaltlich* bestimmte Begriffe ausgebildet werden sollen, was sich sehr wohl mit Studienzeitverkürzung verträgt.

5.
Zum anderen ist die ungenügende Klärung des Verhältnisses zwischen Kapital und Staat nur Kennzeichen eines allgemeineren Fehlers: der Trennung von Politik und Ökonomie. Der Anspruch einer „Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors" wird nicht eingelöst. Die Tatsache, daß in den kapitalistischen Ländern der Klassenkampf sich ständig verschärft, daß das Kapital seine Interessen nur eingeschränkt und widersprüchlich durchsetzen kann, wird bestenfalls verbal konstatiert, ist aber kein wesentliches Element der Analyse.

In der Tat gehen in die Analysen nicht ein als Kategorien die drei Momente, die heute die Entwicklung der Widersprüche in den kapitalistischen Ländern entscheidend bestimmen:

5.1.
Die immer mehr zunehmende internationale Konkurrenz zwischen Monopolen und kapitalistischen Staaten. Es wird zwar die „technologische Lücke" zwischen den USA und Westeuropa erwähnt, diese aber nicht analysiert als Erscheinungsform der internationalen kapitalistischen Konkurrenz bzw. als Verschleierung der Forderung nach weiterer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Monopole. (Immerhin geht dieses Moment noch am ehesten in die bildungsökonomischen Analysen ein.)

5.2.
Der Druck der Systemkonkurrenz auf die kapitalistischen Staaten. Auch hier werden nur vereinzelte Momente der Auswirkung der Systemkonkurrenz genannt: die verstärkten Bildungsanstrengungen der USA nach dem Sputnik-Schock von 1957, aber nicht auf deren politische Implikationen hin untersucht. Einhellig erwähnen alle Autoren den 13. August 1961. Doch nicht als Beginn der Konsolidierung des sozialistischen Systems in der DDR mit der Auswirkung der zunehmenden Attraktivität der Qualität des Bildungssystems in der DDR auf die arbeitende Bevölkerung in der BRD und Westberlin, sondern nur im Zusammenhang des Entzugs qualifizierter Arbeitskräfte für das Kapital.

5.3.
Die sich verschärfenden Klassenkämpfe im eigenen Lande. Gerade dieses wichtige verursachende politische Moment für Veränderungen im Ausbildungssektor fällt praktisch völlig weg oder wird von vornherein als technokratisch denunziert oder als wirkungslos gegenüber den sich offenbar stets durchsetzenden Verwertungsinteressen des Kapitals hingestellt.

6.
Während gerade die Entwicklung der Bildungsökonomie und als deren Konkretion Bildungsplanung immer mehr zeigen, daß der Kapitalismus im Weltmaßstab die Initiative verloren hat, daß seine zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten, die Gefährdung des gesamten kapitalistischen Systems nur erklärbar sind durch das Zusammenwirken der drei genannten Faktoren, daß er unter Anpassungszwang handelt, trennen die Linksopportunisten die politische Erscheinungsweise der Verwertungsbedingungen des Kapitals von der zugrundeliegenden ökonomischen Bewegungsweise. So wird aus der, von Huisken beschworenen (10) „Logik des Kapitals" auch die Bildungspolitik des Staates erklärt.

So werden die Änderungen in der Bildungspolitik der Herrschenden in den sechziger Jahren einseitig erklärt mit der Rezession 66/67, „zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals", „dem Ende der Rekonstruktionsperiode". Wird dennoch einmal zusätzlich die demokratische Bewegung in der BRD als Ursache für Veränderungen erwähnt, so wird diese Bewegung auf die Studentenbewegung reduziert, der Kampf der Arbeiterklasse vernachlässigt oder diffamiert (11), und auch diese Bewegung im gleichen Atemzug denunziert als Erfüllungsgehilfe der „effektivsten Konzepte der fortgeschrittensten Monopole" (12).

Besonders dreist in dieser Hinsicht ist Herbert Maass, wenn er etwa feststellt: „Im Gegensatz zu den Chemie-Elektro-Konzernen, die sich durch den progressiven Pädagogenflügel, die Gewerkschaften und den Deutschen Bildungsrat gut vertreten fühlen und die direkte Konfrontation mit anderen (Kapital-)Fraktionen meiden, ist die Schwerindustrie (Metall) auf eine eigene Artikulation ihrer Reorganisationsvorstellungen angewiesen." (13)

7.
Sehen sie Differenzierungen in der Bildungspolitik des Staates, so werden diese einseitig auf Einflüsse fester Kapitalfraktionen zurückgeführt. Besonders deutlich wird dies nach dem Regierungswechsel 1969, wo zunehmend die Bildungspolitik der CDU/CSU in den 20 Jahren zuvor als „mittelständisch" bezeichnet wird. (14) Gegenüber einer der ökonomischen Auswirkungen des 3-gliedrigen Schulsystems und der dualen Ausbildung, nämlich der Versorgung der kleinen und mittleren Betriebe mit billigen Arbeitskräften, den Lehrlingen, werden die politischen Ursachen dieser Bildungspolitik übersehen. Neben den riesigen Profiten, die gerade die Großkonzerne aus den billigen Lehrlingen herausholten, wird dabei vergessen, daß die CDU/CSU – die Partei der reaktionären Kreise des Großkapitals, die sich nur demagogisch zur Sprecherin des Mittelstandes erklärt – gerade in dieser Zeit die demokratischen Errungenschaften oder Forderungen der Nachkriegszeit nach einem einheitlichen Bildungssystem zerschlagen bzw. verhindert hat – ganz sicher nicht im Interesse des Mittelstands! Vielmehr war die Wiedereinführung des alten Schulsystems (mit Zwergschulen, Konfessionalisierung etc.) zur Verdummung der Schüler zusammen mit staatlich verordnetem Antikommunismus und Bündnis mit den reaktionärsten Bildungspolitikern wesentlicher Teil der Strategie des Monopolkapitals zur Wiederherstellung seiner vollen Macht.

8.
Wird einmal an diese Kämpfe in der Nachkriegszeit erinnert, wie in den „Materialien zur

10 Huisken, a.a.O., S. 251.
11 Siehe Kanzow in: K.H. Roth, E. Kanzow: UNWISSEN ALS OHNMACHT, Berlin 1970, Kap. 4.
12 R. Hickel: „Zur Politischen Ökonomie der Gesamthochschule", VDS-HOPOMAT 2, S. 5.
13 H. Maass: POLITISCHE ÖKONOMIE DER LEHRLINGSAUSBILDUNG, Frankfurt/M. 1971, S. 42.
14 So u.a.: M. Baethge, a.a.O.

Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors", (15) so werden sie allein vom Verwertungsinteresse des Kapitals her beleuchtet: In Berlin war nach 1945 in Aktionseinheit zwischen SPD und KPD eine demokratische Schulreform durchgeführt worden. Im Schulgesetz von 1947 wurde die 12-jährige Einheitsschule mit Lehr- und Lernmittelfreiheit und Trennung von Kirche und Schule eingeführt. Zur allmählichen Zerschlagung dieser demokratischen Schulreform und der Wiedereinführung des 3-gliedrigen Schulsystems heißt es nur kurz: „Die in Berlin eingeleitete Schulreform erwies sich als gemessen an den Ansprüchen des Kapitals offensichtlich als überflüssig; der Bedarf wurde hinreichend durch das dreigliedrige Schulsystem gedeckt, auf bildungspolitische Aktivitäten konnte aus diesem Grund verzichtet werden". (16)

9.
Diese Beseitigung der Reform war Teil des Klassenkampfs von oben: Sie sollte aus Gründen der Herrschaftssicherung eine Demokratisierung des Schulsystems verhindern und einen großen Teil der Ausbildung auch der besseren ideologischen Kontrolle wegen in den Betrieben, in der dualen Ausbildung belassen. Dieser Teil des Klassenkampfs von oben wird in den „Materialien ..." zu einem Akt ökonomischer Rationalität. Eine ähnliche Beurteilung wesentlicher demokratischer Forderungen nur von der „Logik des Kapitals" und seiner Fraktionen her nimmt R. Heinrich in ihrer These vor: „Die Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule zur Vereinheitlichung des nationalen Schulwesens ist aufgrund der gegenwärtigen ökonomischen Situation gesamtgesellschaftlich nicht notwendig". (17) Abgesehen von dem völligen Unverständnis gegenüber der Bedeutung der demokratischen Bewegung ist das Buch eine sehr interessante Analyse der Entwicklungen im Schulbereich.

10.
Sitzen die Linksopportunisten schon hier dem Schein der kapitalistischen Wirklichkeit auf, so erst recht in der Frage der Finanzierung der Bildungsausgaben. Sie gehen der bürgerlichen Bildungsökonomie völlig auf den Leim, indem sie wie diese den „Mangel an Ressourcen" konstatieren bzw. zur Gesetzlichkeit im Kapitalismus erklären. Huisken macht diesen Mangel zum roten Faden seines obengenannten Buches und zur erklärenden Determinante kapitalistischer Bildungsplanung. Er sitzt der Demagogie dieser Bildungsplaner auf, erklärt eine Umverteilung im Staatshaushalt zugunsten der Bildung für mit den Kapitalinteressen unvereinbar (18), eine Erhöhung des Bildungshaushalts nur als möglich aus dem Zuwachs des Wirtschaftswachstums (19) – so in gemeinsamer Front mit der rechten SPD.

11.
Tatsächlich wäre genügend Geld vorhanden für Bildungsausgaben (das sieht man schon daran, wie schnell Riesensummen für Aufbau neuer Polizeitruppen oder BuWeHochschulen oder für Konzernsubventionen da sind), es wird aber nicht bereitgestellt wegen der gegenwärtig zu großen Gefahren, die die Monopole von Reformen im Bildungswesen für ihre Herrschaftssicherung ausgehen sehen. Die Bildungsplaner haben die Aufgabe, unter dem Deckmantel der optimalen Verteilung knapper Mittel die besten Strategien der Herrschaftssicherung über Formen und Inhalte des Bildungswesens zu ermitteln. Die lautstark von den Bundestagsparteien ausgetragene Diskussion um den Bildungsgesamtplan ging nur vordergründig um Finanzierungsfragen (die finanziellen Vorstellungen von CDU und SPD waren

15 E. Altvater, F. Huisken (Hrg.): MATERIALIEN ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DES AUSBILDUNGSSEKTORS, Erlangen 1971.
16 Ebenda, S. 128.
17 R. Heinrich: ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DER SCHULREFORM, Frankfurt/M. 1973, S. 59.
18 Huisken, a.a.O., S. 250, 252.
19 Ebenda, S. 322 f.

nie sehr unterschiedlich), in den politischen Parteien spiegelten sich tatsächlich innermonopolistische Auseinandersetzungen wider um die Inhalte der – von der CDU so genannten – „Reformutopien". Häufig wird in diesem Zusammenhang die Äußerung des DIHT-Präsidenten Wolff von Amerongen gegen die zu kostspieligen Bildungsreformen vom Herbst 70 als Beleg verwandt für die Relevanz der mittleren Kapitalien in der Bildungsreformdiskussion. Tatsächlich aber ist Wolff von Amerongen einer der exponiertesten Vertreter des Großkapitals, seine Warnung richtete sich eindeutig gegen die Gefahr demokratischer Inhalte der Reformen.

12.
Angesichts der vehementen, sowohl direkten wie über die Bundestagsparteien vermitteiten Einwirkungen auf die Bildungspolitik erweist sich daher die Behauptung Huiskens eindeutig als falsch: „Das Einzelkapital interessiert sich prinzipiell nicht für den Prozeß der Qualifizierung im öffentlichen Ausbildungssektor, sondern allein für die Resultate des Ausbildungsprozesses". (20)

13.
Diese Behauptung war nur gewonnen aus der abstrakten Untersuchung der Kategorien der marxistischen politischen Ökonomie, nicht aus der Analyse der Realität. Ähnlich steht es mit einer der zentralen Behauptungen von Altvater, Huisken und Nachfolgern: aus der Entfaltung der Kategorien produktive und unproduktive Arbeit wird die geringe Höhe der Bildungsausgaben gefolgert, da diese als Ausgaben für unproduktive Arbeit Abzüge vom möglichen Mehrwert wären (21). In dieser Form ist die Behauptung aber für den gegenwärtigen Kapitalismus nicht mehr richtig, sie offenbart die falsche Bestimmung des Verhältnisses Staat-Kapital für den *heutigen* Stand. Denn die Bildungsaufwendungen werden ja heute vom Staat finanziert und das heißt im wesentlichen von der arbeitenden Bevölkerung selbst (und immer mehr zunehmend angesichts der noch immer erfolgreichen Bemühungen der Monopole, die Steuerlast auf die Werktätigen abzuwälzen).

In dem Artikel „Anmerkungen zur Klassenlage der pädagogischen Intelligenz", der wohl nach dem Buch „Kritik der bürgerlichen Didaktik ..." entstanden ist, beschreibt Huisken immerhin die Umverteilungsprozesse, die der Staat zur Finanzierung u.a. des Bildungswesens vornimmt (22). Wegen der Beschränkung seiner Sicht auf dem Bildungssektor sieht er nur, daß der Staat durch Steuereintreibung von den Kapitalisten für Bildung den „akkumulationsfähigen Teil des Mehrwerts verringert" (23), und nicht die Möglichkeit, daß die Monopole den Steuer-Anteil der Werktätigen ihrerseits zu sich als Extraprofite umverteilen. Er spricht vielmehr dem Staat „eine eher technische Redistributionsfunktion" (24), wohl als quasi-neutraler Sachwalter der Kapitalinteressen zu, er sieht nicht die relative Selbständigkeit des Staates gegenüber den Monopolen, die ihn auch empfindlich macht gegenüber dem Druck der Arbeiterklasse.

Zu welch absurden Schlußfolgerungen Huiskens Umverteilungserklärung führt, macht H. Maass deutlich, der sich direkt darauf stützt: „Diese technische Redistributionsfunktion wird allerdings vorwiegend innerhalb der Arbeiterklasse wirksam, d.h. letztlich bezahlt die Masse der unqualifizierten Arbeiter die Ausbildung der qualifizierten Arbeitskräfte, was besonders makaber ist; denn die schlechter entlohnten, unqualifizierten Arbeiter bezahlen nicht nur die bessere Qualität ihrer eigenen Aufseher (!), sondern schaffen über den Umweg des Staates auch noch die Voraussetzung dafür, daß privilegierte Arbeitskräfte auf-

20 Ebenda, S. 293.
21 Z.B. ebenda, S. 271 ff.
22 In: Altvater, Huisken: MATERIALIEN ..., a.a.O., S. 420 ff.
23 Ebenda, S. 423.
24 Ebenda, S. 421.

grund der Wertsteigerung ihrer Arbeitskraft höheren Lohn bekommen" (25) Die Klassenlinie zwischen Lohnarbeit und Kapital wird hier ersetzt durch eine zwischen Ungebildeten und Gebildeten. Aufhebung von Privilegien bedeutet Abschaffung von Bildung.

14.
Das Nehmen des Scheins für die Wirklichkeit erweist sich als durchgängiger Zug in den bildungspolitischen Aussagen der angesprochenen Theoretiker. Dies trifft auch zu für den Bereich der Inhalte der Bildung, in dem sie lediglich eine „Andersqualifizierung" zu entdecken glauben anstatt einer, angeblich von SMK-Theoretikern behaupteten, „Höherqualifizierung". (26)

15.
Bei der Behauptung, „es wäre nicht sinnvoll, bei der Änderung der Qualifikationsstruktur im Verlauf des wissenschaftlich-technischen Fortschritts von einer ‚Verbesserung' zu sprechen" sondern von einem „ ‚Anderswerden' konkreter Kenntnisse und Tätigkeiten" (27), bei der Behauptung, „daß (die überwiegende Zahl der Arbeitskräfte im Bereich der ausführenden Arbeit) auf dem Qualifikationsniveau einer durchschnittlichen Handwerkslehre ihre Arbeit an sich ständig wechselnden Arbeitsplätzen verrichten können" (28), handelt es sich lediglich um die Beschreibung einiger Momente, mit denen die kapitalistischen Bildungsplaner bestimmten objektiven Erfordernissen zu entsprechen suchen. Welche objektiven Erfordernisse das sind und was die Richtung des „Anderswerdens" ist, wird nicht untersucht, sondern völlig unkritisch, so von Baethge, die „empirischen Befunde der (bürgerlichen!, G.S.) Industriesoziologie" (28) übernommen.

Zur marxistischen Qualifikationsforschung

Die objektiven Erfordernisse sind begründet in der fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte (vor allem der Arbeitskraft des Menschen!) im Zuge der historischen Entwicklung. Der Charakter dieser Entwicklung der Produktivkräfte wird angegeben durch das Gesetz der zunehmenden Komplizierung der gesellschaftlichen Arbeit. Intensität und Äußerungsformen des Gesetzes sind aber abhängig vom Charakter der jeweiligen Produktionsverhältnisse.

Auch die kapitalistischen Konzerne sind aufgrund der internationalen kapitalistischen Konkurrenz und des Drucks der Systemkonkurrenz zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte gezwungen. „Aber die Komplizierung der gesellschaftlichen Arbeit im Kapitalismus wird durch die Produktionsverhältnisse gehemmt, durch die spezifischen Gesetze des Kapitalismus eingeschränkt. Vor allem die Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Arbeiterklasse bleibt hinter dem Wachstum der gesamten Arbeitskraft der Gesellschaft zurück". (29) „Kapitalistische Arbeitsteilung und kapitalistische Anwendung von Maschinen (verwandeln) die Arbeiter weitgehend in Anhängsel der Maschine; sie führen zur Zersplitterung und Vereinfachung der Produktionsoperationen, welche von den ‚Teilarbeitern' erfüllt werden" (29). „Es kommt zur Aufsplitterung vieler Arbeitsfunktionen in Elementartätigkeiten, bei denen sich geringster Qualifikationsanspruch, hohe Arbeitsmonotonie, extreme

25 H. Maass, a.a.O., S. 36.
26 Siehe: E. Altvater, in: St. Leibfried (Hrg.): WIDER DIE UNTERTANENFABRIK, Köln 1967, S. 54; Baethge, a.a.O.
27 Altvater, ebenda.
28 Baethge, a.a.O., S. 22.
29 J. Kusmitschow: „Probleme der Beziehung von technischem Fortschritt und Qualifikationsniveau der Arbeiterklasse im Staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: KONSEQUENT Nr. 8/71, S. 15.

Vereinseitigung der Tätigkeit und Zwang zu gleichbleibend hoher Intensität zu hohen psychophysischen Belastungen vereinen."(30) Das betrifft nicht nur un- und angelernte Arbeiter, sondern auch Facharbeiter: „Auch die Qualifikation hochqualifizierter Arbeiter (muß) wegen ihrer Einseitigkeit – sowohl infolge eng spezialisierter Ausbildung als auch infolge ständiger einseitiger Beanspruchung – differenziert eingeschätzt werden." (31)

Insoweit beschreiben also die „empirischen Befunde" der bürgerlichen Soziologie die Qualifikationsstruktur der Arbeiter richtig. Freilich fragen sie nicht nach den Ursachen dieser Entwicklung.

Sie bestehen in dem Bestreben der Kapitalisten nach Profitmaximierung, in dem immer mehr auch vom Interesse der Herrschaftssicherung geprägten Bestreben der Reduktion komplizierter auf einfache Arbeit.

Ebensowenig fragen die „empirischen Befunde" nach der Richtung der Bewegung der Qualifikationsstruktur.

Auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus „erfordert der technische Fortschritt ein Wachstum der Kompliziertheit der durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeit und einen Anstieg des Qualifikationsniveaus der gesamten Arbeitskraft der Gesellschaft, des kombinierten Arbeitspersonals". „Es ist offensichtlich, daß das Qualifikationsniveau des kombinierten Arbeitspersonals, welches moderne Ozeanschiffe baut, höher ist, als das in den alten Werften, wo die Fulton-Dampfer und noch früher Segelschiffe gebaut wurden" (32). „Wenn trotzdem von einem Steigen des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus gesprochen wird, so deswegen, weil eben nicht nur von einzelnen Arbeitern oder Arbeiterkollektiven ausgegangen werden darf, sondern auch der Betrieb, das Unternehmen, der Industriezweig und schließlich die gesamte Wirtschaft in die Betrachtung einbezogen werden müssen. Dann ergibt sich, daß der Stagnation oder auch dem Sinken des Qualifikationsniveaus einer Mehrheit der Arbeiter und Angestellten in einem Kollektiv das rasche und überproportionale Steigen des Qualifikationsniveaus einer Minderheit von Beschäftigten teilweise im selben Kollektiv, meist aber in den höheren Produzenteneinheiten (technische Intelligenz, Wissenschaftler) gegenübersteht." (33)

16.
Diese Zitate marxistischer Wissenschaftler zeigen, daß die Behauptungen von Baethge u.a., die Marxisten („Stamokap-Theoretiker") – ebenso wie die SPD-Führung würden eine generelle Höherqualifizierung der Arbeiterklasse konstatieren, barer Unsinn sind. Es wird nicht auseinandergehalten, daß einerseits die Marxisten eine relative Dequalifizierung im Kapitalismus feststellen (Altvater, Janossy, Baethge nennen das „Andersqualifizierung"), daß sie ferner die *politische* Forderung nach *allgemeiner* Höherqualifizierung stellen. Diese politische Forderung begründet sich aus dem Interesse der Arbeiterklasse an umfassender Ausbildung, um gemäß der Produktivkraftentwicklung und ihrer historischen Mission die Leitung von Produktion und Gesellschaft übernehmen zu können. Nichts anderes bedeutet die Formulierung der „Notwendigkeit" der allgemeinen Höherqualifikation. Sie enthält nicht im geringsten eine Aussage über einen Automatismus der Durchsetzung. Auch die Aussage, daß ein „Zwang" von der Produktivkraftentwicklung auf den Kapitalismus einwirkt, sagt noch nichts über die konkrete Form der Durchsetzung.

30 H. Kolbe, P. Delitz u.a.: „Probleme der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus", DWI-Berichte Nr. 6/71, S. 19; auch veröffentlicht in SOPO 12/71.
31 Kaufhold, Menke, Sandow: „Veränderungen in der Qualifikationsstruktur der Industriearbeiter", in: IPW-Berichte 2/72.
32 Kusmitschow, a.a.O., S. 15.
33 Kaufhold u.a., a.a.O., S. 16/17.

17.
Der Taschenspielertrick der Verwechslung der politischen Forderung nach Höherqualifizierung mit der Beschreibung der gegenwärtigen kapitalistischen Wirklichkeit dient der Diffamierung der demokratischen Bewegung. Der Trick soll die Bewegung spalten und sie vom konsequenten Kampf gegen das kapitalistische Bildungsprivileg abhalten. Das wird schon belegt dadurch, daß die Baethge-Argumentation in b:e begierig von Johano Strasser in seiner Hetzschrift gegen die Juso-Linke aufgegriffen wurde. (34)

18.
Die These von einer allgemeinen Höherqualifizierung wird nicht von den Marxisten, sondern von Rechtsopportunisten aufgestellt. So haben die Reste des SHB/SF in ihrem Antrag für eine Hauptresolution des vds auf der 25. vds-MV folgende These aufgestellt: (dabei offenbar fußend auf Kanzow/Roth, auf deren Buch ansonsten einiges der hier geäußerten Kritik insoweit nicht zutrifft, als sie eine wesentlich konkretere Analyse der Entwicklung des Kapitalismus und der Produktivkraftentwicklung durchführen. Doch aufgrund der fehlenden Bestimmung der widersprüchlichen Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus leisten sie Auffassungen von sich automatisch durchsetzenden Anforderungen der Technologie Vorschub). „Da das Kapital jedoch aufgrund des tendenziellen Falls der Profitrate (internat. Konkurrenz) zur permanenten Revolutionierung der technologischen Basis der Produktion gezwungen ist, müssen die entsprechenden Qualifikationen der Ware Arbeitskraft vermittelt werden."

19.
Hinzufügen muß man freilich, daß eine Grundlage für die Verwechslung der politischen Forderung mit der Beschreibung der kapitalistischen Wirklichkeit gelegt ist in konvergenztheoretlerischen Arbeiten zur Bildungsökonomie, wie etwa Janossy, und in einigen marxistischen Analysen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Kapitalismus, die nicht genügend die widersprüchliche Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus und deren Folgerungen untersuchen (z.B. Richta-Report).

20.
Linke und rechte Opportunisten benutzen diese demagogische Verdrehung, weil sie die Bedeutung der politischen Forderung nach höherer Qualifikation im demokratischen Kampf und die Perspektiven der Durchsetzung nicht erkennen. Die von ihnen entwickelten Theorien entsprechen ihrer objektiven Funktion, den demokratischen Kampf zu behindern und zu hemmen. Diese Funktion erfüllen sie auch mit ihren bildungs-ökonomischen Theorien, wenn sie entgegen den Forderungen der Arbeiterbewegung nach höherer Qualifikation erklären, daß „unter kapitalistischen Bedingungen die Qualifikation des Arbeitsindividuums nicht seine Qualifikation darstellt, sondern Qualifikation des Kapitals ist". (35) Der Charakter der Qualifikation für den Arbeiter – einerseits gebrauchswerter-

34 Siehe JUSO Informationsdienst, Nr. 1/73, S. 3.
35 Altvater. Huisken: MATERIALIEN ..., a.a.O., S. 85.

Adressenänderung bitte rechtzeitig angeben

höhend fürs Kapital, andererseits qualifizierend zur Leitung der Produktion wie der Gesellschaft zu sein – wird nicht gesehen. Wie freilich die Arbeiter ohne bessere Bildung, die insbesondere Abstraktionsfähigkeiten ausbildet, von den Erscheinungen zum Erkennen des Wesens des Kapitalismus und richtigen Handeln gelangen sollen, bleibt Geheimnis der Revolutionsromantiker.

Das Übersehen dieses Doppelcharakters hängt mit folgenden vier grundsätzlichen Fehlern zusammen:

1. Sie können Andersqualifizierung nicht von Höherqualifizierung unterscheiden, da sie aufgrund fehlender Untersuchung der Produktivkraftentwicklung keine Kategorien für eine solche Untersuchung haben.

2. Insoweit können sie Wissensaneignung immer nur verstehen als Erweiterung des Wissensbestandes, nicht als Höherentwicklung des Denkens.

3. Das Bildungsziel der *Disponibilität,* – gemeint ist die Herausbildung der allseitig entwickelten und gebildeten Menschen – dessen Verwirklichung in Übereinstimmung mit den Tendenzen der Produktivkraftentwicklung von den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse gefordert wird, wird verwechselt mit *Flexibilität* und *Mobilität,* dem Bildungsziel der vielseitigen Einsetzbarkeit, mit dem Kapitalisten den ihnen aufgezwungenen Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung zu entsprechen versuchen.

4. Schließlich verbirgt sich dahinter als schwerwiegendste Revision des Marxismus die Leugnung der revolutionierenden Rolle der Produktivkräfte. Während die Produktionsverhältnisse im Kapitalismus hypostasiert werden, fehlt völlig eine Analyse der Entwicklung der Widersprüche im Kapitalismus und insbesondere der zunehmenden Rolle, die die Bildung der Hauptproduktivkraft Mensch innerhalb der Entwicklung dieser Widerspruchsstruktur bekommen hat.

Gerd Schubring

Trimm dich

Mal wieder fit machen für den Klassenkampf

Für 3 Mark signal abonnieren.

lies signal

Bestellungen an den signal-Vertrieb 1 Berlin 44, Allerstr. 35

Wissenschaftlich-technische Intelligenz

Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse ?

I

Die theoretischen Ansätze zur Formulierung einer „neuen" Arbeiterklasse und die kritische Auseinandersetzung mit diesen Thesen werden in der BRD erst seit einigen Jahren diskutiert. Erste Abdrucke dieser Diskussion erfolgten 1965 und 1966 in der „neuen kritik", in denen Mallet die wissenschaftlich-technisch qualifizierten Lohnarbeiter als die „neue" Arbeiterklasse bezeichnete und Bridier hingegen die These vertrat, daß es sich bei dieser Gruppe wohl eher um eine „neue" Bourgeoisie handle. Diese beiden Positionen benennen den Rahmen, innerhalb dessen in Frankreich die Diskussion um die Theorie einer „neuen" Arbeiterklasse geführt worden ist und dienen Hellmuth Lange daher als Titel seiner Untersuchung zum Verhältnis von sozialer Differenzierung und politischem Bewußtsein der wissenschaftlich-technischen Intelligenz (1).

Während von marxistischen Wissenschaftlern das Wachstum der Angestellten und ihre zunehmende Bedeutung im kapitalistischen Reproduktionsprozeß bereits vor den Mai/Juni-Ereignissen in Frankreich einer umfassenden Analyse unterzogen wurden (2), regte erst die Teilnahme von Teilen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz an den sozialen Auseinandersetzungen in Frankreich Sozialwissenschaftler und Studenten an den westdeutschen Hochschulen an, sich mit Fragestellungen zu befassen, die sich auf die zunehmende Verwissenschaftlichung des kapitalistischen Produktionsprozesses und die daraus resultierenden Strukturveränderungen innerhalb der Arbeiterklasse beziehen (3). Dieses Nachhinken der sozialwissenschaftlichen Diskussion in Westdeutschland gegenüber Frankreich läßt sich nun nicht etwa daran festmachen, daß das Phänomen, welches die Theorie von der „neuen" Arbeiterklasse formuliert, die zunehmende Konzentration von Ingenieuren, Technikern und Naturwissenschaftlern im unmittelbaren Produktionsprozeß respektive in Bereichen, die diesem vor- und nachgeschaltet sind, d.h. ihre direkte Subsumtion unter

1 Besprechung von Hellmuth Lange: WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE INTELLIGENZ. Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse? Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zum Verhältnis von sozialer Differenzierung und politischem Bewußtsein. Köln, 1972. Im folgenden werden Zitate durch einfache Seitenangaben in Querstrichen nachgewiesen.

2 Vgl. Steiner, Helmut: SOZIALE STRUKTURVERÄNDERUNGEN IM MODERNEN KAPITALISMUS, Berlin, 1967.

3 Vgl Deppe/Lange/Peter: „Neue Arbeiterklasse?", in: Deppe/Lange/Peter (Hrsg.): DIE NEUE ARBEITERKLASSE, Frankfurt/M.,1970; Deppe/Lange: „Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins" (II. Teil), in: DAS ARGUMENT 62, S. 806 ff.; Deppe: „'Alte' und 'neue' Arbeiterklasse", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 10; sowie ders.: DAS BEWUSSTSEIN DER ARBEITER, Köln, 1971; Kusmitschow: „Probleme der Beziehung von technischem Fortschritt und Qualifikationsniveau der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: KONSEQUENT, Nr. 8, Westberlin, 1971. Vgl. auch: ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN. Beiträge einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen am 17./18. April 1971 in Frankfurt am Main, speziell: S. 32-46, 175-179, 181-183 sowie den Bericht über die Tagung in SOPO 11/1971, S. 79-93.

das Kapital, in der BRD nicht im gleichen Umfang zu verzeichnen wäre wie in Frankreich. Vielmehr galt für die meisten bürgerlichen Sozialwissenschaftler infolge der relativen Stabilität des westdeutschen Kapitalismus in seiner Rekonstruktionsperiode nach dem zweiten Weltkrieg ein Interesse für Fragen nach der Lage der Arbeiterklasse sowie deren innerer Differenzierung und Strukturveränderung weitgehend als obsolet, da man diesem Interesse die materielle Grundlage absprach. Die Klasse der Lohnarbeiter schien aufgelöst und integriert in die, lediglich „Schichten" aufweisende Industriegesellschaft.

In Frankreich hingegen bestand dieser Bruch in der Arbeiterbewegung nach dem 2. Weltkrieg nicht, wodurch sich die Relevanz der Untersuchung von Veränderungen der technologischen Seite des Produktionsprozesses und deren Auswirkungen für die Organisation der Arbeit und die Struktur der Arbeiterklasse unmittelbar ergab.

Aus diesem Kontext resultiert für Lange die wichtige Funktion der Thesen Mallets über das Entstehen einer „neuen" Arbeiterklasse, da sie auf ein Problem hinweisen, „dessen hervorragende politische Bedeutung lange Zeit in umgekehrten Verhältnis zu der Aufmerksamkeit gestanden hatte, die ihm von sozialwissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Seite zuteil geworden war: das Problem der sozialen Lage und des politischen Bewußtseins der wachsenden wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ihres Verhältnisses zur Arbeiterklasse" /9-10/.

Im ersten Abschnitt seiner Untersuchung stellt sich Lange die Aufgabe, zu überprüfen, inwieweit der Auffassung Mallets, daß die Automation einen neuen Typ der kollektiven, polyvalenten und synthetischen Arbeit hervorbringt und diese eine eigenständige und homogene Gruppe, die „neue" Arbeiterklasse, konstituiert, zuzustimmen ist. Da dieser These von einem Arbeitstypus, der bereits tendenziell die Aufhebung der Trennung in Hand- und Kopfarbeit und insofern wieder die Ganzheitlichkeit der handwerklichen Arbeit impliziert (4), eine Reihe empirischer Materialien gegenüberstehen, die diese Tendenz der Requalifizierung der Arbeit in den automatisierten Sektoren in dem von Mallet formulierten Ausmaß nicht verifizieren (5), soll in einem zweiten Abschnitt der Frage nachgegangen werden, inwiefern eine Verabsolutierung und Generalisierung spezifisch französischer Verhältnisse, wo sich zumindest Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz der Arbeiterbewegung angeschlossen respektive an betrieblichen und sozialen Auseinandersetzungen teilgenommen haben, zur Formulierung der Theorie einer „neuen" Arbeiterklasse beigetragen haben. Diese inhaltliche Untergliederung – einerseits die kritische Auseinandersetzung mit den theoretischen Prämissen Mallets und andererseits die Einbeziehung der schrittweisen, bewußtseinsmäßig und organisatorisch vollzogenen Annäherung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz an die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in Frankreich – erscheint auch deswegen sinnvoll, weil Mallet seine Analyse explizit mit der Forderung nach Umorientierung der gewerkschaftlichen Taktik verbindet, seine Untersuchungsergebnisse für die gewerkschaftliche Praxis unmittelbar geltend macht. Auf diesem Hintergrund ist es möglich, sowohl die immanenten Widersprüchlichkeiten und den revisionistischen Charakter der Theorie einer „neuen" Arbeiterklasse als auch die unterschiedliche Situation in beiden Ländern in bezug auf die Bewußtseinsformen und die Organisiertheit der wissenschaftlich-technisch qualifizierten Lohnarbeiter zu beleuchten und insofern die gesellschaftlich spezifische Bedingtheit dieser Theorie, die sich allerdings in verkehrter Form ausdrückt, selbst noch aufzuzeigen.

4 Vgl. Mallet: „Les nouvelles realites sociales: Les luttes ouvrieres dans les secteurs industriels avances", in: LES CAHIERS DU CENTRE D'ETUDES SOCIALISTES, Nr. 7-8, S. 10.

5 Vgl. u.a. Kern/Schumann: INDUSTRIEARBEIT UND ARBEITERBEWUSSTSEIN, Teil I, Frankfurt/M., 1970, S. 123, 219.

„Die vorliegende Arbeit verfolgt mithin ein doppeltes Ziel. Sie will zum einen auf aktuelle Gefahren einer Desorientierung der gewerkschaftlichen Praxis aufmerksam machen. Sie versteht sich zum anderen als Beitrag zu einer Theorie der Entwicklung politischen Bewußtseins." /11/

II

Mallets Ausgangspunkt der Theorie einer „neuen" Arbeiterklasse ist seine Kritik an bestimmten marxistischen Vertretern, die oft dazu geneigt hätten, aus dem philosophischen Begriff des Proletariats, als dem „universalen" Subjekt, eine soziologische Einheit der Arbeiterklasse abzulesen. Hingegen komme es darauf an, die innere Differenzierung der Klasse aufzuzeigen, denn „solange die technologische Arbeitsteilung bestehen wird, wird die Arbeiterklasse nur theoretisch eine Einheit bleiben" (6).

Diese Differenzierung resultiert für Mallet vor allem aus den verschiedenen Entwicklungsstufen der Produktion. Einer jeweiligen Stufe technologischer Entwicklung entspricht seiner Auffassung nach eine bestimmte Form der Organisation der Arbeit, deren Träger bestimmte Konzeptionen des Klassenkampfes entwickeln. Da verschiedene Phasen technologischer Entwicklung nebeneinander existieren, bestehe die Notwendigkeit, veraltete Konzeptionen für den gewerkschaftlichen und politischen Kampf abzustreifen und die gewerkschaftliche Taktik auf die Fraktion der Arbeiterklasse und deren Strategie zu orientieren, die in den technologisch fortgeschrittensten Industriesektoren tätig ist. „In seiner Darstellung der historischen Differenzierung der Arbeiterklasse greift Mallet auf das 3-Phasen-Schema der industriellen Entwicklung zurück, das von A. Touraine und vor ihm in Ansätzen von G. Friedmann konzipiert und in industriesoziologischen Untersuchungen angewandt worden ist." /15/

Die beiden ersten Phasen, die des „Familien- und Gruppenkapitalismus", deren Hauptträger der „polyvalent gebildete Facharbeiter" ist, und die der „industriellen Entwicklung", wo der „ouvrier specialise", der angelernte Arbeiter oder der Typ der unqualifizierten Arbeit an der Maschine dominiert, umreißt Lange nur kurz, um die Phase C, die der Automation, näher zu diskutieren.

Der grundlegende Wandel von der mechanisierten Produktion zur Automation „liegt nach Mallet in der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte, die neue Formen der Kooperation, der Qualifikation und der Verteilung von Anweisungs- und Aufsichtskompetenzen erzwingt, aus denen sich wiederum veränderte Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse ergeben" /18/.

Die Automation schafft für Mallet insofern völlig neue Arbeitsbeziehungen und Bewußtseinsformen, als sie seiner Meinung nach die Parzellierung der Arbeitsvorgänge aufhebt und dem in der Mechanisierungsphase mit Detailarbeiten Beschäftigten auf der Ebene des Teams seine Qualifikation zurückgibt.

Der „moderne" Arbeiter sichert nach Mallet gewissermaßen eine Funktion, innerhalb derer er allein und selbstverantwortlich seine Entscheidungen trifft. Die daraus entspringende Initiative und Verantwortung an seinem Arbeitsplatz bedingen es, daß der Arbeiter auf einer kollektiven Ebene die Berufsautonomie und damit das Interesse für seine konkrete Arbeit und die Bedingungen, unter denen sie fungiert, wiedergewinnt.

Die Situation in den automatisierten Betrieben führe quasi zu einer „objektiven Integration" der „neuen" Arbeiterklasse in das Unternehmen, die sich auf drei Ebenen darstellt:

6 S. Mallet: DIE NEUE ARBEITERKLASSE, 1972, S. 26. Im Gegensatz zu Lange kann an dieser Stelle bereits nach der deutschen Übersetzung zitiert werden.

1. der Lohnebene, da die Organisation der Arbeit im automatisierten Sektor eine individuelle Lohnfindung, die sich auf individuell meßbare Leistung stützt, unmöglich mache und die Löhne für das Unternehmen zu konstanten Kosten gerinnen läßt, 2. der professionellen Rekrutierung durch den Betrieb und 3. der Sicherheit des Arbeitsplatzes, da der hochspezialisierte Produktionsorganismus in derselben Weise von den hochqualifizierten, aber auch einseitig spezialisierten Arbeitern abhängig sei, wie diese vom Unternehmen. Auf der Basis dieser „objektiven Integration" entwickelt sich für Mallet das revolutionäre Bewußtsein der „neuen" Arbeiterklasse, „das seinem politischen Inhalt nach antikapitalistisch und seiner organisatorischen Orientierung nach betriebssyndikalistisch sein soll" /20/.

Diese relativ breite Darstellung der Phase der Automation bei Mallet gibt Lange die Möglichkeit, die Gefahr eines „technologischen Determinismus" (7), die dem 3-Phasen-Schema inhärent ist, näher zu belegen. „So unbestreitbar einerseits eine Korrelation zwischen technologischer Entwicklung und dem Bewußtsein derer, die unter spezifischen technischen Bedingungen arbeiten, besteht ..., so wenig lassen sich doch andererseits die jeweiligen Kooperationsformen und um so viel weniger die jeweiligen Formen des sozialen und politischen Bewußtseins unvermittelt auf den Wandel der Technologie zurückführen" /27-28/.

Indem Mallet den Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses, gleichzeitig Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß zu sein, vernachlässigt, kann er nicht mehr den Umstand explizieren, daß die Technologie stets Bedingung und Resultat kapitalistischer Produktionsweise und die verschiedenen Formen der Organisation der Arbeit auf einer bestimmten technologischen Stufe lediglich verschiedene Methoden zur Produktion relativen Mehrwerts sind. „Das bedeutet, daß sich die Entwicklung der Produktivkräfte, und zwar sowohl nach ihrer technologischen Seite (als Entwicklung der Technik) als auch nach ihrer personalen Seite hin (als Entwicklung und Differenzierung der Arbeiterklasse) unvermeidlich als Funktion der Kapitalakkumulation vollzieht" /29/.

Die dialektische Bestimmtheit des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gerät Mallet mit wachsender technologischer Entwicklung, der „technischen Zivilisation", mehr und mehr aus dem Blickfeld, so daß sich letztlich in der automatisierten Industrie der Widerspruch nicht zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern zwischen dem „Team" und der „Struktur der Technobürokratie" zu konstituieren scheint. Diese unbewußte Verabsolutierung der Entwicklung der Produktivkräfte gegenüber den Produktionsverhältnissen schlägt sich auch in der Neufassung seiner Definition der „neuen" Arbeiterklasse nieder. Faßte er vor 1970 darunter die Lohnarbeiter, deren Arbeit eine „professionell polyvalent kollektive" war (hauptsächlich das Personal in den Entwicklungs- und Forschungsbüros), so stützt sich Mallet nun vor allem „auf das Kriterium des Modernitätsgrades der Industriebereiche, während die beschriebenen Arbeitssituationen, ohne explizit für weniger relevant erklärt zu werden, in den Hintergrund treten" /32/. Durch diese Definition sind sämtliche Lohnarbeiter der automatisierten Produktionsbereiche zur „neuen" Arbeiterklasse zu zählen, denen gegenüber der „alten" Arbeiterklasse in den „traditionellen" Industriesektoren ein vermeintlicher Führungsanspruch zukommt.

Um diese technologisch bestimmte und sich nicht länger auf den wissenschaftlichen Sozialismus stützende Unterscheidung in eine „alte" und eine „neue" Arbeiterklasse bei Mallet aufzurollen, rekurriert Lange auf die Entstehungsbedingungen für den Einsatz der Intelligenz als Lohnarbeiter im kapitalistischen Reproduktionsprozeß /34-50/. Hierbei wird von ihm aufgezeigt, daß neben der Delegierung von Leitungs- und Aufsichtsfunktionen vom Unternehmer an bezahlte Agenten, durch die Verwissenschaftlichung und Vergesellschaftung des kapitalistischen Produktionsprozesses ganz neue Tätigkeitsbereiche (Werbung, Markterschließung, Forschung und Entwicklung) für hochqualifizierte Lohnarbeiter entstehen. Diese Funktionsträger verfügen ebenso wie die Mehrzahl der Träger von unteren und mittleren Leitungsfunktionen nur über geringe oder gar keine Dispositionsbefugnisse. „In der Differenzierung der Angestelltenhierarchie kommt zum einen eine wachsende Integration qualifizierter Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß zum Ausdruck. Andererseits bildet sie die Grundlage für eine parallel verlaufende relative Entprivilegierung der einzelnen Funktionsträger" /40/.

Dieser Einsatz hochqualifizierter Arbeitskräfte im Reproduktionsprozeß ist jedoch nicht, wie dies bei Mallet zum Ausdruck kommt, auf die Spitzenindustrien beschränkt, sondern findet neben sämtlichen Bereichen der industriellen Produktion und Zirkulation seinen Ausdruck im gesamten Sektor des „öffentlichen Dienstes", d.h. im Gesundheitswesen, in Lehr- und Ausbildungs- sowie juristischen Berufen.

„Der Unterschied zwischen der Phase der Mechanisierung und der Phase der Automation besteht also nicht darin, daß in letzterer eine 'neue Arbeiterklasse' entsteht, die sich in spezifischer Weise von einer 'alten Arbeiterklasse' in der mechanisierten Produktion abhebt, sondern darin, daß sich als Ergebnis der fortschreitenden Zentralisation und Konzentration des Kapitals der Prozeß der sozialen Polarisierung und darin inbegriffen der Proletarisierung ehemals privilegierter Lohnabhängiger ... in einem Maße fortsetzt, das weit über die Dimension hinausgeht, die dieser Prozeß während der Zeit erreicht hatte, in der die mechanisierte Produktion den fortgeschrittensten Stand der Technik repräsentierte. Tatsächlich läßt sich denn auch die wissenschaftlich-technische Intelligenz weder in toto noch in bezug auf diejenigen Teile, die in den sogenannten Spitzenindustrien arbeiten, als 'neue Arbeiterklasse' oder notwendig als Teil der Arbeiterklasse überhaupt verstehen." /77/

Aus dieser Kritik an den Malletschen Positionen ergibt sich für Lange, daß die Gewerkschaftsbewegung davon auszugehen habe, daß die wissenschaftlich-technische Intelligenz in sich heterogen ist, ihr Einsatzfeld von Unternehmerfunktionen bis hin zu denen durchschnittlich qualifizierter Arbeitskräfte reicht (Techniker, Zeichner etc.) und die gewerkschaftliche Taktik mithin eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten habe, in die diejenigen Teile der wissenschaftlichen Intelligenz, die bereits zu einem Teil der Arbeiterklasse geworden sind resp. die sich in ihrer sozialen und betrieblichen Lage der Arbeiterklasse annähern, mit einbezogen werden.

Stellt der erste Teil der Arbeit von Lange in seiner ausführlichen Kritik an der Überbewertung der technologischen Seite des Produktionsprozesses durch Mallet einen entscheidenden Fortschritt gegenüber früheren Arbeiten zu diesem Thema dar (8), so unterstellt auch Lange Mallet lediglich eine „inkonsequente Handhabung elementarer marxistischer Kategorien" /34/. Hingegen hätte noch deutlicher aufgezeigt werden müssen, daß diese Überbewertung des Arbeitsprozesses gegenüber dem Verwertungsprozeß logische Konsequenz des aus der bürgerlichen Industriesoziologie entlehnten 3-Phasen-Schemas ist.

Dieses Phasenmodell erscheint auf den ersten Blick als eine Nachzeichnung der Marxschen Darstellung im ersten Band des „Kapitals", wo Marx bei der Analyse von Kooperation, Manufaktur und großer Industrie auch die Auswirkung der Veränderungen des Arbeitsmittels und der Organisation der Arbeit auf die Qualifikation und insofern die Struktur der Arbeiterklasse verfolgt hat. Doch während Mallet diese Analyse des technologischen Ein-

7 Vgl. F. Deppe: DAS BEWUSSTSEIN DER ARBEITER, Köln, 1971, S. 40 ff.

8 Vgl. z.B. das Vorwort von Deppe et al.: „Neue Arbeiterklasse?", in: DIE NEUE ARBEITERKLASSE, a.a.O., S. 32, wo trotz bestimmter Kritikpunkte Mallet implizit konzediert wird, daß es ihm mit seiner Theorie der „neuen" Arbeiterklasse darum ginge, eine marxistische Soziologie der industriellen Arbeit auszuarbeiten.

wirkens auf den Produktionsprozeß als *historischen* Ausgangspunkt für sein Phasenmodell heranzieht, ist dieser Abschnitt bei Marx eingebettet in die *logische* Abfolge der ökonomischen Kategorien, die die innere Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft ausmachen. „Das Wirken einer größern Arbeiteranzahl zur selben Zeit, in demselben Raum ..., zur Produktion derselben Warensorte, unter dem Kommando desselben Kapitalisten, bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion". (9) Indem Mallet diese Einheit von logischer und historischer Ebene zerreißt respektive nicht begreift, gelingt es ihm nicht, darzustellen, daß die Analyse der Technologie bei Marx ihren Stellenwert als Bedingung und Resultat kapitalistischer Produktionsweise gewinnt, während bei ihm das Verhältnis von Ökonomie und Technologie resp. welchem Faktor die bestimmende Funktion zukommt, explizit ausgeklammert ist (10). Er kann diese technologischen Veränderungen lediglich als Veränderungen im Arbeitsprozeß fassen, jedoch nicht mehr deren ursächliches Moment, den durch die Konkurrenz gesetzten Zwang des Kapitals, seine Produktionsweise ständig zu revolutionieren, um sich verwerten zu können, einholen.

Diese falsche Rezeption der Marxschen Theorie bedingt, daß er Marx selbst lediglich als Arbeitssoziologen begreift (11) und nicht sieht, daß dieser im „Kapital" die Anatomie der kapitalistischen Gesellschaft und deren Bewegungsgesetze analysiert hat, die folglich auch für die technologische Phase der Automation ihre Gültigkeit bewahren. Indem Mallet die Phase der Automation nicht mehr begreift als Resultante der Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung des kapitalistischen Produktionsprozesses und ihres treibenden Motivs, der Plusmacherei, hingegen dieser Stufe eine neue, aus ihrer technologischen Fortgeschrittenheit resultierende Qualität beimißt, muß er notwendigerweise bestimmte, von Marx analysierte, Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft für den automatisierten Sektor negieren.

Dies wird ersichtlich an seiner These der „objektiven Integration" der „neuen" Arbeiterklasse in das Unternehmen. So sollen angeblich diese Lohnarbeiter nicht länger der Attraktion und Repulsion durch das Kapital ausgesetzt sein, obwohl die Konzentrations- und Zentralisationsbewegungen des französischen und des in Frankreich angelegten ausländischen Kapitals diese These deutlich falsifizieren. Noch wesentlicher ist jedoch, daß er in bezug auf den automatisierten Sektor die Marxsche Arbeitswerttheorie nicht länger als gültig betrachtet (12). Aus der Einschätzung heraus, daß sich in diesem Industriesektor die Löhne zu konstanten Kosten kristallisieren, entspringt Mallets Forderung, den Lohnkampf als zentrales Moment des Klassenkampfes aufzugeben und die gewerkschaftliche Taktik auf die „qualitativen" Forderungen (Arbeiterkontrolle, Selbstverwaltung) zu orientieren. Diese Forderung impliziert jedoch, daß für ihn das in Löhnen verausgabte Kapital der automatisierten Betriebe (indem es Arbeit erst in Bewegung setzt) implizit keinen – oder zumindest nicht allein – Mehrwert heckt. Dagegen muß auf der allein wertschaffenden Substanz, der lebendigen Arbeit, insistiert werden.

Aufgrund seines historisch technologisch bestimmten Phasenmodells, das den Trägern der jeweils fortgeschrittensten Technologie die einzig revolutionäre Konzeption im gewerkschaftlichen und politischen Kampf zuspricht, scheint sich für Mallet „hinter dem Konflikt zwischen ‚qualitativen' und ‚quantitativen' Forderungen ... eine Kontroverse über verschiedene Konzeptionen des Sozialismus in den entwickelten Ländern" (13) herauszubilden.

9 Marx, Karl: DAS KAPITAL. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin, 1962, S. 341.
10 S. Mallet: DIE NEUE ARBEITERKLASSE, a.a.O., S. 339.
11 S. Mallet: „Sozialismus und die neue Arbeiterklasse", in: NEUE KRITIK, Heft 32, 1965, S. 11.
12 S. Mallet: DIE NEUE ARBEITERKLASSE, a.a.O., S. 86.
13 Ebenda, S. 25.

Die Vergesellschaftung der Arbeit, bei Aufrechterhaltung der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, treibt hingegen selbst zu einer Verbindung der Kampfformen – sowohl für die „traditionellen" als auch die „modernen" Sektoren –, einerseits für Lohnerhöhungen, zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, und andererseits für die Einschränkung und schließliche Beseitigung kapitalistischer Ausbeutung, für die „Befreiung (Freisetzung) der gesellschaftlichen Formen der Produktion in der gegenwärtigen organisierten Arbeit ... von den Fesseln der Sklaverei, von ihrem gegenwärtigen Klassencharakter, und ihre harmonische nationale und internationale Koordinierung" (14).

III

Im zweiten Abschnitt der Untersuchung von Lange werden die Entstehungsbedingungen der Theorie einer „neuen" Arbeiterklasse behandelt. Lange unterscheidet einerseits die ideengeschichtlichen Voraussetzungen, in denen Mallet selbst wurzelt und aus denen heraus seine Theorie der „neuen" Arbeiterklasse erwachsen ist /80-92/ und andererseits werden einmal die organisatorischen Ansätze einer Interessenvertretung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz von ihren Anfängen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Gegenwart verfolgt /92-158/ und zum anderen das Verhältnis der wissenschaftlich-technisch qualifizierten Lohnarbeiter zur sozialistischen Arbeiterbewegung und ihre tendenzielle Annäherung reflektiert /170-218/.

„In der Theorie der 'neuen Arbeiterklasse' begegnen und verschränken sich zwei verschiedene Konzeptionen der Erklärung ein und des gleichen Sachverhaltes, nämlich der Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Die eine, diejenige, auf die sich Mallet selbst beruft, ist die historisch-materialistische Konzeption des Marxismus ... Die zweite theoretische Wurzel der Aussagen Mallets gründet, ohne daß er dies erkennt, in der Technokratiediskussion der dreißiger und vierziger Jahre dieses Jahrhunderts" /80-81/. Diese Diskussion wurde ausgelöst durch die zunehmende Verwissenschaftlichung und Technisierung des Produktionsprozesses im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und der dadurch bedingten quantitativen Zunahme des technischen Personals. Von den bürgerlichen Sozialwissenschaftlern wurde jedoch nicht gesehen, daß diese Entwicklung lediglich Ausdruck des zunehmend vergesellschafteten Produktionsprozesses bei fortdauernder privatkapitalistischer Aneignung war, sondern sie erklärten die Kompetenz der Techniker am Arbeitsplatz einerseits und ihre Machtlosigkeit in Betrieb und Gesellschaft andererseits zum Hauptwiderspruch, dessen Lösung ihrer Meinung nach nur in der Machtübernahme derjenigen liegen konnte, die in dieser technisierten Welt über die größte Sachkompetenz verfügen, die Techniker im weitesten Sinne (15).

Im Verfolg der Technokratiedebatte arbeitet Lange heraus, wie der Einfluß der Arbeiterbewegung auf diese selbst bestimmte Auswirkungen hatte und zwar in der Weise, daß eine Reihe Sozialwissenschaftler (Lefebvre, Bettelheim) erkannten, daß die wissenschaftlich-technische Intelligenz durchaus nicht in sich homogen ist, und der Übernahme der Macht durch eine Technokratenklasse deren unterschiedliche Stellung im Reproduktionsprozeß entgegensteht. Diese Einsicht führte sie zu dem Schluß, „daß der Gegensatz von Kompetenz und Macht nicht so sehr Ursache als Ausdruck der Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist" /85/.

14 K. Marx: „Erster Entwurf zum 'Bürgerkrieg in Frankreich' ", in: MEW, Bd. 17, Berlin, 1971, S. 546.
15 Vgl. dazu auch identische technokratische Vorstellungen im Verband Deutscher Ingenieure (VDI), in: G. Hortleder: DAS GESELLSCHAFTSBILD DES INGENIEURS. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt/M., 1970, S. 101.

An diesem Punkt knüpft auch Mallet an, jedoch versucht er die Technokratiediskussion gleichsam positiv zu wenden, als „die von Mallet als Avantgarde, und zwar nicht zuletzt als Avantgarde im Kampf gegen die Technokraten, ins Auge gefaßte soziale Gruppe selbst wieder aus wissenschaftlich und technisch Qualifizierten besteht" /90/, die diesen Schritt aufgrund ihrer Verknüpfung mit der fortgeschrittensten Technologie sogar mit einer gewissen Zwangsläufigkeit vollziehen müssen (16).

Der Fortschritt in den Positionen Mallets gegenüber den Anfängen der Technokratiediskussion – trotz seiner unbewußten Befangenheit in einigen ihrer Grundpositionen – ist nicht unabhängig zu sehen vom Wandel der Organisationsformen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz selbst.

Stellten sich die Organisationsansätze dieser sozialen Gruppe im vorigen Jahrhundert als wissenschaftliche Vereinigungen dar, die aufgrund der noch unmittelbareren Verknüpfung von wissenschaftlicher Tätigkeit und unternehmerischer Leitungsfunktionen ihre Identifikation mit den Unternehmern noch nicht verloren hatten, so kam es erst nach dem ersten Weltkrieg zu quasigewerkschaftlichen Organisationen, die ihr Selbstverständnis jedoch noch weitgehend aus ihrer Funktion einer angeblich „dritten" Kraft, die fähig sein sollte, die Klassengegensätze zu überbrücken, bezogen. „Erst mit der weiteren Vergesellschaftung der industriellen Planung und Leitung und insbesondere der wissenschaftlichen Tätigkeit während der zwanziger und dreißiger Jahre begann auch eine nennenswerte Zahl des qualifizierten technischen Personals, den anfänglich gehegten Glauben an die Harmonisierbarkeit der sozialen Gegensätze aufzugeben und sich der sozialistischen Arbeiterbewegung anzuschließen" /154-155/.

In dieser historischen Nachzeichnung der verschiedenen Organisationsformen der wissenschaftlich-technisch qualifizierten Lohnarbeiter und deren fortschreitender Umorientierung von Standesorganisationen hin zu gewerkschaftlichen, gelingt es Lange sehr gut, aufzuzeigen, wie die sukzessive Entprivilegierung und zunehmende Proletarisierung auch ihren Niederschlag in der Köpfen dieser Produzenten findet. In einem Exkurs über das Streikverhalten dieser spezifisch qualifizierten Arbeitsvermögen im Mai 68 wird dies näher präzisiert /158-170/.

Entgegen der Auffassung Mallets, daß die „neue" Arbeiterklasse die einzig revolutionären Forderungen aufgestellt und am aktivsten um diese gekämpft habe, wird deutlich, daß die Teile der wissenschaftlich-technisch qualifizierten Lohnarbeiter am engagiertesten in die Streikaktionen involviert waren, deren soziale und betriebliche Lage sich am meisten derjenigen der durchschnittlich qualifizierten Arbeiter angenähert hatte. Sofern Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in die Streikfront miteinbezogen werden konnten, die zwar hochqualifiziert jedoch ohne nennenswerten Dispositionsspielraum waren, läßt sich empirisch nachweisen (17), daß ihre Forderung nach „Teilnahme an den Entscheidungen" nicht so sehr antikapitalistisch orientiert war, sondern vielmehr ihrer Forderung nach betrieblicher „Sachrationalität" entsprang, deren kapitalistische Integrierbarkeit evident

16 „Eine Klassenanalyse der Intelligenz kann jedoch nur im Zusammenhang mit der Analyse der Entwicklung der gesamten Arbeiterklasse – und besonders ihres Kerns, der Produktionsarbeiter – erfolgen. Ein anderes Vorgehen führt zu notwendig falschen Ergebnissen und letztendlich in verschleierter Form nur zu einem Aufguß der Theorie von der Intelligenz als der maßgeblichen revolutionären Kraft". Kusmitschow: „Probleme der Beziehung von technischem Fortschritt und Qualifikationsniveau der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus", a.a.O., S. 8/9.

17 Vgl. dazu das umfangreiche empirische Material, welches Lange für das Streikverhalten von wissenschaftlich-technisch qualifiziertem Arbeitsvermögen im Mai 68 angibt /S. 158 ff./.

ist. „Die technokratischen Momente, die offensichtlich auch während der Maibewegung das Verhalten großer Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz kennzeichneten, lassen es sogar problematisch erscheinen, ihr gewerkschaftliches und politisches Bewußtsein uneingeschränkt als 'Arbeitnehmerbewußtsein' (conscience salariale) zu interpretieren" /163/. Andererseits muß festgehalten werden, daß durch die quantitative und politische Bedeutung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Frankreich die bewußtseinsmäßige und organisatorische Annäherung von hochqualifizierten Lohnarbeitern an diese bedeutend weiter vorangetrieben ist, als man dies für die Situation in der BRD konstatieren könnte.

Diese „vorwärtstreibende Rolle der Arbeiterklasse" /170/ im Desillusionierungsprozeß von falschen Bewußtseinsformen bei Lohnarbeitern, die noch über reale oder vermeintliche Privilegien gegenüber der übrigen Klasse verfügen, erhärtet Lange, indem er den Wandel kleinbürgerlich-demokratischer politischer Organisationen und Parteien nach dem 2. Weltkrieg und ihre schrittweise Annäherung und Orientierung auf die sozialistische Arbeiterbewegung und damit die Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses in Frankreich aufzeigt /170-218/.

Diese Darstellung ist nicht allein im Hinblick auf die Politisierung und Bewußtseinsentwicklung von Teilen der französischen Intelligenz und damit für die Entstehungsbedingungen der Theorie einer „neuen" Arbeiterklasse von Interesse, sondern gewinnt ihre Relevanz auch für die gegenwärtige politische Situation in Frankreich. Zeigt sie doch sehr deutlich die schrittweise und komplizierte Überwindung der politischen Zersplitterung der organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung, die 1972 in der Verabschiedung des gemeinsamen Regierungsprogramms der kommunistischen und sozialistischen Partei Frankreichs für eine antimonopolistische Demokratie kulminierte und deren Bedeutung nicht zuletzt bei den Märzwahlen – trotz des undemokratischen französischen Wahlrechts – deutlich wurde.

Auf diesem Hintergrund läßt sich präzise aufzeigen, „daß es sich bei der schrittweisen Annäherung von Teilen der wissenschaftlichen Intelligenz an die Ziele und Aktionsformen der Arbeiterbewegung nicht so sehr um das Ergebnis einer abstrakten Entscheidung oder um die Folge der Erfahrung automationsbestimmter Arbeitssituationen, als vor ab um eine Konsequenz des praktischen Kampfes der Arbeiterbewegung handelt" /223/.

Wilgart Schuchardt

JÜRGENS BUCHLADEN
Politische Oekonomie
Theorie & Geschichte der Arbeiterbewegung
Politik
NATURWISSENSCHAFTEN
MEDIZIN PSYCHOLOGIE
SOZIOLOGIE ERZIEHUNG
1 Berlin 33 Königin-Luise-Str. 40 U-Bahnhof Dahlem Dorf

horizont

horizont gibt Informationen, die Sie brauchen

die sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft aus der DDR

Mit "horizont" bietet sich Ihnen eine wichtige Informationsquelle, die es ermöglicht, internationale Zusammenhänge besser zu erkennen und einzuschätzen.

horizont bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt,
Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten,
Analysen des Weltgeschehens und der Weltwirtschaft, Interessantes und Sensationelles aus allen Kontinenten.

horizont erscheint im Berliner Verlag, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Bitte Probeexemplar anfordern. Senden Sie den Kupon an Berliner Verlag, 102 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

horizont ist erhältlich in: das europäische buch, 1 Berlin 12, Knesebeckstr. 3

Wünschen Sie ein Abonnement (Jahresabonnement 52,– DM zuzügl. Versandspesen), senden Sie den Kupon bitte an
Gebr. Petermann, Buch- und Zeitung International
1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 11

Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares

Ich möchte "horizont" im Abonnement beziehen
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Name, Vorname .....

Postleitzahl, Wohnort .....

Straße, Hausnummer .....

Grundrisse der Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus*

„Wie eine Bewegungsform sich aus der anderen entwickelt, so müssen auch ihre Spiegelbilder, die verschiedenen Wissenschaften, eine aus der anderen mit Notwendigkeit hervorgehen." (F. Engels: „Dialektik der Natur", in MEW 20, S. 515).

Die politische Ökonomie des Sozialismus als wissenschaftliche Widerspiegelung realer ökonomischer Verhältnisse der sozialistischen Gesellschaft hat einen Stand erreicht, welcher die Analyse der Geschichte ihrer Herausbildung und Entwicklung sowohl möglich als auch zu einer objektiven gesellschaftlichen Notwendigkeit macht. Nicht zufällig sehen daher Wissenschaftler der sozialistischen Länder in der Erforschung und Darstellung des gesetzmäßigen Prozesses der Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus eine Aufgabe, deren Lösung wiederum dazu beiträgt, die theoretische Erfassung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus weiter voranzutreiben. Mittelbar, durch ihren Einfluß auf die politische Ökonomie, trägt die theoriegeschichtliche Erforschung ökonomischer Konzeptionen zur Praxis der Leitung der sozialistischen Gesellschaft bei (z.B. durch die Möglichkeit der Vermeidung von Wiederholungen falscher Thesen, die sich auf die Wirtschaftspolitik negativ auswirken würden). Eine weitere Funktion der Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus besteht in ihrem Einfluß auf die Bewußtseinsentwicklung. Sie verdeutlicht die Tradition, die ständige Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie und trägt zur Festigung des kommunistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse bei. Damit ist sie zugleich ein wichtiger Faktor im ideologischen Klassenkampf. Indem sie den Herausbildungsprozeß der politischen Ökonomie des Sozialismus als Kampf gegen den Einfluß nichtmarxistischer Einflüsse faßt, ist sie in der Lage, die verschiedensten „Sozialismusmodelle" – angefangen von den Vorstellungen der utopischen Sozialisten bis zu modernen Konzeptionen, wie den Konvergenztheorien, der Sozialismusvorstellung des Sozialdemokratismus, dem maoistischen „Sozialismusmodell" usw. – als der realen sozialistischen Entwicklung widersprechende bzw. diese verfälschende Ideologien zu kennzeichnen und deren theoriegeschichtlichen und sozialen Zusammenhänge zu analysieren.

Die Herausbildung und Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus – als eines Bestandteils des sozialistischen Überbaus – war eine Aufgabe, die von der KPdSU und der Sowjetwissenschaft unter den Bedingungen der politischen und militärischen Bedrohung durch das imperialistische Weltsystem gelöst werden mußte. Als nach dem 2. Weltkrieg die nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse in den Volksdemokratien den Sozialismus errichteten, konnten sie sich auf die in der Sowjetunion gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse stützen, was die Entwicklung des politökonomischen Denkens in diesen Ländern bedeutend erleichterte. Die Erforschung des gesetzmäßigen (durch die ständig entwickelteren sozialistischen Produktionsverhältnisse objektiv bedingten) Prozesses der Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus ist und bleibt auf engste verbunden

* Besprechung von Autorenkollektiv: GESCHICHTE DER POLITISCHEN ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS. GRUNDRISSE. Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1973. Die Seitenangaben in Schrägstrichen beziehen sich auf dieses Buch.

mit dem Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und dessen theoretischer Widerspiegelung in den Diskussionen der sowjetischen Wissenschaftler.

In verschiedenen Zeitschriften der sozialistischen Länder sind besonders in den letzten Jahren spezielle Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus erschienen. (1) Mit der Arbeit „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus/Grundrisse" liegt darüber hinaus die erste Buchpublikation zu diesem Gebiet vor, mit der sich das Leningrader Autorenkollektiv unter Leitung von D.K. Trifonow die Aufgabe stellt, einen „allgemeinen Überblick über die Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus" /11/ zu geben. (2) Neben der inhaltlichen Darstellung – bzw. als deren Voraussetzung – haben die Autoren Probleme zu lösen, die sich aus dem relativ unentwickelten Stand ihrer neuen Wissenschaftsdisziplin ergeben: „Die Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus hat sich noch nicht zu einem gesonderten Wissenszweig verselbständigt. Sie existiert auch nicht als selbständige Lehrdisziplin. Die Herausbildung beider ist eine Aufgabe der Zukunft. Wir stehen erst an der Schwelle zur Lösung dieses komplizierten Problems." /19/

Forschungsgegenstand der Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus ist keine deskriptive Faktensammlung, kein „Konglomerat der verschiedenen Standpunkte zu diesen oder jenen, möglicherweise auch sehr wichtigen und aktuellen Fragen" /12/, sondern der „gesetzmäßige() Prozeß der Entwicklung der Wissenschaft von der sozialistischen Produktionsweise." /13/ Dazu skizzieren die Autoren in knapper Form einige methodologische und erkenntnistheoretische Gesichtspunkte:

- Die widersprüchliche Bewegungsform des ökonomischen Denkens muß in Zusammenhang mit der konkreten Situation, mit dem realen Entwicklungsgrad der sozialistischen Gesellschaft (den ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen) betrachtet werden;
- die Auffassung des Forschers selbst hat entscheidenden Einfluß auf die Position des Herangehens;
- und die Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus kann nur dann wissenschaftlich erforscht werden, wenn davon ausgegangen wird, daß die Aufgabe der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Erforschung objektiver ökonomischer Gesetze besteht.

---

1 Vgl. z.B. die in der DDR erschienenen Arbeiten von G. Fabiunke: „Bildungs- und Erziehungsaufgaben des Lehrgebiets ‚Geschichte der politischen Ökonomie in der Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften' ", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 8/1972 und „Brauchen wir eine Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus?", in: EINHEIT, Heft 9/72; H. Seifert: „Zur Geschichte der politischen Ökonomie als Wissenschaft", in: WW, Heft 11/1972; G. Schönfeld: „Zur Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus in den Jahren der Vorbereitung und Durchführung des ersten Fünfjahresplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR (1928-1933)", in: WW, Heft 11/1972.

2 Vgl. auch die Rezension von G. Wittenburg: „Ein bedeutender Beitrag zur Theorie der Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus", in: WW, Heft 12/1972. Dieser Arbeit ist voll zuzustimmen. Wenn dennoch der Versuch gemacht wird, die „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus/Grundrisse" erneut darzustellen, so begründet sich das daraus, daß sich der Beitrag von G. Wittenburg in den in dieser Zeitschrift geführten Diskussionsprozeß um die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus einordnet und die Autorin weniger auf den Zusammenhang der Arbeit des Autorenkollektivs (bzw. seiner wissenschaftlichen Position) mit der gegenwärtigen Diskussion in den sozialistischen Ländern eingeht, was in dieser Arbeit (besonders im Schlußteil) stärker berücksichtigt werden soll.

Obwohl der Schwerpunkt der Analyse die Periode von der Oktoberrevolution 1917 bis in die Mitte der 30er Jahre umfaßt, gehen die Autoren auch auf die nachfolgende Entwicklung ein und betrachten sich als unmittelbar abhängig von den gegenwärtigen Erkenntnissen der politischen Ökonomie des Sozialismus. Das wird deutlich an den sich für die Autoren ergebenden Auswahlkriterien aus der Fülle des historischen Materials: Um in die theoriegeschichtliche Betrachtung aufgenommen zu werden, muß die betreffende Konzeption

- den Entwicklungsstand der politischen Ökonomie wesentlich bestimmen,
- die „Weiterentwicklung früher bestehender richtiger Auffassungen darstellen" /13/ (was die Darlegung entsprechender antimarxistischer Theorien keineswegs ausschließt),
- muß sie „jene neuen Tendenzen vorwegnehmen, die die nachfolgende Entwicklung unserer Wissenschaft bestimmen werden." /13/

Aus dem Eigentum an Produktionsmitteln begründet sich die Klassengebundenheit und Parteilichkeit der politökonomischen Erkenntnisse, die als Teil der ideellen Sphäre der sozialistischen Gesellschaft abhängig sind von dem Entwicklungsgrad der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Dabei schließt Parteilichkeit Objektivität nicht aus, sondern sie ist Bedingung für das objektive und gründliche Erfassen der Wirklichkeit. Nachdem von den Klassikern des Marxismus-Leninismus die Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus aus der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft geschaffen wurden, erhielt sie ihren realen Gegenstand mit der Entstehung der sozialistischen Gesellschaft. Ihre Herausbildung in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist nur zu erfassen, wenn man sie auch als ideologischen Reflex des Kampfes antagonistischer Klassen um die politische Macht betrachtet. „Die Entstehung und Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus verlief unter komplizierten historischen Bedingungen des erbitterten Klassenkampfes und heftiger Meinungsverschiedenheiten. Nicht nur die Entstehung der Sowjetmacht und die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft fanden im Feuer von Klassenkämpfen statt, auch die Herausbildung der politischen Ökonomie des Sozialismus als Wissenschaft vollzog sich im Kampf einander zuweilen direkt entgegengesetzter Anschauungen, die die Positionen ebenso entgegengesetzter Klassen ausdrückte." /13/ Das Prinzip des klassenmäßigen, parteilichen Herangehens verliert auch nach Abschluß der Übergangsperiode – wenn Ausbeuterklassen und Klassenantagonismen beseitigt sind – nicht seine Bedeutung: Der Imperialismus als Weltsystem bleibt erhalten, es bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Abteilungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Arbeiterklasse bleibt in der sozialistischen Gesellschaft die einzig führende Kraft und antikommunistische Theorien bürgerlicher und revisionistischer Ideologen müssen widerlegt werden. „Dem Prinzip der Parteilichkeit kommt daher grundlegende Bedeutung bei der Ausarbeitung der Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus zu. Von ihm müssen wir uns bei der Lösung aller Probleme in der Geschichte unserer Wissenschaft leiten lassen." /14/

In den auf die (methodologischen) Einleitung folgenden 16 Kapiteln behandeln die Autoren die historische Entwicklung jeweils eines Bereiches der politischen Ökonomie des Sozialismus. Ihrer These, daß die Darstellung als gesetzmäßiger Prozeß beinhaltet, daß dieser „als ein System von Kategorien und Gesetzen zu erforschen" /14/ ist, versuchen die Verfasser der einzelnen Kapitel gerecht zu werden, indem sie wichtige Entwicklungen aus anderen Bereichen in die Darstellung miteinbeziehen. Hier die kurze Zusammenfassung einiger Kapitel:

Die Herausbildung der Auffassung von *Gegenstand* und *Methode* der politischen Ökonomie des Sozialismus ist Thema der Kapitel 1 (Verfasser: G.J. Lapschina) und 2 (Verfasser: L.D. Schirokorad). Obwohl Marx, Engels und Lenin allgemeine Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus schufen – die Lenin nach der Oktoberrevolution weiter kon-

kretisierte – „waren unter den sowjetischen Ökonomen lange Zeit (bis zu den 30er Jahren) Vorstellungen verbreitet, daß es eine solche Wissenschaft unter sozialistischen Bedingungen nicht geben könne." /24/ Beeinflußt durch idealistische Strömungen und bürgerliche Wirtschaftswissenschaften (Neokantianismus, Sombart; Bucharin war stark durch Hilferding beeinflußt) und durch Fehlinterpretation der Klassiker, meinten viele Ökonomen, die Produktionsverhältnisse des Sozialismus seien gegenüber den bürgerlichen „klar", „durchschaubar", daher „verblaßten" die objektiven ökonomischen Gesetze, die nur in einer auf Spontaneität beruhenden Gesellschaft existieren würden /24/. Entwickelte sich die politische Ökonomie in der ersten Hälfte der 20er Jahre vorwiegend im Kampf gegen bürgerliche Positionen, so gewannen in der zweiten Hälfte Bestrebungen der Revision des Marxismus von innen an Einfluß dazu (Trotzkisten, Bucharin und seine Anhänger). Das Wertgesetz sollte, indem es mit seiner spontanen Erscheinungsform identifiziert wurde, schlechthin „abgeschafft" werden; der Trotzkist Smirnow prägte den Terminus „ursprüngliche sozialistische Akkumulation", womit die Landwirtschaft als Akkumulationsquelle der Industrie benutzt werden sollte. /45/

Das Ende der 20er Jahre brachte einen „grundlegenden Umschwung in der politischen Ökonomie als Wissenschaft" /47/ auf Grund der sozialen Veränderungen in der UdSSR (Fortschritte in der Industrialisierung; Vollendung der Übergangsperiode bis 1936). Ein wichtiges Ereignis für die wissenschaftliche Diskussion war die Veröffentlichung der Leninschen „Bemerkungen zum Buch Bucharins ‚Die Ökonomik der Transformationsperiode' " im Jahre 1929. (3) Im Gegensatz zu den 20er Jahren wurde die Notwendigkeit der theoretischen Analyse der sozialistischen Produktionsverhältnisse allgemein anerkannt. Es erschienen Aufsätze zur politischen Ökonomie im weitesten Sinne.

„Mitte der 30er Jahre war die Negierung der politischen Ökonomie des Sozialismus im wesentlichen überwunden." /28/ Zuvor wurden die Wissenschaftsdisziplinen „Theorie der Sowjetwirtschaft", später „Wirtschaftspolitik" als die dem Sozialismus entsprechende ökonomische Theorie angesehen. Die „Sowjetwirtschaft" untersuchte nicht die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Übergangsperiode an sich, „sondern ihre konkreten Erscheinungsformen unter den spezifischen Bedingungen der UdSSR." /49, 50/ Dazu bemerkt Schirokorad: „Der Weg zur Erkenntnis aller Gesetzmäßigkeiten führte über die Untersuchung der konkreten Erscheinungsformen dieser Gesetzmäßigkeiten. Da es zu Beginn der dreißiger Jahre noch schwierig war, das Abstrakte vom Konkreten, die ökonomischen Gesetze und Kategorien der Übergangsperiode von ihrem Wirkungsmechanismus und ihren konkreten Erscheinungsformen an der Oberfläche der Gesellschaft zu unterscheiden, war die ‚Verschmelzung' der Theorie der Sowjetwirtschaft mit der Wirtschaftspolitik damals das einzig mögliche. Gleichzeitig schrieben bereits in dieser Zeit einige Autoren, daß es neben der ‚Theorie der Sowjetwirtschaft' eine allgemeine Theorie der Übergangsperiode geben müsse." /50/ Unter „Wirtschaftspolitik" (ab 1933) verstand man gleichfalls eine Wissenschaft beschreibenden Charakters. Der Subjektivismus im damaligen ökonomischen Denken zeigte sich in der einseitigen Betonung des Plans (bis 1933) und der Rolle des proletarischen Staates und seiner Politik als Bewegungsgesetz der Sowjetwirtschaft, „wobei die entscheidende Bedeutung der objektiven ökonomischen Gesetze faktisch vergessen wurde ..." /50/

3 W.I. Lenin: BEMERKUNGEN ZUM BUCH VON N.I. BUCHARIN 'DIE ÖKONOMIK DER ÜBERGANGSPERIODE' , geschrieben im Mai 1920, erschienen in den „Leninschen Sammlungen", Moskau/Leningrad, 1929, Band XI, S. 349. Lenin schrieb z.B. zu der Auffassung Bucharins, mit dem Ende der kapitalistischen Warenproduktion sei auch das Ende der politischen Ökonomie gekommen: „falsch. Existiert nicht sogar im reinen Kommunismus z.B. das Verhältnis Iv+m zu II c und die Akkumulation?" Zu Bucharins Ansicht, die Nationalökonomie erforsche nur die Waren-Wirtschaft entgegnete Lenin „nicht nur!"

Wie die „Sowjetwissenschaft" und die „Wirtschaftspolitik" ging auch die politische Ökonomie des Sozialismus – die auf Grund eines Beschlusses des ZK der KPdSU(B) im Jahre 1936 das Lehrfach Wirtschaftspolitik ablöste – anfangs von der Negierung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze des Sozialismus aus, wenn auch viele Wissenschaftler diese Position kritisierten. Ab Mitte der 30er Jahre wurden methodologische Fragen vernachlässigt. Trotz der Aufrufe der KPdSU an die Gesellschaftswissenschaftler, die wissenschaftliche Forschung zu vertiefen, verzögerten der Personenkult um J.W. Stalin und der Einfluß einiger dogmatischer Positionen die Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie. Das zeigte sich in Diskussionen über die Dialektik von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften im Sozialismus im Jahre 1940, in der von ihrer „vollen Übereinstimmung", ihrer Widerspruchslosigkeit ausgegangen wurde, statt diesen Widerspruch als Entwicklungsprinzip zu begreifen.

Trotz dieser objektiven und subjektiven Schwierigkeiten legten die 20er und 30er Jahre die Grundlage für die weitere Entwicklung der politischen Ökonomie. Nach der Unterbrechung durch den Krieg wurden die Arbeiten für das erste Lehrbuch der politischen Ökonomie des Sozialismus – mit denen schon in den 30er Jahren begonnen worden war – im Jahre 1951 abgeschlossen. Es erschien 1954 (1955 auch im Dietz-Verlag, Berlin (4)). Die 50er und 60er Jahre brachten eine schnelle Weiterentwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus: die Präzisierung ihres Gegenstandes und die Betrachtung der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse des Sozialismus als System der Produktionsverhältnisse und deren objektiver ökonomischer Gesetze.

Im 3. Kapitel (Verfasser: L.D. Schirokorad) verfolgt der Autor die Diskussion um die Entwicklung der Theorie der Produktivkräfte in den 20er Jahren. Er zeigt auf, wie sich die wissenschaftliche Auffassung der Kategorie der Produktivkräfte aus der Kritik verschiedener mechanistischer Konzeptionen herausbildete. Besonders der „energetische Ansatz" Bogdanows (die Produktivkräfte seien gleich der Summe der aufgewandten Energie) bildete „den Nährboden für die weite Verbreitung einer Konzeption, die in den 20er Jahren die marxistische Auffassung dieses Problems entstellte". /58/ Ausführlich werden verschiedene falsche Theorien dargestellt:

- Bucharin definierte die Produktivkräfte „je nach Standpunkt" und verwischte damit diese Kategorie;
- die Produktivkräfte wurden fälschlich mit der Technik und dem Produktionsprozeß identifiziert;
- es wurde eine (unvermittelte) Trennung der Kategorie Produktivkräfte in „materielle" und „gesellschaftliche Produktivkräfte" vorgenommen;
- die Struktur der Produktivkräfte wurde auf die Gesamtheit der Arbeitskräfte reduziert etc.

Insgesamt zeigte sich in diesen Theorien deutlich der bürgerliche Einfluß, die Produktivkräfte als gesellschaftsunabhängig, unhistorisch zu betrachten.

Diese Konzeptionen wurden von marxistisch-leninistischen Wissenschaftlern seit Beginn der 20er Jahre kritisiert, wobei der Diskussion in den Mitteilungen der Kommunistischen Akademie (1925 bis 1928) besondere Bedeutung zukommt. In Auswertung der Schriften der Klassiker wurde die Materialität aller Elemente der Produktivkräfte, die Rolle der Wissenschaft als Produktivkraft, der Konflikt von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hervorgehoben. Semkowski konnte eine präzise Struktur der Produktivkräfte vorlegen. Die Kategorie der Produktivkräfte wurde als Gesamtheit von Arbeitskräften und Pro-

4 LEHRBUCH POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, Berlin 1955.

duktionsmitteln betrachtet. Damit konnten vulgär-mechanistische und idealistische Interpretationen im wesentlichen überwunden und die Grundlage für die weitere Erforschung der Produktivkräfte in der sozialistischen Gesellschaft gelegt werden. „Doch war die mechanistische Identifizierung der Produktivkräfte mit der Technik besonders in der Wirtschaftsliteratur noch weit verbreitet". /76/ Die Veröffentlichung von Lenins „Bemerkungen zu Bucharins Buch ‚Die Ökonomik der Transformationsperiode' " beeinflußte auch die Diskussion um Fragen der Produktivkräfte. Abschließend stellt der Autor fest, daß „zu Beginn der dreißiger Jahre der Einfluß nichtmarxistischer Traditionen in der Ausarbeitung der erwähnten Kategorie auf die Entwicklung der ökonomischen Theorie in der UdSSR im wesentlichen überwunden" war. /77/

Im Kapitel über die *gesellschaftliche Arbeitsteilung* (Kapitel 4; Verfasser: I.I. Sigow) wird darauf hingewiesen, wie diese Kategorie – obwohl Lenin grundlegende Aussagen dazu gemacht hatte – „im wesentlichen aus der Sicht der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation betrachtet" /81/ wurde (Taylor-System). Sie wurde begriffen „als einer der wichtigsten Faktoren für die Rationalisierung der produktiven Arbeit und die Steigerung ihrer Produktivität". /81/ Als Kategorie der politischen Ökonomie wurde die Arbeitsteilung erst nach den 30er Jahren untersucht. In der Nachkriegszeit erschienen Arbeiten zu unterschiedlichen Aspekten, „von der innerbetrieblichen Arbeitsteilung bis zur Arbeitsteilung in den verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion und in der Gesellschaft." /82/ Obwohl es auch gegenwärtig zum Problem der Arbeitsteilung noch offene Fragen gibt, brachte die weitere Erforschung in den 50er und 60er Jahren wichtige Ergebnisse. „Die Diskussion half klären, daß sich die Arbeitsteilung in der materiellen Produktion nicht ausschließlich den Produktivkräften zurechnen läßt. Sie umfaßt auch bestimmte Produktionsverhältnisse – den Austausch der Produktionstätigkeit". /83/ Weiterhin wird die Entwicklung der Forschung zu Fragen der Spezialisierung, der Klassifizierung der Arbeitsteilung, über den Zusammenhang von Disponibilität der Arbeit und Arbeitsteilung und über die Wechselbeziehungen zwischen der Arbeitsteilung (der Produktionsform) und der Eigentumsform dargestellt.

Besonders die Theorie des *sozialistischen Eigentums* (Kapitel 5; Verfasser: N.D. Kolessow) „entwickelte sich im harten Kampf gegen bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Konzeptionen, gegen rechte und ‚linke' Opportunisten in der Ökonomie" /92/, wobei es „in der Frage nach dem Charakter des staatlichen Eigentums die meisten Versuche (gab), den Marxismus zu entstellen." /92, 93/ Nachdem sich Lenin gegen antimarxistische Auffassungen gewandt hatte, gab es in den 20er Jahren keine Arbeiten, die sich speziell mit diesem Problem beschäftigten. Erst in den 30er Jahren, „mit der sozialistischen Industrialisierung und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft wurden die Fragen nach dem Wesen des sozialistischen Eigentums und seinen zwei Formen aktuell." /94/ Der Verfasser behandelt besonders Fragen des Bündnisses der beiden Produktionssektoren und zeigt auf, wie die Unterschätzung des genossenschaftlich-kollektiv-wirtschaftlichen Eigentums in den 50er Jahren überwunden wurde. Die Auffassung, den Weg der Kollektivwirtschaften zum Kommunismus isoliert vom Volkseigentum zu betrachten – gegenwärtig aktuell bei Einschätzung der „sozialen Experimente" in der Volksrepublik China –, wurde als Irrtum erkannt, und (besonders in den 60er Jahren) die Wege zur Entwicklung und Annäherung der beiden Formen des sozialistischen Eigentums weiter analysiert. Eine zeitweilig bestehende „Reglementierung der gesamten Tätigkeit der territorialen und produzierenden Einheiten seitens der übergeordneten Organe" /102/ wurde überwunden. Auch das persönliche Eigentum im Sozialismus konnte, indem es im Zusammenhang mit dem Eigentum an Produktionsmitteln betrachtet wurde, als historisch bestimmte Kategorie untersucht werden. Gegenwärtig, schreibt der Verfasser, bleibt die wissenschaftliche Begründung des Volkseigentums zentrales Problem in der Theorie des sozialistischen Eigentums.

Über die Problematik des *ökonomischen Grundgesetzes* (Kapitel 6; Verfasser: D.K. Trifonow und L.D. Schirokorad) schreiben die Autoren, daß sich in der „Geschichte dieses Problems die ganze Kompliziertheit der Herausbildung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die ganze Widersprüchlichkeit ihrer ideologischen Reflexion" widerspiegelt. /104/ Bis zu Beginn der 50er Jahre wurde das ökonomische Grundgesetz nicht speziell erforscht, weil die Analyse des Gesamtsystems nicht abgeschlossen war. Auf Grund der unentwickelten sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Übergangsperiode betrachteten einige Ökonomen das Wertgesetz und die „ursprüngliche sozialistische Akkumulation" als ökonomisches Grundgesetz.

In der ersten Hälfte der 30er Jahre wurden unter dem Einfluß subjektivistischer Anschauungen der menschliche Wille und das Bewußtsein als Regulator der ökonomischen Entwicklung angesehen. Trotz der Kritik einzelner Ökonomen wurde der Plan (als Gegenposition zum Wertgesetz), das „Gesetz der erweiterten Reproduktion des sozialistischen Sektors" (auf Kosten der Landwirtschaft), die sozialistische Vergesellschaftung und die Diktatur des Proletariats als ökonomisches Grundgesetz angesehen. Für diese Zeit war allgemein eine Verwechslung von ökonomischen und politischen Gesetzen zu verzeichnen. Zu diesen Konzeptionen schreiben die Autoren, „daß der Wirkungsbereich des ökonomischen Grundgesetzes nur die Formation in ihrer Gesamtheit, niemals aber ein einzelnes Stadium ihrer Entwicklung sein kann, da dieses Gesetz gerade das ausdrückt, was für die gesamte Formation gemeinsam ist und sie von anderen Formationen unterscheidet. Deshalb wäre es falsch, nach einem besonderen ökonomischen Grundgesetz der Entwicklung der Ökonomik in der Übergangsperiode zu suchen." /111/

Nachdem ab Mitte der 30er Jahre der Frage nach dem ökonomischen Grundgesetz keine Beachtung geschenkt wurde, setzte in den 40er Jahren eine intensive Diskussion um dieses Problem ein – anfangs, indem die zu dieser Zeit erkannten ökonomischen Gesetze des Sozialismus jeweils in den Rang des ökonomischen Grundgesetzes erhoben wurden. Stalins Formulierung des Grundgesetzes als „Ziel der Produktion und Mittel zu seiner Verwirklichung" /116/ war ein weiterer Schritt (Stalin sah die wesentlichen Züge und Erfordernisse des Grundgesetzes in der „Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf Basis der höchstentwickelten Technik" /116/ (5)). Aber erst die Forschungen der 60er Jahre brachten das wesentliche Ergebnis, daß „die Form des Eigentums und das ökonomische Grundgesetz einer beliebigen Formation ... organisch miteinander verbunden" /120/ sind. (6)

Im Kapitel 7 (Verfasser: I.P. Sacharowa) wird aufgezeigt, wie sich in den ersten Jahren der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) die Prinzipien der *sozialistischen Planung* gegen bürgerliche und opportunistische Strömungen durchsetzten, bis 1925 der erste Plan für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft (und nicht nur für einzelne Zweige) mit der Schwerindustrie als Hauptkettenglied aufgestellt wurde.

Neben der Negierung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze des Sozialismus war es besonders die unvermittelte Gegenüberstellung von Planung einerseits und *Ware-Geld-Beziehungen* und *Wertgesetz* (Kapitel 8; Verfasser: P.G. Saostrowzew, G.G. Bogomasow, A.N. Malafejew, W.A. Skal) andererseits, die lange Zeit die Erarbeitung der wissenschaftlichen Theorie der bewußten Leitung der sozialistischen Gesellschaft behinderte. Be-

5 J.W. Stalin: ÖKONOMISCHE PROBLEME DES SOZIALISMUS IN DER UDSSR, Berlin 1952, S. 41.

6 Vgl. zur gegenwärtigen Diskussion um das ökonomische Grundgesetz z.B. meinen Bericht in: SOPO 25, S. 82 f.

ginnend mit den Jahren nach der Oktoberrevolution zeigen die Autoren auf, wie während der Zeit des Kriegskommunismus (1918/20) die Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft unter Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen, der Banken, des Geldes und des Kreditsystems geschaffen wurden. „Das bedeutete jedoch durchaus nicht, daß bereits in dieser Periode die Frage nach dem Schicksal der Ware-Geld-Beziehungen in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, und besonders im Sozialismus, vollständig klar war. Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung ... betrachteten alle diese Maßnahmen trotzdem als zeitweilige Maßnahmen, die nur für diese Periode des Übergangs berechnet waren, da das System der Ware-Geld-Beziehungen damals für ein dem Charakter der sozialistischen Ordnung fremdes System gehalten und mit kapitalistischen Beziehungen identifiziert wurde." /143/ Nach vorübergehender Einschränkung der Warenbeziehungen begann der sowjetische Staat 1921 „die Ware-Geld-Beziehungen, einschließlich des Handels, umfassend auszunutzen" /151/; dennoch wurde deren Notwendigkeit in der sowjetischen Wirtschaft bestritten. Um so größere Bedeutung erlangen daher die Aussagen Lenins zu dieser Problematik. War auch er anfangs wie Marx und Engels der Ansicht, „daß im Sozialismus die Notwendigkeit von Warenbeziehungen entfalle" /143/, wies er in späteren Arbeiten, in denen er die konkrete Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft untersuchte, auf die Ware-Geld-Beziehungen sowohl innerhalb der sozialistischen Betriebe wie auch zwischen unterschiedlichen sozialistischen Eigentumsformen hin. Im Ergebnis ihrer ausführlichen Analyse stellen die Autoren fest, daß das „im Grunde ... die Anerkennung der Ware-Geld-Beziehungen für die sozialistische Wirtschaft" /153/ bedeutete.

Besonders die unklaren Vorstellungen vom Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus und die Negation der Existenz von objektiven ökonomischen Gesetzen des Sozialismus (und damit auch des Wertgesetzes) blieben ein starkes Hindernis zur Lösung der Frage nach dem Wesen der Ware-Geld-Beziehungen. Ein Schritt zur Anerkennung des Wertgesetzes war die Diskussion 1926 zum Referat des Trotzkisten Preobrashenski, in der dessen Auffassung vom Kampf des Wertgesetzes und des „Gesetzes der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation" – in dessen Verlauf das Wertgesetz verdrängt werde – zurückgewiesen wurde. Die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer war der Ansicht, daß die Übergangsperiode insgesamt Warenproduktion darstellt: Ein Teil der Ökonomen sah das Wertgesetz als Regulator der Wirtschaft an, andere stellten das Wertgesetz („spontaner Regulator") dem Plan („bewußte Grundlage") gegenüber. Auf Grund der Identifizierung des Wertgesetzes mit seiner spontanen Form in der privatkapitalistischen Wirtschaft konnte sein Zusammenhang mit dem Plan nicht bestimmt werden: Entweder betrachtete man den Plan (als Prognose) als von der Marktspontaneität abhängig oder Planung wurde überhaupt als frei von objektiven Gesetzmäßigkeiten angesehen.

Da man in den 20er Jahren die Ware-Geld-Beziehungen in dem Vorhandensein der einfachen und der kapitalistischen Warenproduktion sah, entstand Ende der 20er Anfang der 30er Jahre unter sowjetischen Ökonomen die Auffassung, auf Grund der neuen Etappe der sowjetischen Entwicklung (die Verwandlung der UdSSR in eine hochentwickelte Industrie-Agrarmacht) müßten zusammen mit der NÖP auch die Ware-Geld-Beziehungen abgeschafft werden und es sei zum direkten Produktentausch überzugehen. Nach dem Scheitern solcher Versuche ergriff die KPdSU Maßnahmen der erneuten Öffnung der Märkte und Basare und zur Entwicklung des staatlichen Sowjethandels. Eine öffentliche Diskussion an der Kommunistischen Akademie 1931 und der XVII. Parteitag der KPdSU waren wichtige Etappen zur Anerkennung der Ware-Geld-Beziehungen für die sozialistische Wirtschaft. Besondere Beachtung verdienen auch die Arbeiten von Wissenschaftlern wie B. Borilin, G. Dementjew, N. Wosnessenskij und K. Butajew, die die Ware-Geld-Verhältnisse nicht mehr in den Bedingungen der Übergangsperiode sahen, sondern im sozialistischen Sektor selbst.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion bis 1933 bei steigendem Bedarf und nihilistische Einstellungen zum Wertgesetz führten zur Einführung des Kartensystems, des Vertragssystems und später zu Pflichtablieferungen. Dies hatte wiederum negative Folgen für die Wirtschaftstheorie: „Die normierte Versorgung und das Kartensystem schufen eine günstige Situation für Spekulationen, ein spontanes Wirken des Wertgesetzes und für den Mißbrauch der Preise selbst durch genossenschaftliche Organisationen ... In diesen Jahren bestritten die meisten sowjetischen Ökonomen das Wirken des Wertgesetzes in der sowjetischen Wirtschaft. Damit spiegelten sie in der Theorie automatisch die Praxis der Ignorierung dieses Gesetzes, seiner ständigen Verletzung wider." /165, 166/ Diese Anschauungen erhielten sich bis zur Zeit des Krieges.

Das während der Kriegszeit notwendige Kartensystem hatte die materielle Interessiertheit untergraben und hemmte die Entwicklung der Produktivität. Deshalb wurden zusammen mit der Geldreform 1947 die Karten für Lebensmittel und Industriewaren abgeschafft. „Damit wurde die Grundlage geschaffen, das System der staatlichen Stützungen zu beseitigen." /167/ Wiederum blieb die Entwicklung der Werttheorie hinter der Wirtschaftspraxis zurück. Die von J.W. Stalin 1952 in seiner Broschüre „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" vertretenen Auffassungen bestimmten lange Zeit die Entwicklung zu Fragen der Ware-Geld-Beziehungen.

Stalin bestimmte die sozialistische Produktion ihrem Charakter nach nicht als Warenproduktion; Ware-Geld-Beziehungen seien Erbe des Kapitalismus. Die Ursache für ihre Beibehaltung sah er in der Existenz der beiden sozialistischen Eigentumsformen. Nur die Konsumgüter seien Waren; das Wertgesetz ist nicht an der Regulierung der Produktion beteiligt. In der weiten Verbreitung dieser Auffassung in den 50er/Anfang der 60er Jahre und der dadurch hervorgerufenen Verletzung des Wertgesetzes sehen die Autoren die Ursache für einige Rückschläge in der sowjetischen Wirtschaft.

In Zusammenhang mit der Wirtschaftsreform Mitte der 60er Jahre,stellen die Autoren fest, korrigierten viele Ökonomen ihren Standpunkt zu Fragen der Ware-Geld-Beziehungen. Es wurde anerkannt, daß sich die Warenproduktion im Sozialismus nicht lediglich aus der Existenz zweier sozialistischer Eigentumsformen ergibt und „daß das Wertgesetz nicht nur in der Zirkulationssphäre, sondern in erster Linie in der Produktionssphäre wirkt." /170/

Abschließend setzen sich die Autoren mit der These, die sozialistischen Produktionsverhältnisse seien ihrem Wesen nach keine Warenverhältnisse, auseinander und vertreten die Auffassung, daß in der sozialistischen Produktion – als unmittelbar gesellschaftlicher planmäßiger Produktion – „Die Planentscheidungen ... mit Hilfe von Wertberechnungen begründet und am Markt überprüft" werden. „Somit sind Plan und Markt – der unmittelbar gesellschaftliche Charakter und der Warencharakter der Produktion – keine Antipoden, schließen einander nicht aus." /171/ Unter Hinweis auf die Bemerkung Lenins aus dem Jahre 1921, in der es heißt: „... das staatliche Produkt, das Produkt der sozialistischen Fabrik, das gegen bäuerliche Lebensmittelprodukte ausgetauscht wird, ist keine Ware im Sinne der politischen Ökonomie, jedenfalls nicht nur Ware, nicht mehr Ware, hört auf, Ware zu sein " (7) folgern die Autoren, daß schon in dieser Zeit „... die Produkte der sozialistischen Betriebe, die gegen Erzeugnisse der bäuerlichen Betriebe ausgetauscht werden, nicht mit im Kapitalismus erzeugten Waren identifiziert werden dürfen. Solche Produkte drükken bereits andere Produktionsverhältnisse, einen anderen gesellschaftlichen Inhalt aus." /174/

---

7 W.I. Lenin: „Direktive des Rates für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen", Entwurf, in: WERKE, Band 32, S. 401.

In den Kapiteln 9 bis 16 wird die Entwicklung speziellerer Probleme der sozialistischen Wirtschaft analysiert, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, die aber für das Verständnis des Systems der sozialistischen Produktionsverhältnisse und für die Wirtschaftspolitik große Bedeutung haben:

- Fragen der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Effektivität und des notwendigen Produkts im Sozialismus (Kapitel 9, 10 und 11);
- Verteilung im Sozialismus (1917 bis 1936), das Gesetz von Angebot und Nachfrage, sozialistischer Handel (Kapitel 12, 13 und 14);
- Grundrente (Kapitel 15);
- sozialistisches Weltwirtschaftssystem (Kapitel 16).

Eine allgemeine Einschätzung der vorliegenden Arbeit ergibt, daß die Autoren – indem sie wichtige politökonomische Standpunkte systematisieren und verallgemeinern – deutlich herausarbeiten, wie sich die politische Ökonomie des Sozialismus als Wissenschaft nach der Oktoberrevolution 1917 formierte und weiterentwickelte. Wie die sowjetischen Ökonomen, auf schon vorhandenen theoretischen Erkenntnissen aufbauend, falsche Thesen überwanden und dazu beitrugen, die wissenschaftlichen Grundlage für die planmäßige Leitung der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen. Konsequent gehen die Autoren davon aus, daß die Trennung von Richtigem und Falschem in den ökonomischen Auffassungen der Vergangenheit nur zu vollziehen ist, wenn diese Theorien als Bestandteil des gesetzmäßigen Prozesses der Theorieentwicklung bis zum gegenwärtigen Stand betrachtet werden. „Bekanntlich hat die politische Ökonomie des Sozialismus nicht gleich den Gegenstand ihrer Forschung gefunden. Die historischen Etappen ihrer Herausbildung waren in dieser Beziehung gewisse Meilensteine. Die Lehrmeinungen zur Theorie der Sowjetwirtschaft und später zur Wirtschaftspolitik waren folgerichtige Stufen im historischen Prozeß der Herausbildung der politischen Ökonomie im weitesten Sinne. Erst als festgestellt wurde, daß der Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus vom Typ her der gleiche ist wie für alle anderen ökonomischen Formationen, erhielt sie ihr wissenschaftliches Fundament." /14/ Diese Bemerkung der Autoren macht deutlich, daß die Möglichkeiten der theoretischen Forschung sich für die Sowjetwissenschaft in dem Maße verbesserten, in dem die politische Ökonomie des Sozialismus als Bestandteil der politischen Ökonomie im weitesten Sinne betrachtet wurde.

Der Standpunkt der Autoren scheint aber nicht durchgehend einheitlich zu sein. Während in Teilen des vorliegenden Buches vorwiegend in der wirtschaftlichen Praxis das Kriterium für das Entstehen neuer Standpunkte gesehen wird, werden in anderen stärker die Wechselbeziehungen im ideellen Bereich dafür herangezogen. Der Zielstellung jeder theoriegeschichtlichen Forschung, den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu analysieren, wird daher nicht immer entsprochen.

Die Entwicklung der politischen Ökonomie des Sozialismus ist ein gesetzmäßiger Prozeß. Als Teil der ideellen Sphäre ist die politische Ökonomie jedoch nicht gesetzmäßig aus sich selbst heraus. Neue theoretische Auffassungen sind also nicht allein Folge der Widerlegung bzw. der Weiterentwicklung schon vorhandener Standpunkte, sondern ausschlaggebend sind die neuen materiellen Verhältnisse, d.h. der weiterentwickelte Forschungsgegenstand der Ökonomie des Sozialismus. Grundsätzlich zu unterscheiden ist hier zwischen dem Marxismus-Leninismus feindlichen Konzeptionen und Theorien, die durch die historische Relativität bedingt die sozialistische Wirklichkeit nur unvollkommen widerspiegeln konnten.

Das höhere Erkenntnisniveau – abhängig vom höheren Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Verhältnisse – ist allgemeine Bedingung der Erforschung vergangener Etappen ein-

schließlich ihrer ideologischen Reflexion (hier des diesen Etappen entsprechenden ökonomischen Denkens). Von daher ergibt sich als prinzipielles Problem, daß zum Zeitpunkt der Bearbeitung neben der Position des Autorenkollektivs andere Positionen bestanden. In Auseinandersetzung mit den von ihnen behandelten Theorien vertreten sie folgerichtig ihren eigenen Standpunkt. Die Schwierigkeiten vergrößern sich noch dadurch, daß in der historischen Analyse die neuen Tendenzen vorweggenommen werden müssen, „die die nachfolgende Entwicklung unserer Wissenschaft bestimmen werden." /13/ Die Autoren sind also direkt in den wissenschaftlichen Meinungsstreit um die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus miteinbezogen. Auch deshalb betrachten sie ihre Arbeit als Grundrisse, und haben nicht die Absicht, „einen allseitig ausgearbeiteten und in jeder Beziehung makellosen Leitfaden zu diesem neuen Wissenszweig vorzulegen." /11/

Tatsächlich hat sich nach Abschluß der Arbeiten zu diesem Buch (vermutlich 1971) der Diskussionsprozeß unter den Wissenschaftlern der sozialistischen Länder intensiv weiterentwickelt. (8) Von großer Bedeutung dafür war die weitere Präzisierung der sozialistischen Entwicklung durch den XXIV. Parteitag der KPdSU im Jahre 1971 und die Parteitage in anderen sozialistischen Ländern. Die Erfahrungen in verschiedenen Ländern traten stärker in den Mittelpunkt zur Erarbeitung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Sozialismus, wobei die Kategorie der ökonomischen Gesellschaftsformation einen besonderen Platz einnimmt. Dieser Grundbegriff des historischen Materialismus „liefert den Maßstab für die Bestimmung des Allgemeinen, das den Gesellschaftsordnungen der verschiedenen, sich auf ein und derselben Entwicklungsstufe befindenden Länder eigen ist, wie auch für die Beurteilung der Besonderheiten, die sie voneinander unterscheidet." (9) Wie für andere Gesellschaftswissenschaften ergaben sich auch für die Erforschung der ökonomischen Verhältnisse entscheidende neue Gesichtspunkte. Der Gegenstandsbereich der politischen Ökonomie des Sozialismus erfuhr eine qualitative Erweiterung. (10) In diesem Zusammenhang ist besonders auf zwei neue Lehrbücher zur politischen Ökonomie des Sozialismus (11) zu verweisen, in denen sowjetische Autorenkollektive die Allgemeingültigkeit der sozialistischen Entwicklung in zweifacher Hinsicht untersuchen: durch Verallgemeinerung der Erfahrungen der sozialistischen Länder und durch Analyse der im sozialistischen Weltsystem wirkenden internationalen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten.

Auch für die Bestimmung des historischen Platzes des Sozialismus ergaben sich wichtige Erkenntnisse. Die Kategorie der ökonomischen Gesellschaftsformation als grundlegender Periodisierungsbegriff macht die exakte Erforschung der Formationsfolge in der Weltge-

8 Zu neueren Forschungen der politischen Ökonomie des Sozialismus vgl. die zusammenfassenden Beiträge in: WW, Heft 5/1973.

9 G. Glesermann, in: Autorenkollektiv: DIE ENTWICKELTE SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT, Berlin 1973, S. 12.

10 Auf die Bedeutung der Herausbildung des Sozialismus als Weltsystem weisen auch die Autoren im abschließenden Kapitel hin. Allerdings hauptsächlich aus der Sicht der sozialistischen ökonomischen Integration. Die wissenschaftlich verallgemeinerten kollektiven Erfahrungen werden nicht als (methodologischer) Ausgangspunkt gewählt.

11 Autorenkollektiv (unter Leitung von G.A. Koslow): POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS – DIE ERSTE PHASE DER KOMMUNISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE, Band 3, Berlin 1973 und Autorenkollektiv (unter Leitung von A.F. Rumjanzew): POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, Berlin 1973.

12 Unter Anwendung dieser Erkenntnisse werden die Übergangsperiode und die nachfolgenden Etappen des sozialistischen Aufbaus von marxistisch-leninistischen Historikern gegenwärtig einer eingehenden Analyse unterzogen. Zu Problemen der Periodisierung der DDR vgl. z.B. die Arbeiten in: BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG (BZG), Heft 3/1973.

schichte, den Prozeß ihres Übergangs und die Präzisierung der Etappen innerhalb der Gesellschaftsformationen möglich. (12) Sozialismus ist bestimmt als erste Entwicklungsphase der auf der kommunistischen Produktionsweise beruhenden kommunistischen ökonomischen Gesellschaftsformation. Während in dem hier besprochenen Buch die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus richtig von der sozialistischen Gesellschaftsordnung unterschieden ist, finden aber auch die ungenauen Begriffe „sozialistische Formation" und „sozialistische Produktionsweise" Verwendung. Die richtige Bestimmung des historischen Platzes des Sozialismus erlaubt die tiefere Erforschung der nur in der sozialistischen Phase wirkenden und der in beiden Phasen des Kommunismus geltenden ökonomischen Gesetze. Zu den letzteren gehört das ökonomische Grundgesetz des Kommunismus.

Betrachtet man die historische Herausbildung der politischen Ökonomie des Sozialismus – deren realer Forschungsgegenstand über einige Jahrzehnte die Sowjetunion als einziges sozialistisches Land war – im Licht der neuen Forschungsergebnisse, dann läßt sich die Leistung der sowjetischen Ökonomen ermessen: Die Erkenntnis des Allgemeinen (d.h. der für sämtliche den Sozialismus errichtende Länder geltenden Gesetzmäßigkeiten) innerhalb der besonderen Bedingungen, unter denen sich die Sowjetunion entwickelte, mußte notwendig komplizierte Probleme aufwerfen. Um so mehr ist hervorzuheben, daß die Sowjetwissenschaft auch in jener Zeit die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten in der Sowjetunion nicht aus einer engen nationalökonomischen Sicht, sondern als Theorie von internationalem Geltungsbereich betrachtete, wie die Autoren unter Leitung von Trifonow anhand zahlreicher Beispiele belegen.

Viele offene Fragen konnten von den marxistisch-leninistischen Wissenschaftlern in den letzten Jahren beantwortet werden und neue Probleme wurden sichtbar. Keineswegs verringert das aber die Arbeit der Leningrader Autoren. Zukünftige Beiträge, die dieses Gebiet zum Gegenstand haben, werden auf diese Arbeit aufbauen können; das betrifft sowohl die inhaltlichen Aspekte, wie auch die vom Autorenkollektiv erarbeitete Methodologie. Die Relevanz dieses Werkes ergibt sich einerseits daraus, daß es zum Verständnis der gegenwärtigen Forschung in den sozialistischen Ländern wesentlich beiträgt, andererseits werden sonst schwer zugängliche Arbeiten aus der Geschichte der sowjetischen Wissenschaft ausführlich dargestellt.

Nicht zuletzt wird transparent, wie wenig originell die „neusten" „antirevisionistischen" und die von bürgerlichen Theoretikern empfohlenen „Sozialismusmodelle" sind.

Winfried Wotschack

Zum Bereich Sozialismus siehe auch SOPO

22 Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus

23 Sozialistische Demokratie in der DDR

24 Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus

Nun stinken sie wieder

– oder wie man in Lübeck Heinrich Mann ehrt*

Der sichere Kompaß des Klasseninteresses hatte H(einrich) M(ann) schon früh den Haß der bürgerlichen Ideologen eingetragen. Dabei offenbarten vor allem die germanistischen Kathedergrößen ihre ganze Niveaulosigkeit. Ihr Vokabular war stereotyp: HM „zersetzte", „verzerrte", war „hysterisch", „undeutsch", „einseitig", „pathologisch", „überkünstelt", „geiststreichelnd", sein Stil war „unnatürlich", „fehlerhaft", usw. (1)

Das hinderte nicht, daß HM massenhaft gelesen wurde: die revolutionäre Arbeiterbewegung, die auch große Teile des intellektuellen Kleinbürgertums mit sich riß, schuf hierfür die Voraussetzung. 1930 wurde HM zum Präsidenten der Sektion Dichkunst der Preußischen Akademie der Künste berufen, am 15.2.33 wurde er zusammen mit Käte Kollwitz hinausgeworfen, weil beide einen „Aufruf zur Bildung einer einheitlichen Front von SPD und KPD" (2) unterschrieben hatten. Die Presse lieferte den akademisch abgesicherten Kommentar: „Wir können ein Gefühl der Genugtuung nicht unterdrücken", schrieb die *Berliner Börsenzeitung,* „daß unserem Kampf gegen Heinrich Mann endlich Erfolg beschieden ist." (3)

Herrliche Zeiten brachen dann für die Hüter der deutschen Art an, als HM vor den Faschisten fliehen mußte: sie, allen voran die Germanisten, konnten sich nach dem Sieg des Faschismus an den inneren, vom jüdischen Intellekt nicht länger bedrängten, deutschen Werten wärmen, die das Ausbeutungssystem des Monopolkapitals und seiner faschistischen Agenten stabilisieren halfen. Geistig anzustrengen brauchten sie sich nicht: Analyse war eine jüdische Erfindung und tabu, Gesellschaft war ersetzt durch Blut und Boden, und Geschichte durch den „Mythus": am 28.11.1936 wurde dann noch die Kritik offiziell verboten: (4) herrliche Zeiten für Flachköpfe. *„Sie haben", schreibt HM 1935, „mit ihrem Haß gegen das höhere Denken und ein freies Volk, hundert Jahre lang heimlich schlecht gerochen und dürfen jetzt offen stinken."* (5)

---

* Der Autor war geladener Referent auf der Tagung, die anläßlich des 100. Geburtstages von Heinrich Mann in Lübeck 1971 stattfand. Das von ihm gehaltene Referat – eine Werkanalyse zu ideologischen Erscheinungsformen bei Heinrich Mann – ist nun nachzulesen: Michael Nerlich: „Warum Henri Quatre?", in: HEINRICH MANN 1871/1971, Bestandsaufnahme und Untersuchung, Ergebnisse der Heinrich-Mann-Tagung in Lübeck, München 1973, S. 163-202.

1 Vgl. Klaus Schröter: „Deutsche Germanisten als Gegner Heinrich Manns", in: H.L. Arnold (Hrg.): „Heinrich Mann", TEXT + KRITIK, 1971, S. 141-149.

2 „Protokoll der Sitzung der Akademie", zit. J. Wulf: LITERATUR UND DICHTUNG IM DRITTEN REICH, Gütersloh 1963, S. 19.

3 Ebenda, S. 21, vgl. weiter dort.

4 Ebenda, S. 270.

5 H. Mann: „Aufbau einer geistigen Welt", in: VERTEIDIGUNG DER KULTUR, Berlin-Weimar 1971, S. 102-106, 103.

Mit dem offenen Gestank war es 1945 zunächst ein wenig vorbei, aber es miefte weiter: wo ein Paul Rilla fehlte, konnte ein Benno von Wiese den Geistesfürsten spielen: in der Westzone, später BRD. Dort übernahm im übrigen und was HM betraf die Germanistik die Strategie ihrer faschistischen Zunftgenossen und verschwieg ihn ganz einfach. (6)

Dies ändere sich ein wenig im Verlauf der 60er Jahre, aber es waren nur Außenseiter, die sich mit HM auseinandersetzten: einem breiteren Publikum wurde er nicht bekanntgemacht, (7) und die etablierten Fach-Germanisten hatten mit ihm nicht viel im Sinn. Wahrscheinlich hätte man auch seinen 100. Geburtstag verschwiegen, wenn nicht die DDR große Heinrich-Mann-Veranstaltungen angekündigt hätte. Also ließ man sich etwas einfallen: am Geburtsort von HM sollte eine Tagung stattfinden. Eingeladen wurden Literaturwissenschaftler aus der BRD, aus den USA und einer aus Westberlin, nämlich ich. Freilich machte ich mir große Illusionen nicht: Walter Ulbricht sagte, was insgesamt zu erwarten sei: „Seit Jahrzehnten wird Heinrich Mann im westdeutschen Staat faktisch totgeschwiegen ...", daher seien „mit Sicherheit" Versuche zu erwarten, „Heinrich Mann für (den) Alleinvertretungsanspruch zu mißbrauchen und ihn im antikommunistischen Sinn zu verfälschen." (8) Große Empörung in der westdeutschen Presse. DER SPIEGEL interviewte mich eine Stunde lang, ob dies denn zutreffen könne. Eine Stunde lang sagte ich ja und bewies es. Herauskam am 1.2.1971: „Wer sich im Westen von einem zwischendeutschen Streit um das Mann-Erbe Profit versprechen sollte, ließ Walter Ulbricht freilich offen. Bislang bereitet in der Bundesrepublik allein die Lübecker ‚Thomas-Mann-Gesellschaft' ein Heinrich-Mann-Symposium vor."

Die allerdings hatte genau das vor, was Walter Ulbricht vorausgesagt hatte: Abgrenzung gegen die „einseitige", „politische" Vereinnahmung HMs durch die DDR und Beschlagnahme des „literarischen" HMs (9): man wolle nicht wie andere „einseitig" sein, meinte der Leiter der Thomas-Mann-Gesellschaft und der HM-Tagung, sondern „nüchterne wissenschaftliche Betrachtungen" anstellen: „Es gilt eine literarische Leistung zu definieren, nicht aber, ein Politikum zu statuieren." Diese goldenen Worte sind mit abgedruckt in dem gerade im Münchener Wilhelm Zink Verlag erschienenen, von jenem Leiter der Tagung, einem Dr. Klaus Matthias aus Scharbeutz herausgegebenen Sammelband der Vorträge: *Heinrich Mann 1871/1971. Bestandsaufnahme und Untersuchung. Ergebnisse der Heinrich-Mann-Tagung in Lübeck.*

Angesichts der Tatsache allerdings, daß der Band exakter *Verfälschung der Heinrich-Mann-Tagung* in Lübeck heißen müßte, ist zu vermuten, daß einiges falsch gelaufen ist und die Geldgeber, der Senat der Hansestadt Lübeck und die schleswigholsteinische CDU-Landesregierung nicht einverstanden gewesen sind. Dabei verlief die Tagung insgesamt recht harmonisch, sieht man davon ab, daß einige Studenten diskutieren wollten (10) und wiederum andere als Korrektur von „links" die nachträgliche Einladung von Alfred Kantorowicz forderten. (11) Ich hingegen war mit der Tagung ganz einverstanden, was ich auch als Vorbemerkung zu meinem Vortrag im Festsaal des Rathauses sagte. Es sei, so meinte ich, von den Veranstaltern dieses Tagung und den gastgebenden Honoratioren immer wieder betont worden, daß man im Gegensatz zu den HM-Feiern in der DDR hier keine politische Veranstaltung abhalten wolle. Dies aber seien ja wohl sehr politische Bemerkungen, und dies sei schön so, denn immerhin sei ja HM während seines ganzen Lebens ein politischer Mensch und Schriftsteller gewesen, so daß ein Außerachtlassen der politischen Implikationen und Intentionen seines Werkes einer Verfälschung gleichkäme. Es sei daher gerade in einer Zeit, da HM – wäre er SPD-Mitglied – „wegen seines Engagements für eine sozialistisch-kommunistische Volksfront aus der SPD ausgeschlossen würde," (12) dringend, ihn als politischen Schriftsteller zu behandeln, so wie dies dankenswerterweise in Lübeck der Fall sei. Ob es nun dies oder jenes gewesen ist oder vielleicht die Tatsache, daß ich meinen Vortrag während der Tagung noch ein zweites Mal in Lübeck hielt, nämlich vor Kampfgefährten Heinrich Manns, die z.T. jahrelang in KZ's hatten sitzen müssen, Genossen von der DKP, was sich in Lübeck herumgesprochen haben mag – was auch immer, irgendetwas muß das ursprüngliche Konzept durcheinandergebracht haben, und zwar so, daß der Herr Dr. Klaus Matthias nachträglich die Tagung dermaßen manipuliert hat, daß sich daraus ein handfester Skandal für die BRD-Germanistik entwickeln wird.

Ich will hier nicht auf die zehn Vorträge eingehen, die außer dem des Dr. Matthias in Lübeck gehalten wurden; sie sind z.T. sehr gut, auf jeden Fall aber, und das reicht ihnen zur Ehre, scheinen sie nicht die Erwartungen zu erfüllen, die der oder die Veranstalter in die Tagung gesetzt haben. Selbst die kleinen antikommunistischen Sticheleien von Herrn Durzak „Exil-Motive im Spätwerk Heinrich Manns. Bemerkungen zu dem Roman ‚Der Atem'" /203-219/ scheinen bei weitem nicht ausgereicht zu haben, zumal sich der Schlußredner Andre Banuls, sonst durchweg nicht zurückhaltend mit seiner Verurteilung HMs und des Kommunismus, (13) auffallend mäßigte.

Damit war offensichtlich das Planziel des Manövers nicht erreicht: Auftritt Dr. Klaus Matthias. Er, der einen ziemlich beliebigen Vortrag unter allen anderen gehalten hatte („Heinrich Mann und die Musik"), walzt diesen zunächst einmal auf sage und schreibe 130 Seiten (gegenüber einem Schnitt von 22,3 Seiten der anderen Tagungsredner) aus, fügt dann noch ohne irgendeine Absprache, Rückfrage oder Erlaubnis hinter dem Rücken der Tagungsteilnehmer einen 18 Seiten langen Aufsatz eines gewissen Jörg B. Bilke über „Heinrich Mann in der DDR" in den Sammelband ein und beschließt diesen mit einem wiederum den anderen Tagungsrednern, die ihre Einwilligung zum Abdruck ihres jeweiligen Beitrags im Rahmen der in Lübeck gehaltenen Vorträge gegeben hatten, nicht vorgelegten, unautorisierten, 57 Seiten langen eigenen Aufsatz „Heinrich Mann 1971 – Kritische Abgrenzungen" /385-442/.

Normalerweise würde man solches Vorgehen herausgeberisches Piratentum nennen, in diesem Fall aber kommt noch der politische Skandal hinzu. Mit Herrn Bilke geht es (nach vorbereitenden Polemiken im 130-Seiten-Aufsatz des Herausgebers) in medias res: die Rede Walter Ulbrichts zum 100. Geburtstag HMs wird aus der vollen Kompetenz des in der HM-Forschung bislang unbekannten Bilke so bewertet /376/: „Der hymnische Ton ist verräterisch: nicht um Heinrich Mann ging es, sondern um sein literarisches Ansehen, das sich als Dekor für angeblich sozialistische Politik verwenden läßt." Und was tatsächliche sozia-

6 Vgl. F. Hitzer: „Heinrich Mann und die Bundesrepublik 1971", ARBEITSHEFTE DEUTSCHE AKADEMIE DER KÜNSTE in Berlin, 1971, Nr. 8, S. 193-195.
7 Vgl. AKZENTE, 1969, Heft 5.
8 NEUES DEUTSCHLAND, 22.1.1971.
9 Vgl. M. Nerlich: „Nachtrag zur Lübecker Heinrich-Mann-Feier", in: Berliner EXTRA-DIENST, 8. April 1971, IX-XI.
10 Vgl. Klaus Wagner: „Ein Zeitgenosse wird besichtigt. Die Lübecker Heinrich-Mann-Tagung", FAZ vom 29.3.1971; J. Drews: „Heinrich Mann-Ehrung mit peinlichen Pannen. Mit einm Potpourri von Vorträgen feiert die Hansestadt Lübeck ihren zweiten großen Sohn", SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 31.3.71.
11 Das war das Hauptmerkmal der „linken" Germanisten- und Journalisten-Polemik gegen die Lübecker Tagung, daß sie mit dieser Polemik auch gleich noch Polemik gegen die DDR betreiben wollte: vgl. u.a. H.L. Arnold: „Vorbemerkung", in: HEINRICH MANN, a.a.O., S. 4-5.
12 HEINRICH MANN 1871/1971, a.a.O., S. 440. Der Herausgeber, der sich sonst sogar noch an die Namen der intervenierenden Studenten und Journalisten erinnert und sie alle wie weiland ein berühmter Lübecker Amtskollege mit seinem Zorn verfolgt, spricht hier nur von einem „Referenten". Also der war ich.
13 Vgl. DAS ARGUMENT, 79, S. 479-483.

listische Politik ist, weiß bei uns schließlich ja jeder Hinz und Bilke, der z.B. die Tatsache, daß über HM auch in Betrieben, Dorfklubs und LPG's diskutiert wurde /377/ „peinliche Apothesen" nennt. Konkret hat er nichts zu beanstanden, im Gegenteil: „bei allen kritischen Einwänden" (welcher wird nicht verraten) „gegen eine zu eindeutig politisch motivierte Literaturforschung" sind „die editorischen Bemühungen um Heinrich Manns Gesamtwerk" „durchaus anzuerkennen." Die Anerkennung erfolgt mit heiteren Einlagen: die große Tagung in Berlin (DDR), an der u.a. Pierre Bertaux, Pierre Abraham, Andre Gisselbrecht, Alexander Dymschitz, Friedrich Hitzer, Wieland Herzfelde, Alexander Abusch, Wilhelm Gernius, Sigrid Bock, Werner Herden teilnahmen „verstand sich als Gegenstück zur Lübecker Veranstaltung" /382/. „Wessen Heinrich Mann und sein Werk im Jahr 1971 nun eigentlich ist, muß vorerst ungeklärt bleiben", orakelt Herr Bilke /384/, „fest steht lediglich, daß sein Alterspessimismus ... kaum mit dem verkrampft wirkenden Aufbaupathos der ersten 14 Nachkriegsjahre im anderen Teil Deutschlands auf einen Nenner zu bringen ist."

Spätestens hier müßte den Germanisten aus der BRD und aus den USA die mit ihnen vorgenommene antikommunistische Manipulation unheimlich werden. Sie macht deutlich, was man in Lübeck eigentlich erwartet hatte und was anscheinend nicht gelungen ist: ohne Skrupel verpaßt der norddeutsche Saubermann der Tagung nachträglich den antikommunistischen Kalten-Kriegs-Rahmen. Ohne ihr Dazutun sehen sich die Tagungsredner vor *den dreckigen Karren der DDR-Hetze* gespannt: werden sie sich distanzieren oder werden sie schweigen und damit zu erkennen geben, daß sie in Wahrheit einverstanden sind?

Dr. Matthias nimmt sie hart heran, denn der Aufsatz des Herrn Bilke ist ihm offensichtlich nicht genug: er fabriziert noch mehr „Kritische Abgrenzungen". Ihn schert die kompetente HM-Forschung nicht, denn einen Autor dieser „literarischen Artung" /384/ weiß er selbst einzuschätzen. Wenn man HM bei uns nicht kennt, dann liegt das nur an HM selbst, der eben nicht gut genug geschrieben hat. Dr. Matthias hat dafür Beweise: 1. Erich von Kahler, „ein wissender Analytiker" /386-388/ hat ihn nicht beachtet; 2. in den „Denkgefügen" von W. Emrich, W. Jens und G. Blöcker hat HM keinen Platz /388-389/; 3. wenn er aber einmal in einem „Denkgefüge" wie dem von Hans Kaufmann Platz hat, dann nur weil es ein parteilich-marxistisches ist /390/. Wichtiger aber noch als diese Zeugnisse sind ihm die philosophisch anspruchslosen Nachschlagwerke /390-391/, die Garantie für Gediegenheit bieten: 1. HM fehlt im Sammelwerk „Die großen Deutschen" (1956); 2. A. Hauser kennt ihn nicht in seiner „Sozialgeschichte der Kunst und Literatur"; 3. im Literatur-Lexikon des Fischer-Verlages ist HM nicht anzutreffen; 4. im 12bändigen Kindler-Produkt „Die Großen der Weltgeschichte" sucht man ebenfalls vergeblich nach HM: kann ja nicht viel her sein mit seiner Größe (14): „Die notorische Wirkungslosigkeit vieler Bücher Heinrich Manns ist durch ... künstlerisch-sprachliche Mängel begründbar" /395/, schreibt er, damit die Behauptung aller deutschnationalen Germanistengenerationen vor ihm wieder aufwärmend. Was macht es schon, daß selbst ein Herr namens Benn 1931 von HMs Werk meinte, es sei „die entfalteste deutsche Sprachschöpfung" (15)? Gewiß der Herr war kein Kommunist, aber ein Sprachkritiker wie der Dr. Matthias, der selbst vor Rainer Candidus Barzel nicht zurückschreckt, läßt sich in seinem eigenen Urteil nicht beirren. Er zitiert wahllos und dilettantisch einen Satz HMs, ohne dessen Funktion zu untersuchen: „Der Mann, sich zusammenreißen und abmarschieren" /394/, sagt: „Verhunzung der Sprache"

14 In der Neuauflage seines Aufsatzes kann Dr. Matthias noch zwei Nachschlagwerke anführen, in denen HM mit keiner Silbe erwähnt wird: Kurt Wais (Hrg.): DIE GEGENWARTSDICHTUNG DER EUROPÄISCHEN VÖLKER, Berlin 1939; Dr. Hellmuth Langenbucher: VOLKHAFTE DICHTUNG, Berlin 1941.

15 D. Wellershoff (Hrg.): GESAMMELTE WERKE, Frankfurt 1968, Bd. III, S. 700.

und zieht den (nach Karl Kraus) „repräsentativen Schmuser der europäischen Kultur" Stefan Zweig als Autorität zur Verurteilung HMs heran: „Der Wirrwarr der hier ausgebreiteten Zick-Zack-Psychologie", befindet Dr. Matthias an anderer Stelle, „läßt ... auf eine Zerrissenheit Heinrich Manns selbst schließen ..." /395/.

Der Kern der Scharbeutzer Beanstandungen /401/: die „irrationale Hinwendung 'HMs' zu einem verbrecherischen Totalitarismus, den er als humanen Fortschritt mißverstehen wollte." Von den „30er Jahren an" /402/ entbehren HMs Werke nämlich der „sittlichen Komponente", dafür enthalten sie Beweise „einer kritiklosen Anbetung des sowjetischen Terrorsystems": „Den dem Kommunismus hörigen Heinrich Mann der Spätzeit darf man billig jenen Ideologen überlassen, die das östliche System der Unterdrückung der Freiheit stützen und davon profitieren oder die im Westen ... auf seine Einführung auch hier hinwirken." /404/

Der Gali-Matthias (*) kennt keine Grenzen: die Zeit ist gekommen für die Anrufung der Götter gegen das Böse: Auftritt Konrad Adenauer, dem der Herr Doktor in ökonomischen Fragen lieber vertraut als dem HM, der 1923 vor der Konzentration des internationalen Kapitals warnte. In Wahrheit war dies nämlich eine Wohltat für die Welt, wie die nachfolgende Zeit tot-schlagend erwies. Auftritt der zweite Gott: Herr Theodor Heuß. Er kommt /412-413/ lautselig wie immer nur so: mit HM hat er eigentlich direkt auch nichts zu tun, aber er wärmt im Gegensatz zu diesem das Herz. Auftritt der dritte Gott: Herr Carlo Schmid, der nicht nur en passant den Marx gemurxt hat /413-414/, wobei ihm übrigens kompetent der erwähnte Barzel hilft (16), sondern auch den „sowjetischen Totalitarismus" „entlarvte", und als vierten Gott läßt die Machina des Dr. Matthias endlich Herrn Golo Mann auf die Bühne springen, der /414-418/ seine als Geschichtsphilosophie verkleideten antikommunistischen Emotionalien verbreiten darf: den Onkel konnte er auch nie leiden, wie man weiß. Er befindet für den Dr. Matthias, daß vom „kommunistischen Glauben" „der ganze ‚Kalte Krieg' " stammt /418/. Vom Dr. Matthias stammt dafür der kalte Kaffee, an dem wir schwer schlucken und der uns die im Neuköllner Tageblatt 1933 abgedruckten Sprüche in Erinnerung bringt, mit denen die Faschisten die schandbaren Bücherverbrennungen vornahmen: 1. „Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky". 2. „Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Erich Glaeser und Erich Kästner." (17)

Aber Dr. Matthias kennt sich nicht nur im Gebiet der großen geschichtlichen und politischen Theorien aus, er ist auch im Kleinen sehr fleißig, wobei er sich auf Herrn Alexander Schwan und keinen geringeren als den Herrn Stoltenberg berufen kann /420/: „Das Aufkommen einer spät-marxistischen Bewegung Ende der 60er Jahre trägt alle Züge des freiheitsfeindlichen Totalitarismus an sich ...", und er berichtet vom „Klima der permanenten radikalen Hetze" und der „Einschüchterung durch physischen und psychischen Terror bis zur Anwendung brutaler Gewalt – der Morddrohungen und des Mordes – bei Banküberfällen, Geiselnahmen und Bombenanschlägen". Die Unterwanderung der akademischen Institutionen sind /421/ nicht vergessen, denn der Dr. Matthias ist ein ordentlicher Mensch und macht alles sehr gewissenhaft. Er weiß auch zu berichten, was zu den „pubertären Aggres-

* Für die, die keinen Duden zur Hand haben: „Galimathias": sinnloses Geschwätz, verworrenes Gerede (frz.).

16 Ebenda, S. 414. Später treten noch auf J.B. Gradl, H. Windelen, W. Leisler-Kiep, K.Th. Freiherr zu Guttenberg, (Strauß fehlt).

17 J. Wulf: LITERATUR UND DICHTUNG IM DRITTEN REICH, a.a.O., S. 45.

sionen" führt: die Sehnsucht der /422/ „Neuen Linken" nach „Geborgenheit und dem Anschein der Überlegenheit". Beides holen sie aus einer „weit zurückreichenden marxistischen Sozialwissenschaft", die ihnen z.B. von Adorno geliefert wurde: „So zerfaserte Adorno das Kulturganze, das vergangene wie das gegenwärtige Leben mit der elitären Überlegenheit dessen, der jede Bewegung in Kunst und Leben als bildhaften Vorgang des Weltgeistes selbst zu dechiffrieren wußte." Dazu ein weiterer Neuköllner Sauberspruch von '33: „Gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele! Ich übergebe der Flamme die Seele Sigmund Freuds." Sollte jemand an Zufälligkeit der Wortwahl glauben, so sei ihm dieser Glaube geraubt /422/: „Daneben und weiter noch zurückreichend das mystisch zerwühlte eschatologische und zugleich diesseitsbrünstige Denken von Ernst Bloch oder die paradoxen Tricks der pseudologischen Verführungen Herbert Marcuses: Denkergebnisse sehr praktischer Revolutions-Schürer, denen Gewalt für die gute Sache des Marxismus nicht zu schlecht dünkt ..." und immer weitere Plattheiten mit dem alten bekannten Vokabular, mit denen damals „die Juden" belegt wurden. Durch Zufall sind es gerade wieder welche: auch Iring Fetscher und Habermas gehören zu den Revolutionsköchen: ihr „Gedankengut" findet /423/ Aufnahme bei „epigonalen Modedenkern und Jungautoren" und die wiederum verbreiten es über Presse, Verlage, Funk und Fernsehen (der Dr. Matthias zählt alle „linken" Fernsehsprecher auf, die sich positiv zur „Ostpolitik" geäußert haben /423/). Usw., usf.: Brandt und Wehner werden gerügt, die Kritik der friedlichen Koexistenz, die die UdSSR propagiert, wird entlarvt: Es ist ein Graus. So jemand durfte Heinrich Manns 100. Geburtstag ausrichten und die Beiträge zur Tagung edieren. Es ist ein nacktes Verbrechen an Heinrich Mann /442/: „Heinrich Manns notorische Unbeliebtheit oder Unbekanntheit" sei das „einzige Lamento", das den Verehrern HMs „gegenüber einer störrischen Umwelt" einfiele. Als der damals auf deutschem Boden bereits befohlenermaßen „notorisch unbekannte" HM am 22. Juni 1935 den Vorsitz auf dem Pariser Kongreß zur Verteidigung der Kultur übernahm, erhoben sich alle Anwesenden zu minutenlangem Applaus. Das waren fast alle großen, damals lebenden Schriftsteller der ganzen Welt. „Setzen" zischt ihnen ein neuer Rat, ein Studienrat aus Lübeck zu. Der Kerl: auftreten, Antikommunismus ausspucken und abstinken.

Michael Nerlich

---

22 (Febr. 73)

Jürgen Ostrowsky, Karl Unger: **Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Afrika** / Richard Albrecht: **Zur gegenwärtigen Korsch-Renaissance in der BRD und Westberlin** / Karl Theodor Schuon: **Arbeiterbewegung und Wissenschaft.**

Dieter Boris: Zum revolutionären Prozeß in Chile / Bettina Gransow: Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus / Aufruf der Comisiones Obreras an die internationale Arbeiterklasse.

23 (April 73)

Julian Quijada, Hans W. Rachdorf: **Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens (I)** / Wilma Gensinger, Richard Albrecht: **Neuere Tendenzen der Widerstandsforschung in der BRD und Westberlin.**

Autorenkollektiv: 1. Mai und Aktionseinheit in Westberlin / Albert Engelhardt: Sozialistische Demokratie in der DDR / Peter Römer: Widersprüche im "Kapital" oder kapitalistische Widersprüche ? / Heinrich Heims: Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß.

Neuerscheinungen im Weltkreis-Verlag

Kleine Rote Reihe 17
Berufsbildung — Misere eines Systems
124 Seiten, DM 3,—

Schlag nach bei Lenin!
156 Seiten, DM 3,80

Ruth Werner
Olga Benario
Roman, 451 Seiten, DM 8,20

Nikolai Ostrowski
Wie der Stahl gehärtet wurde
Roman, 445 Seiten, DM 6,—

Die eisernen Pferde
Kinderbuch, 92 Seiten, DM 8,—
Lesealter 10 Jahre

Walter Kaufmann
Das verschwundene Hotel
Kinderbuch, DM 3,20
Lesealter 9 Jahre

Thomas Billhardt
Hanoi am Tage vor dem Frieden
318 Seiten mit Fotos, DM 19,80

Intersongs
Festival des Politischen Liedes
390 Seiten, DM 9,50

Eberhard Panitz
Der Weg zum Rio Grande
Ein Biographiebericht über Thomas Bunke
194 Seiten, DM 5,40

Georgi Dimitroff
Arbeiterklasse gegen Faschismus
114 Seiten, DM 3,50

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik
144 Seiten, DM 6,—

Im Oktober erscheinen folgende Taschenbücher:

Hubert Reichel
Wie macht man Kriege?
Wie macht man Frieden?
ca. 330 Seiten

Peter Schütt — Reportage
Vietnam — 30 Tage danach

Ernst Birnbaum
Ein Dreckspatz aus dem Mezzogiorno
Ein Kinderroman
ca. 150 Seiten

Kleine Rote Reihe 18
Christiane Knau und Fredrik Vahle
Die Maultrommel
Kinderlieder-Arbeitsheft

Bitte fordern Sie unseren Gesamtprospekt an!

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon (02 31) 57 20 10

FACIT 31

November 1973

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

KP Chile
Um die Zukunft des Landes — Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles 1

Paul Schäfer
Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform . . . 9

Gert Schubring
Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus 47

Stephan Voets
Demokratische Alternative in der Schule? — Zur Diskussion um die Hessischen Rahmenrichtlinien . . 65

Bericht
Christiane Reymann
Festival — Erfolg der antiimperialistischen Bewegung 77

Rezensionen
Sozialistische Erziehung (Werner Rügemer) 81

Die vietnamesische Revolution (G. und W. Ritter) 84

Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-Tungs. — Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus. (Gerd Hautsch) 89

Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen (Martin Bern) 92

Kleines politisches Wörterbuch (Thomas Möbius) 95

Der staatsmonopolistische Kapitalismus (u. a.; Otto Kern) 97

Dokumentation
Forderungen des DGB zur Hochschulreform 101

Alle Bestellungen an: **Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16**

Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,— DM + Porto

ZUSAMMENSCHLUSS für mehr WISSEN und FORTSCHRITT

collectiv
Literatur die verändert

Literatur, die verändert, in den collectiv-Buchhandlungen

51 Aachen, Schildstr. 5
Adam Kuckhoff-Buchhandlung
Inh. Heinr. Kolberg
Tel. (02 41) 3 25 61

507 Bergisch-Gladbach, Bensberger Straße 128
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Inh. Kroll-Eyring

33 Braunschweig, Adolfstr. 1
Wissen und Fortschritt Buchhdlg./ Filiale

28 Bremen 1, Schillerstr. 12 a
DEIN BUCH Volksbuchhandlung für Wissen und Fortschritt
Tel. (04 21) 32 33 34

61 Darmstadt, Lauteschläger 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Tel. (0 61 51) 7 52 36

46 Dortmund, Kampstr. 80
Buchershop Angela Davis
Tel. (02 31) 14 52 89

4 Düsseldorf, Ackerstr. 3
Das internationale Buch
Tel. (02 11) 35 38 83 84

297 Emden, Lilienstraße 15
DEIN BUCH Volksbuchh. Fil

8520 Erlangen, Schiffstr. 5
Libresso-Buchzentrum
Sabine Weber

43 Essen, Hoffnungstr. 18
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Tel. (0 21 41) 23 20 14

6 Frankfurt/Main, Schumannstr. 56
tat-Buch- und Schallplattenvertrieb
Tel. (06 11) 77 90 84 85

78 Freiburg, An der Mehlwaage 2
Buchhandlung Walter Herbster
Tel. (07 61) 3 31 43

63 Gießen, Schiffenberger Weg 1
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt GmbH
Tel. (06 41) 7 89 48

34 Göttingen, Burgstraße 24
Wissen und Fortschritt Buchhdlg./ Filiale

2 Hamburg 13, Johnsallee 67
internationale Buchhandlung GmbH
Tel. (04 11) 4 10 45 72

3 Hannover-Linden, Limmerstr. 106
Wissen und Fortschritt Buchhandlung
Inh. Hans Feist
Tel. (05 11) 45 45 10

69 Heidelberg, Plöck 64 a
Buchhandlung collectiv GmbH

35 Kassel, Werner-Hilpert-Str. 5
Wissen und Fortschritt GmbH Filiale
Tel. (05 61) 1 56 42

23 Kiel 1, Falckstr. 16
collectiv-Buchhandlung
Tel. (04 31) 4 24 50

5 Köln, Fleischmengergasse 31
rote bucherstube koln
Tel. (02 21) 21 57 70

415 Krefeld, St.-Anton-Str. 86
Buchhandlung Rosa Luxemburg
Inh. Horst Wilhelms
Tel. (0 21 51) 77 14 74

65 Mainz, Bilhildisstr. 15
Bücherzentrum Süd-West
Tel. (0 61 31) 2 49 16

68 Mannheim, U 2, 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Tel. (06 21) 2 87 76

355 Marburg, Am Grün 56
Buchhdlg. Wissen und Fortschritt GmbH
Filiale Marburg
Tel. (0 64 21) 2 64 12

8 München 2, Reisingerstr. 5
Buchvertrieb „Hans Beimler"
Inh. Reiner Sternagel

8 München 2, Türkenstr. 66
Buchhandlung Libresso München
Tel. (08 11) 28 17 67

85 Nürnberg, Augustinerstr. 4
Libresso-Buchzentrum Sabine Weber
Tel. (09 11) 22 15 07

29 Oldenburg, Bremer Straße 4
DEIN BUCH Volksbuchhandlung
Filiale

84 Regensburg, Glockengasse 7
Libresso-Buchzentrum
Sabine Weber

66 Saarbrücken, Nauwieser Str. 13
ienchen demuth-buchladen
Inh. Nora Kozmiensky
Tel. (06 81) 3 65 59

59 Siegen, Freudenberger Str. 18
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Tel. (02 71) 5 47 66

7 Stuttgart, Neugereutstr. 6
Versandbuchhdlg. Hornung u. Steinbach
Tel. (07 11) 60 41 67

56 Wuppertal-Elberf., Gathe 55—57
Friedrich-Engels-Buchhandlung
Tel. (0 21 21) 45 28 53

Die Wahrheit

zielstrebig – direkt

Westberliner sozialistische Tageszeitung

Sie ist für dich – sie ist deine Zeitung!

Zu beziehen über Boten, Post und Kioske

Verlag: Zeitungsdienst Berlin
Verlags- und Druckerei-GmbH, Berlin 21, Kaiserin-Augusta-Allee 101

Neuerscheinung

G. M. Adibekow

Die Rote Gewerkschaftsinternationale
Grundriß der Geschichte der RGI

Auf dem Gründungskongreß vom 3. - 17. Juli 1921 in Moskau vertraten 380 Delegierte, unter ihnen auch Vertreter der revolutionären deutschen Gewerkschafter, annähernd 17 Millionen revolutionäre Gewerkschafter aus 42 Ländern. Die RGI vereinigte unabhängige Gewerkschaftsorganisationen, die sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen hatten, bzw. ausgeschlossen worden waren, oder wie z.B. die Sowjetgewerkschaften nicht aufgenommen worden waren.

160 Seiten Paperback DM 6,10

Aus unserem Programm:

Domin, Lanfermann, Mocek, Pälike

Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf

266 Seiten, br. DM 16,50

Karl Neelsen

Wirtschaftsgeschichte der BRD

Ein Grundriß
ungekürzte Studienausgabe

318 Seiten, br. DM 11,80

Wolfgang Steinitz

Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten

Hrsg. H. Strobach

359 Seiten, br. DM 13,50

deb verlag
das europäische buch